DER SPIEGEL

Nr. 28/8.7.13
Deutschland: 4,20 €

4 190700 704202 28

„Die stecken unter einer Decke mit den Deutschen“

Edward Snowden
über die grenzenlose Macht des US-Geheimdienstes NSA

PRINTED IN GERMANY

Türkei TL 17,30
Ungarn Ft 1.790,–

Spanien € 5,60
Spanien / Kanaren € 5,70
Thailand Baht 430,–
Tschech. Republik Kc 175,–

Portugal (cont.) € 5,60
Schweden skr 64,–
Slowakei € 6,20
Slowenien € 5,60

Japan (inkl. tax) Yen 1.785,–
Malta € 5,90
Norwegen NOK 65,–
Polen (ISSN 00387452) Zl 31,–

Griechenland € 6,–
Großbritannien £ 4,99
Hongkong HK$ 82,–
Italien € 5,60

BeNeLux € 4,90
Dänemark dkr 45,–
Finnland € 7,–
Frankreich € 5,60

Österreich € 4,70
Schweiz sfr 7,30

www.spiegel.de

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

Hausmitteilung

8. Juli 2013 **Betr.: Titel, Aufstände**

US-Präsident Barack Obama war in Tansania unterwegs, als er sich genötigt sah, den SPIEGEL-Titel der vergangenen Woche zu kommentieren: „Die Vereinigten Staaten werden sich diesen Artikel anschauen und beschließen, wozu sie sich äußern werden.“ Dieser Artikel – das war der Bericht darüber, wie umfassend die USA in Deutschland und Europa Politik, Wirtschaft und Privatpersonen aushorchen und überwachen. Die EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton bat die Amerikaner „dringend um Aufklärung“. Die russische Zeitung „Kommersant“ schrieb: „Amerika muss sich für die Enthüllungen Edward Snowdens verantworten. Der SPIEGEL-Artikel hat einen riesigen Skandal entfacht.“ „Diese Vorgänge sind – sofern sie sich als zutreffend erweisen – keineswegs hinnehmbar“, monierte der französische Außenminister Laurent Fabius, eine Empörung, die allerdings an Kraft verlor, als durch „Le Monde“ bekanntwurde, dass der französische Geheimdienst ähnliche Programme betreibt wie der amerikanische. Die Enthüllungen des ehemaligen US-Geheimdienstmannes Edward Snowden, die der SPIEGEL publizierte, haben Entsetzen bei den Abgehörten, eine verschärfte Jagd der USA auf den Enthüller und weltweite diplomatische Verwicklungen ausgelöst. In dieser SPIEGEL-Ausgabe kommt nun Snowden selbst zu Wort. Es handelt sich dabei um Auszüge aus seinen Antworten auf einen ausführlichen Katalog von Fragen, die dem SPIEGEL vorliegen – Fragen, die Snowden beantwortet hatte, bevor er sich zu den Veröffentlichungen bekannte. Mittlerweile sind die Gesprächsprotokolle des Mannes, der die Weltpolitik zwischen China, Russland, den USA und Südamerika bewegt, nach SPIEGEL-Einschätzung ein Dokument der Zeitgeschichte (Seite 22).

SPIEGEL-Titel 27/2013

Kairo schien kurz vor einem Bürgerkrieg zu stehen, als das Ultimatum gegen Mohammed Mursi auslief. Doch plötzlich schlug die Stimmung um in Hysterie und Euphorie: Das Militär erklärte den Sturz des Präsidenten. Die SPIEGEL-Redakteure Ralf Hoppe und Daniel Steinvorth sprachen mit Islamisten, die zornig demonstrierten; sie trafen unter konspirativen Umständen Tamarud-Aktivisten, Mitglieder jener Gruppe, die den Volksaufstand in Gang gesetzt hatten. Und sie interviewten Ägypter wie den IT-Experten Mohammed Scharaf, der sich als Mitglied der „Hisb al-Kanaba“, der „Couch-Partei“, bezeichnet – bisher unpolitische Bürger, ohne deren Hinwendung zur Politik der Aufstand nicht möglich gewesen wäre (Seite 74). Erstaunlich viele Frauen haben von Anfang an mitdemonstriert. Eine von ihnen ist die junge Ägypterin Nahla Enany, die Belästigungen und Übergriffen trotzte und nun hofft, dass ihr Volk „eine wirklich demokratische Regierung wählt“. Sie ist eine von fünf jungen, kämpferischen Frauen, die ein sechsköpfiges SPIEGEL-Team begleitet hat. In Ägypten, Brasilien, Indien, Kambodscha und Südafrika beobachteten Jens Glüsing, Bartholomäus Grill, Guido Mingels, Friederike Schröter, Sandra Schulz und Barbara Supp eine neue Mädchengeneration, die sich in politische Kämpfe einmischt oder selbst welche entfacht. Mädchen wie die 14-jährige Bloggerin Isadora, die mit einem Aufschrei über die Bildungsmisere in ihrem Land für Aufsehen sorgte – eine Rebellion, die bei den ganz Jungen beginnt und schon das Leben der ganz Jungen verändern will (Seite 48).

SCOTT NELSON FOR DER SPIEGEL
Schröter, Enany in Kairo

In diesem Heft

Titel

Wie Washington weltweit versucht, den Lauschskandal einzudämmen 14
Ex-Geheimdienstkontrolleur Claus Arndt kritisiert die Schnüffelpraxis der Amerikaner in Deutschland 18
NSA-Enthüller Edward Snowden über die Macht der Datenspione – und ihre willigen Helfer 22
Der amerikanische Verschlüsselungsexperte Jacob Appelbaum beschreibt das Drama der Whistleblower 24

Deutschland

Panorama: De Maizière Favorit für den Posten des Nato-Generalsekretärs / Verfassungsschutz warnt vor rechten Rockerbanden / Zentralrat der Juden wirft Jewish Claims Conference Vertuschung vor 10
Parteien: Die Union entdeckt den Datenschutz ... 28
Finanzpolitik: Im SPIEGEL-Gespräch streiten AfD-Chef Lucke und Linken-Vizin Wagenknecht über den richtigen Weg aus der Euro-Krise 29
Demokratie: Die SPD buhlt um Nichtwähler 32
Behörden: Warum die Arbeitsagentur bei der Vermittlung von Arbeitslosen versagt 34
Strafvollzug: Viele Häftlinge sind drogensüchtig und werden abhängig entlassen 36
Die Beichte eines Gefangenen, der im Knast zum Junkie wurde 38
Jugendhilfe: Der Anwalt umstrittener Brandenburger Heime war gleichzeitig Leiter der Beschwerdestelle für die Jugendlichen 41
Terrorismus: Eine türkischstämmige Bäckerin aus Stuttgart erfuhr, dass ihr Laden vom NSU ausspioniert wurde 42
Sicherheit: Das Geschäft mit dem Stromausfall ... 44

Gesellschaft

Szene: Panzer zerstören gefälschte Waren / Konjunktur der Stechmücken 46
Eine Meldung und ihre Geschichte – wie ein Kanadier in Berlin-Tegel eine Abschiebung verhinderte 47
Rebellionen: Weltweit erheben sich junge Frauen gegen Gewalt und Unterdrückung 48
Homestory: Warum es einsam machen kann, E-Mails zu schreiben und Handys zu benutzen ... 56

Wirtschaft

Trends: Nordstaaten verhinderten Zinssenkung / Interne Ermittlung bei der Deutschen Bank 58
Rüstung: Milliardengrab „Eurofighter“ 60
Währungsunion: Geld allein kann Griechenland nicht retten 64
Handel: H&M-Chef Persson verteidigt im SPIEGEL-Gespräch die Textilproduktion in Bangladesch 66
Konzerne: E.on muss seine ehrgeizigen Pläne in Brasilien ohne Partner verwirklichen 69
Affären: Wie eine Adlige wegen eines Bankberaters viele Millionen verlor 70

Ausland

Panorama: Nato warnt vor Chaos in Libyen / Aufstand gegen Polizeiwillkür in der Ukraine ... 72
Ägypten: Der Sturz Präsident Mursis – Volksaufstand oder Militärputsch? 74
Interview mit dem Oppositionsführer Mohamed ElBaradei 76
Syrien: Kriegsmüde Dschihadisten lassen sich im ruhigen Norden des Landes nieder 79
Brasilien: Protest gegen korrupte Politiker 82
Global Village: Wie eine Italienerin aus simplen Notizbüchern eine Weltmarke machte 86

Protestierende in Berlin

OLE SPATA / DPA

Snowdens Enthüllung

Seiten 14, 18, 22, 24

In einem über verschlüsselte E-Mails geführten Interview beschreibt der geflohene Whistleblower Edward Snowden die Macht der US-Lauschbehörde NSA, die Deutschen würden mit ihr „unter einer Decke stecken“. Washington versucht alles, um die Affäre klein zu halten – aber China soll schon Kopien von Snowdens geheimen Daten haben.

Süchtig entlassen

Seiten 36, 38

Viele Häftlinge nehmen im Gefängnis Drogen, es fehlt an Suchttherapien. Ein Insasse erzählt, wie er hinter Gittern zum Junkie wurde – während seines Hafturlaubs beraubte er eine Frau und verletzte sie schwer.

Der nächste Rüstungsflop

Seite 60

Nach dem „Euro Hawk“-Debakel droht Minister de Maizière neues Ungemach. Das einstige Vorzeigeprojekt „Eurofighter“ verschlingt weitere Milliarden – bis zur Bundestagswahl sollte eigentlich darüber geschwiegen werden.

Giftige Leuchtqualle

BJOERN GOETTLICHER / VISUM / DER SPIEGEL

Verglibberung der Meere

Seite 94

Giftige Quallen, in Massen angespült an Urlaubsstrände, verderben Feriengästen den Badespaß. Die Plagen sind Symptom für ein größeres Problem: Überfischung und Klimawandel tragen dazu bei, dass sich das Gallertgetier in den Ozeanen verbreitet; vielerorts verdrängt es die Fische. Wie lässt sich der Siegeszug der Quallen stoppen?

Demonstranten in Kairo

MAGALI CORDUGE / NEWS PICTURES

Im Namen des Volkes

Seiten 74, 76

Die jungen Aktivisten der Protestbewegung Tamarud haben Millionen Ägypter mobilisiert und so die Armee dazu gebracht, die erste frei gewählte Regierung zu stürzen. Die Muslimbrüder sprechen von einem Staatsstreich, die Demonstranten von der Abwendung einer Katastrophe. Ist das der Beginn eines Bürgerkriegs – oder einer echten Demokratie?

H&M-Chef will faire Mode

Seite 66

Kann rasantes Wachstum nachhaltig sein? H&M-Chef Karl-Johan Persson meint: ja. Im SPIEGEL-Gespräch fordert er bessere Arbeitsbedingungen für Näherinnen in Bangladesch und ein Fair-Trade-Siegel für Textilien.

Beuys, der Bruchpilot

Seite 118

1944 stürzte Joseph Beuys auf der Krim in einem Stuka ab. Nach dem Krieg verklärte er den Vorfall, er wurde zur Legende. Nun taucht ein Feldpostbrief des späteren Jahrhundertkünstlers auf – mit unbekannten Details.

Die Lust am Morden

Seite 126

Kein Tag ohne Krimi im deutschen Fernsehen, vor allem ARD und ZDF schicken ständig neue Teams auf Tätersuche. Besonders beim „Tatort“ sind die Einschaltquoten so gut wie lange nicht mehr. Psychologen rätseln über das Gruselbedürfnis der TV-Zuschauer, und in den Sendern regt sich Kritik am kriminalistischen Überangebot.

„Tatort“-Szene mit Maria Furtwängler

NDR / DPA

Sport

Szene: Der Fotograf Firat Kara über Begegnungen mit Bodybuildern und seinen Bildband „Herkules“ / Die Sonderschichten von Fußballprofis in der Sommerpause 87
Fitness: Athletische Alte – unter Deutschlands Senioren blüht die Sportbegeisterung 88
Fußball: Hollands Nationalcoach Louis van Gaal tritt für die Rechte Homosexueller ein 91

Wissenschaft · Technik

Prisma: Sexübergriffe im Urlaub / Veraltetes Impfschema bei Babys / Verspäteter Vogelzug ... 92
Ökologie: Quallenplagen verstören Touristen – und nun auch Meeresbiologen 94
Internet: Wer den Datenkraken im Netz entgehen will, nutzt Ixquick und DuckDuckGo 98
Geschichte: Sprachwissenschaftler enträtseln die antike Kultur der Tocharer 100
Medizin: Riskante Therapie gegen Bluthochdruck 102
Frankfurter Flughafen: Wirbel landender Jets decken Häuser ab 104
Tiere: Mysteriöses Fasanensterben 105

Kultur

Szene: Amy Winehouse privat – eine Ausstellung in London / Die Familie George verklärt ihren Schauspielpatriarchen Heinrich George 106
Metropolen: Wie aus Berlin nach der Wende eine Weltstadt wurde 108
Essay: Der Soziologe Heinz Bude über Deutschlands neue Rolle in der Welt 114
Kino: Der bewegende Scheidungsfilm „Das Glück der großen Dinge“ 116
Kunst: Ein bislang unbekannter Brief von Joseph Beuys widerlegt die Legende vom Kriegshelden 118
Bestseller 122
Popkritik: „Magna Carta Holy Grail“, das neue Album von Jay-Z 124

Medien

Trends: Warum Permira bei ProSiebenSat.1 über die Börse aussteigt / Schöneberger moderiert Gottschalk & Jauch 125
TV-Unterhaltung: Im Fernsehen wird so viel gemordet wie nie zuvor 126
Internet: Ein Start-up hat eine Plattform für politische Aktivisten entwickelt 129

Briefe 6
Impressum, Leserservice 130
Register 131
Personalien 132
Hohlspiegel / Rückspiegel 134

Titelbild: Foto HANDOUT / REUTERS

Der RoboProf

Ein Android unterrichtet dänische Studenten. Zudem im UniSPIEGEL: der Erfolg eines jungen Bürgermeisters, das Leiden eines impotenten Studenten und ein Report über die härtesten Kampfsportler.

SPIEGEL-Titel 27/2013

„Für mich ist Herr Snowden der Inbegriff von Zivilcourage. Als Verrat empfinde ich eher die Tatenlosigkeit unserer Regierung, allen voran die von Frau Merkel, die nichts zum Schutz unserer Bevölkerung tut.“

Frank Widi, Stuttgart

Nr. 27/2013, Allein gegen Amerika – Edward Snowden: Held und Verräter

Zum zweiten Mal verraten

Seit dem 11. September 2001 behandeln die USA ihre Besucher wie regelrechte Kriminelle. Sie bespitzeln die ganze Welt, seien es Institutionen oder Privatpersonen, unter welchen sich einige noch ihre „Freunde“ nennen. Sie betreiben ein gesetzloses Gefängnis auf fremdem Territorium, führen Krieg mit ekelhaften Feiglingsmethoden, verfolgen Leute wie Bradley Manning und jetzt Snowden, als wären diese Menschen giftige Verräter, die die Demokratie gefährden. Und was tut Europa? Überhaupt nichts.

Dr. Christoph Bord, Gaillac (Frankreich)

Wenn unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung von den USA und Großbritannien Wirtschaftsspionage betrieben wird, geht das uns alle etwas an, betrifft es doch auch Arbeitsplätze, den Wohlstand unserer Gesellschaft.

Jürgen Straub, Stuttgart

Wer die Amis als Freunde hat, braucht keine Feinde mehr. Es ist schade, dass es zu Apple, Microsoft, Google, Facebook keine echten Alternativen gibt. Das Schweigen unserer Politiker ist erschreckend und verräterisch zugleich. Über zunehmenden Antiamerikanismus braucht man sich nicht zu wundern.

Markus Rogler, Stuttgart

Die massive Präsenz der NSA in Deutschland ist ein Anachronismus. Die Bundesregierung sollte die USA auffordern, ihr NSA-Personal aus Deutschland abzuziehen. Deren Abhöreinrichtungen könnte ja der BND übernehmen. Der wird zumindest demokratisch überwacht.

Prof. Dr. Wolfgang Karrer, Osnabrück

Ich wehre mich dagegen, dass meine Regierung mich nicht vor den Datenübergriffen von „Freunden“ schützt. Das Problem ist ja nicht nur, dass Daten gespeichert werden, sondern auch, wie sie genutzt werden können und die Kommunikation verhindert werden kann. Merkel mag Neuland betreten, aber ihre politische Naivität macht mir Angst.

Harald Wagner, Korntal (Bad.-Württ.)

Ich bin fassungslos. Aufgewachsen in den Sechzigern, waren die USA für mich das Idealbild einer demokratischen Gesellschaft. Was ist aus dem Amerika geworden, das sich totalitären Staaten entgegenstellte, was aus dem Amerika, dem

MICHAELA REHLE / REUTERS

Ehemalige NSA-Abhöreinrichtung in Bad Aibling

wir in der Bundesrepublik die freieste Gesellschaft unserer Geschichte (mit) zu verdanken haben? Perdu? Mit dem Totschlagargument der gefährdeten nationalen Sicherheit gewinnen Geheimdienste, Militärs und die diesen traditionell besonders eng verbundenen ultrakonservativen, ultrareligiösen Gesellschaftsschichten an Macht und Einfluss.

Detlef Hanz, Troisdorf

Mein amerikanischer Schwiegersohn arbeitete jahrzehntelang bei der NSA in Fort Meade. Er berichtete mir schon vor mehr als 20 Jahren, dass die NSA alles ausspioniert, und da gab es noch keine islamistische Bedrohung.

Klaus Pülz, Guntersblum

Wie naiv sind unsere Politiker eigentlich, oder stellen sie sich bloß so? Noch immer gilt die alte Erkenntnis: In internationalen Beziehungen gibt es keine Freunde, sondern nur Interessen.

Dr. Karl-Heinz Kuhlmann, Bohmte

Ein amerikanischer Freund, der bisher alle anwaltschaftlichen E-Mails automatisch mit dem Hinweis versehen hat, dass jede Weitergabe von vertraulichem Inhalt an andere als den oder die Adressaten unzulässig ist, merkt jetzt an: „To the NSA: Don’t bother saving this message, it is innocuous.“ (Bemühen Sie sich nicht, die Nachricht zu speichern, sie ist harmlos.)

Dagobert Lindlau, Vaterstetten

Schon vergessen – Attentäter des 11. September kamen aus Deutschland! Alle publik gewordenen Warnungen vor terroristischen Anschlägen kamen nach Warnungen ausländischer Geheimdienste an die Öffentlichkeit. Die Ineffizienz deutscher Geheimdienste beschäftigt Untersuchungsausschüsse des Bundestags und der Länder. Wer soll da Vertrauen in die Fähigkeiten deutscher Dienste oder entsprechender politischer Handlungsfähigkeit entfalten? – Ich nicht! Schutz vor Terroranschlägen hat für mich Priorität!

Günter Krug, Berlin

Solange Europa in Bezug auf die USA nicht mit einer Stimme spricht, können die USA die Europäer gegeneinander ausspielen. Europa muss endlich erwachsen werden und sich von den USA emanzipieren.

Manfred Sommerfeld, Hamburg

Die NSA respektive die USA sind gerade dabei, Milliarden Dollar in den Sand zu setzen: Terroristen werden nämlich in Zukunft nur noch mit Brieftauben kommunizieren! Ergo sollte die NSA mit der Zucht von Falken beginnen, die auf Tauben spezialisiert sind. Weil es inkorrekt ist, sich auf spezielle Zielgruppen zu konzentrieren, wird eben die gesamte Erdbevölkerung ausgespäht. Die Sammelwut der Geheimdienste, egal ob diese totalitär oder demokratisch sind, ist paranoid: Sollen sie unter ihrem Datenwust ersticken.

Jochen Jäger, München

Genau die Politiker jener Länder, welche Snowden ob seiner Enthüllung eigentlich zu Dank verpflichtet sein müssten, verweigern ihm nun jedwede Unterstützung. Stattdessen verdrückt man schnell ein paar beschämend kleine Pflicht-Krokodilstränen und zeigt keinerlei ernstzunehmende Anstalten, den milliardenfachen „Yes, we scan!“-Rechtsbruch zu stoppen oder die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Und so verrät die westliche Welt ihre Ideale zum zweiten Mal.

Kai Rohrbacher, Hünenberg (Schweiz)

Wenn die NSA unser Privatleben, unsere Wirtschaft und Politik derart rücksichtslos ausgespäht hat, war das total verantwortungslos. Sie hat geglaubt, dass wir für eine scharfe Antwort zu schwach sind. Wir sollten zeigen, dass man sich geirrt hat.

Prof. Dr. Helmut Aufenanger, Düsseldorf

Nr. 26/2013, Die Wohnungsnot in Städten beschränkt sich meist auf angesagte Viertel

Stundenlang im Bus

In Frankfurt gibt es zwischen den begehrten Stadtteilen mit hoher Lebensqualität und den Stadtteilen mit Makel nur sehr wenig Angebot. Wer also nicht in denen mit Makel wohnen will, der konzentriert sich aus gutem Grund auf die begehrten Stadtteile, denn sonst könnte man ja auch gleich im ländlichen Umland wohnen.

Helga Wandel, Frankfurt am Main

Bei der Frage, warum junge Menschen denn nicht in zentrumsferne Wohnsiedlungen ziehen wollen, wird außer Acht gelassen, dass es sich hier um eine Identität und Aufregung suchende Klientel handelt: Kein Student will nachts aus den Bars der Szeneviertel stundenlang mit schlechten Bussen in seinen von Rentnern bewohnten Betonbunker fahren müssen. Und das ist absolut verständlich, bedeutet doch selbst eine Entfernung von nur drei Bus- oder U-Bahnstationen nachts meistens einen langen Fußmarsch.

Felix Rüchardt, München

ANGELIKA WARMUTH / DPA

Demonstration in Hamburg

Die Forderungen nach Mietendeckelungen, -preisbremsen, -wohnungszweckentfremdungsverbote und so weiter sind Planwirtschaft, für die nicht der geringste Anlass besteht. In der Fläche liegt das Potential! Wir dürfen die kleinen Städte und Dörfer nicht zugrunde gehen lassen, indem wir sinnfrei und besinnungslos das Geld in die Großstadtlagen umschütten.

Johannes Hampel, Berlin

Nr. 26/2013, Die Fehler der Arbeitsagenturen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Jeder spielt mit

Seit 2005 erleben wir, dass die kommunale Betreuung arbeitsloser Menschen sicher einige Chancen birgt, aber auch massive Probleme mit sich bringt. Für den Bereich Arbeitsmarkt ist das Leistungsangebot der Arbeitsagentur mit Abstand das Beste, was in Deutschland verfügbar ist, und auch zahlreichen vergleichbaren Angeboten im Ausland überlegen.

Alexander Eisnecker, Kirchheimbolanden

Als ehemalige Insiderin kann ich bestätigen: ständig wechselnde Anweisungen der Zentrale, zumindest in Spezialabteilungen zu wenige oder gar nicht qualifizierte Teamleiter, die nach oben buckeln und nach unten treten. Unten, das sind die Vermittler, deren Ansehen im Team steigt, wenn sie die Anweisungen der Zentrale strikt befolgen, trickreich manipulieren und dadurch hohe Zahlen aufweisen, egal ob sie wirklich bedürftige Kunden aus den Augen verloren haben.

Diana Anders, Berlin

Ihr Artikel bestätigt vieles, was wir als kommunale arbeitsmarktpolitische Akteure nur ahnten. Seit Einführung von Hartz IV hat sich das Verhältnis von Leistungen für die Aktivierung zu den Verwaltungskosten komplett gedreht.

Kerstin Thiele, Hennigsdorf (Brandenburg)
ABS Hennigsdorf GmbH

Die Ergebnisse des Bundesrechnungshofs sind ernst zu nehmen. Ihre Darstellung aber ist undifferenziert und ein Schlag ins Gesicht aller Mitarbeiter, die sich täglich ehrlich bemühen, Arbeitssuchenden den Weg ins Erwerbsleben zu ebnen.

Annett Grundmann, Berlin

Wir – die „Betroffenen“ und die, die mit ihnen zu tun haben – wussten es schon lange: Ein sinnloser Kurs reiht sich an den nächsten, nur damit Leute wie von der Leyen ihre Sprüche ablassen können. Jeder weiß es, jeder spielt mit.

Dipl.-Psych. Helga Speckmeier, Landshut

Nr. 22/2013, In den achtziger Jahren koordinierte ein pädophiler Straftäter die Schwulenvereinigung der Öko-Partei

Erfundene Anschuldigungen

In Ihrem Beitrag zitieren Sie die Schwulenzeitung „Rosa Flieder“, in der ich 1981 beispielhaft für „im Knast“ befindliche „Freunde und Bekannte“ aus dem Umfeld der Pädophilenbewegung erwähnt wurde. Tatsächlich saß ich damals über 13 Monate in Untersuchungshaft. Im Zusammenhang mit meinem kinderrechtlichen Engagement in der Nürnberger Indianerkommune war ich damals wegen Missbrauchsvorwürfen in erster Instanz auch verurteilt worden. In der Berufung wurde ich jedoch freigesprochen. Die gegen mich erhobenen Anschuldigungen mussten fallengelassen werden. Einer der Jugendlichen hatte erklärt, die Anschuldigungen gegen mich erfunden zu haben, damit er nicht in eine geschlossene Anstalt eingewiesen würde. Ich distanziere mich entschieden von jeder Missachtung der Kinderrechte sowohl durch Pädagogen als auch durch Pädophile.

Ulli Reschke, Nürnberg

Nr. 26/2013, Straßen, Schule, Netze – wie sich Deutschland kaputtspart

Wie in Nordkorea

RÜDIGER WÖLK / IMAGO

Autobahnbaustelle bei Dortmund

Deutschland spart sich nicht arm, sondern es verschwendet sich arm. Während Autobahnbrücken und Fahrbahnen bröckeln, werden andernorts munter neue gebaut, als wäre Deutschland unendlich groß und als würde die Bevölkerung rapide wachsen. Das ist der eigentliche Skandal.

Frank Möller, Berlin

Als nur noch katastrophal ist die Situation in NRW zu bezeichnen. Bahnhöfe großer Städte wie Duisburg sind eigentlich nicht mehr als solche zu bezeichnen. Bis auf Ausnahmen ist der Gesamtzustand der Stationen in dieser Region auf dem Stand von vielleicht Nordkorea. Mit dem Auto macht es auch keinen Spaß, nahezu jede Rheinbrücke ist schrottreif – und erst einmal die innerstädtischen Straßen. Unkraut sprießt ungehindert an Autobahnen, Landstraßen und auf den Verkehrsinseln und Randbegrünungen – passt schließlich auch besser zu den Schlaglochpisten. Wenn schon Elend, dann richtig!

Thomas Brinkmann, Essen

Auf meinen Reisen bin ich früher möglichst lange auf deutschem Gebiet geblieben, weil die Straßen besser waren; heute versucht man, so schnell wie möglich die Nachbarländer zu erreichen, weil fast alle dort in besserem Zustand sind. Für Motorradfahrer sind die deutschen Straßen mit zig langen und tiefen Schlaglöchern mittlerweile lebensgefährliche Abenteuer.

Frank Zimmermann, Wedemark (Nieders.)

Der Zahlmeister von heute wird der Hilfsbedürftige von morgen. Schon interessant, dass die Problemstaaten Spanien und Italien deutlich höhere Anteile in Transport-Infrastruktur und Kinderbetreuung investieren. Die Politik hier legt mehr Wert auf den äußeren Schein als auf die Wirklichkeit. Machterhalt geht vor Landeswohl.

Martin Opala, Hamburg

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit Anschrift und Telefonnummer – gekürzt und auch elektronisch zu veröffentlichen. Die E-Mail-Anschrift lautet: leserbriefe@spiegel.de

NATO

Chancen für de Maizière

Verteidigungsminister de Maizière in Berlin

HENNING SCHACHT

Im Ringen um die Nachfolge von Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen gilt Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière als aussichtsreichster Kandidat. In seinem Ministerium, im Kanzleramt und auch im Nato-Hauptquartier wird nicht ausgeschlossen, dass der 59-Jährige nach der Bundestagswahl Anspruch auf den im Sommer 2014 frei werdenden Posten anmeldet. Zwar haben auch andere Nationen Interesse signalisiert, doch von allen bislang gehandelten Kandidaten hätte der Deutsche die größten Chancen. Der ehemalige polnische Verteidigungs- und jetzige Außenminister Radoslaw Sikorski ist der US-Regierung zu unbequem, der ehemalige italienische Außenminister Franco Frattini gilt als Berlusconi-Mann und ist zudem kein amtierender Ressortchef mehr. Im Gespräch ist noch der belgische Verteidigungsminister Pieter De Crem, der im Kreise der Nato-Mitgliedsländer als einer der erfahrensten Politiker gilt. Gegen de Maizierè hätte er aber trotzdem keine Chance, auch weil Deutschland der zweitgrößte Beitragszahler nach den USA ist. Der letzte Deutsche, der die Allianz führte, war von 1988 bis 1994 der CDU-Außenpolitiker Manfred Wörner.

HORST RUDEL / IMAGO

RADFAHRER

Verbotene Leuchten

Auch nach einem Beschluss des Bundesrats zur Aufhebung der Dynamopflicht für Fahrräder bleiben viele Millionen Leuchten illegal. Auf Antrag Hamburgs hatten die Länder zwar entschieden, künftig ebenfalls Batterien mit einer Nennspannung von sechs Volt oder Akkus als Stromquellen zuzulassen. Bei der geplanten Änderung der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung wurde aber offenbar ein Satz übersehen, der vorschreibt, dass die Beleuchtungsanlage fest am Rad angebracht und ständig betriebsfertig sein muss. Dadurch sind die weitverbreiteten Stecklampen nach wie vor nicht zulässig. Eine Ausnahme gilt nur für Rennräder bis zu elf Kilogramm, nicht aber für Mountainbikes. Der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club hält die Neuregelung für „undurchdacht“. „Es gibt auch viele Batterieleuchten, die abweichende Spannung haben und nun nicht mehr benutzt werden dürfen“, klagt Rechtsreferent Roland Huhn. Kritik kommt ferner vom Leiter der Prüfstelle des Lichttechnischen Instituts der Universität Karlsruhe, Karl Manz: „Die Verfasser der Neuregelung kommen noch aus der Zeit der Glühbirne. Moderne LED benötigen viel weniger Strom.“ Zudem sei ein moderner Dynamo die beste Lösung für ein Rad, so Manz. Das Institut hat im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums neue Fahrradbeleuchtungen untersucht. Minister Peter Ramsauer hat die Ergebnisse aber bislang nicht veröffentlicht.

ENTSCHÄDIGUNGEN

„Sträflicher Fehler“

In der Jewish Claims Conference (JCC) ist ein offener Streit über den Umgang mit einem Betrugsskandal um Entschädigungen für Überlebende des Holocausts ausgebrochen. Der Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, Stephan Kramer, beklagt in mehreren E-Mails an JCC-Spitzenfunktionäre in New York und in einem Interview in der israelischen Tageszeitung „Jerusalem Post“, dass die JCC einen Bericht zu betrügerischen Machenschaften zurückhalte. Die Aufklärung des Skandals müsse der zentrale Punkt der Vorstandssitzung sein, die in dieser Woche in New York stattfindet. Es wäre ein „sträflicher Fehler“, Dinge „unter den Teppich zu kehren“, schrieb Kramer vorige Woche an Arie Bucheister, Stabschef bei der JCC. Die JCC-Zentrale bestreitet, die Vorfälle vertuschen zu wollen. 2010 hatte die US-Bundespolizei FBI mehrere Mitarbeiter der JCC festgenommen, die Entschädigungen für Überlebende des Holocausts in Höhe von 42,5 Millionen Dollar in die eigene Tasche gesteckt haben sollen. Einige Beschuldigte in den USA wurden inzwischen zu Gefängnisstrafen verurteilt. Die Gelder stammten aus zwei Fonds für jüdische Überlebende des NS-Terrorregimes in Osteuropa.

Kramer

REMBARZ / DAPD / DDP IMAGES

GÜTERVERKEHR

Laute Bremsen

Der nordrhein-westfälische Verkehrsminister Michael Groschek fordert ein Verbot von Grauguss-Bremsen an Güterwaggons. „Sie rauen die Räder auf und verursachen dadurch einen hohen Lärmpegel“, sagt der Sozialdemokrat, der die Bahn nach Schweizer Vorbild leiser machen will. Dort werden diese Bremsen zum Jahr 2020 verboten und durch Bremsklötze aus Verbundstoffen ersetzt, die erheblich leiser im Betrieb sind. Das Vorhaben von Bundesregierung und Deutscher Bahn, den Lärm im Güterverkehr bis 2020 zu halbieren, geht nach Groscheks Überzeugung nicht weit genug.

PATRICK LUX / AP

VERFASSUNGSSCHUTZ

Rechte Rocker

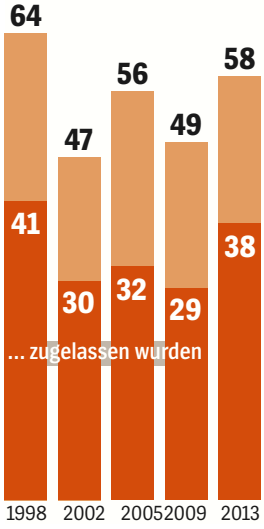
Die Innenminister der Bundesländer sind von mehreren Landesverfassungsschutzämtern in einem Lagebericht über eine neue rechtsextreme Organisationsform informiert worden. Danach würden sich vor allem in Schleswig-Holstein, Bremen und Niedersachsen Rechtsextreme unter dem Namen „Brigade 8“ als Rockerclub zeigen. Die Männer kleideten sich nach dem Vorbild klassischer Motorradclubs mit ledernen Westen. Auch in der Organisation eiferten die Rechten den Rockern nach: So gebe es Aufnäher mit verschiedenen Funktionsbezeichnungen wie „General“, „President“, „Schriftführer“ oder auch „Gauleiter“. „Wie bereits an den vorhandenen Logoentwürfen ersichtlich, ist auch eine europaweite Strukturausweitung geplant“, heißt es in dem Lagebericht. Die „Brigade 8“ werde durch die zwei rechtsextremistischen Musikbands „Endlöser“ und „Legion Germania“ unterstützt. Beziehungen bestünden auch zum Betreiber eines rechtsextremistischen Internet-Versandhandels. „Die Gruppe zeigt, dass das Klischee vom Glatzkopf mit Springerstiefeln ausgedient hat“, sagt Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU).

Qual der Wahl

Neben den 9 Parteien, die bereits im Bundestag oder in einem Landesparlament vertreten sind, dürfen 29 weitere Vereinigungen bei der kommenden Bundestagswahl antreten. Darunter sind die Alternative für Deutschland (AfD) und die Satire-Partei Die Partei. Der Bundeswahlausschuss hatte in der vergangenen Woche erstmals nach neuen Regeln über die Zulassung von Parteien beraten, nachdem die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa das ursprüngliche Verfahren kritisiert hatte. So besteht nun für abgelehnte Bewerber die Möglichkeit, sich vor der Wahl beim Bundesverfassungsgericht zu beschweren. Außerdem muss die Nichtzulassung von einer Zweidrittelmehrheit im Bundeswahlausschuss beschlossen werden.

Anzahl der Parteien, die ...

... sich für die jeweilige Wahl beworben haben



Neben neun bereits im Bundestag oder in Landtagen vertretenen Parteien sind folgende Vereinigungen zur Bundestagswahl zugelassen:

Ab jetzt ... Demokratie durch Volksabstimmung (Volksabstimmung)
Alternative für Deutschland (AfD)
Bayernpartei (BP)
Bergpartei, die „ÜberPartei“ (B)
Bund für Gesamtdeutschland (BGD)
Bündnis 21/RRP (Bündnis 21/RRP)
Bündnis für Innovation und Gerechtigkeit (BIG)
Bürgerbewegung pro Deutschland (pro Deutschland)
Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo)
Christliche Mitte (CM)
Die Rechte
Die Republikaner (Rep)
Die Violetten (Die Violetten)
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)
Familien-Partei Deutschlands (Familie)
Feministische Partei Die Frauen (Die Frauen)
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)
Nein!-Idee (Nein!)
Neue Mitte (NM)
Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)
Partei Bibeltreuer Christen (PBC)
Partei der Nichtwähler
Partei der Vernunft (Partei der Vernunft)
Partei für Soziale Gleichheit, Sektion der Vierten Internationale (PSG)
Partei Gesunder Menschenverstand Deutschland (GMD)
Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative (Die Partei)
Partei Mensch Umwelt Tierschutz (Tierschutzpartei)
Rentner Partei Deutschland (Rentner)

DER SPIEGEL

STAATSBANK

Geringes Vertrauen in Spanien

Die staatliche KfW-Bank geht mit ihrem 800 Millionen Euro schweren Darlehen an die spanische Förderbank ICO weitaus höhere Risiken ein als bislang bekannt. Auf der Verwaltungsratssitzung der KfW in der vergangenen Woche musste der Vorstand eingestehen, dass die Staatsbank das Geschäft unter normalen Umständen nicht machen würde, da es viel zu risikoreich sei. Der Kredit werde nur vergeben, weil der Bund für die komplette Summe hafte. Die Aussage ist auch deshalb brisant, weil der spanische Staat wiederum voll für die ICO-Bank bürgt. Das heißt: Die KfW hat nur geringes Vertrauen in die Kreditwürdigkeit Spaniens. Vorigen Donnerstag hatten Finanzminister Wolfgang Schäuble und Wirtschaftsminister Philipp Rösler das Abkommen über das Globaldarlehen mit ihren spanischen Amtskollegen in Berlin vorgestellt. Die ICO-Bank soll die Mittel über die Hausbanken als zinsverbilligte Kredite an mittelständische Unternehmen weiterleiten und so den Zugang zu Krediten verbessern.

AXEL HEIMKEN / DAPD

Deutsche Soldaten in Afghanistan

BUNDESWEHR

Teure Einsätze

Die Auslandsmissionen der Bundeswehr haben den deutschen Steuerzahler seit 1992 knapp 17 Milliarden Euro gekostet. Das geht aus einer internen Berechnung des Verteidigungsministeriums hervor, die ein Beamter des Hauses kürzlich Vertretern der Industrie präsentiert hat. Demnach war vor allem die Zeit zwischen 2010 und 2012 mit rund 1,4 Milliarden Euro pro Jahr besonders teuer. Nur im Jahr 2002, als die Bundeswehr ihren Afghanistan-Einsatz aufbaute, wurde mit 1,5 Milliarden Euro mehr ausgegeben. Die Summen beziffern dabei lediglich die zusätzlichen spezifischen Kosten der Missionen. Der Sold der eingesetzten Soldaten wird getrennt berechnet. Die Bundeswehr ist momentan mit etwa 6000 Soldaten im Ausland vertreten. Die meisten sind in Afghanistan stationiert (etwa 4400), gefolgt vom Kosovo (etwa 800).

BUNDESTAGSWAHL 2013

Elf Wochen noch

Vorige Woche habe ich überlegt, einen 81-tägigen Urlaub einzureichen, bis zum Tag nach der Wahl. Auf die Idee brachten mich die Leute von Forsa, Emnid und Infratest dimap. Rot-Grün habe keine Chance mehr, heißt ihre Botschaft, das Rennen sei entschieden. Und die Leute von den Instituten müssen es wissen. Sie telefonieren ja täglich mit dem Wähler. Liegt die Union also wirklich uneinholbar vor der SPD? Ist die Kanzlerschaft von Peer Steinbrück so wahrscheinlich wie die Meisterschaft von Eintracht Braunschweig? Weshalb ich nun aber doch lieber keine Ferien mache, liegt daran, dass es sich mit politischen Umfragen so verhält wie mit Grillwürsten oder der Vergabe von Olympischen Spielen: Man möchte lieber nicht genau wissen, wie sie zustande kommen. Im Sommer 2005 durfte ich einen Nachmittag im Callcenter von Forsa verbringen, wenige Wochen vor der Bundestagswahl. Die Union lag damals ähnlich weit vor der SPD wie heute, der Drops schien gelutscht. Ich bekam einen Kopfhörer und durfte mithören, wie Herr E. von Forsa beim deutschen Volk durchrief, um zu erkunden, wie es bald abstimmen werde. „Rufen Sie im September wieder an“, sagte ihm die erste Wählerin. „Bis dahin ist mein Mann in Polen.“ Herr E. tat mir schnell leid. Als er seine Gesprächspartner fragte, welches politische Ereignis sie zuletzt interessiert habe, musste er mehrmals den Sieg von Michael Schumacher im letzten Formel-1-Rennen notieren. Ob sie ihre Wahlentscheidung schon getroffen habe, wollte er von einer älteren Dame wissen. „Gibt es schon wieder Wahlen?“, lautete die erste Antwort. Die zweite war nicht besser. „Also, beim letzten Mal hab ich PDS gewählt, aber diesmal mache ich CDU. Oder SPD.“ Bei dieser Frage dürfe man nur eine Partei nennen, entschuldigte sich Herr E. „Dann nehm ich CDU“, antwortete die Dame. „Oder nein, SPD, nehmen Sie SPD.“ Je länger ich zuhörte, desto mehr kam mir Demokratie wie ein Würfelspiel vor. Wenige Wochen später erhielt die SPD 34,2 Prozent, fast so viel wie die Union, und ich nahm mir vor, Umfragen fortan zu ignorieren – ich gucke schließlich auch kein Astro-TV und war noch nie bei einer Kartenlegerin. Aber das Ignorieren fällt schwer. Es ist, als wollte man das Wetter oder Pep Guardiola ignorieren. Natürlich sind Umfragen im Grunde harmlos. Ärgerlich ist nur, wenn sie zur politischen Verdummung beitragen.

WAHL 2013

Wenn der Verweis auf Umfragen die eigene Haltung ersetzt und den gesellschaftlichen Diskurs ersäuft. Wenn Umfragen als Entschuldigung dienen, sich nicht mit den Argumenten und Programmen eines Wahlkampfs zu beschäftigen – weil ja eh alles entschieden ist. Warum ich trotzdem nicht mehr an die große Aufholjagd der SPD glaube? Damals, 2005, hieß ihr Kandidat Gerhard Schröder, heute heißt er Peer Steinbrück. Das wird am Ende einen Unterschied von zehneinhalb bis elf Prozentpunkten ausmachen. Sagt mein Bauch. Und der ist ähnlich verlässlich wie Umfragen. *Markus Feldenkirchen*

NSA-Rechenzentrum in Utah

Obamas Zwerge

Im Skandal um Amerikas Lauschangriff auf den Rest der Welt kuschen Regierungen reihenweise vor Washington. Die Deutschen wollen von nichts gewusst haben – dabei wird jetzt klar, dass die Geheimdienste beider Länder eng kooperieren.

NSA-Chef Alexander in Washington

TODD HIDO / EDGE REPS (O.); MARK WILSON / GETTY IMAGES (U.)

Im sozialen Netzwerk LinkedIn plaudern Menschen gern über ihre Arbeit. Sie wollen etwas loswerden oder suchen einen neuen Job und berichten deshalb, was sie so gemacht haben oder machen. Ein früherer „Signals Intelligence Supervisor“, ein Amerikaner, erzählt da zum Beispiel leichtsinnig, dass er von September 2009 bis Oktober 2010 in Darmstadt gearbeitet habe. Er sei dafür zuständig gewesen, abgefangene ausländische Kommunikation zu sammeln, zu übersetzen und zu verarbeiten. Der Mann war also im Berufsfeld der Spionage tätig.

Darmstadt ist dafür ein guter Standort, denn hier in der Nähe findet sich das geheime Gebäude-Sammelsurium „Dagger Complex“, in dem vor allem Armee-Leute der 66th Military Intelligence Brigade arbeiten, das aber auch von der amerikanischen Lauschbehörde National Security Agency (NSA) mitfinanziert wird.

Bei LinkedIn gibt es viele solcher Einträge. Manche sind womöglich aufgebauscht, aber in der Masse entsteht ein recht gutes Bild davon, wo amerikanische Geheimdienstler in Deutschland operieren.

Was bislang fehlt, sind Plaudereien darüber, ob und wie eng sie mit Kollegen vom Bundesnachrichtendienst oder vom Verfassungsschutz zusammengearbeitet haben. Aber es gibt aus anderen Quellen Hinweise, dass man miteinander zu tun hat. Und das stünde im Widerspruch zu dem, was die Bundesregierung behauptet: dass sie nichts weiß von den großen Lauschaktionen der Amerikaner bei den Verbündeten.

Der Fall Edward Snowden geht in die nächste Runde. Zunächst hat der amerikanische Computerexperte, der für die NSA gearbeitet hat, offenbart, wie sich der Geheimdienst in Datennetzen bedient. In der vergangenen Woche wurde durch den SPIEGEL bekannt, dass die USA auch ihre Verbündeten ausspionieren lassen, darunter Deutschland. Nun ist zu klären, wie eng diese Verbündeten selbst in den Skandal verstrickt sind. Reine Unschuld ist nicht zu erwarten.

Es gibt Zeiten, in denen klarwird, wie die Welt wirklich tickt, was ihre wahren inneren Gesetze sind. Dann fallen Schleier, die Welt sieht plötzlich anders aus. Es sind jetzt solche Zeiten.

Ein Mann tut etwas, was in der besten Tradition des Westens steht, was den Westen so richtig erst begründet hat: Er klärt auf, er weist auf Missstände hin und öffnet Augen. Das hat Edward Snowden getan. Aber was geschieht nun mit ihm? Die Führungsmacht dieses Westens, die USA, jagt ihn auf der ganzen Welt, und fast alle machen mit, vor allem der Rest des Westens.

Snowden hockte am vergangenen Freitag wahrscheinlich noch immer im Flughafen von Moskau, im Transitbereich, in einem Niemandsland, weil sich niemand traute, ihn aufzunehmen, auch Deutschland nicht, wo Snowden gern Asyl bekommen hätte.

Angst regiert gerade diese Welt, Angst vor dem Zorn der Vereinigten Staaten von Amerika, Angst vor Präsident Barack Obama, der einst als Weltenretter begrüßt wurde. Kaum einer will es sich mit der politischen und wirtschaftlichen Supermacht verscherzen.

Das wurde besonders deutlich, als ein kleines Flugzeug über Österreich eine Kehrtwende machen musste. An Bord waren der bolivianische Präsident Evo Morales und vielleicht ein Gespenst mit dem Namen Edward Snowden. Mehrere europäische Staaten verweigerten diesem kleinen, unbewaffneten Flugzeug Lande- oder Überflugrechte. In einigen Hauptstädten hatten sie die Hosen gestrichen voll, und höchstwahrscheinlich war Snowden nicht einmal unter den Passagieren.

Der Westen macht sich gerade lächerlich durch Unterwürfigkeit, durch freiwillige Unfreiheit, durch den Verstoß gegen die eigenen Werte. Und er brüskiert dabei noch Südamerika, das auch zum erweiterten Westen gezählt wird. Staaten wie China oder Russland, stets im Visier westlicher Moralexporteure, können hingegen frohlocken: Der Aufklärer Snowden suchte zuerst Zuflucht bei ihnen, nicht in den Ländern, die auf die Freiheiten stolz sind.

Die Welt steht kopf, und auch Deutschland macht dabei keine gute Figur.

Christoph Heusgen, der außenpolitische Berater der Bundeskanzlerin, konnte sein Wochenende abschreiben, als am Samstag vor zwei Wochen die Enthüllungen die Runde machten. Am Sonntag rief er Phil Murphy an. Der scheidende US-Botschafter in Berlin hatte sich auf eine Woche voller Abschiedsfeierlichkeiten eingestellt, doch davon war nun keine Rede mehr. Heusgen empfahl Murphy, die beiden SPIEGEL-Geschichten sofort ins Englische übersetzen zu lassen und dem Weißen Haus zu schicken.

Dann ließ Heusgen sich mit Tom Donilon verbinden, dem Sicherheitsberater des US-Präsidenten. Beide vereinbarten, dass Obama spätestens nach der Rückkehr von seiner Afrika-Reise mit der Kanzlerin sprechen sollte. Den Amerikanern musste mittlerweile klar sein, wie verärgert die Deutschen waren.

„Abhören von Freunden, das ist inakzeptabel, das geht gar nicht.“

Snowden

REUTERS

Einen Tag später wurde Botschafter Murphy ins Auswärtige Amt geladen. Auf eine förmliche „Einbestellung“, die ultimative Form diplomatischer Missbilligung, hatte Berlin zwar verzichtet, aber faktisch war das Gespräch mit dem zuständigen Abteilungsleiter kaum etwas anderes. Merkels Regierungssprecher Steffen Seibert wurde ungewohnt deutlich: „Abhören von Freunden, das ist inakzeptabel, das geht gar nicht.“

Für Europa und die USA steht einiges auf dem Spiel. An diesem Montag beginnen die Verhandlungen über das geplante transatlantische Freihandelsabkommen. Die Schnüffelei der Amerikaner gefährdet das Projekt. Auf Vorschlag des amerikanischen Justizministers werden nun zwei europäisch-amerikanische Arbeitsgruppen versuchen, parallel zu den Verhandlungen die Vorwürfe gegen die NSA aufzuklären.

Am vergangenen Mittwoch telefonierten Merkel und Obama. Beide waren danach bemüht, den Streit runterzuspielen. Es werde „Gelegenheit zum intensiven Austausch über diese Fragen geben“, hieß es anschließend ebenso diplomatisch wie nichtssagend. Das dürfte kaum das ersehnte Machtwort gewesen sein, das sich nach einer Umfrage von Infratest Dimap 78 Prozent der befragten Deutschen von Merkel wünschen.

Im Kanzleramt zittern sie nun der nächsten Enthüllung entgegen, denn längst spielt das Thema in den Wahlkampf hinein. So versuchten die beiden SPD-Rivalen Sigmar Gabriel und Peer Steinbrück in seltener Einmütigkeit, Merkel direkt anzugreifen. Es könne sein,

„dass sie mehr weiß, als bisher bekannt geworden ist“, sagte der SPD-Kanzlerkandidat.

Auch Snowden sagt, deutsche Behörden würden mit der NSA „unter einer Decke stecken“ (siehe Interview Seite 22).

Nachhaltiger als in der NSA-Affäre hat aber noch keine Bundesregierung ihre Ahnungslosigkeit zur Schau gestellt. Seit nunmehr vier Wochen weiß die Bundesregierung, dass sie nichts weiß. Aber das immerhin konsequent. Dreimal tagte in dieser Zeit das Parlamentarische Kontrollgremium des Bundestags – dreimal zuckten hohe Regierungsvertreter hinter verschlossenen Türen mit den Schultern.

Der Verfassungsschutz und der Bundesnachrichtendienst: angeblich nicht im Bilde. Das Kanzleramt: ahnungslos. Die Bundesjustizministerin: rechtschaffen empört, aber unwissend. Der Bundesinnenminister: wusste nichts, stellte trotzdem schon mal klar, dass die Datenfischerei der amerikanischen Freunde sicherlich in Ordnung sein werde. Kritik daran, so Hans-Peter Friedrich (CSU), sei „Antiamerikanismus“.

Und so begann die hohe Zeit des Briefeschreibens. Die Antworten, so sie denn erfolgten, machten allerdings auch niemanden schlauer. Die britische Regierung, besonders eifrig beim Mitschneiden des Internetverkehrs, ließ die deutsche brüsk wissen, sie möge sich, bitte schön, direkt an den Geheimdienst wenden. Die Amerikaner zogen es bis Ende vergangener Woche vor zu schweigen. Obama sagte Merkel wenigstens zu, die Vorwürfe zu prüfen und dann zu berichten. Das kann dauern.

Anfang dieser Woche wird sich daher eine deutsche Regierungsdelegation nach Washington bemühen. In Gesprächen mit dem Heimatschutzministerium, der NSA und der Regierung erhoffen sich die Vertreter des Kanzleramts, des Innen- und des Justizministeriums, des Auswärtigen Amts sowie des Verfassungsschutzes und des Nachrichtendienstes Lerneffekte. Weil aber die Opposition sogleich lästerte, die Koalition schicke nur Leute aus der zweiten Reihe, entschied sich Friedrich hinterherzureisen.

Aber ist die geradezu frivol vorgetragene Mein-Name-ist-Hase-Haltung auch glaubwürdig? Zweifel sind angebracht.

KATIEBAIR.COM / REUTERS

Computerexperte Snowden 2002: *„Er ist eine heiße Kartoffel“*

Schon einmal gab es in Deutschland und Europa Empörung über ein „globales Abhörsystem für private und wirtschaftliche Kommunikation“. Zwölf Jahre ist es her, dass ein Ausschuss des Europäischen Parlaments einen fast 200 Seiten langen Bericht über das Spähsystem „Echelon“ vorlegte.

In dem Bericht steht, „dass innerhalb Europas sämtliche Kommunikation via E-Mail, Telefon und Fax von der NSA regelmäßig abgehört wird“. Die Rede ist von einem Geheimdienstverbund der USA, Großbritanniens, Kanadas, Australiens und Neuseelands. „Wenn dann noch der routinemäßige Austausch von Rohmaterial hinzukommt, dann entsteht eine völlig neue Qualität.“

Die Abgeordneten empfahlen im Juli 2001 eine Reihe von Vorschriften und Abkommen, um dem ganz großen Lauschangriff in Europa Grenzen zu setzen. Zwei Monate später flogen Terroristen Flugzeuge ins New Yorker World Trade Center, und einige der Attentäter hatten in Deutschland gelebt. Die Kritik an „Echelon“ verstummte abrupt.

Aber Union und FDP dürfte nicht entgangen sein, dass die Abhörspezialisten aus den USA nach wie vor auf deutschem Boden präsent sind. Derzeit baut die NSA unter ihrem Chef, General Keith Alexander, ihre hiesige Infrastruktur mit großem Aufwand aus.

Die wohl bekannteste Abhöranlage liegt im bayerischen Bad Aibling. Sie ist im „Echelon“-Bericht hinreichend beschrieben. Offiziell haben die Amerikaner den bayerischen Horchposten 2004 aufgegeben. Die weißen Kuppeln des „Echelon“-Abhörsystems, die sogenannten Radome, ließen sie allerdings stehen. Als das Gelände offiziell zur zivilen Nutzung umgewidmet wurde, galt das nicht für das Areal mit der Lauschtechnik.

Ein Verbindungskabel leitet seither die abgefangenen Signale auf das Gelände der Mangfall-Kaserne, die ein paar hundert Meter entfernt liegt. Hier residiert offiziell die „Fernmeldeweitverkehrsstelle der Bundeswehr“ – hinter dem Tarnnamen verbirgt sich der Bundesnachrichtendienst (BND). In enger Kooperation mit einer Handvoll Abhörspezialisten der NSA analysiert der deutsche Auslandsdienst seither Telefongespräche, Faxe und alles, was sonst noch über Satelliten übertragen wird. Offiziell gibt es weder den BND-Posten in Bad Aibling noch die Kooperation mit den Amerikanern. In einer vertraulichen Sitzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums räumte BND-Chef Gerhard Schindler am vergangenen Mittwoch die Zusammenarbeit mit dem US-Dienst allerdings ein.

Auch anderswo in Deutschland lauschen die Amerikaner in die Welt hinein. In Griesheim bei Darmstadt betreibt die US-Armee einen streng geheimen Horchposten. Fünf Radome stehen am Rand des August-Euler-Flugplatzes, versteckt hinter einem Wäldchen. Wer am „Dagger-Complex“ vorbeifährt, wird von Wachleuten kritisch beäugt, Fotografieren ist verboten.

Im Innern werten Soldaten Informationen für die Streitkräfte in Europa aus. Die NSA unterstützt die Analysten, auch Mitarbeiter amerikanischer Sicherheitsfirmen arbeiten auf dem Gelände.

Der Bedarf an Daten ist offenbar so groß, dass in absehbarer Zeit ein Umzug bevorsteht. Im rund 40 Kilometer ent-

fernten Wiesbaden baut die US-Armee ein neues Consolidated Intelligence Center. Für 124 Millionen Dollar entstehen in der hessischen Landeshauptstadt abhörsichere Büros und ein Hightech-Kontrollzentrum. Sobald die Anlage in Wiesbaden fertiggestellt ist, wird der „Dagger-Complex“ bei Darmstadt geschlossen.

Die US-Armee vertraut bei dem Neubau in Wiesbaden nur auf Landsleute. Die Baufirmen müssen aus den USA stammen und sicherheitsüberprüft sein. Selbst die Materialien sollen aus den Vereinigten Staaten importiert und auf ihrem Weg nach Deutschland überwacht werden. Damit auch ja kein fremder Spion auf die Baustelle kommt, bewachen die Amerikaner das Areal rund um die Uhr mit eigenen Sicherheitsleuten.

Ist es wirklich vorstellbar, dass die Bundesregierung nichts weiß vom Treiben der NSA vor ihrer Haustür? Wie ist dann zu verstehen, was Innenminister Friedrich vorvergangene Woche in einer aktuellen Debatte des Bundestags zur Ausspähaffäre sagte: „Deutschland ist glücklicherweise in den letzten Jahren von großen Anschlägen verschont geblieben. Wir verdanken das auch den Hinweisen unserer amerikanischen Freunde.“ Hinter Sätzen wie diesem verbirgt sich eine funktionale Sicht auf den Überwachungsapparat der Supermacht: Was genau die NSA macht, ist zweitrangig – es zählt, was hinten rauskommt. Und das ist, wie Geheimdienstler halb verschämt einräumen, unverzichtbar.

Ohne die Tipps der Amerikaner, heißt es, wäre man bei der Terrorbekämpfung womöglich auf einem Auge blind. Denn während das Bundesamt für Verfassungsschutz und der Bundesnachrichtendienst im Rahmen der G-10-Gesetzgebung strengen Regeln unterliegen, arbeiten ausländische Dienste auf deutschem Boden – solange es dem Anti-Terror-Kampf dient – weitgehend unkontrolliert. Wie weit das geht, wird am Beispiel Frankfurt am Main deutlich.

Im weltweit pulsierenden Strom digitaler Daten ist Frankfurt so etwas wie eine Herzkammer. Hier treffen Glasfaserkabel aus Osteuropa und Zentralasien auf Datenleitungen aus Westeuropa. Auch E-Mails, Bilder, Telefonate und Tweets aus Krisenländern des Nahen und Mittleren Ostens kommen in Frankfurt vorbei.

Internationale Provider unterhalten hier ihre digitalen Drehscheiben, die Telekom oder auch das US-Unternehmen Level 3, das sich damit brüstet, einen Großteil des weltweiten Internetverkehrs abzuwickeln. Für Geheimdienste wie den BND oder die NSA ist Frankfurt eine unerschöpfliche Quelle für Informationen. Wie aus Unterlagen von Snowden hervorgeht, greift die NSA jeden Monat in Deutschland auf eine halbe Milliarde Kommunikationsvorgänge zu, unter anderem in Frankfurt.

Auch der BND bedient sich hier. Er darf bis zu 20 Prozent der Daten abzweigen. Aus bundesweit fünf Knotenpunkten schleust der Dienst Daten zur Auswertung nach Pullach in die Zentrale, auch in Düsseldorf und München. Die eigentliche Aufgabe für die Spezialisten der Abteilung Technische Aufklärung beginnt allerdings erst im Anschluss an den Zugriff: Aus dem gigantischen Datenmeer müssen sie jene Telefongespräche, E-Mails oder anderen Internetsplitter herausfischen, die vielleicht einen Atomschmuggel decouvrieren oder einen Terrorplot von al-Qaida. Die „Analyse-Tools“ (Werkzeuge) für den großen Lauschangriff auf das Datenmeer sind komplexe und kostspielige Anlagen.

Um den aus dem Nahen Osten eingehenden Telefon- und Internetverkehr auszuwerten, nimmt der BND die Hilfe der NSA in Anspruch. Die Amerikaner stellen den Deutschen zum Beispiel Spezial-Tools zur Verfügung, die mit arabischen Suchbegriffen arbeiten. Erhält der US-Dienst im Gegenzug Zugriff auf die Daten? Die Bundesregierung bestreitet das: Eine Kooperation gebe es nur in Form von „finished intelligence“, von fertigen Geheimdienstberichten.

Das Verhältnis des deutschen Auslandsdienstes zur NSA ist allerdings deutlich enger als öffentlich eingeräumt. In sogenannten „Joint Operations“ gehen die Partnerdienste in klar umgrenzten Einzelfällen gemeinsam vor. Die Ziele liegen im Ausland, zumeist mit Schwerpunkten wie Terrorabwehr und Rüstungslieferungen.

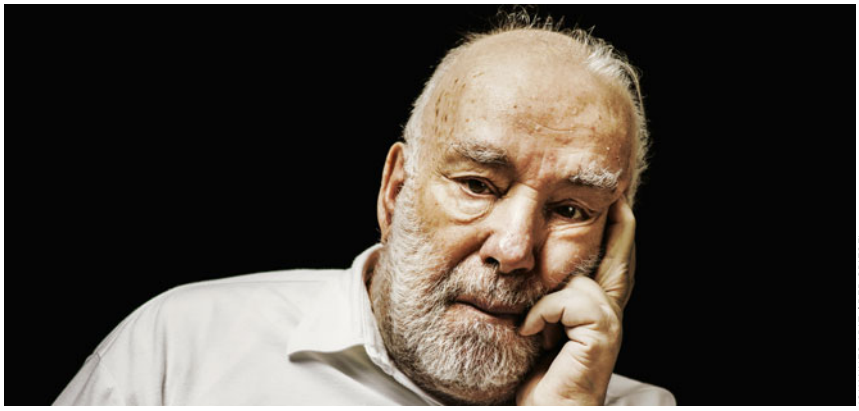
Am Horchposten in Bad Aibling arbeitet ein NSA-Team eng mit den Geheimen des BND zusammen. Der BND nutzt Bad Aibling unter anderem, um Thuraya-Satellitentelefone zu überwachen, die vor allem in den entlegenen Regionen Pakistans und Afghanistans eine Rolle spielen. Die Amerikaner unterstützen die Deutschen dabei. Ist es wirklich denkbar, dass bei so viel Nähe der eine Partner nicht wusste, was der andere tat?

„Wir haben bislang keine Erkenntnisse, dass Internetknotenpunkte in Deutschland durch die NSA ausspioniert wurden“, sagt der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV), Hans-Georg Maaßen. Auch Lauschangriffe der USA auf die Bundesregierung seien ihm nicht bekannt. Eine Projektgruppe unter Leitung des BfV-Spitzenbeamten Thomas

CARSTEN KOALL

BND-Zentrale in Berlin: *Ohne Amerikaner auf einem Auge blind*

E-Mails und Telefonate aus Krisenländern kommen in Frankfurt vorbei.



JOHANNES ARLT / DER SPIEGEL

„Sie sind der Hegemon hier“

Der Ex-Bundestagsabgeordnete Claus Arndt, 86 (SPD), über seinen früheren Job als Geheimdienstkontrolleur und den Informationshunger der Amerikaner

SPIEGEL: Herr Arndt, Sie wurden zu Zeiten von Kanzler Kurt Georg Kiesinger Mitglied der G-10-Kommission und schieden in der Ära von Gerhard Schröder aus. Haben die Amerikaner in diesen Jahrzehnten die Deutschen flächendeckend abgehört?

Arndt: Zunächst haben sich die Amerikaner aufgeführt wie eine Besatzungsmacht und jedermann abgehört, den sie abhören wollten. Das änderte sich erst 1968 mit dem G-10-Gesetz. Für das Abhören waren danach deutsche Stellen zuständig. Die Amerikaner mussten beantragen, wenn Bundesnachrichtendienst oder Verfassungsschutz für sie lauschen sollte.

SPIEGEL: Wie lief das in der Praxis?

Arndt: Für die Anschlüsse bestimmter Personen stellten US-Behörden beim Innenminister einen Antrag. Der leitete ihn an uns weiter, und wir haben dann zugestimmt oder abgelehnt.

SPIEGEL: Wie oft kam eine solche Anfrage von US-Behörden?

Arndt: Das bewegte sich im zweistelligen Bereich pro Jahr.

SPIEGEL: Haben Sie auch Anfragen abgelehnt?

Arndt: Natürlich. Ich erinnere den Koch eines amerikanischen Generals, der bei Gesprächen in der Küche oder beim Essen angeblich Geheimnisse erfuhr und an die Russen verriet. Der Antrag war so allgemein gehalten, da haben wir den Amerikanern ausrichten lassen: „Mit so etwas dürft ihr uns nicht kommen.“

SPIEGEL: Haben die Amerikaner trotzdem Anschlüsse selbst überwacht?

Arndt: Nicht in der Bundesrepublik, aber in West-Berlin. Dort haben sich die Amerikaner bis zum 3. Oktober 1990 benommen, als wären sie gerade einmarschiert. Einmal meldete sich ein Mitarbeiter der Landespostdirektion Berlin. Ein US-Major hatte Streit mit seiner Freundin und angeordnet, ihre gesamte Post mitzulesen und ihre Telefonate abzuhören. Dem deutschen Beamten kam das spanisch vor, und er wollte wissen, ob er diesen Auftrag ausführen müsse. Ich habe ihm gesagt: „Es tut mir leid, aber Sie müssen das!“ So war die Rechtslage.

SPIEGEL: Neben dem Abhören einzelner Anschlüsse gab es die sogenannte strategische Aufklärung. Der Westen wollte während des Kalten Krieges herausfinden, ob ein Angriff drohte.

Arndt: Die Amerikaner verlangten, dass der Fernmeldeverkehr, etwa zwischen Paris und Prag, angezapft wird, und zwar rund um die Uhr. Zuständig ist bei uns der BND. Er muss an einem Knotenpunkt des internationalen Telefonnetzes aktiv werden, etwa in Hamburg. Da fallen riesige Datenmengen an. Zu meiner Zeit ging allein von Hamburg wöchentlich ein Lkw mit Anhänger voller Bänder in die BND-Zentrale nach Pullach.

SPIEGEL: Gab der BND die Bänder ungefiltert weiter?

Arndt: Ja, so sollte es zwar nicht sein. Vielmehr sollte der BND vorher kontrollieren, ob die Bänder Informationen enthielten, deren Weitergabe an die Amerikaner die Interessen der Bundesrepublik verletzten. Doch eine solche Kontrolle war nicht möglich. Die Datenmengen waren zu groß.

SPIEGEL: Konnten auch Telefonate von Deutschen auf den Bändern sein?

Arndt: Wenn diese auf der abgehörten Leitung ins Ausland telefonierten oder auf dieser Leitung aus dem Ausland angerufen wurden.

SPIEGEL: Teilten die Amerikaner mit, wonach sie suchten?

Arndt: Nein, das hätte uns ja Einblick in die Schwerpunkte ihrer Überwachung geben können. Um den Schein zu wahren, fügten sie eine Begründung von einer halben Schreibmaschinenseite bei, dass das Abhören dieser Leitung für die Sicherheit ihrer Truppen in der Bundesrepublik wichtig sei.

SPIEGEL: Nach BND-Unterlagen übergab Pullach 1977 rund 10 000 G-10-Meldungen. War das ungewöhnlich viel?

Arndt: Nein, das entsprach in meiner Zeit der üblichen Menge. Wobei der Begriff G-10-Meldung irreführend ist. Schon das Abhören einer Leitung, was ja viele Telefonate umfasst, kann damit gemeint sein.

SPIEGEL: 10 000 G-10-Meldungen könnten Millionen Telefonate bedeuten?

Arndt: Ja, wobei ich nicht glaube, dass die NSA diese Datenmengen auswerten konnte. Da wechseln ständig die Gesprächspartner. Eben sprach man rumänisch, dann deutsch, dann russisch. Ich wünsche allen viel Spaß, die so etwas auswerten wollen.

SPIEGEL: Woher nahmen die Amerikaner das Recht, hier abhören zu lassen?

Arndt: Das resultiert aus dem Zusatzabkommen zum Nato-Truppenstatut von 1959. Danach ist die Bundesrepublik zur Zusammenarbeit mit den USA zum Schutze von deren Truppen verpflichtet. Man muss dazu wissen: Aus amerikanischer Sicht gab es nichts, was nicht für die Sicherheit ihrer Truppen relevant war.

SPIEGEL: Hätten Sie nicht einfach alle Anträge zur strategischen Aufklärung ablehnen können?

Arndt: Die Amerikaner sind wild versessen auf Informationen, und die Amerikaner sind der Hegemon hier. Es ist nicht vorstellbar, dass man sich diesem innerhalb des Bündnisses verweigert.

SPIEGEL: Hat die deutsche Einheit etwas an der Situation verändert?

Arndt: Nein.

SPIEGEL: Dann ist die Bundesrepublik nur beschränkt souverän?

Arndt: Theoretisch sind wir souverän. Die Organe der Bundesrepublik haben das Zusatzabkommen ja gebilligt. In der Praxis sind wir es nicht.

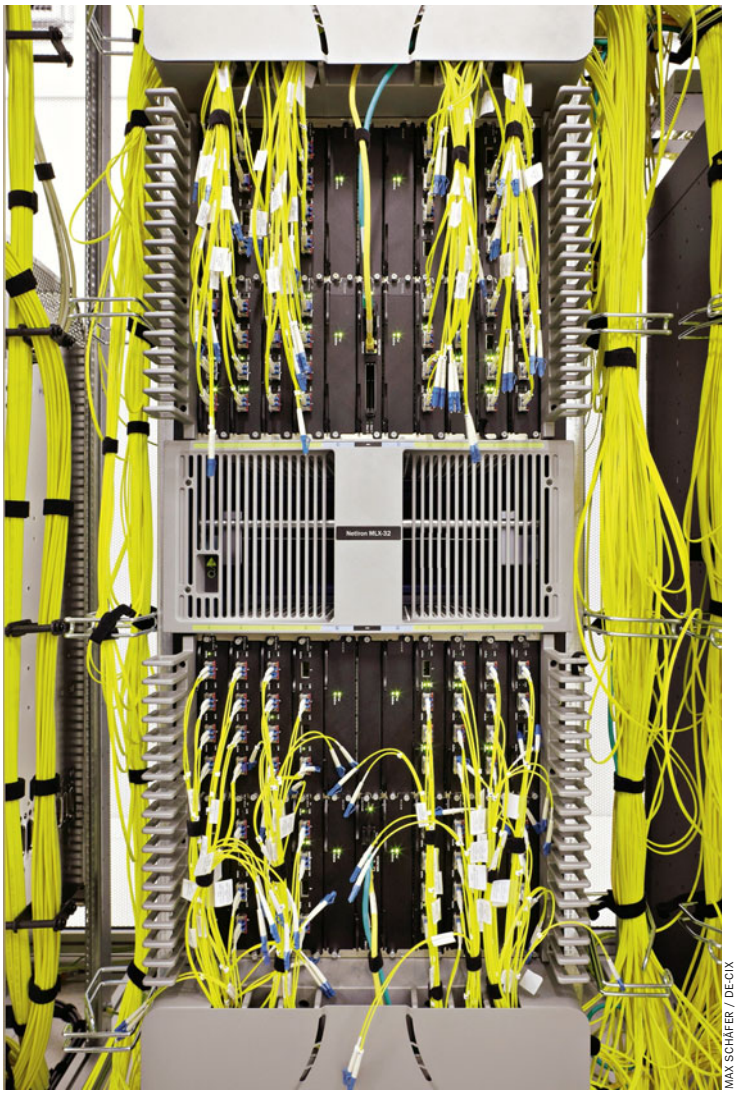
Interview: Klaus Wiegrefe

Haldenwang soll den Snowden-Hinweisen nun nachgehen.

Am Ende ist es relativ unerheblich, ob der Abfluss deutscher Verbindungsdaten nach Amerika aufgeklärt werden kann oder nicht, denn allzu harsche Kritik müssen die Amerikaner nicht fürchten. „Wir sind erpressbar“, sagt ein hochrangiger Sicherheitsbeamter, „wenn die NSA ihren Hahn zudreht, sind wir blind.“

Die USA sind eben nicht einfach ein Freund, sie sind ein Herrscher, mit dem man befreundet sein kann oder nicht. Dass mit einer Freundschaft oft auch Herrschaft verbunden sein kann, zeigt der Fall Snowden so klar wie kaum ein anderer. Und innerhalb des Falls Snowden zeigt die Odyssee von Evo Morales besonders deutlich, wie die Herrschaftsverhältnisse sind.

Die Reise des bolivianischen Präsidenten gehört zu den bizarrsten Vorgängen der Weltpolitik. Sie kann noch nicht zu Ende erzählt werden, es gibt Lücken, es gibt widersprüchliche Aussagen, aber all das hätte wohl nicht geschehen können, wenn nicht einige europäische Politiker eine Menge Angst vor den Amerikanern hätten.



MAX SCHÄFER / DE-CIX

Netzwerkverteiler in Frankfurt am Main: *Unerschöpfliche Quelle*

Am 28. Juni genehmigten portugiesische Behörden einen Reiseplan für eine „Dassault Falcon 900EX“ der bolivianischen Luftwaffe. Das Flugzeug von Morales sollte bei seiner Reise nach Moskau auf dem Hin- und dem Rückweg einen Zwischenstopp in Lissabon einlegen, um zu tanken. Auf dem Hinweg ging alles glatt. Am 1. Juli allerdings schickten die Portugiesen um 16.28 Uhr einen Widerruf an die Bolivianer: Kein Zwischenstopp auf dem Rückflug, „aus technischen Gründen“, heißt es in einer Darstellung des portugiesischen Außenministeriums. Um 19.19 Uhr sei das Ersuchen der Bolivianer eingetroffen, das Verbot näher zu erläutern. Um 21.10 Uhr habe man geantwortet: Dem Überflug des portugiesischen Terrains stehe nichts im Wege, nur eine Landung in Lissabon sei nicht möglich. Was diese technischen Hindernisse gewesen sein sollen, wollte das Ministerium bislang nicht erläutern.

Die Bolivianer hätten insistiert, ohne Erfolg. Das Ministerium „bedaure die Unannehmlichkeiten“, habe aber keine Schuld, da „die bolivianischen Stellen fast 24 Stunden lang nicht bereit waren, eine alternative Route in Betracht zu ziehen, und auf einem Vorgehen bestanden, das die portugiesische Souveränität verletzt hätte“.

Selbst schuld also? Am Nachmittag des 2. Juli haben die Bolivianer in Madrid angefragt, ob sie spanisches Hoheitsgebiet überfliegen dürften, um einen Tankstopp in Las Palmas auf Gran Canaria einzulegen. Das sagt das spanische Außenministerium auf Anfrage. Sofort habe man beides genehmigt. Die Bolivianer hätten sich dafür bedankt.

Am 2. Juli hob Morales’ Maschine gegen 20.35 Uhr in Moskau ab, Ziel also nun: Las Palmas. Doch eine Dreiviertelstunde bevor der Flieger auf dem Weg nach Las Palmas französischen Luftraum erreichte, verwehrten die Franzosen den Überflug.

Präsident François Hollande sagte am folgenden Tag: „Es gab widersprüchliche Angaben über die Passagiere an Bord. Sobald ich erfuhr, dass es sich um die Maschine des bolivianischen Präsidenten handelt, habe ich sofort die Erlaubnis zum Überflug erteilt.“

Ein anonymer Diplomat erklärte in der Zeitung „Le Monde“: „Wir haben nie auch nur einen Moment lang gedacht, Snowden könnte in dem Flugzeug sein.“ Die Franzosen behaupten nun, es habe sich um ein Missverständnis gehandelt. Die zuständige Behörde habe fälschlicherweise geglaubt, zwei „Falcons“ seien auf dem Weg in den französischen Luftraum, doch nur eines der Flugzeuge habe eine Genehmigung gehabt. Aus technischen Gründen sei dann eine der beiden Maschinen gestoppt worden, ohne dass jemand gewusst habe, dass Morales an Bord sei.

Hollandes Genehmigung kam spät in der Nacht, zu spät für Boliviens Staatschef. Da das Flugzeug offenbar auch Italien nicht überfliegen durfte, fragte die Crew gegen 21 Uhr in Wien nach einer Landeerlaubnis. Der Pilot sagte dem Lotsen: „Wir müssen landen, weil wir keine korrekte Anzeige des Treibstoffstands bekommen. Als Vorsichtsmaßnahme müssen wir landen.“ Die Erlaubnis kam bald, die „Falcon“ wendete über Obertauern um 180 Grad. Gegen 22 Uhr war Morales in Wien.

Dort saß er über 13 Stunden lang auf dem Flughafen fest. Nach Angaben der bolivianischen Regierung verweigerte Morales zunächst eine Durchsuchung des Flugzeugs, die Beamten durften es aber schließlich doch betreten. Die Pässe aller Insassen wurden überprüft. Morales habe den Behörden versichert, dass Snowden nicht an Bord sei. Seiner argentinischen Kollegin Cristina Fernández de Kirchner sagte er am Telefon, eine Durchsuchung lasse er nicht zu, „ich bin doch kein Dieb“.

Vor allem die Spanier bemühten sich, die Krise zu lösen, verhandelten mit den Bolivianern, aber auch mit europäischen Staaten. Der spanische Botschafter in Wien sprach bei Morales vor, der in der VIP-Zone des Flughafens Schwechat aufgehalten wurde. Morales erzählte später, der spanische Botschafter habe ihm vorgeschlagen, einen Kaffee in der „Falcon“ zu trinken – wohl um zu kontrollieren, ob Snowden an Bord versteckt werde.

„Es stimmt nicht, dass Spanien um Erlaubnis gebeten hat, das Flugzeug zu untersuchen“, widersprach ihm Spaniens Außenminister José Manuel García-Margallo in Madrid. Später räumte er ein,

HELMUT FOHRINGER / DPA

Boliviens Präsident Morales in Wien: *„Angriff auf ganz Lateinamerika“*

man habe ihm gesagt, Snowden sei an Bord der „Falcon“. Wer das gesagt hat? „Geheim.“ Das ist ein Wort, hinter dem man manches verstecken kann.

Auf Anfrage der Bolivianer erneuerten die Spanier die Landegenehmigung für Las Palmas. Um 11.30 Uhr am 3. Juli startete das Flugzeug in Wien. Um 23.30 Uhr Ortszeit kletterte der erschöpfte und übermüdete Präsident schließlich daheim aus seinem Jet. Morales sagte: „Das Flugzeug eines Präsidenten ist wie eine fliegende Botschaft. Wenn man es festhält oder umleitet, ist das wie ein Attentat. Es war nicht nur ein Attentat auf unser Land, sondern auf ganz Lateinamerika.“

Von Venezuela bis Feuerland ging ein Aufschrei durch den Kontinent. „Wir dachten, der Kolonialismus sei überwunden“, ätzte Argentiniens Präsidentin. Von einem „Angriff auf ganz Lateinamerika“ sprach Ecuadors Präsident Rafael Correa. Die Brasilianerin Dilma Rousseff kritisierte das Vorgehen der Europäer als „schwerwiegenden Verstoß gegen das internationale Recht“, der die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union gefährden würde.

Auch Ecuadors Präsident Correa hat in dieser Krise erst einmal großspurig reagiert. Als der demokratische US-Senator Bob Menendez drohte, Zollvergünstigungen zu blockieren, wenn Ecuador Snowden Asyl gewähren würde, kündigte Correa das Abkommen: „Wir lassen uns nicht einschüchtern.“

Wenige Tage später ruderte er zurück. Obamas Vize Joe Biden hatte ihn angerufen und gewarnt, dass sich die Beziehungen zwischen Washington und Quito „stark verschlechtern“ würden, wenn Ecuador Snowden Zuflucht gewähre. Das halbstündige Telefongespräch sei „herzlich und respektvoll“ gewesen, versicherte Correa. Er werde Washington selbstverständlich konsultieren, bevor er eine Entscheidung treffe.

Das Doppelspiel ist typisch für die Haltung der meisten südamerikanischen Präsidenten: Sie nutzen das Tauziehen um Snowden, um sich vor ihren Anhängern als tapfere Kämpfer gegen die Gringos zu profilieren. Doch in Wirklichkeit sitzt Washington am längeren Hebel.

Ecuador ist wirtschaftlich abhängig von den Amerikanern, Landeswährung ist der US-Dollar. Washington könnte das kleine Land in den Ruin zwingen.

Da ist man in Quito nicht besonders scharf auf einen weiteren Staatsfeind der USA. Julian Assange, der Gründer der Enthüllungsplattform WikiLeaks, hat in der ecuadorianischen Botschaft in London Zuflucht gesucht und lebt dort seit über einem Jahr aus Angst, von den Briten an die Schweden und von den Schweden an die Amerikaner ausgeliefert zu werden.

Obamas Leute fürchten, dass die Enthüllungen immer weitergehen.

Nun jagt Washington schon zwei Aufklärer des Internetzeitalters. Jeder Tag, den Edward Snowden im Transitbereich des Moskauer Flughafens Scheremetjewo verbringt, jeder Fluchtweg, der ihm verbaut wird, ist ein kleiner Sieg für die amerikanische Diplomatie. Die Zahl der Tage, die seit seiner Ankunft in Russland vergangen sind, wird auch zum Maß für den Einfluss, den Amerika, die bloßgestellte Supermacht, trotz aller Empörung in der Welt noch immer hat.

20 Asylanträge hat Snowden bisher gestellt, mindestens 13 davon sind bereits skeptisch sondiert oder abgelehnt worden, unter anderem von Deutschland, Spanien und Polen. In der Nacht zum vergangenen Samstag hieß es aus Nicaragua, man könne Snowden Asyl geben – wenn die Umstände das zuließen. Kurz danach sagte Venezuelas Präsident Nicolás Maduro, er wolle Snowden Asyl anbieten.

Mit Genugtuung nehmen die Amerikaner zur Kenntnis, dass immerhin Russlands Präsident Wladimir Putin die Möglichkeit eines Asyls nur unter harten Bedingungen erwägen würde. „Edward Snowden ist eine heiße Kartoffel“, triumphiert Philip Crowley, Sprecher der ehemaligen Außenministerin Hillary Clinton. Niemand wolle ihn aufnehmen: „Wenn die Musik ausgeht, will ihn kein Land auf seinem Schoß sitzen haben.“

Nachdem die Regierung Obama zunächst auf öffentliche Einschüchterung setzte, entschärfte sie den Ton und hofft nun offenbar auf Diplomatie. „Ich werde keine Jets schicken“, um einen Hacker zu fassen, versicherte Obama, aber das heißt nicht, dass nun Milde gilt für Snowden, der gerade 30 geworden ist. „Öffentlich versucht die Regierung, die Sache herunterzuspielen“, sagt der ehemalige Direktor der Nationalen Geheimdienste, Dennis Blair, „aber unterhalb der Wasseroberfläche paddelt die Ente wie wild.“ Jeder soll wissen, dass ein Freund Snowdens kein Freund der USA sein kann.

Obamas Leute fürchten, dass die Enthüllungen immer weitergehen – über viele Wochen. Snowden, so viel ist mittlerweile klar, hat ein großes Archiv mitgenommen: nicht nur eine Festplatte voll, sondern gleich mehrere. Das Material, aus dem die bislang durch „Guardian“ und SPIEGEL publizierten Geschichten stammen, umfasst nur einen Teil davon.

Weitere spektakuläre Veröffentlichungen würden aus Sicht der Amerikaner dauerhaften Flurschaden anrichten – zumal Snowdens Material mutmaßlich in Teilen nicht nur an die Öffentlichkeit, sondern womöglich auch in die Hände der Chinesen und Russen gelangt ist.

Die chinesische Regierung, heißt es im Umfeld des Weißen Hauses, habe bereits signalisiert, dass sie eine Kopie des Geheimdienst-Schatzes besitze – vermutlich ohne Snowdens aktives Zutun, der sich ausdrücklich nicht als Überläufer gerieren wollte und nicht die Regierung eines an-

deren Landes als Adressat suchte, sondern die kritische Öffentlichkeit.

Zugleich sollen die Chinesen in Washington aber auch versprochen haben, dass sie nicht Teile der NSA-Dokumente oder gar den gesamten Bestand publizieren. Selbst unter Rivalen wie China, Russland und den USA gibt es eine Art Kodex, Streitfälle aus der Welt der Geheimdienste nur im Ausnahmefall vor den Augen der Weltöffentlichkeit auszutragen. Jede Regierung weiß, dass sie in eine ähnliche Situation geraten kann. Dazu kommt, dass die Geheimdienste ihr Wissen lieber für sich behalten, als es auf dem Nachrichtenbasar zu präsentieren. Die Chinesen werden die Dokumente genüsslich auswerten und dann still ihre Schlüsse daraus ziehen.

Selbst für Putin gilt dieser Kodex. Seine öffentliche Warnung, Snowden müsse damit aufhören, den USA Schaden zuzufügen, wird in Washington als Signal interpretiert, dass die Russen ebenfalls kein Interesse daran haben, die Praktiken der NSA öffentlich zu sezieren.

In Wladimir Putins Brust schlagen im Fall Snowden wohl zwei Herzen. Einerseits sieht der ehemalige KGB-Auslandsaufklärer im flüchtigen Amerikaner einen verachtenswerten Verräter, noch dazu einen unberechenbaren Querkopf, der mit seiner Rebellion gegen staatliche Überwachung auch zur Symbolfigur für Russlands Anti-Putin-Opposition taugen würde. Andererseits fiel Putin mit Snowden ein Werkzeug in den Schoß, Amerika eins auszuwischen. Endlich einmal steht Washington und nicht Moskau am Pranger der westlichen Öffentlichkeit.

Hinter den Kulissen und fern der Schlagzeilen der Kreml-treuen Presse aber arbeitet Putin immer wieder pragmatisch mit Amerika zusammen: So fädelte Russlands starker Mann über einen Vertrauten die Milliardenallianz des russischen Ölgiganten Rosneft mit dem amerikanischen ExxonMobil-Konzern ein. Seit 2009 sind mehr als 400 000 amerikanische Soldaten und Armeeangestellte über russisches Territorium nach Afghanistan gebracht worden. Auch Russland mag nicht alle Brücken zum mächtigsten Land der Welt abbrechen.

Der Kreml scheint sich deshalb für ein Doppelspiel entschieden zu haben: Russland liefert Snowden nicht an Amerika aus und betont, dass der flüchtige Computerexperte sich ja gar nicht auf russischem Territorium, sondern nur in der Transitzone des Flughafens aufhalte. Auch der russische Geheimdienst habe mit dem Mann keinen Kontakt, seine Informationen seien am Ende gar nicht so viel wert. „Das ist, wie ein Schwein zu scheren“, mit diesen Worten spielte Putin Snowdens Wissen herunter: „viel Gequieke, aber wenig Wolle.“

Gleichwohl dürfte es ein russisches Interesse an seinen Laptops geben. Je länger sich Snowden am Flughafen aufhält, desto größer ist die Chance, dass Moskaus Geheimdienst-Hacker sich Zugang verschaffen, selbst wenn Snowdens Rechner gut gesichert sind. Er muss auch mal schlafen, seine Situation dürfte ihn allmählich zermürben.

GETTY IMAGES

Partner Obama, Merkel in Berlin: *Der Westen macht sich lächerlich durch Unterwürfigkeit*

Wäre es da nicht ein menschliches Gebot, ihn aus seiner Lage zu befreien, zum Beispiel durch Asyl in der Bundesrepublik?

Schon morgen könnte Snowden vor der Tür stehen. Eine Ausreise aus Russland muss nicht an seinem ungültigen Reisepass scheitern. Die Russen könnten ihn auch so ziehen lassen.

Mit einem Stempel und einer Unterschrift könnte der Flüchtling in das nächste Flugzeug nach Berlin steigen und bei der Ankunft Asyl beantragen. Zwar könnten ihn die deutschen Grenzwächter „zurückweisen“, aber das müssten sie nicht tun. Wahrscheinlicher wäre, dass sie Snowden sofort in Gewahrsam nähmen, weil die USA ein Festnahmeersuchen geschickt haben.

Spätestens dann könnte die Bundesregierung eingreifen und den Mann als wichtigen Staatsgast gut bewacht in einem ordentlichen Hotel einquartieren. So oder so würde ein Gericht zu prüfen beginnen, ob dem Antrag der Amerikaner, Snowden auszuliefern, entsprochen werden kann.

Erfahrene Richter, die sich regelmäßig mit solchen Angelegenheiten beschäftigen, sind fast sicher, dass das Auslieferungsbegehren als unzulässig abzulehnen wäre. Denn das deutsch-amerikanische Auslieferungsabkommen verbietet eine Überstellung wegen politischer Straftaten. Und Landesverrat gelte, so Nikolaos Gazeas, Fachmann für internationales Strafrecht an der Uni Köln, zumindest in der deutschen Sicht als politische Straftat.

Wenn die US-Verfolger, was wahrscheinlich wäre, ihr Auslieferungsbegehren hinter unpolitischen Vorwürfen zu verbergen suchten, würde ihnen auch das nicht helfen. Wenn „ernstliche Gründe“ zu dem Verdacht Anlass gäben, dass es im Kern um eine politische Straftat gehe, so heißt es im Auslieferungsabkommen, sei auch dies ein Auslieferungshindernis.

Es gäbe also in Wahrheit einen Weg, Edward Snowden nach Deutschland zu holen und hierbleiben zu lassen. Man müsste es wollen, man müsste bereit sein, den Zorn der Amerikaner in Kauf zu nehmen.

Aber das ist man nicht. Realpolitik heißt jetzt, vor den Amerikanern zu kuschen. Deutschland ist eben abhängig, politisch und wirtschaftlich von den Amerikanern, wirtschaftlich von den Chinesen, die deshalb beim Thema Menschenrechte kaum noch Widerspruch aus Berlin hören. Deutschland ist ein Land, das sich nichts traut. Der Fall Snowden zeigt auch, dass Deutschland ein Zwerg des Weltgeschehens ist.

Sven Becker, Thomas Darnstädt, Jens Glüsing, Hubert Gude, Fritz Habekuss, Konstantin von Hammerstein, Marc Hujer, Dirk Kurbjuweit, Mathieu von Rohr, Marcel Rosenbach, Matthias Schepp, Jörg Schindler, Gregor Peter Schmitz, Christoph Schult, Holger Stark, Helene Zuber

Video: Clemens Höges über den Fall Edward Snowden

spiegel.de/app282013snowden
oder in der App DER SPIEGEL

Plakat von Snowden-Unterstützern in Hongkong

PHILIPPE LOPEZ / AFP

„Als Zielobjekt markiert“

Der Enthüller Edward Snowden über die geheime Macht der NSA

Kurz bevor Edward Snowden zum weltweit bekannten Whistleblower wurde, beantwortete er einen umfangreichen Katalog von Fragen. Sie stammten unter anderem von Jacob Appelbaum, 30, einem Entwickler von Verschlüsselungs- und Sicherheitssoftware. Appelbaum unterweist internationale Menschenrechtsgruppen und Journalisten im sicheren und anonymen Umgang mit dem Internet.

Einer breiteren Öffentlichkeit wurde er 2010 bekannt, als er den WikiLeaks-Gründer Julian Assange als Redner bei einer Hacker-Konferenz in New York vertrat. Zusammen mit Assange und weiteren Co-Autoren veröffentlichte er unlängst den Gesprächsband „Cypherpunks: Unsere Freiheit und die Zukunft des Internets“.

Im Zuge der Ermittlungen rund um die WikiLeaks-Enthüllungen ist Appelbaum ins Visier amerikanischer Behörden geraten, die Unternehmen wie Twitter und Google aufgefordert haben, seine Konten preiszugeben. Er selbst bezeichnet seine Haltung zu WikiLeaks als „ambivalent“ – und beschreibt im Folgenden, wie er dazu kam, Fragen an Snowden stellen zu können:

Mitte Mai hat mich die Dokumentarfilmerin Laura Poitras kontaktiert. Sie sagte mir zu diesem Zeitpunkt, sie sei in Kontakt mit einer anonymen NSA-Quelle, die eingewilligt habe, von ihr interviewt zu werden.

Sie stellte dafür gerade Fragen zusammen und bot mir an, selbst Fragen beizusteuern. Es ging unter anderem darum festzustellen, ob es sich wirklich um einen NSA-Whistleblower handelt. Wir schickten unsere Fragen über verschlüsselte E-Mails. Ich wusste nicht, dass der Gesprächspartner Edward Snowden war – bis er sich in Hongkong der Öffentlichkeit offenbarte. Er wusste auch nicht, wer ich war. Ich hatte damit gerechnet, dass es sich um jemanden in den Sechzigern handeln würde.

Das Folgende ist ein Auszug aus einem umfangreicheren Interview, das noch weitere Punkte behandelte, viele davon sind technischer Natur. Einige der Fragen erscheinen jetzt in anderer Reihenfolge, damit sie im Zusammenhang verständlich sind.

Bei dem Gespräch ging es fast ausschließlich um die Aktivitäten der National

Security Agency und um ihre Fähigkeiten. Es ist wichtig zu wissen, dass diese Fragen nicht im Zusammenhang mit den Ereignissen der vergangenen Woche oder des vergangenen Monats gestellt wurden. Sie wurden in einer Zeit totaler Ruhe gestellt, als Snowden noch auf Hawaii war.
Ich hatte zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal direkten Kontakt mit Snowden, an dem ich auch meine eigene Identität offenbarte. Er hat mir damals die Einwilligung gegeben, seine Aussagen zu veröffentlichen.

◆

Frage: Was ist die Aufgabe der National Security Agency (NSA) – und wie ist deren Job mit den Gesetzen in Übereinstimmung zu bringen?
Snowden: Aufgabe der NSA ist es, von allem Wichtigen zu wissen, das außerhalb der Vereinigten Staaten passiert. Das ist eine beträchtliche Aufgabe, und den Leuten dort wird vermittelt, dass es eine existentielle Krise bedeuten kann, nicht alles über jeden zu wissen. Und dann glaubt man irgendwann, dass es schon in Ordnung ist, sich die Regeln etwas hinzubiegen. Und wenn die Menschen einen dann dafür hassen, dass man die Regeln verbiegt, wird es auf einmal überlebenswichtig, sie sogar zu brechen.
Frage: Sind deutsche Behörden oder deutsche Politiker in das Überwachungssystem verwickelt?
Snowden: Ja natürlich. Die (*NSA-Leute* –Red.) stecken unter einer Decke mit den Deutschen, genauso wie mit den meisten anderen westlichen Staaten. Wir (*im US-Geheimdienstapparat* –Red.) warnen die anderen, wenn jemand, den wir packen wollen, einen ihrer Flughäfen benutzt – und die liefern ihn uns dann aus. Die Informationen dafür können wir zum Beispiel aus dem überwachten Handy der Freundin eines verdächtigen Hackers gezogen haben, die es in einem ganz anderen Land benutzt hat, das mit der Sache nichts zu tun hat. Die anderen Behörden fragen uns nicht, woher wir die Hinweise haben, und wir fragen sie nach nichts. So können sie ihr politisches Führungspersonal vor dem Backlash (*deutsch etwa: Rückschlag* –Red.) schützen, falls herauskommen sollte, wie massiv weltweit die Privatsphäre von Menschen missachtet wird.
Frage: Aber wenn jetzt Details dieses Systems enthüllt werden, wer wird dafür vor Gericht gestellt werden?
Snowden: Vor US-Gerichte? Das meinen Sie doch nicht ernst, oder? Als der letzte große Abhörskandal untersucht wurde – das Abhören ohne richterlichen Beschluss, das Abermillionen von Kommunikationsvorgängen betraf – hätte das eigentlich zu den längsten Haftstrafen der Weltgeschichte führen müssen. Aber dann haben unsere höchsten Vertreter die Untersuchung einfach gestoppt. Die Frage, wer theoretisch angeklagt werden könnte, ist hinfällig, wenn die Gesetze nicht respektiert werden. Gesetze sind gedacht für Leute wie Sie oder mich – nicht aber für die.
Frage: Kooperiert die NSA mit anderen Staaten wie Israel?
Snowden: Ja, die ganze Zeit. Die NSA hat eine große Abteilung dafür, sie heißt FAD – Foreign Affairs Directorate.
Frage: Hat die NSA geholfen, Stuxnet zu programmieren? (*Jenes Schadprogramm, das gegen iranische Atomanlagen eingesetzt wurde* –Red.)
Snowden: Die NSA und Israel haben Stuxnet zusammen geschrieben.
Frage: Welche großen Überwachungsprogramme sind heute aktiv, und wie helfen internationale Partner der NSA?
Snowden: Die Partner bei den „Five Eyes“ (*dahinter verbergen sich die Geheimdienste der Amerikaner, der Briten, der Australier, der Neuseeländer und der Kanadier* –Red.) gehen manchmal weiter als die NSA-Leute selbst. Nehmen wir das Tempora-Programm des britischen Geheimdienstes GCHQ. Tempora ist der erste „Ich speichere alles“-Ansatz („Full take“) in der Geheimdienstwelt. Es saugt alle Daten auf, egal worum es geht und welche Rechte dadurch verletzt werden. Dieser Zwischenspeicher macht nachträgliche Überwachung möglich, ihm entgeht kein einziges Bit. Jetzt im Moment kann er den Datenverkehr von drei Tagen speichern, aber das wird noch optimiert. Drei Tage, das mag vielleicht nicht nach viel klingen, aber es geht eben nicht nur um Verbindungsdaten. „Full take“ heißt, dass der Speicher alles aufnimmt. Wenn Sie ein Datenpaket verschicken und wenn das seinen Weg durch Großbritannien nimmt, werden wir es kriegen. Wenn Sie irgendetwas herunterladen, und der Server steht in Großbritannien, dann werden wir es kriegen. Und wenn die Daten Ihrer kranken Tochter in einem Londoner Call Center verarbeitet werden, dann … Ach, ich glaube, Sie haben verstanden.
Frage: Kann man dem entgehen?
Snowden: Na ja, wenn man die Wahl hat, sollte man niemals Informationen durch britische Leitungen oder über britische Server schicken. Sogar Selfies (*meist mit dem Handy fotografierte Selbstporträts* –Red.) der Königin für ihre Bademeister würden mitgeschnitten, wenn es sie gäbe.

„Tempora saugt alle Daten auf – egal worum es geht.“

Frage: Arbeiten die NSA und ihre Partner mit einer Art Schleppnetz-Methode, um Telefonate, Texte und Daten abzufangen?
Snowden: Ja, aber wie viel sie mitschneiden können, hängt von den Möglichkeiten der jeweiligen Anzapfstellen ab. Es gibt Daten, die für ergiebiger gehalten werden und deshalb häufiger mitgeschnitten werden können. Aber all das ist eher ein Problem bei ausländischen Anzapf-Knotenpunkten, weniger bei US-amerikanischen. Das macht die Überwachung auf eigenem Gebiet so erschreckend. Die Möglichkeiten der NSA sind praktisch grenzenlos – was die Rechenleistung angeht, was den Platz oder die Kühlkapazitäten für die Computer angeht.

ABACA / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Irans Präsident Mahmud Ahmadinedschad in Atomanlage 2008: *Schadprogramm von der NSA*

Frage: Die NSA baut ein neues Datenzentrum in Utah. Wozu dient es?
Snowden: Das sind die neuen Massendatenspeicher.
Frage: Für wie lange werden die gesammelten Daten aufbewahrt?
Snowden: Jetzt im Moment ist es noch so, dass im Volltext gesammeltes Material sehr schnell altert, innerhalb von ein paar Tagen, vor allem durch seine gewaltige Masse. Es sei denn, ein Analytiker markiert ein Ziel oder eine bestimmte Kommunikation. In dem Fall wird die Kommunikation bis in alle Ewigkeit gespeichert, eine Berechtigung dafür bekommt man immer. Die Metadaten (*also Verbindungsdaten, die verraten, wer wann mit wem kommuniziert hat* –Red.) altern weniger schnell. Die NSA will, dass wenigstens alle Metadaten für immer gespeichert werden können. Meistens sind die Metadaten wertvoller als der Inhalt der Kommunikation. Denn in den meisten Fällen kann man den Inhalt wiederbesorgen, wenn man die Metadaten hat. Und falls nicht, kann man alle künftige Kommunikation, die zu diesen Metadaten passt und einen interessiert, so markieren, dass sie komplett aufgezeichnet wird. Die Metadaten sagen einem, was man vom breiten Datenstrom tatsächlich haben will.

Frage: Helfen Privatunternehmen der NSA?
Snowden: Ja. Aber es ist schwer, das nachzuweisen. Die Namen der kooperierenden Telekom-Firmen sind die Kronjuwelen der NSA … Generell kann man sagen, dass man multinationalen Konzernen mit Sitz in den USA nicht trauen sollte, bis sie das Gegenteil bewiesen haben. Das ist bedauerlich, denn diese Unternehmen hätten die Fähigkeiten, den weltweit besten und zuverlässigsten Service zu liefern – wenn sie es denn wollten. Um das zu erleichtern, sollten Bürgerrechtsbewegungen diese Enthüllungen jetzt nutzen, um sie anzutreiben. Die Unternehmen sollten einklagbare Klauseln in ihre Nutzungsbedingungen schreiben, die ihren Kunden garantieren, dass sie nicht ausspioniert werden. Und sie müssen technische Sicherungen einbauen. Wenn man auch nur eine einzige Firma zu so etwas bewegen könnte, würde das die Sicherheit der weltweiten Kommunikation verbessern. Und wenn das nicht zu schaffen ist, sollte man sich überlegen, selbst eine solche Firma zu gründen.
Frage: Gibt es Unternehmen, die sich weigern, mit der NSA zu kooperieren?
Snowden: Ja, aber ich weiß nichts von einer entsprechenden Liste. Es würde jedoch sicher mehr Firmen dieser Art geben, wenn die kollaborierenden Konzerne von den Kunden abgestraft würden. Das sollte höchste Priorität aller Computernutzer sein, die an die Freiheit der Gedanken glauben.
Frage: Vor welchen Websites sollte man sich hüten, wenn man nicht ins Visier der NSA geraten will?
Snowden: Normalerweise wird man aufgrund etwa des Facebook-Profils oder der eigenen E-Mails als Zielobjekt markiert. Der einzige Ort, von dem ich persönlich weiß, dass man ohne diese spezifische Markierung zum Ziel werden kann, sind die Foren von Dschihadisten.
Frage: Was passiert, wenn die NSA einen Nutzer im Visier hat?
Snowden: Die Zielperson wird komplett überwacht. Ein Analytiker wird täglich einen Report über das bekommen, was sich im Computersystem der Zielperson geändert hat. Es wird auch … Pakete jener Daten geben, die die automatischen Analysesysteme nicht verstanden haben, und so weiter. Der Analytiker kann entscheiden, was er tun will – der Computer der Zielperson gehört nicht mehr ihr, er gehört dann quasi der US-Regierung.

Jacob Appelbaum, Laura Poitras

„Wir sind alle verwundbar“

Der US-Aktivist und „Cypherpunk“ Jacob Appelbaum über die Enthüllungen von Edward Snowden – und was sie bedeuten

Vor den Veröffentlichungen von Glenn Greenwald, Laura Poitras und Barton Gellman, in denen sie Edward Snowdens Enthüllungen über die Verstöße gegen Menschenrechte detailliert darlegten, wusste die Öffentlichkeit nur sehr wenig über die dunkle Realität der weltweiten Überwachung.

Einen Vorläufer dessen, was wir gerade erleben, gab es in den USA mit dem Senator Frank Church in den siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Er stieß damals eine intensive Debatte um schweren Machtmissbrauch bei Geheimdiensten und bei der Bundespolizei an. Der Church-Ausschuss untersuchte die Aktivitäten der Central Intelligence Agency (CIA), der National Security Agency (NSA) und des Federal Bureau of Investigation (FBI).

Senator Church warnte damals das amerikanische Volk und die Welt vor der Macht der NSA. Er sagte, diese Behörde würde es einem Diktator ermöglichen, ein System totaler Tyrannei zu errichten, gegen das niemand ankämpfen könnte. Damals war es allerdings noch unvorstellbar, dass einige wenige Staaten mit der Hilfe privater Firmen irgendwann in der Lage sein könnten, gegen alle demokratischen Spielregeln ein Netz annähernd globaler Überwachung aufzubauen. Und das ist eben keine Verschwörungstheorie, sondern ein Geschäftsmodell.

CARSTEN KOALL

Chiffrier-Experte Appelbaum
„Bestätigung von ganz oben“

Diejenigen, die das wussten oder die es zumindest ahnten, aber auch diejenigen, die dafür sorgen wollten, dass dieses Thema offen diskutiert wird, wurden in den vergangenen Jahren weitgehend ignoriert oder als Paranoiker bezeichnet.

Aber es gab sie, und es gab sogar zu viele, als dass man sie alle nennen könnte. Gruppen wie die Electronic Frontier Foundation oder die American Civil Liberties Union sind längst nicht allen bekannt. Auch Einzelkämpfer wie Mark Klein, der eine Abhöranlage in einer Einrichtung des Telefonriesen AT&T entdeckt hatte, kennen nur wenige. Die Informationen, die Klein enthüllte, wurden heruntergespielt, dabei waren sie ein wichtiges Beispiel für das umfassende

SERGEI GRITS / AP / DPA

Bildschirm mit Snowden im Moskauer Flughafen: *„Heute zieht beinahe jeder eine Datenspur hinter sich her, die manipuliert werden kann“*

Spionageprogramm der NSA. Auch andere Whistleblower, die als NSA-Angestellte Geheimnisse ihrer Behörde offengelegt haben, wie Thomas Drake und William Binney, werden durch die neuen Enthüllungen jetzt bestätigt – allerdings nur indirekt und widerwillig.

Denn die Bestätigung kommt von ganz oben, von Präsident Barack Obama selbst. Er rechtfertigte die Überwachung, indem er alle Menschen als potentielle Gefahrenquellen darstellte, die keinen US-amerikanischen Pass besitzen oder nicht das Glück haben, auf US-amerikanischem Boden zu leben. Eine Bestätigung kommt aber auch ausgerechnet von jenem Justizministerium, das so hart daran arbeitet, amerikanische Whistleblower zu verfolgen.

„Verschlüsselungs-Software kann uns helfen, eine Schleppnetzsuche zu verhindern.“

Dieses Justizministerium schreckt nicht davor zurück, die Existenz von Menschen zu bedrohen, die es gewagt haben, geheime Gesetze und die absolute Straflosigkeit für die Ausführenden solcher Gesetze anzuprangern.

Etwa die Existenz von Leuten wie dem ehemaligen CIA-Mann John Kiriakou, der es gewagt hat, das sogenannte Waterboarding aufzudecken, die Foltertechnik des Dienstes – und der heute der Einzige ist, der wegen dieser Folterpraktiken im Gefängnis sitzt. Er wurde inhaftiert, weil er die Wahrheit enthüllt hat, während es scheint, dass nicht ein einziger Agent für seine Beteiligung an diesen Folterprogrammen verurteilt wurde.

Es gibt einen Zusammenhang zwischen solchen Praktiken und den Überwachungsprogrammen, der nur wegen der absoluten Geheimhaltung dieser Vorgänge verborgen bleibt. Die illegalen, verfassungswidrigen und unmoralischen Handlungsweisen jener beinahe weltweit operierenden Dienste geschehen ja nicht im luftleeren Raum. Genauso wenig, wie sie auf der Basis demokratischer Prinzipien geschehen.

Diejenigen, die keine direkten Verbindungen zur NSA haben, wie beispielsweise ich, wie der WikiLeaks-Gründer Julian Assange und andere aus der Cypherpunk-Bewegung wurden mit der Begründung verleumdet, uns fehle schlicht der Bezug zur Realität. Die angeprangerten Verstöße gehörten, so hieß es, vielleicht in Nordkorea zur Realität, in Burma oder im autoritären, kommunistischen China – aber doch nicht im freien Westen. Selbst wenn dieser freie Westen genau jenen autoritären Regimen die technologische Ausrüstung lieferte, die damit dann ihre kontrollierten Gesellschaften schufen, ausbauten und absicherten.

Während der Westen also in der Öffentlichkeit die totale Kontrolle über eine Gesellschaft verurteilt, haben wir es geschafft, ein umfassendes Überwachungssystem zu etablieren und zugleich von der Warte der moralischen Überlegenheit aus zu argumentieren. Diese moralische Überlegenheit mag hart erkämpft worden sein, doch nun wird sie zum Gegenstand öffentlichen Spotts, weil die Enthüllungen Edward Snowdens das Ausmaß der Überwachung eines jeden gewöhnlichen Bürgers offenlegen.

Die Massenüberwachung von Mails ruft Bilder von dampfenden Kesseln und von Geheimpolizisten hervor, die über solchen Kesseln unermüdlich Briefe öffnen. Zu Recht oder zu Unrecht hat ein großer Teil der Weltbevölkerung gedacht, solche Zeiten lägen hinter uns. Schließlich haben wir nicht für einen scheinbar allumfassenden Überwachungsstaat gestimmt und würden auch nicht dafür stimmen. Und ganz sicher nicht für einen, der im Geheimen operiert, in dem auch US-Bürger kaum eine Möglichkeit haben, irgendjemanden zur Verantwortung zu ziehen.

Wenn wir über das sogenannte „legale Abhören“ nachdenken, nehmen wir vernünftiger- oder unvernünftigerweise an, dass nur unsere Gerichte befugt wären,

eine solche Verletzung der Privatsphäre zu genehmigen und damit ein grundlegendes, verfassungsgeschütztes Menschenrecht einzuschränken. Eine Abhörerlaubnis verlangt ein rechtsstaatliches Verfahren, schließlich sollte jede Form von Kommunikationsüberwachung nicht ohne guten Grund und nur unter rechtlichen Auflagen geschehen. Und wenn es eine solche Überwachung gibt, sollte sie angemessen und ausgewogen sein. Hinter dieser Vorstellung steckt der Glaube, dass das Recht Überwachungsmaßnahmen einschränkt und abwägt. Doch das ist ein Trugschluss, der am besten als ein Vortäuschen von Rechtsstaatlichkeit bezeichnet werden kann.

Die Vorstellung, es sei in der Tat das Recht, das darüber entscheidet, was passiert und wie es passiert, trifft nicht zu; in Wirklichkeit ist es die Technologie, sind es die Hardware und die Codes. Die Dienste wägen auch nicht amerikanische oder europäische Verfassungsgrundsätze ab, bevor sie mit ihrer taktischen oder strategischen Überwachung beginnen, mit der gezielten Überwachung oder der Informationsgewinnung per Schleppnetz.

Die Erkenntnis, dass für einen Großteil der Welt der gesamte Überwachungskomplex und seine Ergebnisse in der Tat eine neue Realität darstellen, ist Snowden zu verdanken. Und die Zyniker haben eben nicht recht, wenn sie behaupten, dass dagegen nichts getan werden könne. Der Schleppnetzüberwachung kann man auf drei Arten begegnen.

Als Erstes müssen wir uns klarmachen, dass der gegenwärtige Zustand nicht die natürliche Ordnung der Dinge ist. Wir sollten uns fragen, wie wir dazu stehen. Und wir sollten nicht nur im Blick behalten, was nun bestätigt ist, sondern auch das, was in Sachen Überwachung technologisch in naher Zukunft möglich sein wird.

Zweitens müssen wir verstehen, dass es nicht von Menschen gemachte Gesetze sind, welche die Technologie und die Kapazitäten eines technologischen Systems einschränken können, allenfalls Naturgesetze können das. Und es sind mathematische Formeln, die festlegen, was man mit einem nahezu allumfassenden Zugang zu Informationen anfangen kann. Zugang zu Informationen, die übertragen oder gespeichert wurden ohne den Schutz, den kryptografische Verfahren bieten, ist einfach ein zu einladendes Ziel, als dass irgendjemand widerstehen könnte. Und deshalb widerstehen die Geheimdienste auch nicht, sondern arbeiten in einem beispiellosen Umfang zusammen. Sie handeln mit Daten, die zu sammeln für die beteiligten Behörden in ihren eigenen Ländern illegal wäre, die sie aber als Handelsobjekte den jeweils anderen anbieten können.

Kryptografie, die Wissenschaft von Verschlüsselung und Informationssicherheit, ist das Feld, auf dem Computersysteme und mathematische Formeln zusammentreffen, wobei Vertraulichkeit, Authentizität und Integrität einer Information hergestellt werden kann – um die Privatsphäre zu sichern. Verschlüsselungs-Software kann uns helfen, eine effektive Schleppnetzsuche zu verhindern. Sie erlaubt es außerdem, gewisse Formen von Manipulation bei einer zielgerichteten Überwachung zu erkennen. Normalerweise sollte man denken, dass solche Schutzmechanismen längst Teil der Informationsübertragung sind. In Wahrheit sind derartige Übertragungssysteme wegen allzu großer Interessenkonflikte in voller Absicht mit Schwachstellen behaftet.

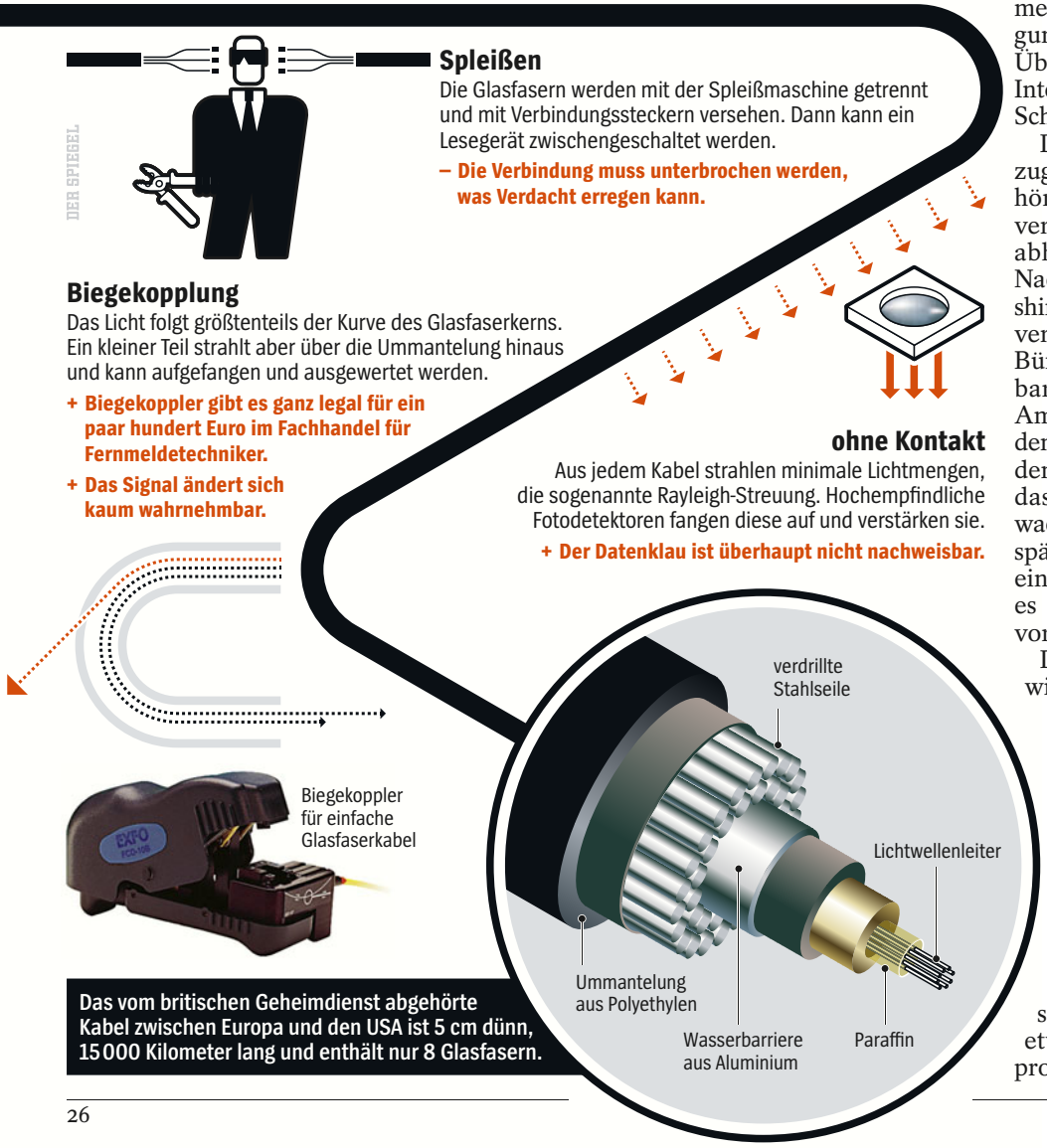
Die dritte Tatsache ist nur schwer einzugestehen. Wenn es um das „legale Abhören“ geht, sind wir grundsätzlich alle verwundbar. Wenn das FBI mein Telefon abhört oder das von Journalisten der Nachrichtenagentur AP – wie es das Washingtoner Justizministerium vor kurzem veranlasst hat –, dann ist letztlich jeder Bürger verwundbar. Und diese Verwundbarkeit reicht weit über die Grenzen Amerikas hinaus. Diejenigen, die sich an den Protesten in Iran beteiligt haben, wurden überwacht mit Hilfe eines Systems, das ursprünglich für eine legale Überwachung entwickelt worden ist. Es wurde später unter völlig anderen Umständen eingesetzt – unter Umständen, in denen es nicht mal einen Hauch von Respekt vor Menschenrechten gab.

Das ist ein Effekt, der breite soziale, wirtschaftliche und sogar emotionale Folgen hat und den wir gerade erst anfangen zu diskutieren. Wir haben diese Effekte noch nicht einmal richtig begreifen können, weil ihre wahren Ursachen verdunkelt werden durch eine unverständliche Sprache, durch stumpfsinnige technologische Detailversessenheit und natürlich durch die obsessive Geheimniskrämerei der Dienste.

Deshalb ist dieser Mechanismus so schwer zu verstehen: Jedes Mal, wenn etwa die deutsche Regierung hier Kompromisse eingeht, ist die amerikanische

Freund hört mit

Methoden zum Abhören von Glasfasernetzen



Das vom britischen Geheimdienst abgehörte Kabel zwischen Europa und den USA ist 5 cm dünn, 15 000 Kilometer lang und enthält nur 8 Glasfasern.

CHAD BUCHANAN / GETTY IMAGES

Snowden-Unterstützer in Berlin: *„Es ist Zeit, ihm politisches Asyl zu gewähren“*

NSA in der Lage, den demokratischen Prozess in Deutschland zu unterlaufen. Das haben Snowdens Enthüllungen zum „Boundless Informant“-System gezeigt: Denn in den USA liegen in riesiger Zahl deutsche Verbindungsdaten vor, deren Speicherung hierzulande nicht verfassungsgemäß ist.

Erschwerend wirkt sich dabei aus, dass der deutsche Bundesnachrichtendienst und andere europäische Nachrichtendienste mit der NSA kooperieren. Diejenigen also, deren Aufgabe es eigentlich ist, Deutschland, die Niederlande, Frankreich oder Spanien zu schützen, tauschen Überwachungsinformationen mit denen aus, die außerhalb europäischer Rechtsgrundlagen die Bevölkerung dieser Länder ausspähen.

Wir haben erfahren müssen, dass wir in einem Goldenen Zeitalter der Überwachung leben. Snowden hat Informationen bekanntgemacht, die weit über vorherige Enthüllungen hinausgehen: Der Bauplan des Überwachungssystems, die Partner in diesem System und die Pläne für die Zukunft werden nun öffentlich erkennbar.

Bei diesen Überwachungssystemen geht es nicht einfach nur um Informationen, die von allen möglichen Geheimdiensten abgefangen werden. Das macht das Schicksal von Joseph Nacchio deutlich.

Als Chef der US-Telekommunikationsfirma Qwest Communications International lehnte er eine Forderung der NSA ab, Kundendaten herauszugeben, das war bereits sieben Monate vor den dunklen Ereignissen vom September 2001 in New York. Ein Gericht verurteilte ihn wegen Insider-Handels. Seine Unterstützer sind überzeugt, dass dies geschah, weil er nicht mit dem Dienst kooperierte. Nacchio saß bis zum Frühjahr im Gefängnis und ist nun immer noch im offenen Vollzug.

„Wir leben in einem Goldenen Zeitalter der Überwachung.“

Heute zieht beinahe jeder eine Datenspur hinter sich her, die manipuliert und verdreht werden kann. Firmenvorstände wissen um diese Machtdynamik, und nur wenige wagen es aufzumucken – falls es überhaupt einige wagen und falls es überhaupt welche gibt, die das Spiel durchschauen.

Wenn wir die Dementis lesen, welche die Firmenchefs von Google, Microsoft und Co. nach der Enthüllung des Überwachungsprogramms Prism abgaben, müssen wir immer an beides denken: an das Schicksal von Joseph Nacchio und daran, dass die Manager wenig wussten, dass sie möglicherweise keine Berechtigung für den Zugang zu diesem Staatsgeheimnis hatten – oder es ihnen verboten ist, darüber zu reden. Schließlich haben sogar amerikanische Kongressmitglieder eingestanden, dass auch sie im Dunkeln gelassen wurden, obwohl sie Zugang zur höchsten Geheimhaltungsstufe hatten.

In den vergangenen Jahren haben wir mehr und mehr Daten über diese Überwachungsprogramme gesehen. Das verdanken wir Whistleblowern wie dem Soldaten Bradley Manning, dem eine lebenslange Haftstrafe droht, weil er uns die Details schwerer Staatsverbrechen verraten hat – inklusive solcher über die Tötung von Reuters-Mitarbeitern im Irak. Dank Snowden haben wir jetzt ein breiteres Verständnis von der Architektur des sogenannten Sicherheitssystems – und damit eine bessere Grundlage, um die längst überfällige Diskussion über unsere alltägliche Überwachung und deren Folgen zu führen.

Snowden hat schon jetzt viel bewegt. Es ist Zeit für Staaten in aller Welt, ihm politisches Asyl zu gewähren. Und es wäre Zeit für einen neuen Church-Ausschuss, einen internationalen.

„Die Wahrheit wird herauskommen“, sagt Snowden, „man kann sie nicht stoppen.“ ◆

ULLSTEIN BILD

Konservative Friedrich, Seehofer: *Kampf ohne den Chef*

PARTEIEN

Seehofers Fukushima

Der Datenskandal der USA treibt den CSU-Parteichef zu unorthodoxen Schritten. Gegen seine Partei und die CDU stellt er die Vorratsdatenspeicherung in Frage.

CSU-Chef Horst Seehofer hat ein untrügliches Gespür dafür, was das Volk will. Umfragen sind für ihn Gesetz, auch traditionelle Überzeugungen seiner Partei sind nicht mehr viel wert, wenn sich die Stimmung dreht. Die Studiengebühren und der Donauausbau wurden nach diesem Prinzip vor kurzem erst beerdigt.

Jetzt macht sich Seehofer an die nächste Kursbegradigung. Es ist ein Schwenk, der an der DNA der CSU rührt: Der Parteichef stellt die harte Haltung seiner Partei bei der Vorratsdatenspeicherung auf den Prüfstand. „Vor dem Hintergrund der letzten Wochen ist auf strikten Datenschutz noch größerer Wert zu legen“, sagt er.

Der Parteichef hat erkannt, wie sehr sich die innenpolitische Debatte durch das massive Ausspähen deutscher Daten durch amerikanische Geheimdienste verändert hat. Der Datenskandal um die NSA ist Seehofers Fukushima. Und wie nach der Atomkatastrophe von Japan gilt nun auch für die Datensammelei: so weit wie möglich aussteigen, und zwar am besten sofort.

Mit einer CSU, in der die innere Sicherheit alles und der Datenschutz fast nichts gilt, will Seehofer nicht in den Wahlkampf gehen. Er kämpft bei der Landtagswahl am 15. September um die absolute Mehrheit in Bayern. Für Kleingeister, die an Parteitagsbeschlüsse erinnern, hat er da kein Verständnis.

Das sperrige Wort Vorratsdatenspeicherung steht für das massenhafte Horten der Verbindungsdaten von E-Mails, Telefongesprächen und Internetnutzung für die Strafverfolgung. Telekommunikationsfirmen speichern sie für ihre Rechnungen, Strafverfolger würden sie gern aussieben, um Terroristen und Kriminelle zu lokalisieren. Datenschützer warnen, dann wäre die Privatsphäre im Netz dahin.

Seit Jahren kämpft die Union für das Vorhaben, zumal Deutschland eine entsprechende EU-Richtlinie umsetzen müsste und wegen der Verspätung schon vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg verklagt wurde. Bislang waren die Fronten klar: Innenminister Hans-Peter Friedrich inszenierte sich als Law-and-Order-Mann. Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger, FDP, konnte als oberste Datenschützerin Punkte sammeln.

Jetzt steht fest: CSU-Mann Friedrich kämpft ohne seinen Parteichef. Viele Signale verraten, wie sehr die Ausspähskandale die alte Position der Unionsparteien durcheinanderwirbeln. So taucht der Kampfbegriff „Vorratsdatenspeicherung“, anders als noch im Koalitionsvertrag 2009, im gemeinsamen Wahlprogramm nicht mehr auf. Stattdessen ist jetzt von einer „Mindestspeicherfrist“ die Rede, das klingt freundlicher, meint aber dasselbe.

Doch Seehofer geht es nicht um Worte, er fühlt die Stimmung. Zarte Andeutungen, dass ihm die Linie seiner Partei in Datenschutzfragen nicht gefällt, gab es immer wieder. So plädierte er vor gut zwei Jahren bei einem Netzkongress für eine offene Debatte „ohne Scheuklappen“. Er weiß, wie mies der Ruf seiner Partei im Netz ist.

Heute wird er in kleinem Kreis noch viel deutlicher. Bei den nächsten Koalitionsverhandlungen will der CSU-Chef dafür sorgen, dem Datenschutz mehr Gewicht zu geben, heißt es. CSU-Strategen überlegen sogar schon konkrete Planspiele für einen Kompromiss zum Datenstreit.

So könnte Deutschland darauf dringen, die europäischen Vorgaben zu ändern. Offenbar ist die CSU-Spitze sogar bereit, die Vorschläge der alten Intimfeindin Leutheusser-Schnarrenberger zu prüfen.

Erste öffentliche Signale sandte Seehofer am Sonntag vor zwei Wochen. Die FDP feierte 150 Jahre Liberalismus in Bayern, und Seehofer lobte Leutheusser-Schnarrenberger in höchsten Tönen – vor allem wegen ihres anhaltenden Widerstands beim Thema Datenspeicherung. „Das ist eine liberale Grundhaltung, die mir Respekt abnötigt“, flötete er.

CSU-Innenpolitiker, die Leutheusser-Schnarrenberger jahrelang bekämpft haben, schäumen. „Die CSU hat einen eindeutigen Parteitagsbeschluss für die Vorratsdatenspeicherung, und dafür trete ich ein“, sagt Hans-Peter Uhl. Warum sonst habe man auf dem Parteitag diese „überwältigende Mehrheit“ für das Datensammeln gewonnen, gegen die Stimmen „nur von einem Dutzend Hanseln“?

Stefan Müller, parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Bundestag, gibt sich dagegen kompromissbereit. Zwar ist er davon überzeugt, dass eine Mindestspeicherfrist notwendig sei: „Wie lange diese Frist sein muss, darüber kann man aber reden.“

Unterstützung für Seehofer kommt von den Netzpolitikern wie der stellvertretenden Generalsekretärin Dorothee Bär. „Die Abhörskandale zeigen, dass auch der Staat mit den Daten seiner Bürger sensibel umgehen muss.“ Ein „vernünftiger Ausgleich zwischen innerer Sicherheit und Datenschutz“ sei nötig, so Bär, „erst recht vor dem Hintergrund der neuen Erkenntnisse“.

Auch in der CDU kommt Bewegung in die Debatte. Zwar dementiert Generalsekretär Hermann Gröhe heftig, dass es einen Kurswechsel gebe. Doch das findet offenbar nicht einmal die eigene Parteispitze überzeugend. „Ich kann mir gut vorstellen, dass wir unsere bisherigen Antworten auf Fragen des Datenschutzes und der inneren Sicherheit neu justieren müssen“, sagt die stellvertretende CDU-Vorsitzende Julia Klöckner. Eine Kommission aus Sicherheitsexperten und Datenschützern könnte neue Vorschläge erarbeiten. „Das gilt auch für die Vorratsdatenspeicherung.“

Der Koalitionspartner frohlockt. Es sei „außerordentlich erfreulich, dass es auch in der Union immer mehr vernünftige Stimmen gibt“, sagt der FDP-Innenexperte Hartfrid Wolff. Er hält Friedrich und Seehofer gleich das nächste Stöckchen hin. Die beiden müssten nun auch „Farbe bekennen und sich dafür einsetzen, dass die EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung abgeschafft oder zumindest überarbeitet wird“.

Ob Seehofer das will, weiß derzeit nicht mal er selbst. Doch die Operation Kursschwenk hat begonnen. MELANIE AMANN, PETER MÜLLER, JÖRG SCHINDLER

SPIEGEL-STREITGESPRÄCH

„Ach, Herr Lucke!“

Der Chef der konservativen AfD Bernd Lucke, 50, und Linkspartei-Vizin Sahra Wagenknecht, 43, erklären die Euro-Rettung für gescheitert. Wenn es aber um die Lösung der Krise geht, prallen ihre Vorstellungen aufeinander.

SPIEGEL: Frau Wagenknecht, Sie haben vor kurzem gewarnt: „Wer die Gründer der Alternative für Deutschland (AfD) als Populisten abstempelt, macht es sich zu leicht. In vielen Punkten haben sie mit ihrer Kritik an der Euro-Rettung recht.“ Hat sich Herr Lucke schon für die Wahlkampfhilfe bedankt?

Wagenknecht: Wahlkampfhilfe? Das ist ja wohl ein Scherz. Nein, er hat sich nicht bedankt.

Lucke: Das hole ich gern nach. Vielen Dank, das ist sehr nett von Ihnen. Nicht alle haben so fair über uns geredet.

SPIEGEL: Nehmen Sie das Dankeschön an?

Wagenknecht: Herr Lucke weiß, dass wir viele Positionen der AfD für falsch halten. Aber ihre Kritik an der Euro-Politik der Regierung entspricht dem, was die Linke seit Jahren vertritt. Nur weil Herr Lucke aus einer anderen politischen Richtung kommt, stelle ich mich doch nicht hin und sage: „Alles falsch.“ Im Gegenteil: Es spricht für die Linke, dass unsere Kritik inzwischen von vielen übernommen wird.

Lucke: Sie überschätzen sich. Meine Euro-Kritik stützt sich allein auf ökonomische Erkenntnisse. Was die Linke dazu sagt, habe ich nie verfolgt.

Wagenknecht: Dann sind wir unabhängig voneinander zum gleichen Ergebnis gekommen: Frau Merkels Politik rettet den Euro nicht, sie zerstört ihn.

SPIEGEL: Warum?

Wagenknecht: Wir helfen den Krisenländern doch gar nicht. Milliarden Euro haben wir dafür verschleudert, marode Banken zu sanieren, statt ihre Eigentümer und Gläubiger die Verluste tragen zu lassen. Und gleichzeitig diktieren wir den Staaten brutale Kürzungsprogramme, die sie in eine schwere Wirtschaftskrise stürzen, die zu noch höheren Schulden führt.

Lucke: Richtig. Und jetzt brauchen diese Länder einen Schuldenschnitt. Dann gehen Deutschland Dutzende Milliarden Euro verloren. Aber es gibt auch einen wichtigen Unterschied zwischen den Linken und uns.

SPIEGEL: Und der lautet?

Lucke: Die Linke will den Euro erhalten, obwohl das Lohnsenkungen in Südeuropa um rund 30 Prozent erforderlich macht. Das ist aber politisch überhaupt

MAURICE WEISS / DER SPIEGEL

Kontrahenten Wagenknecht, Lucke: *„Vielen Dank, das ist sehr nett von Ihnen“*

nicht durchsetzbar. Deshalb wollen wir eigene Währungen für die Krisenstaaten, mit einer Abwertung können sie dann wettbewerbsfähiger werden.

Wagenknecht: Nicht allein die südeuropäischen Staaten sind an den jetzigen Problemen schuld, sondern auch Deutschland. In der Lohnpolitik gibt es die goldene Regel, dass die Gehälter so rasch steigen sollten wie die Produktivität der Arbeitnehmer.

SPIEGEL: Was in Südeuropa nicht der Fall war.

Wagenknecht: Am meisten ist Deutschland von dieser Regel abgewichen. Nach unten. Inflationsbereinigt sind die Löhne bei uns seit dem Jahr 2000 deutlich gesunken. So ist es keine Kunst, Europa mit Exporten zu überschwemmen. Daran wird der Euro früher oder später zerbrechen. Um das zu verhindern, muss das deutsche Lohndumping gestoppt werden.

Lucke: Falsch. In Deutschland entsprechen die Löhne ungefähr der Produktivität der Arbeitnehmer. In Griechenland nicht. Wenn die Linke hier die Gehälter in die Höhe treiben will, verlieren auch wir unsere Wettbewerbsfähigkeit. Das schadet uns, hilft aber nicht den Griechen. Es nützt Briten, Schweizern und Chinesen.

Wagenknecht: Inzwischen kann selbst Frankreich mit den deutschen Dumpinglöhnen nicht mehr konkurrieren. Ich wohne im Saarland und erlebe dort hautnah, wie viele französische Bauern aufgeben, weil es dort einen Mindestlohn von über neun Euro gibt, auf deutschen Feldern aber nur fünf bis sechs Euro gezahlt werden. Jetzt exportieren wir auch noch Erdbeeren und Spargel.

SPIEGEL: Wie wollen Sie gegensteuern?

Wagenknecht: Wir müssen unser Wirtschaftsmodell so umstellen, dass wir nicht mit möglichst geringen Löhnen auftrumpfen, sondern wieder mit überlegener Qualität. Wir haben ja auch schon vor der Agenda 2010 exportiert. Damals waren wir statt mit Billigausfuhren mit Hochtechnologie-Produkten erfolgreich.

Lucke: Wenn ein Land mit überlegener Qualität auftrumpft, dann doch Deutschland. Und dafür werden hier hohe Gehälter gezahlt. Von einem Billiglohnland kann wirklich keine Rede sein. Unsere Löhne zählen zu den höchsten Europas.

Wagenknecht: Das ist doch Quatsch. In der deutschen Industrie wird weniger bezahlt als in der französischen.

Lucke: Das bestreite ich. Aber die Höhe der Löhne ist nicht entscheidend. Wichtig ist, ob sie der Produktivität entsprechen. Da hat Frankreich ein Problem, während unsere Arbeitnehmer gut verdienen, weil sie leistungsfähig sind.

Wagenknecht: Wer in Werkverträge oder Leiharbeit gedrängt wurde, verdient miserabel. Große Exportkonzerne beschäftigen Leute für acht Euro pro Stunde und lassen sich einen Teil der Lohnkosten vom Staat bezahlen. Wegen der schlechten Einkommen konsumieren die Menschen auch weniger. Und darum importieren wir so wenig. Als Ökonom müssten Sie wissen, dass eine Politik der ständigen Exportüberschüsse Wohlstand reduziert.

Lucke: Falsch. Schauen Sie sich den Wohlstand in Deutschland doch an. Es spricht nichts gegen hohe Exporte …

Wagenknecht: … wenn man entsprechend viel importiert. Wir Deutschen dagegen setzen das Geld, das wir mit unseren Exportüberschüssen verdienen, in den Sand – indem wir es in US-Hypothekenpapiere oder griechische Staatsanleihen investieren. Das ist doch Irrsinn.

XINHUA / EYEVINE

Protestierende in Athen: *„Daran wird der Euro früher oder später zerbrechen“*

„Die Linke versucht, mit ein bisschen Populismus von der Anti-Euro-Stimmung zu profitieren.“

Lucke: Wir exportieren viel, wir importieren viel, und wir legen viel Geld im Ausland an – meistens rentabel. Davon profitieren alle. Unserer Binnenkonjunktur geht es gut.

Wagenknecht: Vielleicht nach dem Ifo-Index, aber nicht nach normalen Daten.

Lucke: Doch, der Konsum ist eine wichtige Stütze der Konjunktur.

Wagenknecht: Die Binnenkonjunktur sorgt für weniger als ein Prozent Wachstum. Das ist ja eine großartige Stütze. Eine solche Situation gab es früher nicht: Die Reallöhne sind massiv gesunken, mehr als jeder fünfte Beschäftigte arbeitet im Niedriglohnsektor, der Konsum stagniert, es wird kaum investiert.

Lucke: Diese Verelendungstheorie des Proletariats hat noch nie gestimmt. In Wahrheit gibt es keinen Staat, in dem es den Menschen so gutgeht wie in Deutschland.

SPIEGEL: Frau Wagenknecht, wer Ihnen zuhört, kann den Eindruck gewinnen, dass nicht Südeuropa das Problem der Währungsunion ist, sondern die Bundesrepublik. Warum fordern Sie dann nicht offen: „Deutschland raus aus dem Euro“?

Wagenknecht: Weil es so simpel nicht ist und die Probleme nicht löst. Wir sind für den Schlamassel auch nicht allein verantwortlich. Nehmen Sie Griechenland, da gibt es eine korrupte Oberschicht, die in die eigene Tasche gewirtschaftet hat und das noch immer tut. Da liegen die Vermögen, die für die Sanierung des Landes herangezogen werden sollten.

Lucke: Ich bin dafür, dass zunächst die Südeuropäer ausscheiden. Man muss die Euro-Zone geordnet auflösen, sonst verlieren wir hohe Forderungen im Ausland.

SPIEGEL: Das Geld ist doch auch dann weg, wenn die Südeuropäer ausscheiden und ihre neuen Währungen massiv abwerten.

Lucke: Nein, unsere Forderungen lauten dann weiter auf Euro.

Wagenknecht: Aber nur in der Theorie. Die Länder können ihre Schulden doch nicht mehr begleichen.

Lucke: Doch. Wenn die Krisenstaaten nach der Abwertung wachsen, können sie ihre Schulden besser bedienen.

SPIEGEL: Herr Lucke, wenn Ihr Weg überzeugend wäre, müssten die Regierungen der Krisenländer ihn doch längst gehen. Warum folgen sie Ihrem Ratschlag nicht?

Lucke: Noch bleiben sie im Euro, weil man die Hand nicht beißt, die einen füttert. Frau Wagenknecht hat ja recht, dass es eine komische Fütterung ist, weil sie nicht

den Menschen hilft, sondern den Banken. Aber wenn die Länder auf sich selbst gestellt wären, weil sie keine Hilfen mehr bekämen, würden sie aussteigen.

Wagenknecht: Viele Menschen in Südeuropa haben natürlich Angst um ihre Ersparnisse. Außerdem kommt der Aufschwung, den Herr Lucke hier prognostiziert, nicht automatisch. Griechenland hat derzeit kaum Produkte, die es exportieren könnte. Dafür würden sich die Importe extrem verteuern, etwa von Nahrungsmitteln. Also gäbe es Inflation. Trotzdem kann man zu dem Schluss kommen, dass ein Austritt besser wäre, als sich auf Dauer der Diktatur der Troika zu unterwerfen.

Lucke: Die Türkei hat doch nicht viel bessere Produkte als Griechenland, boomt dank ihrer eigenen Währung aber.

SPIEGEL: Wir haben eine andere Erklärung, warum die Währungsunion noch hält: Die Lage des Euro ist nicht ganz so dramatisch wie von Ihnen dargestellt. Die Löhne in Südeuropa sinken längst – und die Abwertung zeigt erste Erfolge. In Griechenland boomt der Tourismus, Portugal und Irland exportieren mehr, in Spanien sinkt die Arbeitslosigkeit. Warum sollte der Euro auf diesem Weg nicht doch gerettet werden können?

Lucke: Sie interpretieren die Daten falsch.

SPIEGEL: Oder Sie?

Lucke: Nein. In einer Rezession wird weniger importiert. Natürlich verbessert sich dann die Handelsbilanz. Dadurch ist aber nichts besser geworden. Auch bei der Produktivität ist der Zuwachs vor allem kosmetisch. In einer Wirtschaftskrise werden die unproduktivsten Arbeitnehmer entlassen. Also steigt die durchschnittliche Produktivität der verbleibenden automatisch an. Aber dieser Effekt wird durch Millionen Arbeitslose erkauft.

Wagenknecht: Selbst in Irland, das immer als Musterstaat hingestellt wird, ist nichts auf gutem Wege. Der Staat ist wegen der Bankenrettung bankrott, es wird nicht investiert, der Wohlstand hat sich dramatisch verringert.

SPIEGEL: So düster Sie die Lage auch zeichnen, Ihre Forderungen werden doch derzeit erfüllt: Sie, Frau Wagenknecht, verlangen höhere Löhne in Deutschland, Sie, Herr Lucke, wollen eine interne Abwertung, also sinkende Löhne und Preise in den Krisenländern. Beides passiert.

Lucke: Ich will gerade nicht, dass die Anpassung allein über eine interne Abwertung erfolgt. Das notwendige Ausmaß wäre für die Betroffenen unzumutbar. Deshalb wäre es besser, wenn die Südländer ausscheiden dürften.

SPIEGEL: Und was passiert mit der verbleibenden Euro-Zone?

Lucke: Jeder Staat soll austreten können, dann spricht nichts gegen eine Rest-Währungsunion. Es darf aber keine gemeinsame Haftung geben – weder über Rettungsschirme noch Euro-Bonds. Sonst sollten wir lieber alle zu nationalen Währungen zurückkehren.

SPIEGEL: Transferzahlungen und die Übernahme von Schulden drohen doch so oder so. Kaum jemand glaubt, dass Griechen, Portugiesen, im Zweifel selbst die Iren ihre Verpflichtungen langfristig bedienen können.

Lucke: Bestimmte Transfers können wir nicht mehr verhindern, das stimmt. Nach der Bundestagswahl werden die Steuerzahler in Mitteleuropa ein böses Erwachen haben. Aber bislang drohen überschaubare Verluste, weil die Krisenländer alle klein sind. Nur stehen die großen Staaten längst vor der Tür, sei es Italien oder Frankreich. Spanien hat sogar schon angeklopft. Das weist alles in die falsche Richtung.

SPIEGEL: Frau Wagenknecht, als Linke haben Sie doch gegen Transfers von Reich zu Arm bestimmt nichts einzuwenden, oder?

Wagenknecht: Wir haben aber das Gegenteil: Transfers von Arm zu Reich. Das Geld der Steuerzahler fließt zu Banken und Multimillionären. Von den über 200 Milliarden Euro, die Griechenland in den vergangenen drei Jahren an Hilfen bekommen hat, sind weit über hundert Milliarden Euro für Zins- und Tilgungszahlungen an die Gläubiger des Landes geflossen, dazu kommen 50 Milliarden Euro für die Rekapitalisierung der Banken. Damit haben wir die griechische Oligarchie durchgefüttert, während die Bevölkerung verarmt. Das ist alles das Ergebnis der absurden Euro-Politik von Merkel.

Lucke: Und von Gabriel, Trittin und Brüderle.

Wagenknecht: Richtig. Von allen Parteien außer der Linken.

Lucke: Und der AfD.

SPIEGEL: Sie wähnen sich beide auf der richtigen Spur, aus Ihrer Perspektive sind alle anderen Geisterfahrer. Die Zustimmung für Ihre Euro-Politik ist aber gering, Ihre Parteien liegen in den Umfragen zur Bundestagswahl zusammen bei gerade einmal zehn Prozent. Könnte es sein, dass Sie die Geisterfahrer sind?

MAURICE WEISS / DER SPIEGEL

Wagenknecht, Lucke, SPIEGEL-Redakteure*
„Zum gleichen Ergebnis gekommen“

Lucke: Wir liegen in Umfragen bei drei Prozent, so schlecht ist das nicht. Schließlich kennen uns viele Menschen noch nicht. Das wird sich im Wahlkampf ändern. Aber es gibt auch ein kommunikatives Problem. Die Euro-Krise ist sehr kompliziert. Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung folgt trotz großer Verunsicherung noch der Bundesregierung. Dass wir viele Menschen noch nicht mit unseren Argumenten erreichen, heißt nicht, dass sie falsch sind.

SPIEGEL: Sehen Sie das auch so, Frau Wagenknecht?

Wagenknecht: Natürlich wird die Linke bei der Bundestagswahl keine absolute Mehrheit holen. Aber mit uns gibt es wenigstens eine Partei im Bundestag, die dem verrückten Euro-Kurs der Regierung widerspricht und nicht wie Union, SPD, Grüne und FDP einfach alles abnickt.

Lucke: Nur haben Sie keine eindeutige Position. Lafontaine und Sie wollen zu nationalen Währungen zurück, aber der Rest der Linken ist für den Euro. Ihre Partei wird eben nicht primär als eine Anti-Euro-Bewegung wahrgenommen, sondern als SED-Nachfolgerin.

Wagenknecht: Ach, Herr Lucke! Für so plump habe ich Sie nicht gehalten.

Lucke: Der Lackmustest in der Euro-Frage ist die AfD: Je erfolgreicher wir sind, desto schneller steuern die anderen Parteien um.

SPIEGEL: Wenn jemand gegen den Euro ist, könnte er aber auf die Idee kommen, er sei bei der Linken besser aufgehoben. Schließlich hat sie schon 1998 im Bundestag gegen die Euro-Einführung gestimmt.

Lucke: Aber jetzt will die Linke den Euro erhalten. Lesen Sie das Wahlprogramm.

Wagenknecht: Wir sind im Gegensatz zur AfD keine schlichte Anti-Euro-Partei. Wer soziale Gerechtigkeit will, kann nur die Linke wählen.

Lucke: Die Linke versucht lediglich, mit ein bisschen Populismus von der Anti-Euro-Stimmung in der Bevölkerung zu profitieren.

SPIEGEL: Das heißt: Die Linken sind die virtuellen Populisten und Sie die richtigen?

Lucke: Unfug. Das heißt, dass die Linke nur vorgibt, gegen die Euro-Rettung zu sein. Eigentlich will sie die Arbeitsmarktreformen zurücknehmen und die Sozialausgaben steigern. Davon erhofft sie sich, dass beim Euro alles bleiben kann, wie es ist.

Wagenknecht: Dass sich in anderen Bereichen alles ändert, ist doch Voraussetzung dafür, dass der Euro so bleiben kann, wie er ist. Ohne Änderungen etwa auf dem Arbeitsmarkt und in der Lohnpolitik wird die Währungsunion scheitern.

SPIEGEL: Frau Wagenknecht, Herr Lucke, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Sven Böll und Christian Reiermann in Berlin.

DEMOKRATIE

Der Weckruf

Entscheiden die Nichtwähler die Bundestagswahl? Die Sozialdemokraten wollen die Politikmüden an die Urne locken und hoffen, so Kanzlerin Merkel zu entthronen.

Johannes Pflug weiß, wie man Wähler gewinnt, so viel ist sicher. Mit 29 Jahren eroberte er einen Sitz im Stadtrat von Duisburg, später saß der SPD-Mann 18 Jahre lang im Landtag von NRW. 1998 schaffte er den Sprung in den Bundestag, dort vertritt er seither als direkt gewählter Abgeordneter seine Heimatstadt.

Pflug ist 67 Jahre alt, in Sachen Wahlkampf hat er schon alles ausprobiert. Er stapfte durch Schrebergärten, klingelte an Türen, verteilte Skatkarten mit SPD-Logo. Als der Handballverein Hamborn 07 seinen 100. Geburtstag feierte, hielt er als örtlicher Abgeordneter natürlich die Festrede. Es ist ein mühsames Geschäft.

Gewiss, Pflug hat seinen Stimmkreis immer souverän gewonnen, Duisburg ist eine SPD-Hochburg. Aber mit jeder Wahl wird es schwieriger, die Leute an die Urne zu holen. „Viele kriegen gar nicht mehr mit, dass Wahltag ist“, klagt Pflug. „Sie hören auf allen Ebenen auf zu wählen.“

Als die Duisburger nach dem Love-Parade-Drama vor zwei Jahren einen neuen Oberbürgermeister wählen sollten, rappelte sich nur jeder Vierte auf. Bei der letzten Bundestagswahl hatte der Wahlkreis Duisburg II die niedrigste Beteiligung in Westdeutschland: 59,9 Prozent.

Gut möglich, dass bei der Bundestagswahl im September in ganz Deutschland Duisburger Verhältnisse herrschen. Das Meinungsforschungsinstitut Forsa warnt, die Wahlbeteiligung könne erstmals seit dem Krieg unter 70 Prozent fallen. Damals mussten die Deutschen das demokratische Wählern erst neu lernen. Jetzt trainieren sie es sich wieder ab.

18 Millionen Nichtwähler gab es bei der Bundestagswahl 2009, das ist ein Alarmsignal für den Zustand der Demokratie im Land. Gleichzeitig sind die Nichtwähler aber auch der Jackpot für die Bundestagswahl. Wenn es eine Partei schafft, ihn zu knacken, dann winkt der Wahlsieg. Vor allem die SPD, gefangen in miesen Umfragewerten, will die Wahlverweigerer aufwecken. Sie hofft, so Kanzlerin Angela Merkel doch noch gefährlich zu werden.

WAHL 2013

Die Frage ist aber, ob die Parteien Nichtwähler überhaupt erreichen können. Eine Reihe von Studien befasst sich mit dem Nichtwähler, er ist ein gut erforschtes Wesen. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat eine Untersuchung vorgelegt, die Bertelsmann-Stiftung auch, das Meinungsforschungsinstitut Forsa gleich zwei. Glaubt man den Demoskopen, sind Nichtwähler eher weiblich als männlich, eher ostdeutsch als westdeutsch und eher jünger als älter. Man findet sie in Plattenbauten, nicht in Villenvierteln. Sie verdienen weniger als aktive Wähler, sind schlechter ausgebildet und öfter arbeitslos. Sie blicken pessimistisch in die Zukunft.

Da ist die Rechnung für die SPD klar: Das sind unsere Leute. „Nichtwählen ist eine soziale Frage“, schärft Generalsekretärin Andrea Nahles ihrem Team ein. „Wir wissen, dass ein Drittel der Nichtwähler für die Parteien nicht mehr erreichbar sind“, heißt es in einem Strategiepapier des Willy-Brandt-Hauses. Um alle anderen, so die Parole von Nahles, kümmert sich die SPD. Die Wahlkampf-Chefin führt die Sozialdemokraten in die größte Mobilisierungskampagne ihrer Geschichte.

Wenn es gelingt, die Wahlbeteiligung im Vergleich zu 2009 deutlich anzuheben, so das Kalkül im Willy-Brandt-Haus, ist ein rot-grüner Wahlsieg vielleicht doch möglich. Im Strategiepapier heißt es: „Viele klassische SPD-Wähler sind 2009 nicht wählen gegangen, weil sie wütend auf die SPD waren … Das sind keine Nichtwähler, die nie wieder zur Wahl gehen werden. Das sind Leute, die die SPD mögen und wählen wollen.“

Kommunalwahl-Plakate in Flensburg im Mai

CARSTEN REHDER / PICTURE ALLIANCE / DPA

Für Nahles geht es bei der Bundestagswahl vor allem darum, die Kluft zwischen der SPD und abtrünnigen Anhängern zu schließen. Da aber viele Nichtwähler über klassische Medien wie Zeitung oder „Tagesschau“ gar nicht mehr erreichbar sind, ruft Nahles zum Haustür-Wahlkampf.

Ihre Truppen sollen ab August an fünf Millionen Türen klopfen, in Dreier-Teams, sechs Wochen lang in jedem Wahlkreis, am besten von 17 bis 19 Uhr. Da ist der Nichtwähler statistisch gesehen daheim.

„Ein Programm dieser Größe könnte die Union jetzt gar nicht mehr auf die Beine stellen“, frohlockt man im Willy-Brandt-Haus. 61 Compañeros wurden geschult, sie sollen ein Netz von Freiwilligen über alle Wahlkreise spannen. Eine Software kalkuliert den „Mobilisierungsindex“ jedes Bezirks. Den Aktivisten gibt die SPD gar nicht erst Inhalte mit, sogar die Kandidaten-Namen sollen sie nicht sagen. Sie sollen lieber Fragen stellen.

Führt die Strategie ans Ziel? Der Abgeordnete Pflug hat an Tausende Duisburger Türen geklopft, dabei hat er eine Sache gelernt: „Es bringt nix.“ Es klinge zynisch, sagt er. „Aber die Nichtwähler, die ich kenne, lassen sich nur brachial mobilisieren. ‚Geht wählen, sonst reißen die eure Häuser ab‘ – das zöge vielleicht.“ Nichtwähler dieser Sorte haben nichts gegen die Demokratie. Sie müssen oft nur viel existentiellere Fragen klären als die Wahl zwischen Schwarz oder Rot. Etwa wie lang ihr Job noch hält oder wie sie ihre Schulden tilgen sollen.

Die Meinungsforscher streiten, ob die Parteien an die Nichtwähler herankommen können. Mal werden sie als „politisch durchaus interessiert“ und mobilisierbar bezeichnet (Forsa). Die Konrad-Adenauer-Stiftung sagt dagegen, man könne nur Wähler für eine Partei gewinnen, nicht aber für die Wahl an sich.

Diese Analyse passt wunderbar zur Wahlkampfstrategie der CDU. „Es gibt nicht den einen thematischen Schlüssel, mit dem die Parteien Nichtwähler erreichen“, sagt CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe. In der CDU spricht es niemand offen aus, aber die Konservativen setzen dieses Jahr ganz unverblümt darauf, die Wähler einzuschläfern. Das Kalkül dabei ist einfach: Weil bürgerliche Wähler disziplinierter sind als die des linken Lagers, profitiert vor allem die Union von einem konfliktarmen Wahlkampf. Sobald es aber Themen gibt, über die heiß diskutiert wird, steigen die Werte der SPD.

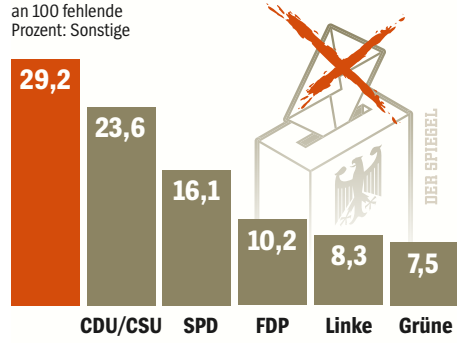
Deshalb versucht die CDU, nahezu alle strittigen Themen abzuräumen oder glattzuschleifen. Ob Frauenquote, Mindestlohn oder Mietpreisbremse – die Unterschiede zur SPD sind nur mit der Lupe sichtbar. Für die CDU mag die Strategie klug sein, für die Demokratie ist sie fatal.

Denn es sind längst nicht mehr nur die Armen und Abgehängten, die sich von der Demokratie abwenden. Auch Heinz Uhlig zum Beispiel, Akademiker und Unternehmer, wählt inzwischen wieder wie zuletzt bei der DDR-Volkskammerwahl im Jahr 1986: ungültig. Damals wie heute macht der 57-jährige Sachse einen dicken Strich über den Wahlzettel und sorgt dafür, dass keiner seine Stimme bekommt.

„Ich könnte auch daheimbleiben am Wahlsonntag“, sagt Uhlig. „Aber ich will den Parteien zeigen, dass mich keine überzeugt.“ Der Unternehmer, der sich als „eher links“ bezeichnet, kann keine Unterschiede mehr zwischen CDU und SPD erkennen. „Mir erschiene es fast unseriös, eine Partei auszuwählen. Wahrscheinlich sollte ich die Wahlprogramme lesen, um die Nuancen zu verstehen.“ Aber Uhlig hat eine Patchwork-Familie und sieben Mitarbeiter zu unterhalten. Er hat für so etwas keine Zeit.

Nichtwähler vorn

Ergebnis der letzten Bundestagswahl in Prozent aller Wahlberechtigten



„Elite-Nichtwähler“ nennt der Politikwissenschaftler Armin Schäfer vom Kölner Max-Planck-Institut Leute wie Uhlig. Menschen, die aus politischen Gründen nicht wählen, die sich aber nicht durch ein kurzes Gespräch an der Wohnungstür bekehren lassen. Sie lügen auch lieber, als sich zu erkennen zu geben. Auch Nichtwähler Uhlig will seinen wahren Namen lieber nicht gedruckt lesen.

Die Szene der bekennenden Wahlboykotteure ist winzig. Der Soziologe Harald Welzer zählt dazu; in Talkshows wagt sich auch manchmal ein Anwalt oder Unternehmensberater vor. In gebildeten Kreisen sorgt es für Aufsehen, wenn man demonstrativ Abstand nimmt von demokratischen Rechten und bürgerlichen Pflichten. Es ist ein hübscher Tabubruch. Elite-Nichtwähler haben ihren Montesquieu oder Machiavelli gelesen, sie schimpfen auf verkrustete Apparate und die Political Correctness der Parteien.

Deshalb hätten Elite-Nichtwähler wenig gemein mit der Masse der Demokratiemüden, sagt Armin Schäfer. Sie seien zu gut informiert und zu engagiert. Immerhin: „Sie leisten ihren Beitrag zur Demokratie, ohne zu wählen.“ Allein weil sie sich an der Debatte über Politik beteiligen. Die größten Chancen bei Elite-Nichtwählern haben denn auch Protestparteien. Je weniger sie wie eine Partei wirken, desto besser. Die Piraten mobilisierten bei der letzten Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 23 000 Nichtwähler, 70 000 bei der Landtagswahl in NRW und 8000 im Saarland. Auch die Euro-kritische Alternative für Deutschland, frisch zugelassen zur Bundestagswahl, setzt auf die Mobilisierung der Wahlmuffel.

Vor allem hofft aber die „Partei der Nichtwähler“ im Herbst auf ihre Chance. Ihr Chef, Werner Peters, ist ein 70-jähriger Hotelier aus Köln. Seit 1983 kämpft er gegen das „Parteiendiktat“. Seine eigene Partei wurde vor 15 Jahren zuletzt zur Bundestagswahl zugelassen. Dann schlummerte sie ein. Nun hat Peters sie wiederbelebt. „Die Bürger sehnen sich nach einer Partei, die andere Parteien in Frage stellt.“ Die Nichtwähler-Truppe fordert bundesweite Volksentscheide und strengere Verhaltensregeln für Politiker. Sachpolitik interessiert Peters nicht.

Vielleicht ist dies sogar für Demokratiemüde zu wenig. Die Nichtwählerpartei jedenfalls feierte ihren größten Erfolg bei der Bundestagswahl 1998. Da holte sie in NRW 6827 Stimmen. MELANIE AMANN

BEHÖRDEN

„Wir spielen Unternehmen“

Erst der Rechnungshof, jetzt die Innenrevision: Wieder bekommen die Arbeitsagenturen ein mieses Zeugnis. Mit dem Umdenken tut sich der Vorstand schwer, allen Versprechen zum Trotz.

CHANDRA MOENNSAD / BFA

BA-Vorstände Becker, Weise, Alt: *„Pfeifen Sie Ihre Zahlenknechte zurück“*

Was würde Volkswagen-Chef Martin Winterkorn sagen, wenn fast ein Drittel seiner Autos mit Fehlern vom Band liefe? Hastig zusammengeschraubt, nur damit eine große Stückzahl in der Bilanz steht? Wahrscheinlich würde Winterkorn hart durchgreifen. Vielleicht täte er auch gar nichts mehr, weil er gefeuert wäre. Dann nämlich, wenn herauskäme, dass er diese Praxis sogar vorgegeben hätte.

Die Führung der Bundesagentur für Arbeit (BA) hält ihren eigenen Laden zwar für ein ähnlich effizientes Unternehmen wie den Autokonzern – doch bei der BA sind diese Fehlerquoten normal. Den Beleg dafür lieferte der Bundesrechnungshof mit seinem Prüfbericht, der schwere Mängel in der Arbeitsvermittlung nachwies (SPIEGEL 26/2013). Nun zeigt sich, dass der BA-Vorstand schon lange gravierende Probleme kannte: aus Berichten der eigenen Revisionsabteilung. Nur beheben wollte er sie offenbar nicht.

Dass sich die Hausspitze jahrelang stur gestellt hat, zeigt ein interner Report für das zweite Halbjahr 2012, der dem Vorstandstrio Frank-Jürgen Weise, Heinrich Alt und Raimund Becker seit Mai vorliegt. Alle sechs Monate erstellen die hauseigenen Prüfer einen solchen Pannenreport, doch als hätte es keinen in der Behörde interessiert, weisen die „geprüften Einzelaspekte über einen Zeitraum von zwei Jahren gleichbleibende Fehlerschwerpunkte auf“, so das ernüchternde Urteil. Die Arbeitsagenturen unterbreiteten zu oft „nicht passgenaue Vermittlungsvorschläge“. Eigentlich die Kernkompetenz der BA, so wie es die Kernkompetenz von Volkswagen ist, technisch einwandfreie Autos auszuliefern.

Bei der Arbeitsagentur aber sehe man das nicht so eng – Hauptsache, die internen „Zahlen, Rankings und Quoten“ seien erfüllt, sagt ein BA-Insider, der anonym bleiben will. Regelmäßig würden „frisierte Zahlen an das Arbeitsministerium geliefert“, so der Mitarbeiter, der sich vom „Sozialarbeiter zum Statistikfälscher“ degradiert sieht.

Die Arbeitsvermittler verschieben ihre Kunden gern in sogenannte Qualifizierungsmaßnahmen, dann gelten sie für deren Dauer nicht als arbeitslos. Was aber, wenn 49 Prozent der „Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung nicht verbindlich in der Eingliederungsvereinbarung festgelegt“ waren, wie die Revisoren herausfanden? Die Antwort geben sie gleich mit. Es bestehe das Risiko, „dass die Notwendigkeit … ggf. nicht gegeben und damit die Teilnahme an der Maßnahme nicht zulässig war“. Im Klartext: Für fast die Hälfte der Teilnehmer an BA-Weiterbildungsmaßnahmen war unklar, ob diese ihnen helfen würden, einen Job zu finden. Es ging wohl nur darum, sie aus der Statistik zu schieben.

Ähnlich düstere Zustände fanden die Prüfer bei den Stellengesuchen von jungen Menschen, die auf eine Lehrstelle hofften. Fast die Hälfte ihrer Gesuche wurde nur intern oder gar nicht veröffentlicht – und damit Ausbildungsbetrieben bewusst vorenthalten. Eine „plausible Begründung dafür fehlte in 93 Prozent der Fälle“, wie die Revisoren feststellten. Die Folge sei, dass die Vermittlungschancen derjenigen, die eine Ausbildung beginnen wollen, „eingeschränkt werden“. Als eine der Hauptursachen für das Vorgehen sahen die BA-Kontrolleure „überwiegend Eigeninteressen der Arbeitsagenturen bei der Zielerreichung“.

Die Agenturen nahmen also schwervermittelbare Kunden, die eine Ausbildung beginnen wollen, erst gar nicht in den Pool jener auf, für die sie eine Stelle suchten. Auf diese Weise konnten sie dann für die anderen, die es in den Pool geschafft hatten, eine hohe Vermittlungsquote erreichen, an der sie wiederum gemessen werden.

Nach dem Bekanntwerden des Rechnungshofberichts hatte BA-Chef Frank-Jürgen Weise gesagt, man sei auf die Probleme „intern schon viel früher aufmerksam geworden“ und habe „mit einem Programm reagiert, das sich den veränderten Bedingungen am Arbeitsmarkt anpasst“.

Doch die BA-Revisoren haben in ihrem Bericht vom Mai keine Hinweise für ein Umdenken erkennen können: „Wie bereits im letzten Berichtszeitraum ist erneut auffällig“, so die jüngste Schlussfolgerung, „dass in einigen Dienststellen trotz eingeleiteter Maßnahmen keine bzw. keine nachhaltige Verbesserung der Betreuungsqualität von Arbeits- und Ausbildungsstellen erreicht werden konnte“.

Dass der BA-Vorstand in Wahrheit nicht viel ändern will, zeigt auch ein Schreiben an den Bundesrechnungshof (BRH) vom 8. Februar 2013.

Auf elf Seiten führt die BA-Zentrale aus, warum sie die Kritik der Prüfer an ihrer Arbeit eigentlich total daneben findet. Sie pocht auf das „Führen über quantifizierte Ziele“; das sei „einer der Eckpfeiler der Führungsphilosophie der BA“.

Bei konkreten Vorwürfen wird die Hausspitze dann bockig. Die Kritik: Es gehe zu sehr darum, Zahlenerfolge für das Controllingsystem zu produzieren, zu Lasten etwa der Vermittlung von Arbeitslosen. Die Antwort: „Die BA teilt nicht die Auffassung des BRH …“ Ein weiterer Vorwurf: Ein Großteil der Kräfte werde auf Top-Kunden konzentriert, die nahtlos von einem Job in den nächsten vermittelt werden sollen; das sei nicht im Sinne der Kundschaft insgesamt. „Die BA teilt nicht die Auffassung des BRH …“

Selbst die Rüge, dass zu viele Arbeitslose in die unsichere Zeitarbeit vermittelt würden, kontert die BA im Februar noch lapidar: „Beschäftigungsverhältnisse bei Zeitarbeitsunternehmen sind in der Regel sozialversicherungspflichtig und damit im Grundsatz nicht weniger werthaltig einzustufen.“ Hatte Weise nicht öffentlich behauptet, man nehme die Kritik des Rechnungshofs „sehr ernst“?

Die Führung der BA scheint sich von ihren eigentlichen Aufgaben entfremdet zu haben. Das Klima in der Behörde scheint vergiftet, die Kluft zwischen der Zentrale und den Agenturen kaum noch überwindbar. „Jede Woche werden wir gebrieft“, beschreibt etwa ein Teamleiter seinen Alltag, „da werden erwachsene Menschen angebrüllt, weil ihr Team 0,2 Prozent unter dem Zielwert war.“

Der Vorsitzende des Hauptpersonalrats, Eberhard Einsiedler, mahnte schon 2009 ein Umdenken an. Damals schrieb er an Weise, es entstehe der Eindruck, „als wäre nicht die Arbeit ‚am und mit den Kunden‘ unser Kerngeschäft, sondern Controlling, Qualitätsmanagement und Steuerung. Letzteres geschieht anscheinend immer mehr zum Selbstzweck“.

Die BA sei – angetrieben durch die Zentrale – total übersteuert. „Es muss Schluss sein mit dem Zahlenfetischismus! Ich bitte Sie dringend, pfeifen Sie Ihre Zahlenknechte zurück und schaffen Platz für eine Führungskultur, die die Erbringung echter Arbeitsergebnisse fördert.“

„Da werden erwachsene Menschen angebrüllt, weil ihr Team 0,2 Prozent unter dem Zielwert war.“

Wenn die erwarteten Teamergebnisse nicht erreicht würden, müssten andere mehr bringen, damit das Gesamtergebnis der Agentur stimme. „Solch einen Schwachsinn braucht man nicht zu steuern – der steuert sich selbst, nämlich gegen die Wand“, so Einsiedlers Fazit. Doch der Appell bewirkte offenbar wenig, wie nicht nur der Rechnungshofbericht zeigt. Im Oktober 2012 hat Einsiedler erneut Fehlentwicklungen aufgezeigt. Vermittlungsvorschläge seien „mehr Masse statt Klasse“. Ihre Gesamtzahl sei zwischen 2007 und 2011 um das Zweieinhalbfache auf knapp 19 Millionen jährlich angestiegen, der Anteil der erfolgreichen Vorschläge bewege sich aber mit 2,1 Prozent „konstant auf niedrigem Niveau, mit fallender Tendenz seit Jahren“. Der Hauptpersonalrat ätzt: „Wir spielen Unternehmen, und das mit erheblichem Aufwand. Aber wir sind weder die Deutsche Bank noch Porsche, noch Aldi.“

Dahinter steckt die Frage, ob die BA nicht endlich wieder mehr auf Qualität statt Quantität achten sollte. Auf jene Arbeitslosen, die älter sind und es schwer am Arbeitsmarkt haben. Oder die einen zu schlechten Schulabschluss haben, um eine Lehrstelle zu bekommen. Fragen, die auch der Rechnungshofbericht aufwirft.

In der BA hat man sich die Antworten offenbar schon selbst gegeben, in einem „Maßnahmenkatalog zur Outputsteigerung“ aus diesem Jahr. So als hätte es nie einen Rechnungshofbericht gegeben, heißt es dort, es müsse eine „Fokussierung“ auf die „Betreuung marktnaher TOP-Kunden in potentialträchtigen Branchen“ geben. Einsicht sieht anders aus.

Jürgen Dahlkamp, Yasmin El-Sharif, Janko Tietz

STRAFVOLLZUG

„Tickende Zeitbomben“

In Gefängnissen gehören Drogen zum Alltag. Süchtige Häftlinge werden nach ihrer Entlassung häufig wieder kriminell. Experten fordern Methadon für die Abhängigen.

Ihre Schreie drangen zur Mittagszeit aus einem Café an einer mehrspurigen Straße in Hamburg. Als ein Anwohner durch die Fenster in den Gastraum des „Lissabon“ schaute, sah er eine Frau in ihrem Blut liegen.

Die Ärzte in der nahegelegenen Notaufnahme konnten Maria V. wiederbeleben, am Körper der 58-jährigen Wirtin zählten sie mehr als zwölf Einstiche eines Steakmessers. Die Fahndung nach dem Täter verlief ergebnislos – obwohl die Kripo am Tatort die Quittung einer Telefonkarte gefunden hatte. Sie gehörte Nadiem Ralf Mahfouz, einem 42-jährigen Mörder, der aus einem Hafturlaub nicht zurückgekehrt war.

Vier Tage nach dem beinahe tödlichen Überfall im März, bei dem der Räuber 200 Euro erbeutete, erschien ein Mann in einer dünnen Jacke in der Kanzlei des Lübecker Rechtsanwalts Frank-Eckhard Brand. Der Besucher machte einen gepflegten Eindruck, dem Anwalt fielen nur die geschwollenen Hände auf, der Unbekannte musste sich lange in der Kälte aufgehalten haben. Er legte eine chromfarbene Plastikpistole auf den Tisch und sagte: „Ich will mich stellen.“ Es war Nadiem Ralf Mahfouz.

Der Anwalt begleitete ihn zur Polizei, Mahfouz gestand dort die Attacke auf Maria V. Dass der Fall Mahfouz nicht als Nummer in der Polizeilichen Kriminalstatistik verschwand, liegt an 49 engbeschriebenen DIN-A4-Seiten. Nach seiner Verhaftung hat Mahfouz im Hamburger Untersuchungsgefängnis seine Geschichte aufgeschrieben. Er erzählt, wie er vor mehr als 20 Jahren als Kiffer seine Haft antrat, wie er hinter Gittern zum Junkie wurde und begann, mit Drogen zu handeln.

Der SPIEGEL druckt Auszüge dieses Bekenntnisses (Seite 38). Denn Mahfouz’ Geständnis ist auch ein Dokument des Scheiterns des deutschen Strafvollzugs. Der Text bezeugt, wie trotz eines strengen Drogenverbots das Geschäft mit illegalen Betäubungsmitteln in fast jeder Justizvollzugsanstalt (JVA) floriert. Haschisch, Heroin oder die Ersatzdroge Subutex bestimmen den Alltag vieler Eingeschlossener. In manchen Knästen wird der Konsum offenbar stillschweigend geduldet – auch weil benebelte Insassen weitaus leichter zu bewachen sind als Männer auf Entzug.

In der JVA Werl, wo Mahfouz einsaß, wusste man von seiner Sucht. Man gewährte ihm Hafturlaub, obwohl das damit verbundene Risiko bekannt war: dass Mahfouz draußen klauen, rauben, dealen könnte, um seine Gier nach Drogen zu stillen. Es scheint notwendig, den Fall Mahfouz als Fehler des Systems zu begreifen.

Vor knapp zwei Jahren einigten sich zehn Bundesländer auf einen Musterentwurf für Strafvollzugsgesetze. Der Wälzer ist insgesamt 164 Seiten stark, Details der Besuchspraxis und der Häftlingskleidung werden geregelt. Um die Drogenproblematik geht es nur am Rande.

„Es gibt kein einziges drogenfreies Gefängnis in Deutschland“, sagt der Kriminalpsychologe Rudolf Egg, aber darüber spreche niemand gern: „Das wird unter den Teppich gekehrt.“ Politiker wollten die Erwartungen der Bürger nicht enttäuschen, meint der Frankfurter Suchtforscher Heino Stöver, und das erzeuge einen Druck auf die Gefängnisse. „Jedes Wort zum Drogenkonsum in Haftanstalten käme dem Eingeständnis gleich, seinen Laden nicht im Griff zu haben.“

Laut Stöver spritzen bis zu 30 Prozent der männlichen und mehr als 50 Prozent der weiblichen Häftlinge Drogen – dazu kommen jene, die kiffen oder Crack rauchen. Eine Studie in Nordrhein-Westfalen ergab, dass rund 45 Prozent der Gefangenen Drogen nehmen oder früher mit Drogen zu tun hatten.

Der ehemalige Häftling Richard E., 46, kennt die Wege des Stoffs von draußen nach drinnen. Er hat ein paar Jahre wegen Diebstahls, Betrugs und Drogenbesitzes abgesessen. Seit Lebensmittelpakete in Hamburg verboten worden seien, werde der Stoff über die Mauern geworfen, in Gras eingewickelt, in aufgeschnittenen Tennisbällen versteckt, sagt E, der heute keine Drogen mehr nimmt.

Die Alternative dazu seien Kuriere: In seltenen Fällen seien dies korrupte Beamte, ehrenamtliche Sozialarbeiter oder bestechliche Anwälte, weitaus häufiger aber Bekannte und Verwandte, insbesondere Freundinnen und Ehefrauen. „Bei einem Zungenkuss ist schnell was weitergegeben oder bei einer Umarmung in den Hosenbund gesteckt“, erklärt E.

JOHANNES ARLT / DER SPIEGEL

Ehemaliger Häftling Richard E. vor dem Gefängnis Hamburg-Fuhlsbüttel, Durchsuchung einer Haftzelle mit

Die größten Mengen, sagen Experten, kämen über das sogenannte Bodypacking in die Gefängnisse. Häftlinge, die in der Lockerung sind – auf Freigang oder im Urlaub –, kaufen draußen ein, verschlucken die Päckchen oder führen sie ein, vaginal oder rektal. Verhindern lässt sich diese Methode des Einschleusens kaum. Drogenspürhunde dürfen an Menschen nicht eingesetzt werden. Kontrollapparate erwiesen sich als untauglich.

Das Drogengeschäft im Knast ist ein Tauschhandel. Bezahlt wird mit allem, was man besitzen darf (Schmuck, Uhren), was man im JVA-Kaufladen erwerben kann (Tabak, Kaffee) – oder mit Sex.

Durchsuchungen der Zellen seien selten. Und wenn jemand zur Urinprobe zi-

tiert werde, so E., bestünden vielfältige Möglichkeiten, diese zu manipulieren. Hinter Gittern gebe es einen Markt für sauberen Urin. „Den füllst du zum Beispiel in eine leere Pulle Nasenspray, klemmst die unter den Schwanz – fertig.“ Er grinst. „Du darfst nur nicht vergessen, den Urin vorher anzuwärmen.“

Deutsche Politiker müssten sich häufiger mit Fachleuten aus der Praxis unterhalten, mit Karlheinz Keppler beispielsweise, der seit 1991 als Arzt im Frauengefängnis Vechta tätig ist. Wenn der Mediziner die drängendsten Probleme benennt, setzt er zu einem Stakkato an: „Erstens: Wenn es hier mal eine Razzia gibt, wird sofort alles die Toilette runtergespült. Zweitens: Im Gefängnis steigen viele auf harte Drogen um, weil diese schwerer im Urin nachzuweisen sind als Cannabis. Drittens: Der Konsum wird riskanter, weil die Häftlinge alles nehmen, alles mischen, was sie in die Hände bekommen.“

Dieses Risiko wachse noch dadurch, dass vier von fünf Injektionen mit nichtsterilen Spritzen gesetzt würden: „Manchmal teilen sich 30 Insassen eine Spritze, die sogenannte Stationspumpe.“ Laut Keppler helfe es auch nichts, verdächtige Hafturlauber nach der Rückkehr stärker zu kontrollieren, weil dann diejenigen zu Kurierdiensten genötigt würden, die mit Drogen nichts zu tun haben wollten.

Wenn aber nicht verhindert werden kann, dass Gefängnistore durchlässig sind für Drogen aller Art: Muss man den Kampf dann aufgeben? Mitnichten, sagt Heino Stöver, der Suchtexperte aus Frankfurt. Seine Alternative: die Häftlinge häufiger als bisher mit legalen Ersatzstoffen zu behandeln – „so wie wir es außerhalb der Knastmauern tun“. Entlassene Abhängige könnten in Freiheit weitertherapiert werden. Ohne Suchtdruck, so die Hoffnung, würden sie keine Verbrechen begehen, um an Drogen zu kommen.

Zwar gibt es eine Uno-Resolution, nach der Gefangenen die gleiche gesundheitliche Versorgung zusteht wie Menschen in Freiheit – rund 75 000 Abhängige sind hierzulande in einer substitutionsgestützten Behandlung. Doch ob ein Häftling mit Ersatzstoffen wie Methadon versorgt wird, obliegt der Entscheidung des Gefängnisarztes. Und nicht alle JVA-Mediziner, beklagt Stöver, „sind suchtmedizinisch qualifiziert“. Zwischen den rund 180 Vollzugsanstalten gibt es große Unterschiede in der Substitutionspraxis. Nordrhein-Westfalen gehört zu den fortschrittlicheren Bundesländern: In den vergangenen vier Jahren stieg die Zahl der Substituierten von rund 150 auf 1380.

„Die Gefahr, dass suchtkranke Menschen wieder rückfällig werden, ist enorm“, warnt Stöver. „Wenn sie niemand an die Hand nimmt, sind das tickende Zeitbomben.“

Eine solche Zeitbombe war auch Mahfouz. 1993 war er wegen gemeinschaftlichen Mordes an einer Taxifahrerin zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Er hätte wohl nach 15 Jahren entlassen werden können. Dagegen sprach jedoch, dass er regelmäßig Drogen konsumierte. Mahfouz sollte sich bei einer Lockerung seines Vollzugs bewähren. Eine Gutachterin hielt ihm seine Bereitschaft, die Drogenproblematik behandeln zu lassen, zugute. Sie hielt die Haftlockerung für vertretbar.

Man müsse „den Mut haben“, sagt NRW-Justizminister Thomas Kutschaty, „ehrlich zu sagen, dass es keine absolute Sicherheit geben kann.“ Kutschaty verteidigt die Praxis, die Gefangenschaft erst zu lockern und dann zu therapieren: „Der Weg aus den Drogen geht nur über eine vernünftige Therapie, und die kann der geschlossene Vollzug allein nicht leisten.“

Im Fall Mahfouz habe die JVA Werl kurz vor dem Hafturlaub vier unangekündigte und überwachte Drogentests gemacht, die allesamt negativ gewesen seien, man könne Mahfouz nicht als schwerstabhängig bezeichnen.

In einem internen Bericht des Ministeriums heißt es, dass in der „Gesamtbewertung“ aller Begutachtungen „keine offensichtlichen Fehleinschätzungen oder grobe handwerkliche Schwächen erkennbar“ seien. Es habe keine Anhaltspunkte für ein „derart gravierendes Versagen des Gefangenen“ gegeben.

Mahfouz selbst sah sich wohl anders. Am 18. Dezember 2012 schrieb er einen Brief an den Anstaltsarzt in Werl, wies auf sein massives Drogenproblem hin und bat, zum Substitutionsprogramm zugelassen zu werden. Es war eine Art Hilferuf („Ich merke, dass ich wieder depressiv und manchmal auch aggressiv werde“). In seine JVA-Akte wurde der Brief offenbar nicht aufgenommen. Der Arzt habe ihm mitgeteilt, wenn das Schreiben offiziell würde, könne er seinen Urlaub vergessen, so erzählt es Mahfouz.

Das Verhalten zeige, wie „die Insassen in den Gefängnissen mit ihren Problemen alleingelassen werden“, sagt Mahfouz’ Anwalt Brand. Das NRW-Ministerium beteuert, der Anstaltsarzt habe „zu keinem Zeitpunkt Hinweise für einen fortgesetzten, regelmäßigen und exzessiven Drogenkonsum feststellen können“.

Vergangene Woche wurde Mahfouz die Anklage wegen versuchten Mordes in Tateinheit mit schwerem Raub und gefährlicher Körperverletzung zugestellt. Im Herbst wird er in Hamburg vor Gericht stehen. Er wird womöglich für immer hinter Gittern bleiben.

Udo Ludwig, Barbara Schmid, Antje Windmann

ROGGENTHIN.DE

VOLKER HARTMANN / DAPD

Drogenspürhund, NRW-Justizminister Kutschaty: *„Ehrlich sagen, dass es keine absolute Sicherheit gibt“*

„Die Birne dicht“

Der Häftling Nadiem Ralf Mahfouz berichtet, wie er im Knast zum Junkie und Dealer wurde.

Mahfouz wurde am 3. Juli 1970 in Cottbus geboren. Seine ersten vier Lebensjahre verbrachte er in einem Heim. Dann wurde er adoptiert, sein Vater war ein gebürtiger Syrer. Schon als Jugendlicher klaute Mahfouz, brach Autos auf, brach in Kneipen ein, beging seinen ersten Raub. Mit 16 Jahren kam er in ein Jugendgefängnis, von da an waren Tage in Freiheit die Ausnahme. Er saß in den Justizvollzugsanstalten (JVA) Herford, Iserlohn und Heinsberg ein, meist wegen Einbruchs oder Diebstahls. Untersuchungshaft verbrachte er in Bochum und Bielefeld. Nach seiner letzten Haftentlassung zog es Mahfouz zu einem Kumpel nach Wuppertal. Als ihnen das Geld ausging, beschlossen sie, eine Taxifahrerin auszurauben. Als die 33-Jährige um Hilfe schrie, stachen sie mit einem Messer auf die Frau ein und warfen sie in die Wupper. Sie starb. Mahfouz wurde wegen Mordes zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt. Zu diesem Zeitpunkt war er gerade 23 Jahre alt. Während eines Hafturlaubs im März dieses Jahres stach er die Wirtin eines Cafés nieder.

Ich weiß, dass ich aus meinem Leben was hätte machen können. Stattdessen habe ich mir viel Scheiß erlaubt. Ich bekomme meine Straftaten nicht mehr zusammen; es müssen Tausende Ladendiebstähle, Haus- und Wohnungseinbrüche gewesen sein. Aber den größten Fehler habe ich in Haft begangen: Da habe ich mit den harten Drogen angefangen.

Meine Knastkarriere im Erwachsenenstrafvollzug begann 1993 in Hagen, kurz darauf überstellte man mich in die JVA Werl. Dort gab es damals nur Langzeitstrafen ab fünf Jahren. Ich kam in die Küche, arbeitete in der Kartoffelschäle. Da waren mit sechs Mann 120 Jahre Knast vertreten. Werl war berüchtigt, stellte sich aber als harmlos heraus, ich brauchte mich nicht schlagen, musste einfach nur geradeaus sein.

Ich stieg ins Haschgeschäft ein, kaufte von Mithäftlingen 30 Gramm für 600 Mark. Wenn du auf Zack bist, ist es leicht, an das Zeug zu kommen. Ich verkaufte 15 Gramm in Päckchen für 40 Mark pro Gramm. So konnte ich die andere Hälfte behalten. Ich kiffte jeden Tag und soff mir zweimal die Woche einen.

Da das Geschäft in dieser Zeit über den Einkauf lief, hatte ich manchmal für 2000 bis 2500 Mark Tabak und Kaffee in der Zelle *(Tabak und Kaffee sind in JVA eine Art Währung* – Red.).

Vor Kontrollen hatte ich keine große Angst. Knackis haben viel Zeit, um sich Verstecke zu überlegen. Und Suchhunde kommen nur ein- bis zweimal pro Jahr in den Knast. Ich bin in 20 Jahren nur einmal richtig gefilzt worden.

Ende 1994 wechselte ich auf die Schulabteilung. Der Liftkurs sollte mich auf den Realschulabschluss in der JVA Münster vorbereiten. Auf dem Schulflügel lief das Haschgeschäft noch besser. Ich wurde dort ruck, zuck mit dem Hausarbeiter warm *(Hausarbeiter sind Häftlinge, die als Hilfskräfte von der JVA bezahlt werden* – Red.*)*. Der brachte von jedem Langzeitbesuch so an die hundert Gramm Hasch mit. Fest liierte Langzeitgefangene durften nämlich über die Besuchszeiten hinaus in speziellen Räumen ihren Partner für drei Stunden im Monat ungestört empfangen.

Außerdem holte ich alle zwei Monate für einen Zuhälter aus Essen sonntags 100 Gramm aus der Kirche, die auf dem Gelände des Knasts steht. Er hatte sie beim Eheseminar dort deponiert.

In der JVA Münster war es noch einfacher für mich: Die Gefangenen konnten viele Urlaube machen. Mit fast jedem Ausgang kam das Zeug in den Knast.

Für meine Ausbildung zum Koch kam ich danach vorübergehend in die JVA Geldern. Dort gab es mehr Drogen, als ich jemals im Knast gesehen habe. Preiswertes Hasch in super Qualität und jede Menge Heroin und Kokain. Ich war in kürzester

DOMINIK ASBACH / LAIF

Justizvollzugsanstalt Werl: *„Wenn du auf Zack bist, ist es leicht, an das Zeug zu kommen“*

Zeit der beste von den acht Azubis. Nach drei Monaten rief mich der Ausbilder zu sich. Er sagte, dass ich das Niveau halten solle, dann könne ich als Lehrgangsbegleiter bleiben. Das einzige Problem waren die Drogen. Nachdem ich Koks probiert hatte, verweigerte ich eine Urinkontrolle. Ich musste unterschreiben: Sollte ich noch mal auffallen, würde die Ausbildung beendet und ich zurückverlegt.

Ich hatte bis dahin knapp acht Jahre gekifft, und das nicht wenig für Knastverhältnisse. Silvester, nach zehnmonatiger Ausbildung, nahm ich mir vor, ganz aufzuhören. Ich verkaufte den Rest, den ich noch hatte. Zehn Tage habe ich geschafft.

Montags war der Ausbilder nie da, dann hatte ich frei. Er hatte mich gewarnt, dass die mich zur Urinkontrolle holen werden. Am Morgen legte mir ein Mithäftling gutes Hasch hin. Ich wurde schwach. Da ging die Tür auf: „Mahfouz, zur Urinkontrolle." Was war ich nur für ein Idiot!

Schuld an allem ist die riesengroße Langeweile. Ich kenne Jungs, die wie ich erst im Knast auf die harten Drogen gekommen sind, weil das Leben drinnen so eintönig und langweilig ist.

2004 setzte mir ein Psychologe die Pistole auf die Brust. Ich sollte auf die PGS *(Psychotherapieabteilung für Gewalt- und Sexualstraftäter* –Red.*)*. Ich wollte mich eigentlich nicht so sehr mit mir und meinen Taten auseinandersetzen. Die Alternative wäre gewesen, erst mal keine Chance auf Entlassung zu haben.

In der PGS-Abteilung musste man über seine Kindheit reden, was mir generell sehr schwerfällt. Meine Adoptivmutter hatte eine sadistische Ader. Sie schlug mir mit dem Gürtel auf den Po oder mit dem Plastiklöffel auf die Hände. Vor lauter Angst machte ich oft ins Bett. Das blieb natürlich nicht ungestraft. Außerdem musste ich mit ihr Horrorfilme anschauen und dabei ihre Füße massieren.

Tag an wohl. Das Beste war: Ich saß an einer neuen super Quelle für Hasch. Es gab dort einen Türken, Mehmet, 150 Kilogramm schwer. Als wir die ersten 100 Gramm zum Abpacken geschnitten hatten, holte er noch mal 200 Gramm hervor. So viel Hasch hatte ich noch nie auf einmal gesehen. Ich lebte wie die Made im Speck.

Mitte des vergangenen Jahrzehnts gewann in Werl Heroin die Oberhand. Weil es nur noch wenig Hasch gab, nahm ich ab und zu Heroin – hörte aber wieder auf. Ich wollte auf keinen Fall süchtig auf das Scheißzeug werden.

In der weiteren Therapie ging es speziell um meine früheren Taten, vor allem um meine schwerste: Als ich wieder mal aus dem Gefängnis kam, fuhr ich nach Wuppertal zu meinem Kumpel Musa. Wir wollten einen Überfall machen. Die letzten 20 Mark verzockten wir am Pokerautomaten.

Gegenüber der Spielhalle war ein Taxistand. In einem Auto saß eine Frau am Steuer. Musa nannte das Fahrziel, und als wir angekommen waren, bedrohte ich sie mit einer Gaspistole und nahm ihr das Portemonnaie aus der Hand. Beim Aussteigen schoss ich der Frau noch ins Gesicht. Ich habe gedacht, dass bei den Gaspatronen nicht viel passieren kann und wir ein bisschen Vorsprung bekommen. Musa wollte aber nicht abhauen. Er meinte, dass wir zu schnell die Bullen am Arsch hätten.

Wir haben die Taxifahrerin, nachdem wir sie mit einem Messer verletzt hatten, in die Wupper geworfen. Mein Anwalt meinte, ich sei nicht voll schuldfähig aufgrund der Umstände, wie ich aufgewachsen bin. Ich bekam trotzdem lebenslänglich. Der Richter meinte, ich solle eine Ausbildung machen und würde dann nach 15 Jahren wieder freikommen. Daraus wurde bekanntlich nichts.

Auch meine Therapie im Werler Knast konnte ich nicht zu Ende bringen. Ein guter Kumpel, Chris, schleuste Heroin für die russischen Gefangenen rein. Das war der Zeitpunkt, als ich richtig süchtig auf die Scheiße geworden bin. Alle zwei Wochen kamen 30 bis 40 Gramm, und die Hälfte war für uns.

Als Chris und ich einmal erwischt wurden, kam ich in Einzelhaft. Das war übel: Ich schwitzte und fror gleichzeitig. Ich saß den halben Tag auf Toilette mit Durchfall. Ich kotzte, bis nur noch Gallenflüssigkeit kam. Ich wurde depressiv und litt an Schlaflosigkeit. Ich habe in zwei Wochen vielleicht zwei Stunden

POLIZEI HAMBURG / PICTURE ALLIANCE / DPA

Hafturlauber Mahfouz nach der Bluttat im März vor Geldautomat: *„Was habe ich für Scheiß gemacht?"*

Zur Strafe musste ich zurück nach Werl. Zur Begrüßung sagte der Flügelleiter (ein Vollarsch), ich solle die nächsten zehn Jahre Frikadellen drehen. Das tat ich dann auch erst mal.

Ich fing an, ab und zu mit Heroin zu handeln; so konnte ich leichter meinen Haschkonsum finanzieren. Wir rauchten uns in dieser Zeit die Birne dicht. In Werl gab es immer Möglichkeiten, über die Besucher Drogen reinzubekommen. Andere Wege, wie über Beamte oder das Werfen über die Mauer, habe ich da nie gesehen.

Zwei Tage nach meinem 14. Geburtstag wechselte ich in ein Heim für Schwererziehbare. Wenn ich Kinder mit ihren Eltern sah, wurde ich traurig. Einmal kaufte ich mir in einer Apotheke eine Packung Thomapyrin, angeblich für meine Mutter. Ich dachte, mit 20 Stück müsste ich tot sein. Ich habe mir die Seele aus dem Leib gekotzt, aber am nächsten Morgen lebte ich immer noch.

Über all das sollte ich nun in der PGS-Abteilung in Werl reden. Das war schwierig, aber ich fühlte mich dort vom ersten

geschlafen. Ab und zu bekam ich mal ein Päckchen am Fenster oder in der Kirche. Aber das hielt nur eine Stunde.

Nachdem ich noch zweimal Arrest wegen verweigerter Urinkontrollen bekam, hörte ich wirklich auf. Ich zog meinen Affen durch und machte wie irre Sport. Ich sah nach sechs Monaten richtig durchtrainiert aus. Manche meinten, dass ich Anabolika nehmen würde, was Quatsch war. Ich hatte nur meine Sucht verlagert.

Ich nahm ein Jahr lang kein Heroin. Meine Urinkontrollen waren alle sauber, und ich wurde in den offenen Bereich verlegt. Dort kann man sich zwischen 6 und 21 Uhr frei bewegen. Eine Gutachterin meinte, dass von mir keine Gefahr mehr ausgehe, noch mal schwere Straftaten zu begehen. Vermutlich kam durch die Gespräche mit ihr der Suchtdruck wieder hoch. Jedenfalls wurde ich von einem Tag auf den anderen rückfällig.

Es kam dann noch eine Droge dazu: Subutex. Das ist eine Ersatzdroge für Heroin, die ins Gefängnis geschmuggelt wird. Die Tablette wird zerdrückt, durch die Nase gezogen. Mit einem halben Päckchen war man einen ganzen Tag drauf.

Die erste positive Urinkontrolle ging noch glimpflich aus. Da ich viel getrunken hatte, waren die Werte gering. Ich erzählte, ich hätte nur ein paar Schmerzmittel genommen.

Irgendwann entstand im Rahmen meines Vollzugsplans die Idee, dass ich in der JVA Münster eine Drogentherapie machen sollte. Da ich zu lebenslänglich ohne besondere Schwere der Schuld verurteilt worden war, wäre ich normalerweise nach 15 Jahren entlassen worden, also im Juni 2008. Aber daran war nicht zu denken.

Im Mai 2010 zog ich in die Abteilung G4 um. Ich sollte da ein Jahr Therapievorbereitung machen und anschließend 18 Monate Therapie. Laut Plan wäre ich 2013 nach 20 Jahren entlassen worden.

Auf G4 lag ich mit 13 anderen Süchtigen zusammen. Selbst wenn ich gewollt hätte, war es praktisch unmöglich, auf der Abteilung sauber zu bleiben. Es geht da nur um Drogen. Man musste jede Woche mit einer Urinkontrolle rechnen. Aber es gibt Tricks: Man trinkt zwei Stunden vor der Kontrolle sechs Liter warmes Wasser, dann pinkelt man auch nur noch Wasser. Oder man gibt die Pisse von jemand anderem ab.

Irgendwann wurde entschieden, dass ich zunächst Begleitausgang bekommen sollte und zwei Wochen später Hafturlaub; danach sollte ich in die Therapie nach Münster. Nun musste ich ganz schnell sauber werden. Im Urlaub süchtig zu sein wäre schlecht gewesen – wo hätte ich die Drogen herbekommen sollen? Und ich wusste, dass ich direkt danach zur Urinkontrolle muss – da gab es keine Chance zu bescheißen. Doch mit dem Aufhören wurde es nichts. Ab dem dritten Tag ging's immer richtig ab: Durchfall, Schüttelfrost, Rückenschmerzen. Nur einmal bin ich bis zum vierten Tag gekommen.

So bin ich dann in den Ausgang – und war schön dicht auf Subutex. Ich fuhr mit zwei Begleiterinnen nach Münster zum Chance e. V. für Haftentlassene. Nach der Rückkehr am folgenden Abend in Werl musste ich eine Urinprobe abgeben, die natürlich positiv war. Ich ging davon aus, dass sich der Urlaub erledigt hatte. Deshalb habe ich dem Anstaltsarzt einen Brief geschrieben und mich ein zweites Mal fürs Methadonprogramm beworben.

Methadon als Ersatzdroge nimmt dir den Druck, weil man nicht mehr hinter den Drogen herjagen muss und man sich nicht mehr in der Illegalität bewegt.

Der Bereichsleiter meinte aber, dass man jetzt so viel Arbeit in mich hineingesteckt habe, nun solle ich auch nach Münster in die Drogentherapie. Mein zweiter Urlaub sollte einen Monat später sein, im Februar. Ich versuchte wirklich aufzuhören. Eine Woche vor dem Urlaub habe ich aufgegeben.

Ich fuhr also nach Münster und wusste, dass es der letzte Urlaub für lange Zeit sein würde. Nach 30 Jahren aber riecht Freiheit verdammt verlockend. So kam mir der Gedanke, meinen Urlaub quasi zu verlängern. Ich fuhr nach Süddeutschland und dealte. Dann erfuhr ich, dass die Bullen mich bereits suchen. Ich färbte mir meine Haare schwarz, richtete sie mit Haargel ein bisschen auf, noch eine Brille für 50 Euro – und ich sah anders aus.

Aber ich musste mir etwas einfallen lassen, um wieder an Geld zu kommen. Ich fuhr nach Hamburg. Es war kalt und schneite. Ich war am Ende, mir war alles egal. Dann sah ich dieses Café. Ich bestellte einen Kaffee. Als die Bedienung ihn brachte, zog ich meine Spielzeugpistole aus der Jacke. Dann weiß ich nur noch, dass sie mir in die linke Hand gebissen hat. Die Erinnerungen, wie ich auf die Frau eingestochen habe, sind weg.

Was hatte ich für einen Scheiß gemacht? Geldbörsen mit 200 Euro mitgenommen und dafür vielleicht einen Mord begangen. Als ich später versuchte, mit den gestohlenen Bankkarten Geld abzuholen, habe ich die falschen Nummern eingetippt.

Ich war schockiert, als ich am nächsten Tag las, dass ich mehr als zwölfmal zugestochen haben soll. Ich dachte an Selbstmord, aber hing doch irgendwie an meinem verschissenen Leben. Also habe ich mich gestellt.

Ich weiß, dass ich meine Drogensucht mit meiner angeschlagenen Psyche erst einmal nicht in den Griff bekomme. Ich hoffe nun, endlich mal in ein Suchtprogramm zu kommen. Die Anstalt hätte mir längst einen Riegel vorschieben müssen, was meine Geschäfte angeht. Es war doch offensichtlich, dass ich konsumiere. Ich habe von 600 Euro im Monat höchstens 100 Euro für mich ausgegeben. Der Rest ging für Drogen drauf.

Ich mache mir nichts vor: Sollte ich noch mal entlassen werden, dann als alter Opa. Die Sicherungsverwahrung ist mir wohl sicher. Statt an Gott glaube ich mehr an das Schicksal. Manche Menschen haben Glück im Leben: gutes Elternhaus, Familie, Kinder, und alles läuft gut. Dann gibt es Menschen, die es nicht ganz so einfach haben, aber trotz Schicksalsschlägen normal leben. Und hin und wieder gibt es Menschen, wie ich einer bin.

Ich halte mich nicht für böse und gefährlich, trotz allem, was ich gemacht habe. Gefährlich bin ich nur, wenn Situationen auf mich zukommen, mit denen ich nicht umgehen kann.

TVNEWSKONTOR

Gewaltopfer Maria V., Helfer in Hamburg: *Mit einem Steakmesser niedergestochen*

JUGENDHILFE

Anwalt beider Seiten

In Brandenburger Heimen sollen Jugendliche misshandelt worden sein. Der Leiter der Beschwerdestelle vertrat jedoch zugleich die Interessen der Betreiber.

RAINER WEISFLOG / DER SPIEGEL

Haasenburg-Heim in Neuendorf: *Knochenbrüche durch Gegenwehr?*

Christian Bernzen ist eine Stütze der Gesellschaft. Der 50-jährige Rechtsanwalt gilt als einer der führenden Experten für Jugendhilferecht in der Bundesrepublik, hat eine Professur für rechtliche Grundlagen der sozialen Arbeit inne, ist Schatzmeister der SPD-Landesorganisation Hamburg und Mitglied im vornehm-hanseatischen Übersee-Club. Auch in der Weizsäcker-Kommission zur Zukunft der Bundeswehr, im Zentralkomitee der deutschen Katholiken und anderen ehrenamtlichen Gremien war oder ist Bernzen aktiv.

Doch einer seiner vielen Posten könnte nun seinem Ruf nachhaltig schaden. Akten legen den Verdacht nahe, dass der Spitzenjurist nicht immer sauber unterschieden hat – zwischen dem, was man vielleicht gerade noch darf, und dem, was man besser lässt.

Die Papiere dokumentieren Bernzens fragwürdige Rolle in einem Fall, der seit Wochen Schlagzeilen macht: Ehemalige Insassen von Erziehungsheimen der Haasenburg GmbH, die in Brandenburg drei Heime betreibt, haben in der „taz“ schwere Vorwürfe erhoben: Zwecks Disziplinierung hätten sie stundenlang auf Liegen festgeschnallt verharren müssen. Andere berichten von körperlichen Übergriffen des Personals. Drei weibliche Insassen hätten dabei Knochenbrüche erlitten. In internen Protokollen der Betreiber heißt es, die Mädchen hätten sich die Frakturen durch Gegenwehr bei sogenannten Begrenzungsmaßnahmen selbst zugefügt.

Auch Bernzen, Anwalt der Haasenburg GmbH, weist die Vorwürfe zurück: „Körperliche Begrenzung kann und darf niemals eine erzieherische Maßnahme sein. Sie ist ein letztes Mittel zur Gefahrenabwehr, um eine Eigen- oder Fremdgefährdung der Bewohner zu vermeiden.“

Schöne Worte, doch schwer zu glauben – nicht nur, weil „körperliche Begrenzung“ verharmlost, was Jugendlichen dabei angetan wird: massive Gewalt, beispielsweise wenn vier erwachsene Männer einen Widerspenstigen zu Boden drücken und festhalten. Noch problematischer aber ist, dass Bernzen nicht nur Anwalt des Betreibers ist, sondern auch Beistand der Jugendlichen sein sollte.

Bis vor einem halben Jahr war er nämlich Vorsitzender einer Kontrollkommission, die Beschwerden der jugendlichen Heimbewohner prüfen und sicherstellen soll, dass ihnen in den Häusern der Haasenburg kein Unrecht geschieht.

Dass sie in den Heimen anständig behandelt wurden, bezweifeln mittlerweile nicht nur ehemalige Zöglinge. Die Staatsanwaltschaft Cottbus ermittelt wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung und der Misshandlung von Schutzbefohlenen. Am vergangenen Donnerstag durchsuchten Polizisten die Heime des Unternehmens in Müncheberg, Jessern und Neuendorf.

Martina Münch (SPD), die brandenburgische Jugendministerin, setzte eine „Untersuchungskommission zur Untersuchung der Vorfälle in den Einrichtungen der Haasenburg GmbH“ ein: „Es geht um Vorwürfe massiver Menschenrechtsverletzung.“ Die Kommission soll sich auch mit zwei Todesfällen beschäftigen, die Staatsanwälte vor Jahren als unverdächtig eingestuft hatten.

Bernzen hält die Anschuldigungen für „derzeit nicht plausibel“, sieht sie „als Munition in einem ideologisch gefärbten Streit“ zwischen jenen, die im Rahmen der Hilfe zur Erziehung „jede Form von Freiheitsentzug“ ablehnten, und jenen, die darin ein „Mittel zur Ermöglichung von Erziehung“ für schwer gestörte oder traumatisierte Jugendliche sähen.

Bernzens Stimme hat Gewicht im Jugendhilferecht. Seine Veröffentlichungen haben die Diskussion zum Thema freiheitsbegrenzende Heimunterbringung mitbestimmt. Da ist es aus seiner Sicht logisch, dass seine Kanzlei „Bernzen Sonntag“ die Haasenburg in vielerlei Hinsicht vertritt – nicht nur vor Gericht.

Auch als Berater ist sie dem Unternehmen verbunden. Bernzen Sonntag handelte für die Haasenburg sogar aus, welche Tagessätze die Jugendämter der Firma zahlen müssen. Zwischen 300 und 500 Euro pro Tag und Bewohner hat Bernzens Kanzlei für die Haasenburg herausgeholt. Allein die Stadt Hamburg, aus der viele Problemkinder kommen, überwies von 2008 bis Mai 2012 mehr als vier Millionen Euro an den Heimbetreiber.

Der durchschnittliche Tagessatz lag 2012 bei 373,54 Euro. Andere intensivpädagogische Einrichtungen berechnen zwischen 250 und 320 Euro – so der Hamburger Senat in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage des FDP-Bürgerschaftsabgeordneten Finn-Ole Ritter.

Bernzen räumt ein, dass das Haasenburg-Mandat zu den größeren seiner Kanzlei zählt. Auch sein Bruder Hinrich verdient Geld mit dem Betreiber. Er macht PR und Pressearbeit für das Unternehmen. Kann ein Mann, der mit einem Heimbetreiber so eng verbandelt ist und von ihm profitiert, gleichzeitig ehrenamtlicher Vorsitzender einer angeblich unabhängigen Kontrollkommission sein, bei der sich Insassen über Missstände im Heim beschweren?

Nach landläufigen Maßstäben nicht – zumal die Kommission in Absprache mit dem Betreiber eingerichtet worden war. Bernzen rechtfertigt sich, er habe „diese ehrenamtliche Tätigkeit stets von“ seiner „anwaltlichen Sachbearbeitung getrennt

MARCO-URBAN.DE

Jurist Bernzen: *Zahlreiche Ehrenämter*

ausgeübt". Die „Geschäftsstelle der Kontrollkommission" sei, wie er einer Richterin am Oberlandesgericht Hamburg erklärte, „an die Katholische Hochschule für Sozialwesen in Berlin angegliedert".

Das ist nicht nur eine eigenwillige Argumentation, sondern im Fall des ehemaligen Heimkinds Michel W. auch nachweislich falsch. Der heute 16-Jährige war im Mai 2011 per Gerichtsbeschluss zur „geschlossenen Unterbringung" in ein Haasenburg-Heim eingewiesen worden. Ein Jahr später schrieb der Junge einen Brief an den Vorsitzenden der Kontrollkommission, Prof. Dr. Christian Bernzen. Darin beklagte er sich – unter anderem – über eine Erziehungsmaßnahme, die er einer Anwältin so schilderte:

„Ich saß hinter meinem Bett und habe geweint. Da kamen zwei Erzieher und wollten mich hochziehen, und dann habe ich die Hand weggezogen, weil ich nicht wollte, dass sie mich anfassen, und dann haben die mir den Arm umgedreht, den Alarmknopf gedrückt, und dann kamen die anderen und haben mich am Boden festgehalten. 15 bis 20 Minuten lang."

Am 30. Mai 2012 teilte Kontrollkommissionschef Bernzen dem Jungen mit, eine Kollegin werde sich der Sache annehmen. Der Brief kam nicht von der Katholischen Hochschule, sondern auf Papier der Kanzlei Bernzen Sonntag.

Ein halbes Jahr später schreibt der Vorsitzende der Kontrollkommission, diesmal in seiner Rolle als Haasenburg-Anwalt, an das Brandenburgische Oberlandesgericht. Betreff: die „Familiensache des minderjährigen Michel W.". Bernzen gibt an, dass er „als ausschließlicher Sachbearbeiter" seiner Kanzlei „die Haasenburg GmbH" in diesem Fall vertrete.

Mit den Dokumenten konfrontiert, räumt Bernzen ein: „Rückblickend ist es sicher ein Fehler gewesen, den Vorsitz der Kontrollkommission zu übernehmen, aber es war schwer, geeignete Leute zu finden."

Michels Beschwerden wurden von der Kontrollkommission als unbegründet zurückgewiesen. GUNTHER LATSCH

TERRORISMUS

Die Überlebende

Der Nationalsozialistische Untergrund hatte noch weitere Opfer ausspioniert. Eine türkische Bäckerin aus Stuttgart erfuhr erst vor einem Jahr von den Plänen – und ist traumatisiert.

Hanife Ceylan hat nie daran gezweifelt, dass Stuttgart ihre Heimat ist. Die Tochter türkischer Gastarbeiter zog mit 15 Jahren in die deutsche Automobilstadt. Hier fand sie die Liebe ihres Lebens, schloss einen Bausparvertrag ab, schickte ihre drei Kinder in einen deutschen Kindergarten und später an die Universität. Ihr Schwäbisch ist besser als ihr Türkisch.

Doch nach 33 Jahren in Deutschland überlegt Hanife Ceylan, die in Wirklichkeit anders heißt, ihren deutschen Pass wieder abzugeben.

„Das Papier kannsch de Hase füttern", sagt sie. Sie steht in einer Kittelschürze hinter dem Tresen ihrer Bäckerei in der Stuttgarter Innenstadt, belegt Brötchen mit Schnitzeln, sortiert Rosinenschnecken in die Regale und sagt: „Für die war ich nie eine richtige Deutsche."

In ihrem zweiten Leben gibt es schlaflose Nächte und viele Fragen: Warum ich? Warum ich nicht?

Mit „die" meint Ceylan die Mitglieder des „Nationalsozialistischen Untergrunds" (NSU): Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt. Die beiden Männer ermordeten am helllichten Tag neun Menschen, nur weil sie ausländische Namen trugen. Hanife Ceylan weiß, dass auch ihr Name heute auf dem Gedenkstein in Nürnberg stehen könnte, der an die NSU-Opfer erinnert. Sie denkt oft darüber nach, warum sie davonkam – und andere nicht. Sie sucht nach einer Erklärung. „Wenn der liebe Gott nicht will, dass die dich töten, dann können die versuchen, was sie wollen", sagt sie.

Im November 2011 zündete Beate Zschäpe das Haus an, in dem sich die Gruppe versteckt hatte. In den Trümmern der abgebrannten Wohnung in Zwickau fanden Polizisten Fotos, Stadtpläne und Adresslisten mit Namen und Geschäften, die Menschen ausländischer Herkunft gehörten. Die Notizen zeigen, wie das Trio Dutzende Orte und Personen ausgespäht hatte – als mögliche Anschlagsziele.

„Gutes Objekt und geeigneter Inhaber", steht etwa neben der Adresse eines Geschäfts in Dortmund. Zur Anschrift eines türkischen Imbisses wurde notiert: „Guter Weg von dort weg!" Und an anderer Stelle: „Guter Sichtschutz. Person gut, aber alt (über 60)."

Auf einer CD, die Fahnder aus den verkohlten Überresten bargen, sind Fotos gespeichert. Sieben davon konnten die Beamten Straßen in Stuttgart zuordnen, sie entstanden offenbar im Juni 2003, als der NSU bereits vier Morde begangen hatte.

Die Bilder zeigen türkische und italienische Lebensmittelgeschäfte, Restaurants, belebte Straßenabschnitte, Hauseingänge. Auf mehreren der Bilder posiert „mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit", so heißt es in den Akten, Uwe Böhnhardt. Er lehnt lässig an einem Mountainbike, einen dunklen Rucksack auf dem Rücken, eine Baseballkappe auf dem Kopf, die Sonne scheint. Ein Terrorist auf Städtetour. Im Hintergrund ist das Geschäft von Hanife Ceylan zu sehen.

Die Ermittler nehmen die NSU-Notizen ernst. So ernst, dass sie im Sommer 2012 Hanife Ceylan und ihren Mann ins Polizeipräsidium Stuttgart vorladen. Es ist der Tag, an dem das Leben von Hanife Ceylan in Deutschland in ein Davor und ein Danach zerbricht.

Das Davor beginnt im Sommer 1980. Ceylan folgt als junge Frau ihrer Mutter aus einem türkischen Dorf nach Deutschland. Ihre Eltern gehören zur ersten Generation von Gastarbeitern. Sie sind dankbar für ein Deutschland, das ihnen Arbeit gibt und ein neues Leben, das besser ist als zu Hause. Hanife Ceylan wächst mit dieser Dankbarkeit den Deutschen gegenüber auf.

Sie putzt Toiletten, wischt Büroräume. Sie arbeitet in einer Metallfabrik am Fließband und in einer Konditorei. Sie verdient ihr eigenes Geld. Sie heiratet, ihr Mann stammt aus der Türkei. „Deutschland war gut zu uns", sagt Ceylan.

1993 eröffnen die Ceylans einen Gemüseladen in der Stuttgarter Innenstadt. Ihre Mitarbeiter sind Italiener, Russen und Griechen. Blonde Kassiererinnen stehen hinter der Theke. Die deutschen Nachbarn kaufen gern bei den Ceylans ein. Ihr Mann

verkauft Schweinefleisch, trinkt Schnäpse mit seinen Kunden. „Richtig kultimulti war das“, sagt Ceylan über jene Zeit.

Der Gemüseladen wird ein Treffpunkt im Kiez. Bei Hanife Ceylan lassen die Leute anschreiben, sie gibt dem Obdachlosen in der Straße Leberkäsbrote, sie rundet für Stammkunden die Preise ab. Ihre Kinder wachsen im Geschäft auf, machen ihre Hausaufgaben zwischen den Tomatenkisten. Hanife Ceylan ist jetzt Chefin, sie schafft Arbeitsplätze, zahlt Steuern. Sie hat das Gefühl, diesem Land etwas zurückgeben zu können. Hanife Ceylan reist mit ihrer Familie um die Welt, bei den Grenzkontrollen ist sie stolz, wenn sie ihren deutschen Pass vorzeigen kann.

Als der Gemüseladen nicht mehr läuft, schließt sie ihn und eröffnet eine Bäckerei. Sie spielt nie mit dem Gedanken, Deutschland zu verlassen.

Bis zu jenem Tag, an dem dieser Brief in ihrem Postkasten liegt, im Sommer 2012.

Die Polizei will sie und ihren Mann befragen. Das Gespräch dauert knapp 30 Minuten. Sie erinnert sich nur noch an Satzfetzen. Sie soll Fragen beantworten, Minuten nachdem sie erfahren hat, dass die Mörder sie im Visier hatten. Dass ihr Geschäft vom NSU ausgespäht worden war, wie jene der anderen Ladenbesitzer, die Opfer der Mordserie wurden.

Niemand kann bislang sagen, wie konkret die Pläne des Trios wirklich waren. Wie häufig sie sich an ihren rassistischen Phantasien ergötzen wollten, ohne eine Tat vorzubereiten.

Die Polizisten fragen: Konnte man Sie von draußen gut beobachten? Haben Sie einen Mann auf einem Fahrrad bemerkt, der Ihren Laden fotografierte? Sie schüttelt den Kopf. In diesen Minuten bei der Polizei lösen sich in ihr 32 Jahre Gewissheit über ihre deutsche Heimat auf. Nach dem Gespräch schicken die Beamten die Ceylans nach Hause. Sie sollen ihre Kinder fragen, ob die etwas bemerkt hätten, damals, vor neun Jahren.

Im zweiten Teil von Hanife Ceylans Leben in Deutschland gibt es schlaflose Nächte und viele Tränen. Sie fragt sich: Warum ich? Warum ich nicht? Wenn sie die Augen schließt, sieht sie ihren Namen in einer Reihe stehen mit denen der Ermordeten des NSU.

Wäre sie dessen erstes weibliches Opfer geworden? Hanife Ceylan glaubt, dass die gutbesuchte Fußgängerzone oder die Straßenbahn sie vielleicht vor den Angriffen bewahrt hat.

Ihren deutschen Freunden hat Ceylan nichts erzählt. Sie will kein Mitleid.

Doch zu Hause reden sie über kaum etwas anderes. Die Familie glaubt, sich an den Tag zu erinnern, von dem die Beamten sprachen. Es war in jenem Sommer, in dem Ceylans Tochter Abitur machte, als ein Mann auf dem Rad an ihrem Laden vorbeifuhr, Bilder schoss und behauptete, es sei für die Lokalzeitung.

ARNE DEDERT / DPA

Gedenktafel für Opfer des NSU in Wiesbaden: *„Auch meine Welt zerstört“*

Ihr Mann erinnert sich an einen anderen Tag, als ein Fremder im Hinterhof stand, der zwar eine Kiste Bier bestellte, aber dann einfach verschwand. Und da war dieser Passat, mit einem Kennzeichen aus einer ostdeutschen Stadt, der lange vor dem Laden parkte.

Am Küchentisch der Ceylans hat die Angst inzwischen einen festen Platz, sie gehört zu ihrem Alltag. Wie vergangenes Jahr, als ihre Vermieterin, die nichts von der Ausspähung ahnt, Rauchmelder in der Bäckerei anbrachte, weil Geschäfte von Türken ja potentielle Anschlagsziele seien.

Heute nimmt Hanife Ceylan Antidepressiva, schläft maximal vier Stunden, ab dem Morgengrauen wandert sie ruhelos durch die Wohnung. „Meine Mutter braucht eine Therapie“, sagt ihr ältester Sohn. Keiner habe nach dem Gespräch bei der Polizei Hilfe angeboten. „Wir brauchen ja kein Sondereinsatzkommando, aber etwas Beruhigung für meine Mutter.“ Er überlegt, ob die Familie einen neuen Namen annehmen sollte.

Hanife Ceylan träumte früher von einem freistehenden Haus für ihre Familie. „Heute würde ich nur noch in einem Haus leben, wo viele Deutsche wohnen“, sagt sie. Sie spürt eine Bitterkeit, die sie vorher nie gekannt hat: Wenn Menschen in eine TV-Kamera sagen, das sei doch alles nicht so schlimm gewesen mit „diesen Döner-Morden“. Wenn die deutsche Justiz türkischen Journalisten keinen Platz im Verhandlungssaal des NSU-Prozesses reserviert. Die Ceylans glauben nicht, dass das Verfahren Gerechtigkeit bringen wird. „Die haben auch meine Welt zerstört“, sagt Hanife Ceylan über den NSU.

Die Politiker müssten doch etwas tun. Warum kümmert sich nicht die Kanzlerin persönlich um diese rechtsradikalen Gruppen?

Denn da draußen, da ist sich Hanife Ceylan sicher, gibt es noch andere, Freunde, Nachahmer, Unterstützer von Mundlos, Böhnhardt, Zschäpe, die vollenden wollen, was die Terroristen begonnen haben. Deshalb besteht das Leben der Ceylans seit diesem Tag bei der Polizei aus Vorsicht und Verboten, deshalb soll niemand ihren Namen wissen.

„Du darfst Sonntag nicht allein in den Laden, du hast schwarze Haare“, sagt die Mutter zu ihrem Sohn, der helfen will. Auch zur Frühschicht lässt sie niemanden allein aufschließen. Im Winter ist der Laden von innen abgeriegelt, bis es hell wird. Aber Hanife Ceylan ist überzeugt: Selbst wenn die Polizei immer auf der Straßenseite gegenüber stünde, könnte niemand sie schützen. Auch der Adler auf ihrem deutschen Pass wäre nichts wert. „Wenn der liebe Gott will, dass die uns töten, dann kann uns niemand retten.“

Özlem Gezer, Simone Kaiser

SICHERHEIT

Dosenbrot und Kurbellampe

Das Misstrauen gegenüber der Energiewende wächst. Katastrophenschützer, Unternehmen und besorgte Bürger trainieren bereits für den Ernstfall: das Überleben ohne Strom.

Gerhard Spannbauer ist ein Mann, der mit dem Schlimmsten rechnet, schon aus geschäftlichen Gründen. In seinem Ladenlokal in Gauting bei München und übers Internet verkauft er Roggenbrot in Dosen, haltbar bis 2015, Hartkekse aus Sojaprotein, haltbar bis 2028, Notfalltoiletten mit Zubehör. Auch die in Tarnfarben lackierte Armbrust Barnett Quad 400, Schussweite 70 Meter, hat Spannbauer im Angebot, denn nach dem Tag X müsse man sich auf Plünderer gefasst machen. Die Armbrust sei eine „effektive Waffe, um Störenfriede auf Abstand zu halten“, heißt es in seinem Verkaufskatalog.

Spannbauer handelt mit Produkten, die in einer Welt ohne funktionierende Stromversorgung das Überleben sichern sollen, und seine Geschäfte gehen gut. Täglich fährt ein Laster auf dem Hof des Survival-Shops vor, um Pakete mit Petroleumkochern und kurbelbetriebenen Taschenlampen abzuholen. „Die Nachfrage ist groß“, sagt Spannbauer, der deutschen Energiewende sei Dank.

Seit die Bundesregierung begonnen hat, Atomkraftwerke durch Solardächer und Windräder zu ersetzen, geistert eine Schreckensvision durchs Land: Was, wenn der Strom ausfällt? Behörden arbeiten Einsatzpläne für einen Blackout aus. Polizei und Feuerwehr üben für den Ernstfall. Unternehmen investieren Millionen in Notstromaggregate.

Glücklich, wer über einen geräumigen Keller verfügt. Das dem Innenministerium unterstellte Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe rät jedem Bürger, sich einen „14-tägigen Grundvorrat“ an Lebensmitteln anzulegen, die ohne Tiefkühltruhe haltbar sind, darunter 4,6 Kilogramm Getreide und Kartoffeln, 5,6 Kilogramm Gemüse und Hülsenfrüchte sowie 24 Liter Getränke.

Tatsächlich ist das Risiko eines Stromausfalls im Zuge der Energiewende gestiegen, zumal jetzt im Sommer, wenn aus heiterem Himmel viel Solarstrom in die Leitungen schießt. Um die Spannung konstant zu halten, müssen die konventionellen Kraftwerke dann ganz schnell heruntergefahren werden – bis das nächste Tiefdruckgebiet heraufzieht. Dann wird der Strom aus anderen Kraftwerken plötzlich wieder dringend gebraucht.

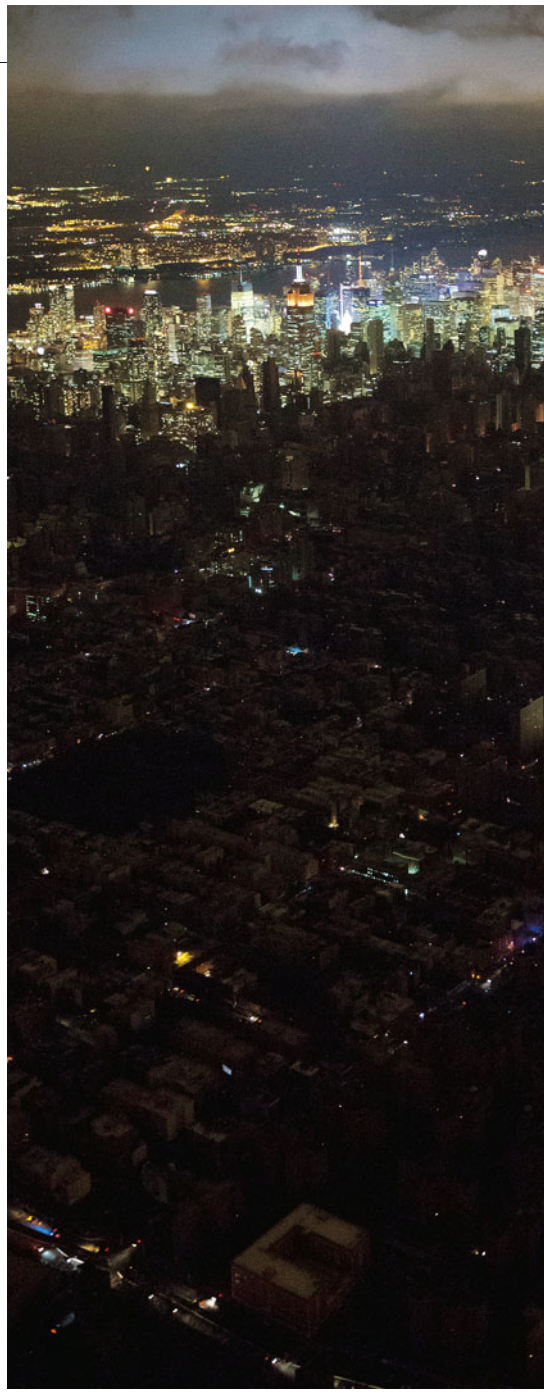
An manchen Tagen drängen auch gigantische Windstrommengen von der norddeutschen Küste in die Netze – doch wohin damit? Die größten Stromabnehmer sitzen nicht im Norden, sondern eher im Westen und Süden der Republik, und es mangelt an Starkstromleitungen, die die Regionen verbinden.

Das System ist nah an der Belastungsgrenze. Bereits im März habe es eine Reihe „schwer beherrschbarer Situationen“ gegeben, so die Bundesnetzagentur in ihrem „Kurzbericht zur Systemsicherheit“. In einigen Regionen gebe es „großen Anlass zur Sorge“, insbesondere in Süddeutschland. Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird zum Stresstest für die überkommene Netzinfrastruktur und für das Nervenkostüm verängstigter Bürger.

Jochen Homann, Chef der Netzagentur, sagt zwar, er rechne nicht mit einem Blackout, schon gar nicht mit einem, der Tage oder gar Wochen anhält. Dennoch legte er seinen Mitarbeitern nahe, sich stärker als bislang mit den möglichen Folgen zu beschäftigen. Die Notstromversorgung der Behördenzentrale wurde auf seine Order hin überprüft und ausgebaut.

Homann hat ein Buch gelesen, das ihn beeindruckt hat: „Blackout“ von Marc Elsberg. Hinter dem Pseudonym steckt Marcus Rafelsberger, ein Österreicher, der mäßig erfolgreiche Kriminalromane veröffentlichte, bevor ihm die Idee kam, das Thema Stromausfall in einem 800-Seiten-Endzeitthriller zu verarbeiten. In seiner Version versinkt binnen weniger Tage die halbe Welt in Chaos und Aufruhr, weil sich Computer-Hacker über das labile Stromsystem hermachen. Das Buch ist ein Bestseller. Die deutsche Auflage liegt bereits bei über 130 000 Exemplaren.

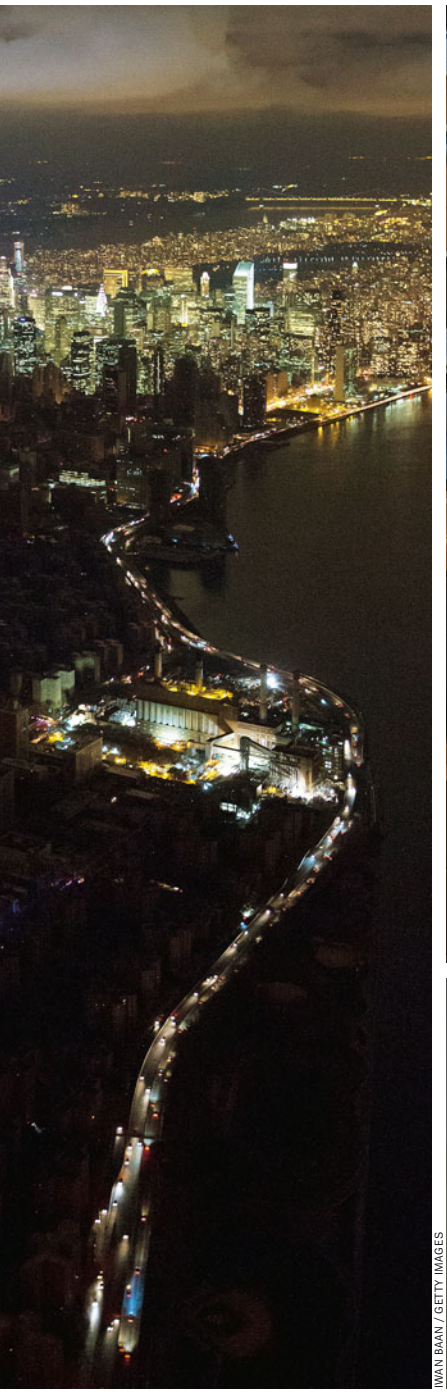
Fachleute bescheinigen Rafelsberger alias Elsberg, bei allen dramaturgischen Übertreibungen, gründlich recherchiert zu haben. „Die Auswirkungen eines Blackouts werden hier gut dargestellt“, lobt Netzagenturchef Homann. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe lud den Romanautor zu einer Podiumsdiskussion ein, ebenso ein vom Innenministerium unterstützter Zukunftskongress und mehrere Stromversorger. „Die Diskussion um die Energiewende hat dem Verkauf meines Buchs natürlich sehr genutzt“, sagt Rafelsberger, ein eher besonnen wirkender 46-Jähriger, der nach eigener Aussage persönlich weder über einen Vorrat an Hartkeksen noch über eine Armbrust verfügt.



Stromausfall in New York 2012, Survival-Experte

Die Blaupause für sein Buch stammt aus offizieller Quelle. Bereits 2011 legte das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag eine Studie zum möglichen Verlauf eines Stromausfalls in Deutschland vor. Der Bericht selbst liest sich wie ein Thriller: „Die Wahrscheinlichkeit eines lang andauernden Stromausfalls mag gering sein“, heißt es da. „Träte dieser Fall aber ein, kämen die dadurch ausgelösten Folgen einer nationalen Katastrophe gleich.“

Das Szenario für den Bundestag sieht so aus: In den ersten Stunden ohne Strom



IWAN BAAN / GETTY IMAGES

WOLFGANG MARIA WEBER / DER SPIEGEL

FRANK MAY / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Spannbauer, Thrillerautor Rafelsberger: *Glücklich, wer über einen geräumigen Keller verfügt*

kommt es wegen der Ampelausfälle zu zahlreichen Verkehrsunfällen. Die Mobilfunknetze sind teilweise überlastet. Die Kühlung in Supermärkten fällt aus, Aufzüge bleiben stecken. In Wasserwerken und Krankenhäusern stellen mit Diesel betriebene Stromaggregate eine Notversorgung sicher – für etwa 24 Stunden.

Am zweiten Tag müssten die Generatoren mit Diesel befüllt werden, doch der Nachschub stockt. Die elektrisch betriebenen Zapfsäulen an den Tankstellen geben nichts her. Liegengebliebene Autos und Lastwagen verstopfen die Straßen. Weil viele Menschen Kerzen aufstellen, brechen vermehrt Wohnungsbrände aus. Schweine, Rinder und Hühner in Massentierhaltung erkranken und verenden, ebenso Milchkühe, die nicht mehr gemolken werden können. Lebensmittel werden knapp. Nur wenige Kühllager könnten die Notstromversorgung länger als 48 Stunden aufrechterhalten, heißt es in dem Bericht.

Ab dem dritten Tag zerfällt die öffentliche Ordnung. Fernseher und Radio bleiben stumm, sofern sie nicht mit Batterie betrieben werden. Telefon und Internet funktionieren nicht.

Dem Leser von Rafelsbergers Endzeitthriller läuft an dieser Stelle ein wohliger Gruselschauer über den Rücken. Gerüchte verbreiten sich, womöglich sind Atomkraftwerke havariert, es herrschen Misstrauen, Panik. Das Bundesforschungsministerium nahm die Bedrohung immerhin so ernst, dass es eine Studie zum Thema Treibstoff-Notversorgung in Auftrag gab. Dabei fanden Wissenschaftler der Berliner Hochschule für Wirtschaft und Recht zusammen mit Polizei und Feuerwehr heraus, dass tatsächlich nur wenige Tankstellen in der Lage wären, bei einem Stromausfall weiter Benzin und Diesel zu liefern.

Zu ähnlich beunruhigenden Resultaten kam vor einigen Monaten ein Workshop „Operative Vorbereitung auf Stromausfälle“ des Fraunhofer-Instituts für Angewandte Informationstechnik. Die Krisenpläne sollten überdacht werden. Schon die Verständigung der Rettungseinheiten sei mitunter ein Problem. Sollten größere Regionen betroffen sein, „stellen sich unmittelbar Fragen nach öffentlicher Ordnung und Erhalt der gesellschaftlichen und industriellen Rahmenbedingungen“, hieß es in einer Erklärung.

Kein Wunder, dass sensible Naturen nervös werden. In Internetforen und bei sogenannten Krisenstammtischen tauschen sich Menschen aus, die gerüstet sein wollen. Sie nennen sich „Prepper“, in Anlehnung an das englische Verb „prepare“, „vorbereiten“. Wie viele Prepper es gibt, lässt sich nicht beziffern, denn sie geben sich nicht gern zu erkennen. Von Teilen der Öffentlichkeit werde man leider nicht immer für voll genommen, klagt ein Forumsteilnehmer.

Den letzten Massenzulauf hatte die Prepper-Bewegung in Vorbereitung auf den Weltuntergang, den der Maya-Kalender für Dezember vergangenen Jahres vorsah. Nachdem der ausblieb, gilt nun der Stromversorgung größte Besorgnis. Die Szene teilt sich in zwei Lager: Die „Camper“ wollen sich im Ernstfall in einem Versteck einigeln und Vorräte bereithalten. Die „Bushcrafter“ hingegen stellen sich auf ein Leben in der Wildnis ein. Sie lernen Angeln und Jagen und beschäftigen sich mit Pflanzenkunde, um essbare Wildkräuter erkennen zu können.

Für Oktober ist ein Deutschland-Treffen geplant. Es geht um Fragen von großer Tragweite: Braucht man eine Waffe und, wenn ja, welche? Lohnt sich ein Solarkocher? Wie hält man sich körperlich für den Ernstfall fit, und wo bleiben Lebensmittel länger frisch? Prepper aus Norddeutschland fuhren bereits vergangenes Jahr für einige Tage ins Grüne, um Bundeswehr-Kekse zu essen und sich darin zu üben, ein Lagerfeuer ohne Hilfsmittel zu entzünden.

Auch Spannbauer, der Händler von Survival-Produkten aus Gauting, ist vorbereitet. Er hat Vorräte gebunkert. Am Tag X wird er seine Frau und die beiden Kinder ins Auto setzen und sein Versteck ansteuern. Wo es liegt, soll niemand wissen. Seine Familie wäre sonst in Gefahr. „Wer nicht vorgesorgt hat, wird schauen, wo es was zu holen gibt“, sagt er. „Und dann stehen sie plötzlich alle bei mir vor der Tür.“

Alexander Neubacher, Tobias Schulze, Michael Stürzenhofecker

Was war da los, Herr Blancaflor?

Ricardo Blancaflor, 59, Direktor der Behörde für geistiges Eigentum auf den Philippinen, über die Lust an der Zerstörung: „Wenn man mit einem Panzer über Sonnenbrillen fährt, hört sich das an, als würden Gläser der Reihe nach von einem Tisch fallen. Das haben mir zumindest die Leute gesagt, die auf der Straße standen. Ich hing seitlich an dem Fahrzeug, wegen des lauten Motors habe ich nicht viel gehört. Wir machen diese Zerstörungszeremonie einmal pro Jahr. Eine Stunde lang fahren wir mit dem Panzer über gefälschte Sonnenbrillen und Medikamente, wir werfen nachgemachte Bücher und CDs in einen Schredder. Taschen und Kleider zerschneiden wir. Tausende Filipinos verlieren jedes Jahr ihren Job, weil der Markt mit gefälschten Produkten überschwemmt wird. Die Sonnenbrille, die ich trage, ist in Ordnung. Ich habe sie in einem vertrauenswürdigen Geschäft gekauft.“

Blancaflor (l., mit Sonnenbrille)

ERIK DE CASTRO / REUTERS

Wo lauern unsere Feinde, Frau Luckas?

Monique Luckas, 38, arbeitet beim Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung in Müncheberg. Das Institut erstellt gemeinsam mit dem Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit einen „Mückenatlas“ für Deutschland.

SPIEGEL: Wohin in Deutschland sollte ich im Sommer nicht reisen, wenn ich mich vor Mücken fürchte?
Luckas: Die Hochwassergebiete sind sehr mückenreich. Aber auch überall sonst muss man mit Stichen rechnen. Es ist ein überaus mückenfreundliches Jahr. Erst gab es viel Regen, das Wasser stand lange, dann wurde es warm: Idealbedingungen für die Vermehrung.
SPIEGEL: Sie erfassen die Insekten im ganzen Bundesgebiet. Was wollen Sie über die deutsche Mücke lernen?
Luckas: Es gibt nicht eine, sondern 49 Stechmückenarten, die hier bisher bekannt waren. Die häufigste ist die Culex pipiens, die Gemeine Stechmücke. Jahrzehntelang wurden die Mücken von der Forschung kaum beachtet, aber nun ist eine Inventur wichtig. Schon um einschätzen zu können, welche neuen Krankheitserreger übertragen werden könnten. Durch die Globalisierung verändert sich auch die Mückenwelt. Wir haben schon die erste neuangesiedelte Art entdeckt.
SPIEGEL: Gefährlich?
Luckas: Es ist die Asiatische Buschmücke. Im vergangenen Sommer bekamen wir aus dem Köln-Bonner Raum sieben, acht Exemplare eingeschickt. Unser Team hat Proben genommen, etwa in den Gießkannen auf Friedhöfen. Wir fanden ein Gebiet von 2000 Quadratkilometern, in dem die neue Art heimisch ist. Sie kann das West-Nil-Virus übertragen. Aber bisher tut sie das nicht, keine Sorge.

Gemeine Stechmücke

R. NAGEL / WILDLIFE

SPIEGEL: Wie kommt die Asiatische Buschmücke nach Köln?
Luckas: Vermutlich über den Gebrauchtreifenmarkt. Alte Reifen werden importiert und hier für den Straßenbau verwendet. Vor dem Transport lagern sie in Asien draußen, bei Regen legen Mücken dann darin Eier ab.
SPIEGEL: Sie bitten die Bürger, Ihnen tote Mücken zu schicken. Warum?
Luckas: Wir können dadurch etwas lernen über Population und neue Arten. Am besten fängt man die Mücke mit einem Marmeladenglas, friert sie über Nacht ein und packt sie in eine Streichholzschachtel. Bitte nicht totschlagen, dann können wir sie nicht identifizieren. Auf unserer Website gibt es ein Einsendeformular.
SPIEGEL: Was hat man davon?
Luckas: Wir schicken jedem Einsender eine E-Mail, in der steht, was das für eine Mücke war. Wo brütet sie, wo ist sie heimisch? Was kann man tun, wenn man sich von ihr belästigt fühlt?

Ausgecheckt

EINE MELDUNG UND IHRE GESCHICHTE: Wie ein Kanadier in Tegel eine Abschiebung verhinderte

François-Xavier Sarrazin, 38, ein Fotograf aus Kanada, beschließt, einen Menschen zu retten. Er sitzt in einem Internetcafé in Kreuzberg, seine Finger klopfen auf die Tasten, nun braucht Sarrazin nur noch ein Flugticket und etwas Mut.

Er ruft die Seite von Air Berlin auf, er wählt den Abflughafen Berlin-Tegel, den Zielflughafen Budapest. Zwischen beiden liegen 712 Kilometer, 85 Minuten Flugzeit. Es ist ein Linienflug – aber auch ein Abschiebeflug, der von Usman Manir, einem Mann aus Pakistan.

Der Flug hat die Nummer AB 8636. Sarrazin bucht ein einfaches Ticket. Er hat beschlossen, dass es an der Zeit sei, Deutschland, seinem Einwanderungsland, ein Zeichen zu geben.

Um 7.30 Uhr am nächsten Morgen geht Sarrazin, ein Mann mit Bartschatten und breiten Schultern, durch die Sicherheitskontrolle am Flughafen Tegel. Es dauert nicht lange; Sarrazin hat kein Gepäck dabei. Er setzt sich auf einen Plastikstuhl und wartet auf den Aufruf zum Boarding, der Abflug soll um 8.35 Uhr sein. Draußen fährt ein Polizeiwagen vor. Sarrazin weiß, wer zwischen den Polizisten sitzt: Usman Manir.

Sarrazin kontrolliert seine Atmung. Er will wie ein Reisender wirken, ruhig, voller Vorfreude. Ein Urlauber, so soll es sein.

Er kennt Manir nicht. Aber er hat von ihm gehört. Ein Bekannter, Aktivist bei einer Flüchtlingsorganisation, hat ihm Manirs Geschichte erzählt.

Sarrazin erfuhr, dass Manir, 27, vor den Taliban aus Pakistan geflohen sei. Dass er nach Ungarn kam, wo ihm, bei einem Überfall im Lager Debrecen, ein Mann so lange auf den Kopf trat, bis sein Schädel brach. Er hörte, dass Manir seitdem auf einem Ohr taub ist und Panikattacken hat; dass er weiter nach Deutschland floh und im Abschiebegefängnis Eisenhüttenstadt landete, in Brandenburg.

Als Sarrazin früh am Morgen in den Terminal kam, gaben Aktivisten ihm ein Flugblatt mit Manirs Geschichte.

Er las darauf, dass ein Flüchtling nach dem Dublin-II-Verfahren in das EU-Land abgeschoben werden kann, das er auf seiner Flucht zuerst betreten hat. Er hatte aber auch gehört, dass Manir nicht nach Ungarn will, wo die Bedingungen für ihn noch schlechter sind. Sarrazin konnte das verstehen. Er fand, dass Deutschland, das Land, das ihn so freundlich aufgenommen hatte, auch diesen Mann empfangen sollte.

CARSTEN KOALL/DER SPIEGEL

Sarrazin vor Flüchtlingscamp in Berlin-Kreuzberg

23.06.2013 | 58 Kommentare

KANADIER VERHINDERT ABSCHIEBUNG

„Wichtiger als der eigene Spaß“

Eigentlich wollte François-Xavier Sarrazin ins Wochenende nach Budapest fliegen. Dann verhinderte er die Abschiebung eines Flüchtlings. Ein Interview. VON PLUTONIA PLARRE

Aus der Online-Ausgabe der „taz“

Sarrazin kommt aus Montreal in Quebec, er lebt seit 18 Monaten in Kreuzberg. Er hat ein Künstlervisum und verkauft seine Fotos am Maybachufer, Bilder von Felsen, Pferden und Männern. Viel Weitwinkel, ein stiller, scheuer Blick. Sarrazin ist Diplomatensohn, er hat in 20 Ländern gelebt. Sein Bewegungsprofil wäre das eines Flummis. In Berlin, sagt er, sei ein Knoten geplatzt. Das erste Mal Heimat, ein 18 Monate währender Rausch.

Wenn Sarrazin durch diese Stadt läuft, sieht es aus, als bewege er sich auf einem glücklichen Trip. Er trägt Turnschuhe ohne Strümpfe, die Jeans hochgekrempelt, er isst Pizza New York Style im „Villa di Wow“, er trinkt Club-Mate und biegt um die Ecken, als wäre hier Wunderland. „Berlin“, sagt er. „Berlin, Berlin, Berlin.“

Das Einzige, was Sarrazin in dieser Stadt je gestört hat, war ein Aufkleber, auf dem stand: „Kein Sex mit Sarrazin“.

Sarrazin findet, jeder Mensch sollte, wenn er möchte, in diesem Wunderland leben können. Auch Usman Manir.

Als Sarrazin am 20. Juni in das Flugzeug steigt, sieht er einen Mann in der letzten Reihe sitzen. Er sucht seinen Blick.

Er fragt: „Sind Sie Manir?“

„Yes“, sagt Usman Manir.

Sarrazin geht zu seinem Platz. Er reißt ein Blatt Papier aus seinem Notizbuch und schreibt mit Kugelschreiber eine Botschaft darauf. Das Flugzeug rollt los. Sarrazin steht auf. Er bleibt im Gang stehen.

Er weigert sich, der zweifachen Aufforderung eines Stewards, er möge sich hinsetzen, Folge zu leisten. Er zeigt sein Papier, darauf steht: „For humanitarian reasons I refuse to let this airplane depart without Usman Manir being taken off.“

Aus humanitären Gründen würde er dieses Flugzeug nicht starten lassen. Zumindest nicht mit Manir an Bord.

Die Passagiere schauen ihn an. Er erklärt, dass er kein Terrorist sei. Dass es um Menschenrechte gehe. Ein Mann sagt: „Halt's Maul“, die anderen schweigen. Der Pilot hält an. Die Polizei holt die Männer heraus, Manir geht vor Sarrazin.

Der Flug AB 8636 startet an diesem Morgen mit zehn Minuten Verspätung.

Sarrazin wollte Manir Deutschland zu Füßen legen. Er wollte, dass Manir ein glücklicher Migrant würde, wie er. Dass er eines Tages Ja sagen könne, wenn eine Stadt sich ihm anböte. Manir brach, als er im Polizeibus saß, zusammen.

Er kam zurück nach Eisenhüttenstadt. Der Termin seiner Abschiebung wurde auf den 11. Juli verlegt, sagt sein Anwalt, er möchte sie mit Hilfe eines ärztlichen Gutachtens verhindern.

Sarrazin läuft weiter durch Kreuzberg, berauscht von diesem Ort. Manchmal hat er jetzt Angst, dass er abgeschoben wird.

KATRIN KUNTZ

REBELLIONEN

Malalas Schwestern

Im vergangenen Herbst wurde eine 15-jährige Bloggerin in Pakistan niedergeschossen, weil sie das Recht auf Bildung forderte. Nun kämpfen Mädchen weltweit gegen Gewalt und Unterdrückung – das Porträt einer jungen, globalen Bewegung.

Für Diya begann der Aufstand in Indien an dem Tag, als sie bei der Polizei saß, ein verschüchtertes 13-jähriges Mädchen, und einen Satz fand für das Unsagbare: „Er hat mir Falsches angetan.“ Sie schwieg nicht, obwohl der Mann gesagt hatte: „Wenn du mich verrätst, töte ich deinen Bruder.“ Sie sagte aus.

Über jenen Abend, als sie losgelaufen war, ein Kind mit Spängchen im Haar, einen Blecheimer in der Hand. Ein paar Schritte waren es nur von Diyas Haus zum Wasserhahn des Dorfes, die Eltern hatten sie geschickt. Diya wollte schnell zurück sein. Die Stunden vor dem Schlafengehen waren die schönsten am Tag. Diya liebte die Geschichten, die der Fernseher abends erzählte, wenn die Familie zusammensaß. Sie mochte Salman Khan, den Bollywood-Star, sie mochte sein Lächeln. Das war im April.

Jetzt im Mai will Diya lernen, wie man einem Mann die Nase bricht. Sie will lernen, wie man einen Mann ohnmächtig schlägt, ihm die Hoden zertritt und einen Schlüssel ins Auge rammt. Sie will lernen, wie man einen Mann tötet.

Diya heißt sie seit jenem Abend, als der Mann im Dorf sie packte und in den Hof eines leerstehenden Hauses zerrte, als er seinen Mund auf ihren presste, so dass ihr nicht einmal Luft blieb zum Schreien. Es ist ein Name, hinter dem sie sich verstecken soll. Niemand darf die Identität einer Geschändeten öffentlich machen, so will es das Gesetz. Diya aber will sich nicht verstecken. Diyas Familie ist arm, sie sind Dalit, „Unberührbare“, tiefer kann man im indischen Kastenwesen nicht stehen. Der Mann, der Diya die Kindheit nahm, war Alkoholiker, ohne Frau, ohne Arbeit. Aber er stammte aus einer höheren Kaste. Dalit-Mädchen, glaubte er, kann man benutzen. So war es früher immer gewesen, doch diesmal irrte er sich.

Früher hätte Diyas Vater sie wahrscheinlich nicht gedrängt, die Wahrheit zu sagen, früher wären sie wahrscheinlich nicht zur Polizei gegangen. Aber es ist viel passiert in den Monaten zuvor, in Indien, und nicht nur dort.

Geschichten gehen um die Welt, die von dieser Welt als barbarischem Ort er-

Kampfsportgruppe „Rote Brigade“ im indischen Lucknow

DANIEL BEREHULAK / GETTY IMAGES / DER SPIEGEL

zählen und ausgerechnet von Kindern, die sich dagegen wehren. Die Geschichte von Malala, der 15-jährigen Bloggerin aus Pakistan, die ihre Lust zu lernen mit zwei Kugeln im Kopf bezahlte, überlebte und weiter zu ihrem Kampf für Mädchenbildung steht. Die „Wedding Busters“ in Bangladesch, das sind Minderjährige, die durch die Dörfer ziehen, um Kinder vor Zwangsehen zu bewahren. Kenianische Mädchen, die sich der Genitalverstümmelung verweigern, obwohl sie fürchten müssen, dass ihre Familie daran zerbricht.

Das Erschrecken in den Ländern des Westens mischt sich mit Irritation.

So schlimm ist es?

So schlimm ist es, immer noch.

Was alltäglich ist, wird übersehen, schreiben die amerikanischen Autoren Nicholas Kristof und Sheryl WuDunn in ihrem Buch „Die Hälfte des Himmels“. „Wir Journalisten sind meistens darauf bedacht, gut über Ereignisse des Tages zu berichten, übergehen aber Dinge, die jeden Tag passieren – wie die alltägliche Grausamkeit gegenüber Frauen und Mädchen.“

Frauen verschwinden – 60 bis 100 Millionen fehlen, nach Schätzungen von Entwicklungspolitikern. Weil sie abgetrieben wurden. Oder weil sie an Vernachlässigung gestorben sind. Weil sie die Genitalverstümmelung nicht überlebt haben oder die häusliche Gewalt. Oder weil sie im Kindbett sterben, während sie selbst noch Kinder sind. Die häufigste Todesursache bei weiblichen Teenagern sind Komplikationen bei der Geburt.

Gordon Brown, der ehemalige britische Premierminister, hat dazu eine Studie vorgelegt, seit seinem Abschied aus dem Amt beschäftigt er sich mit Kinderrechten. Er sieht schon so etwas wie eine Kinderrechtsbewegung: Zum ersten Mal, schreibt Brown, seien es nicht die Erwachsenen, sondern die Mädchen selbst, die sich als Motoren ihrer Bewegung verstehen. Mädchen, die sich einmischen in politische Kämpfe oder die selbst solche Kämpfe entfachen. Nach den Schüssen auf Malala formulierte Brown: „Für jede Malala, auf die geschossen wird, um sie verstummen zu lassen, gibt es jetzt Tausende Malalas, die man nicht mehr zum Schweigen bringt.“

Malala wird am Freitag dieser Woche vor der Uno sprechen. Eine Uno-Petition für Mädchenbildung geht um die Welt, „I am Malala“, heißt der Aufruf, er wird gehört. Eine „Generation Malala“ ist herangewachsen, Mädchen und junge Frauen wie Diya in Indien, Isadora in Brasilien, Valentini in Südafrika, wie die Kambodschanerin Sina, wie Nahla in Ägypten. Eine Generation, die es nicht mehr für selbstverständlich halten will, dass ihre Weiblichkeit sie in Lebensgefahr bringt – der Beginn eines Aufstands? Oder gar einer Revolution?

Indien jedenfalls hat sich radikal verändert in den vergangenen Monaten. Nach dem Martyrium jener jungen Frau namens Jyoti, die von sechs Männern in einem Bus gefoltert und vergewaltigt wurde und später in einem Krankenhaus starb, brach plötzlich Wut aus über Dinge, die lange alltäglich waren. Plötzlich schrieben die Zeitungen ständig über das Leid von Indiens Töchtern: Vierjährige vergewaltigt, Fünfjährige vergewaltigt. Plötzlich drängten die Frauen auf die Straße, Zehntausende, überall. In Delhi überrannten Frauen die Behörden mit Anträgen auf einen Waffenschein. Im Bundesstaat Bihar stürzten sich Frauen auf einen Mann, rasierten ihm Haare, Augenbrauen und Schnurrbart ab. Es hieß, er habe seine neunjährige Tochter vergewaltigt. Bis hin zum Lynchmord ging der Aufruhr: In einem Slum in Mumbai brachten vier Frauen einen Mann um, den sie als Täter betrachteten, als dieser nackt aus seiner Hütte kam.

So sind indische Frauen zu Rächerinnen geworden, die nicht mehr glauben, dass die Männer im Dienste des Staates sie vor anderen Männern beschützen.

Diya, die in dieser rohen Zeit groß wird, sitzt auf dem Bett in einem kleinen Haus in Lucknow, der Hauptstadt des Bundesstaates Uttar Pradesh, ihre staksigen Beine hängen von der Kante. Sie schaut die Mädchen an, die in den Raum stürmen, sie sind 14, 16, 17 Jahre alt. Sie nennen sich „Rote Brigade“ und sind eine

Kampfsportgruppe. Sie tragen lange, rote Hemden. Rot sei die Farbe für Gefahr und Kampf, sagen sie.

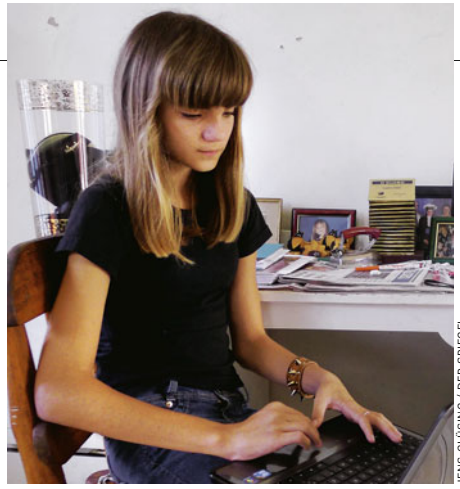
Sie erzählen vom Schulleiter, der einem Mädchen an die Brüste fasst, von der Schulkameradin, die vergewaltigt wird und danach nie wieder in die Schule kommt. Sie erzählen, wie sie sich wehren.

Zwei Jahre lang hatten die Mädchen mit Worten kämpfen geübt, hatten ihrer Anführerin zugehört, einer 25-Jährigen, die sie „große Schwester“ nennen. Fragt, hatte die große Schwester ihnen aufgetragen, fragt eure Eltern: Warum bekommt mein Bruder mehr Essen als ich? Warum kriegt er Milch und ich nicht? Warum darf er weiter zur Schule gehen und ich nicht?

Seit Januar üben sie Kung-Fu, und Diya gehört jetzt dazu. Diyas Vater hatte die Anführerin der Roten Brigade angerufen. Diyas Vater dachte, vielleicht könnten die Mädchen irgendwie helfen.

Die Gruppe hält zusammen, über Kastenschranken hinweg, das ist ungeheuerlich für Indien. Das hilft, das neue Leben zu ertragen. Das alte Leben passt nicht mehr zu Diya. Eigentlich wollte die Familie Diya nächstes Jahr verheiraten, mit 14 Jahren, so wie es in Indien oft noch üblich ist. Doch seit sich der Mann an Diya verging, redet niemand mehr über eine Hochzeit. Es wird schwer sein, einen Mann zu überzeugen, dass er ein geschändetes Mädchen nimmt.

Diya muss ein neues Leben finden. Es fängt damit an, dass sie wieder zur Schule gehen wird, so wie die anderen von der Roten Brigade auch. Die Gruppe will ihr Bücher und eine Schuluniform besorgen, die sie sich sonst nicht leisten könnte. Der Mann, an jenem Abend im April, hatte versucht, Diya die Zukunft zu nehmen. Die Mädchen versuchen, ihr eine andere Zukunft zu geben.



JENS GLÜSING / DER SPIEGEL

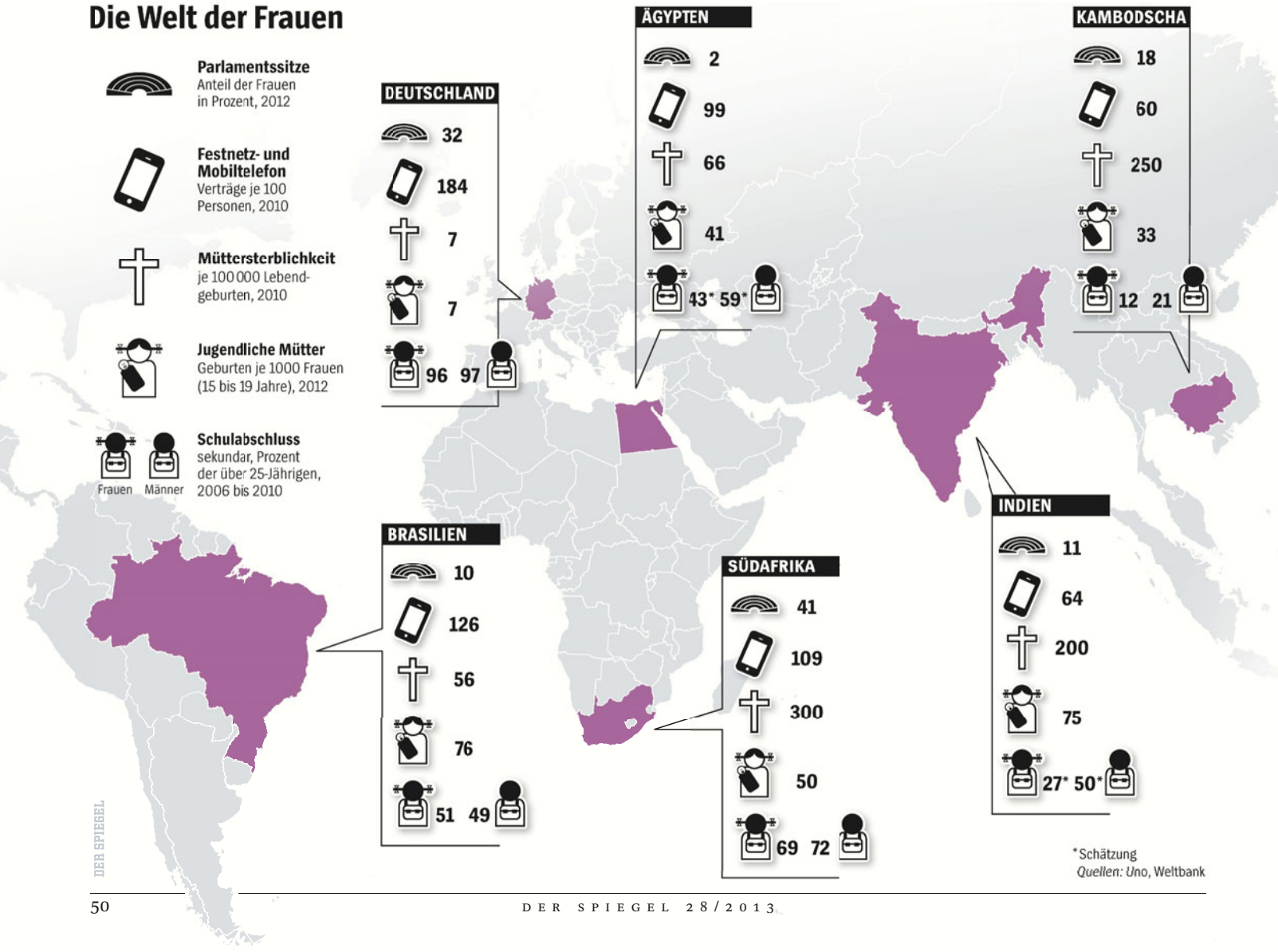
Bloggerin Isadora
Bewunderung und Hass

Politik mit dem Computer: Rebellion in Brasilien

Für Isadora begann der Aufstand in Brasilien im vorigen Sommer, als ihre Schwester von einem schottischen Mädchen erzählte, das sein fieses Schulessen fotografierte, die Fotos ins Netz stellte und Klicks aus aller Welt bekam.

Isadora Faber, 14 Jahre alt, ist Bloggerin und Facebook-Kind, sie bekommt Nachrichten mit. Sie weiß von Jyoti in Indien, und natürlich weiß sie auch von Malala. Als sie auf Facebook von den Schüssen erfuhr, schrieb sie in ihren Blog: „Ich habe mir nie vorstellen können, dass es zu diesem Punkt kommen könnte.“ Und dann machte sie weiter.

„Klassentagebuch“ heißt der Blog von Isadora Faber ganz harmlos, „Diário de Classe“, er hat 600 000 Leserinnen und



Leser, hat ihr Bewunderung und Hass bei Schülern, Eltern und Lehrern eingebracht. Und Morddrohungen, auch das.

Isadora geht in die achte Klasse der Schule „Maria Tomázia Coelho“ in Florianópolis im Süden Brasiliens und ist eine Berühmtheit, durch ihren Blog und ihre Wut.

Ein Mädchen in Jeans, T-Shirt und roten Turnschuhen, das mit den Eltern und der Großmutter und seinem Pudel in einem Flachbau in einem Mittelschichtsviertel von Florianópolis lebt. Und einen Laptop und ein Handy besitzt, das sind die Mittel, mit denen es Lehrer und Bildungspolitiker quält.

Brasilien, ein „Schwellenland“, wie es heißt. Eine aufstrebende Wirtschaftsmacht, wo die Dinge scheinbar in Ordnung waren, aber in Wirklichkeit sind sie es nicht. Isadora ist ein global sozialisiertes Kind, das die Band Nirvana liebt und „CSI: Miami“ guckt. Sie blickt hinaus in die Welt und vergleicht, und was sie zu Hause sieht, gefällt ihr nicht. Es gefällt immer mehr jungen Menschen nicht, wie man nun auf Brasiliens Straßen sieht.

Das Land gibt Milliarden für die Fußballweltmeisterschaft 2014 und Olympia 2016 aus, 20 Milliarden Euro mindestens, und die staatlichen Schulen verrotten. Wer kann, schickt seine Kinder auf Privatschulen. Isadora besucht die öffentliche Schule, die einzige in ihrem Viertel, und mit ihrem Handy nahm sie die Missstände auf: die kaputte Tür zum Mädchen-WC. Die Stromkabel des kaputten Ventilators, die offen aus der Decke hingen. Das zerbrochene Fenster eines Klassenzimmers. Die heruntergekommenen Sportanlagen, die längst hätten gestrichen werden müssen, der Maler war bezahlt, aber nie erschienen. Das Chaos in der Mathe-Stunde, wo die Schüler über die Bänke turnten, während der Lehrer tatenlos zusah.

Am 11. Juli vergangenen Jahres startete sie das Diário de Classe. Nach drei Wochen hatte sie 3000 Leser. Viele schickten Fotos und Berichte von ihrer eigenen Schule. Bilder von zerstörten, verfallenden, überschwemmten Gebäuden, von Prügeleien und Vandalismus im Klassenzimmer, von weinenden und schreienden Lehrern. Die Lokalzeitungen berichteten über Isadora, Fernsehteams kreuzten vor ihrer Schule auf. Die Direktorin räumte Versäumnisse ein.

Nach zwei Monaten hatte Isadora 30 000 Leser und heftige Diskussionen über die Bildungsmisere auf ihrem Blog, und bei den Kritisierten regte sich der Zorn. Lehrer beschwerten sich, sie würden zu Unrecht an den Pranger gestellt. Eine Lehrerin erstattete Anzeige wegen Verleumdung. Mitschüler bedrohten Isadora.

Vier Wochen später flogen Steine über die Mauer ihres Elternhauses. Ihre Großmutter wurde an der Stirn getroffen, die Wunde musste genäht werden, die Täter entkamen unerkannt. Im Februar schickte ihr jemand unter falschem Namen eine Morddrohung via Facebook: „Halte die Augen schön geöffnet, wenn du aus dem Haus gehst“. Sie erstattete Anzeige, die Polizei ermittelt.

Sie hat eine große Sache in Gang gebracht, viel zu groß eigentlich für ihr Alter. Ein Kind der digitalen Moderne, das die Macht der Medien nutzt für eine Rebellion, wie es sie früher nicht gab.

TOBY SELANDER / DER SPIEGEL

Schülerin Valentini: *Aufstand im Apfelland*

Auch weil Mädchen wie Isadora so jung sind, sind sie etwas Besonderes. Deshalb wird ihre Botschaft weitergetragen, von den lokalen Medien zu den nationalen zu den internationalen, man hört jetzt auch in den USA, in Europa von Isadora Faber.

Die „Financial Times“ hat sie zu den 25 einflussreichsten Menschen in Brasilien gezählt.

Flucht vor der Farm: Bildungshunger in Südafrika

Für Valentini begann der Aufstand in Südafrika, als sie ein Gästezimmer putzte und plötzlich vor Lindiwe Mazibuko stand. Vor der Oppositionschefin im südafrikanischen Parlament, die bekannt ist für kluge Widerworte gegen die Männerregierung, sie stammt aus einer Township und hat es nach ganz oben geschafft. Valentini hatte ihr Bild aus Zeitschriften geschnitten, weil diese Politikerin, abgesehen von Michelle Obama, ihr wichtigstes Vorbild war. Zwei sternenferne, unwirkliche Idole, denen ein Landarbeiterkind normalerweise nie begegnen würde.

Und da stand dieses Vorbild plötzlich im Zimmer, es war zu einer Hochzeitsfeier in dieses Hotel gekommen, und fragte Valentini aus: Wie alt bist du? Welche Sorgen hast du? Welche Wünsche?

Valentini ist 17 Jahre alt, ein Mädchen in braun-gelber Schuluniform, das eben erhitzt vom Unterricht heimkommt, mit einem Bus aus der nächsten Kleinstadt.

Es ist schön, wo Valentini lebt, eine Apfelplantage im größten Obstanbaugebiet Südafrikas, das Äpfel für den Export produziert, „Pink Lady“ für Europa. Das Landgut Montieth gehört einem wohlhabenden weißen Farmer, ihre Eltern arbeiten für ihn, jeder arbeitet für ihn. Es gibt wenige Alternativen für „coloureds“, wie das in Südafrika heißt, für Farbige wie Valentini Valentine und ihre Familie.

Sie weiß nicht mehr genau, wann es war, irgendwann letztes Jahr zur Erntezeit, als sie morgens zum Bus ging, die Obstbaumreihen entlang, und sah, wie Apfelpflückerinnen Äpfel sortierten. Und dachte: Ich will nicht leben wie die.

Nicht wie diese Tagelöhnerinnen, schuftend für den Boss, vergewaltigt vom Ehemann, der zu viel trinkt. Nicht wie diese Frauen, die nichts anderes als den Alltag auf der Farm kennen. Die arm sind und dumm gehalten werden und schon in jungen Jahren resignieren.

Die Farm, sagt sie, sei wie eine Falle und dass viele das nicht merkten, oder nicht früh genug. Warum hat sie es gemerkt? Vielleicht weil sie eine Mutter hat, die sich bis ins Büro hochgearbeitet hat und der Tochter empfiehlt: Geh deinen Weg! Oder weil sie diese eine junge Lehrerin hat, eine engagierte unter vielen Gleichgültigen, die das Selbstwertgefühl der Mädchen stärkt: Glaubt an euch!

Es wirkt sich aus, dass immer mehr Mädchen zur Schule gehen, weltweit und auch in Südafrika. Bildung bringt Hunger auf Bildung. Bildung bringt das Wissen: So, wie es ist, muss es nicht sein.

Aber wie dann?

Bildung, als Globalisierung von Wissen, bringt neue Ideen. Bringt Nachrichten über Länder, in denen Frauen Staatschefinnen sind, in anderen dürfen sie

nicht einmal Auto fahren. Es gibt unzählig viele Vorstellungen, wie das Leben einer Frau zu verlaufen habe, was zählt? Universelle Werte, können die existieren?

Die Hoffnung darauf gibt es spätestens seit der Aufklärung, seit 1791 die französische Frauenrechtlerin Olympe de Gouges, als Antwort auf die in der Französischen Revolution deklarierten „Menschen- und Bürgerrechte“, eine „Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin“ schrieb: „Die Frau wird frei geboren und bleibt dem Mann an Rechten gleich. Die Frau hat das Recht, das Schafott zu besteigen; sie muss gleichermaßen das Recht haben, die Tribüne zu besteigen …“

Die Festschreibung gibt es seit 1948, als die Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte publizierten, die für alle Menschen gelten soll: „ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht“. Es ist kein völkerrechtlich bindender Vertrag, nur ein Orientierungskanon, aber einer, den ein Mädchen in der Schule kennenlernt.

In einer guten jedenfalls. Viele Schulen sind nicht gut in Südafrika, auch Valentinis Schule nicht, findet sie.

Im vergangenen Sommer, als die Unzufriedenheit an ihr nagte, erfuhr sie von einem Treffen von Landarbeiterinnen und fuhr mit. Dort stieß sie zum ersten Mal auf rebellische Mädchen, die sich trauten, eine Meinung zu haben und laut zu sein. Die Mädchen fragten sich: Warum ist das Leben so schwer? Wie können wir das ändern? Er fühlt sich gut an, sagt sie, dieser neue Gedanke: Ich bin nicht allein. Das hier ist unsere Rebellion.

Man kann Valentini nun auf Podien sitzen sehen, glühend vor Stolz, wie sie die Schulmisere beklagt, 200 Mädchen vor sich, sie stellen Forderungen auf, dann tanzen sie und singen Lieder aus dem Kampf gegen die Apartheid, ballen die Faust.

Valentini nennt sich und ihre Mitstreiterinnen „Survivors“, Menschen, die eine aussichtslose Lage überstehen. Denn so erscheint vielen die Lage: aussichtslos.

Sie hat Chancen, bessere, als ihre Mutter, Großmutter und Urgroßmutter sie hatten. Sie hat die Mittel, sich mit ihren Freundinnen zu vernetzen, per SMS oder über Mxit, ein soziales Netzwerk, das viele Jugendliche in Afrika nutzen.

Sie weiß mehr. Sie ist Teil der Welt, viel mehr, als es ihre Mutter und ihre Großmutter waren.

Aber eine Angst ist geblieben. Valentini spricht von einem Mädchen, das sie kannte, das zwölf Jahre alt war und schwanger wurde, was aus ihm geworden ist, sagt sie nicht. „So etwas darf nicht passieren. Das darf einfach nicht passieren.“

Ein zwölfjähriges Mädchen kann sich meist nicht wehren. So stark der Kopf auch sein mag, der Körper ist zu schwach.

Aufklärung auf dem Straßenstrich: Kondome für Kambodscha

Für Sina Vann begann der Aufstand in Kambodscha, als sie befreit wurde, mit 15, nach drei Jahren Sklaverei. Jetzt läuft sie durch die Nacht und sucht nach sich selbst.

Nach Mädchen, wie sie selbst eines war, sie sucht nach „gebrochenen Frauen“, wie die Kambodschaner ihre Huren wörtlich nennen, *srey kouc*. „Weil es nicht so bleiben darf, wie es ist“, hat der Dolmetscher einen ihrer Sätze übersetzt. Weil sie etwas dagegen tun will, dass in Kambodscha jeden Tag Mädchen, wie sie eines war, verkauft und zur Prostitution gezwungen werden.

BERNHARD RIEDMANN / DER SPIEGEL

Prostituierten-Befreierin Sina: *Hilfe für „gebrochene Frauen“*

Die gebrochenen Frauen sind leicht zu finden. Es gibt Tausende von ihnen in Phnom Penh, und jetzt, da Sina zu ihnen kommt, treten sie auf hohen Absätzen aus dem Schatten von Hauseingängen, aus dem Dunkel von Parkplätzen, und immer lächeln sie das berühmte, grundlose Lächeln der Khmer. Man müsse diesen Frauen in die Augen blicken, sagt Sina, „denn die Augen lächeln nicht“. Hier, im Viertel Tuol Kork, wo sie einst selbst gefangen war, liegt der Strich für die Bauarbeiter, Lastwagenfahrer, Handwerker, Sex für drei Dollar, die Puffs sind Bretterverschläge, vorn eine Karaoke-Bar zur Tarnung. Sina verteilt Kondome und Seifen, sie drückt den Frauen Zettel in die Hand, darauf die Kontaktdaten der Stiftung, der sie ihre eigene Befreiung verdankt, „Somaly Mam Foundation“.

Somaly Mam, die aus der Sexsklaverei entkam, ist die Gründerin der Stiftung und eine Brücke nach draußen, zur westlichen Welt. Fotos zeigen sie zusammen mit der Schauspielerin Meg Ryan, mit der Designerin Diane von Fürstenberg, mit der Sängerin Queen Latifah.

Es gibt reichlich Fürsprecherinnen für die Mädchen, sie geben ihren Namen, ihr Gesicht und manchmal ihre Anwesenheit. Auf glamourösen Konferenzen wie dem „Women in the World Summit“ treten Größen wie Chelsea Clinton, Meryl Streep, Angelina Jolie gleich im Dutzend auf, um für die Sache der Geschundenen zu werben. „Girls not Brides“, „Girl Rising“, „Girl Up“, speziell um Mädchenrechte kümmert sich eine wachsende Zahl von Organisationen.

Die Autoren Kristof und WuDunn, die Somaly Mams Stiftung lange schon unterstützen, sehen es so: „Im 19. Jahrhundert galt die Sklaverei als die größte moralische Herausforderung. Im 20. Jahrhundert war es der Kampf gegen den Totalitarismus. Wir glauben, in unserem jetzigen Jahrhundert wird es der Kampf für die Gleichheit der Geschlechter in den Entwicklungsländern sein.“

Nicht alle denken so moralisch. Der moderne Kapitalismus verspricht ökonomische Modernisierung, wenn man zunächst einmal die Frauen befreit.

Weltbank-Ökonomen betrachten „Investitionen in die Bildung von Mädchen als die ertragreichsten, die in Entwicklungsgebieten machbar sind“. Das amerikanische „Center for Injury Prevention and Control“ hat kühl errechnet, dass häusliche Gewalt mehr als vier Milliarden Dollar an Behandlungskosten verursacht. Goldman Sachs stellte fest: „Ungleichheit der Geschlechter schadet dem ökonomischen Wachstum.“

Das mag befremdlich ökonomistisch klingen, aber es hilft. Es bringt Aufmerksamkeit und Geld.

Es hilft Sina Vann und ihrer Organisation, sie kann den Mädchen von Heimen der Stiftung erzählen und dass sie dort in Sicherheit sind. Dass man dort lesen und schreiben lernen könne, eine Ausbildung zur Näherin oder Kosmetikerin machen, dass es genug Essen gebe.

Sina Vann, die junge Frau, die von der Leibeigenen zur Rebellin wurde. Gekidnappt mit zwölf Jahren aus ihrer Heimat Vietnam. Von Menschenhändlern über die Grenze nach Kambodscha verschleppt, wo Vietnamesinnen begehrte Ware sind, wegen ihres hellen Teints, je weißer, je teurer. Mit Drogen betäubt, nackt und blutend auf einem Bett in Phnom Penh aufgewacht, ihre Jungfräulichkeit war für ein paar hundert Dollar an einen Sextouristen verkauft worden, Sina weiß nicht, aus welchem Land er kam. Eingesperrt, gefesselt, geschlagen. Vier oder fünf weitere Male als Jungfrau verschachert, an kambodschanische Kunden, die nicht merkten, dass ihre Vagina nur zugenäht war, beliebte Praxis, Hauptsache, es blutet. Mit Elektroschocks gefoltert, wenn sie sich weigerte, Freier zu bedienen, Elektroschocks haben den Vorteil, dass sie die Mädchenkörper äußerlich nicht wertmindernd beschädigen. Gepeinigt, entrechtet, entmenschlicht.

Durch eine Polizeirazzia, von Somaly Mam bewirkt, kam sie frei. Sina bekam ein Zuhause, schöpfte Hoffnung, erhielt Bildung und schloss sich später dem Kampf ihrer Retterin an. 29 ist sie heute und wieder einmal für diese Stiftung unterwegs.

„Bist du freiwillig hier?“, fragt Sina ein Mädchen mit schläfrigen Augen. Es nickt. „Gibt man dir Drogen? Wirst du geschlagen?“ Wenn ihr bei diesen Gesprächen besonders gravierende Fälle zu Ohren kommen, Fälle von Folter, Fälle von verkauften Minderjährigen oder Kleinkindern, manche erst drei Jahre alt, dann informiert sie die Polizei, und wenn sie Glück hat, wird mal ein Puff ausgehoben.

Neu ist, dass Sina und ihre Mädchen jetzt auch Männer aufsuchen, potentielle Freier, ansprechen, aufklären. Mädchen, die Männer belehren: eine Revolution.

Ohne Schleier auf dem Tahrir-Platz: Feminismus in Ägypten

Für Nahla begann der Aufstand in Ägypten auf dem Tahrir-Platz, und dort geht er weiter, lebensgefährlich manchmal, so wie am 25. Januar 2013, dem zweiten Jahrestag der ägyptischen Revolution. Massen, Zehntausende waren auf dem Platz und viele darunter, die diese Revolution bekämpfen wollten, die der Frauen vor allem. Vielleicht waren es Zivilpolizisten, vielleicht aufgeputschte Zivilisten, fremde Männer jedenfalls, sie griffen Frauen an, betatschten sie, von Vergewaltigungen hörte man später. Nahla, 24, war eine der Jüngsten auf dem Platz, Männer fassten ihr in die Hose, zerrten am Shirt, drückten sie zu Boden. Nahla Enany und ihre Mutter waren von Männern eingekreist, „sie würgten uns, es war die Hölle“.

Nahla steigt in die Metro Richtung Tahrir-Platz, erzählt von der Hölle, die sie an jenem Januartag erlebt hat, und zieht wieder los. Sie hat sich umgezogen, bevor sie losging. Sie wählte Schwarz, um weniger aufzufallen: schwarze Trainingshose, schwarzes T-Shirt, Turnschuhe. Trotzdem wird sie angestarrt. In der Bahn, weil ihr dunkelbraunes Haar auf die Schulter fällt, als Einzige im Frauenwaggon trägt sie weder Kopftuch noch Nikab. Auf dem Tahrir-Platz, weil das Shirt hauteng sitzt und nur knapp die Schultern bedeckt.

SCOTT NELSON FOR DER SPIEGEL

Demonstrantin Nahla: *Seite an Seite mit Männern*

Mit schnellen Schritten läuft Nahla über den Platz, sie ignoriert die Blicke der älteren Männer, die auf den Mäuerchen in der Hitze sitzen. Sie ignoriert die jungen Kerle, die in Gruppen um sie herumspringen, nach ihr greifen, sie anglotzen. Die Blicke, sagt sie, nehme sie nicht mehr wahr. Die Sätze, die man ihr hinterherruft, höre sie nicht mehr.

Sie geht auf drei ältere Frauen zu. Eine von ihnen, ebenfalls in Schwarz, mit Bob-Frisur und Goldschmuck, ist ihre Mutter, unterwegs auf einer der vielen Demonstrationen, die letztlich den Abschied des Präsidenten Mursi bringen werden.

Seit Beginn der ägyptischen Revolution sind Mutter und Tochter auf fast jeder Demonstration, Teil des Protests, der um demokratische Rechte kämpfte, für die Frauen, für alle. Männer und Frauen Seite an Seite, es war – revolutionär.

Und dann war Konterrevolution. Die Muslimbrüder wurden auch deswegen gewählt, weil sie auf die traditionelle, die patriarchalische Mehrheit im Land setzen konnten, auf das alte Denken: dass ehrbare Frauen auf der Straße nichts zu suchen haben, und wenn, dann nur gut verhüllt. Und dass man sie bestrafen darf, wenn sie sich nicht an Regeln halten, begrabschen, belästigen, erniedrigen.

Es wurde gefährlich für Ägyptens Frauen, auf der Straße, in der Metro, vor allem auf Demonstrationen. Während der 18 Revolutionstage wurde von keinen Übergriffen berichtet. Dann aber wurde es schlimmer als zuvor. 99,3 Prozent der Frauen geben an, sexuell belästigt worden zu sein.

Männer sind es, die Frauen auf dem Tahrir-Platz begrabschen, entblößen, erniedrigen wollen und ihre Macht brutal demonstrieren.

Männer sind es, die als Lehrer die Mädchen wie Valentini klein halten wollen, „glaubt ihr, ihr könnt uns die Welt erklären?“, hört sie, wenn sie widerspricht.

Männer sind es, denen Mädchen wie Sina Vann in Kambodscha ausgeliefert sind, in diesem verrohten, vom Krieg traumatisierten Land. In dem rund 70 Prozent der Männer den ersten Sex bei einer Prostituierten erleben. In dem Gruppenvergewaltigung fast schon als eine Art Freizeitvergnügen gilt. Fünf Prozent der Kambodschaner geben an, sie hätten das schon einmal praktiziert.

Als ob Männer eben Monster wären, so klingt das, aber so einfach ist es nicht. Es ist nicht so, dass Männer grundsätzlich die Feinde und Frauen grundsätzlich die Verbündeten der Mädchen wären.

Es gibt Männer als Helfer, die auf dem Tahrir-Platz versuchen, Frauen vor dem Mob in Sicherheit zu bringen. Es gibt Männer in Indien, die ihre Wut über Verbrechen gegen Mädchen auf die Straße tragen. Es gibt Männer wie Malalas Vater, der sein Kind ermutigt hat. Männer, die ihre Tochter, ihre Schwester, ihre Frau als wertvollen Menschen ansehen.

Und es gibt Frauen, die verantwortlich dafür sind, wenn ein Mädchen am Leben zerbricht. Kambodschanerinnen, die ihre Töchter wie Nutzvieh in die Stadt ins Bordell verkaufen. Frauen in Afrika, die ihre Töchter der Genitalverstümmelung unterwerfen. Frauen in aller Welt, die ihre Töchter in Zwangsehen nötigen, und oft, wenn die Tochter vor einem gewalttäti-

gen Ehemann flüchtet, jagen sie die Tochter zu ihm zurück.

Es gibt viele Gründe dafür, dass Frauen für ihre Töchter zur Bedrohung werden. Mütter tun das, weil sie verroht oder von der Armut zermürbt sind, weil sie denken, dass ein Mädchen im Bordell immerhin etwas verdiene.

Oder weil in Gesellschaften, in denen eine Frau allein nichts wert ist, eben nur die Ehe bleibt, weil diese Mütter also meinen, dass sie der Tochter mit einer erzwungenen Heirat einen Gefallen tun. Es kann schwierig sein für eine Frau, sich von brutalen Praktiken zu lösen, wenn sie denkt: Ich habe das alles duchgemacht. Wenn ich jetzt zulasse, dass es nicht so sein muss, habe ich mein Leben weggeworfen.

Es ist besonders schwer für muslimische Frauen, die Tradition zu überwinden, Nahla weiß es gut. Sie hat an der Amerikanischen Universität von Kairo studiert, sie verdient in einer Firma ihr eigenes Geld, aber allein wohnen darf sie nicht, und sie muss abends um 22.30 Uhr zu Hause sein, wie es ihr Vater verlangt.

Nahla demonstriert weiter, sie bloggt weiter über die Lage der ägyptischen Frauen. Die Frauen machen ihre Anklagen öffentlich, im Fernsehen und im Internet, schaffen Netzwerke und Hilfsprojekte. Die Frauen haben sich getraut, für eine neue Politik und eine neue Gesellschaft auf die Straße zu gehen, und die Welt weiß, dass sie es tun. Es gab die junge Frau mit dem blauen BH, ihr Leiden ging als Video um die Welt. Wie ein Dutzend Soldaten ihr auf dem Tahrir-Platz die schwarze Abaja vom Leib rissen, wie sie entblößt und misshandelt, wie sie beinahe erschlagen wurde.

Für die Aufständischen ist es ihr Mut, der im Gedächtnis bleibt. Für die Konservativen ist es ihre Verkommenheit. Was hatte sie auf dem Tahrir-Platz zu suchen? In einer Studie des „Pew Research Center“ wurden kürzlich Muslime in diversen Ländern zu ihren Einstellungen befragt. Nur etwa die Hälfte der Ägypter fand, eine Frau dürfe selbst bestimmen, ob sie ein Kopftuch trägt oder nicht – in Tunesien und Marokko fanden das über 80 Prozent. Sie soll sich scheiden lassen dürfen, fanden drei Viertel der Tunesier und Marokkaner, während es nur 22 Prozent Zustimmung in Ägypten waren. Eine Frau soll ihrem Mann gehorchen, fanden in allen drei Ländern rund 90 Prozent der befragten Männer und Frauen.

Nahla sagt, eine normale ägyptische Ehe könne sie sich nicht vorstellen. Sie erinnert sich noch an den Tag, an dem sie, als Kind, auf die geschwollene Wange ihrer Mutter zeigte und dachte, die Mutter hätte ein Bonbon im Mund. Aber das war nicht der Grund für die Schwellung. Noch oft erlebte sie, wie ihr Vater ihre Mutter schlug, ihre Geschwister und auch sie selbst.

Nader Enany, der Vater, 65 Jahre alt, sagt: „Ägypten hat andere Probleme als die Rechte der Frauen.“

Im gemeinsamen Wohnzimmer ist er in einen schweren Sessel eingesunken. Nader Enany kämpfte bereits in den siebziger Jahren gegen Sadat und saß mehrmals im Gefängnis. Er hat im Textilexport viel Geld verdient, doch damit ist es lange vorbei, jetzt hat er Mühe, die private Universität für seinen Sohn zu bezahlen. Die Bildung der Tochter ist ihm nicht wichtig, immerhin hat er sie geduldet. Er duldet auch das politische Engagement seiner Frau und seiner Tochter, er sagt nicht, warum. Ist er innerlich zerrissen? Duldet er es hilflos? Hat er etwas gelernt? Er sagt es nicht. Nach einer langen Pause spricht er. „Ägypten hat eine andere Mentalität. Ägypten hat die Religion.“ Was er von den Vorstellungen seiner Tochter hält? „Ich weiß nichts von ihren Vorstellungen.“

Nahlas Vorstellungen haben dafür gesorgt, dass sie keine Ruhe geben kann. Dass sie wieder draußen war, seit vergangenen Freitag, auf dem Platz und am Präsidentenpalast, um gegen Mursi und die Muslimbrüder zu demonstrieren. Die Erklärung des Armeechefs am Mittwochabend, der den Sturz des Staatsoberhaupts verkündete, konnte sie im Jubel kaum verstehen.

UNIVERSITY HOSPITALS BIRMINGHAM / DPA

Vorbild Malala: *Lernen trotz Lebensgefahr*

Still, laut, digital: die Mittel der globalen Revolution

Es ist eine neue Rebellion, mit neuen Mitteln; Handy, Internet, Weltöffentlichkeit. Das Ziel gibt es schon lange, und immer noch ist es Utopie: dass eine Frau selbstverständlich bestimmen darf über ihren Körper und ihren Kopf. Lernen, was sie will, und lieben, wen sie will.

Neu ist, dass schon Mädchen um den Platz auf der globalen Bühne kämpfen. Dass sie es wagen, Pläne zu haben. Eine andere Welt zu wünschen und sie für vorstellbar halten, sogar das.

Ihre Chance: Das ist der Glaube im modernen Kapitalismus, dass die soziale Modernisierung, die sie wollen, die wirtschaftliche Modernisierung vorantreibt.

Ihre Mittel: eine stille Revolution, so wie Sinas Umerziehung der Männer. Eine digitale, so wie Isadora mit ihren Klicks. Oder eine laute, wie die von Diya, Valentini und Nahla, die man auf der Straße hört.

Was sie brauchen, damit der Aufstand gelingt, sind Vorbilder, wie Valentini in Südafrika sie hatte, moderne Werkzeuge, wie Isadora in Brasilien sie benutzt. Sie brauchen das Gefühl von Solidarität, wie Diya in Indien sie erlebte, und einen historischen Moment, der überlieferte Rollenbilder verblassen lässt, so wie bei Nahla in Ägypten. Manchmal brauchen sie auch einfach die Hilfe von anderen, die sie befreien. Ohne Hilfe wäre Sina in Kambodscha noch immer die Sklavin der Männer.

Sina Vann sagt, sie will weitermachen, es gibt so viele gebrochene Frauen.

Valentini sagt, sie will später auf dem Land leben und Sozialarbeiterin sein.

Isadora will Journalistin werden, sie will „die Wahrheit wissen“, so sagt sie.

Nahla sagt, sie will am liebsten im Ausland studieren.

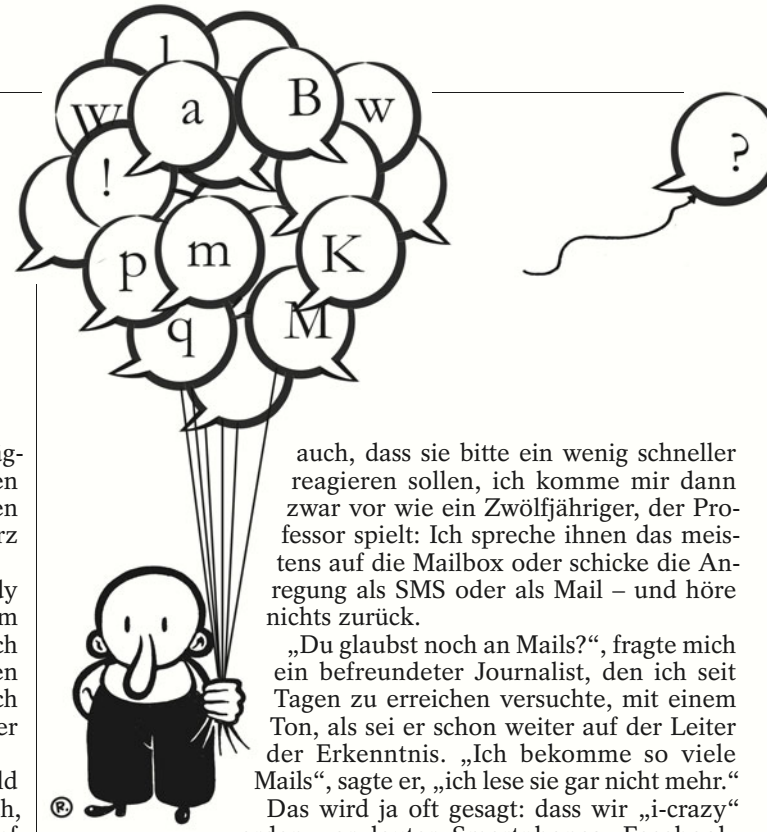
Diya sagt, sie will gern weiter zur Schule gehen und Polzistin werden, später. Dann kommen die geschändeten Mädchen zu ihr, und sie hilft.

Jens Glüsing, Bartholomäus Grill, Guido Mingels, Friederike Schröter, Sandra Schulz, Barbara Supp

Video-Spezial:
Der Aufstand der Mädchen
spiegel.de/app282013aufstand
oder in der App DER SPIEGEL

Hallo?

HOMESTORY Warum man als Mensch, der E-Mails schreibt, einsam wird



Es gibt ein Loch in meinem Leben, in das schaufle ich täglich Worte hinein, Ideen, Gedanken, ich schaue ihnen nach, wie sie fallen, und warte, ob ich etwas höre, einen Ton, einen Hall, eine Reaktion, aber das Loch bleibt schwarz und stumm.

Da rufe ich meinen Freund A an, der nicht an sein Handy geht, weil niemand mehr an sein Handy geht, ich spreche ihm auf seine Mailbox – und höre nichts zurück. Da schicke ich meiner Kollegin B eine SMS, in der ich ein paar Anregungen gebe für Themen – ich höre nichts zurück. Da schreibe ich meinem Freund C eine Mail, weil wir gemeinsam an einer Sache arbeiten wollten – ich höre nichts zurück.

Was nun beginnt, ist die Dramaturgie von Ärger, Geduld und Selbstbefragung. Die ersten Stunden sind noch einfach, ich freue mich ja schon, dass ich ein paar der in meinem Kopf tobenden Gedanken hinaus in die Welt gebracht habe, und warte. Dann werde ich kurz und rasch sauer, weil ich es anstrengend finde, daran zu denken, eine stockende Unterhaltung in Gang zu halten: Was wollte ich noch mal sagen, worum ging es? Das schlechte Gedächtnis ist der Feind der Geduld.

Die setzt aber schließlich doch ein, es gibt sicher gute Gründe, dass sich A, B und C nicht melden, was weiß ich denn von deren Leben, die haben Pläne zu schmieden, Konferenzen zu halten, Familien zu ernähren. Also einatmen, ausatmen, morgen ist auch noch ein Tag. Nach 24 Stunden ist der allerdings vorbei – und nun beginnt das schwierigste Stadium dieser einseitigen Einsamkeit, die Selbsterforschung. Was habe ich falsch gemacht, habe ich schlecht über sie geredet, sind sie sauer? Irgendein Schlupfloch des Selbstzweifels ist immer offen.

Den Gedanken, dass mich niemand mehr mag, verwerfe ich rasch, aus Selbstschutz und weil das keine Grundlage sein kann für weitere Freundschaft, Freude, Zusammenarbeit: Ich wundere mich jetzt über die anderen – und denke mir ganze Geschichten aus, warum sie nicht antworten, ich sehe A, B und C vor mir, ihr Gesicht, wie sie in ihren Wohnungen stehen, wie sie sich durch die Schatten bewegen, in ihrem Schweigen.

Ich bin nun ganz auf mich zurückgeworfen – was eine merkwürdige Wirkung hat in diesem Zeitalter der Hyperkommunikation: Je mehr geredet, geschrieben und getwittert wird, desto gellender ist die Stille, desto epischer entfaltet sich die Ruhe. Denn die Geschichten in meinem Kopf gehen ja weiter, sie nehmen eine eigene Realität an, je länger sich die anderen nicht melden – und sie haben dann, wenn sie sich doch melden, ein eigenes Gewicht, von dem ich mich und sie befreien muss, weil die anderen ja nicht wissen, dass ich schon seit Tagen grüble, was ich falsch gemacht habe.

Sie sind arglos. Sonst wären sie Sadisten. Auch diese Option bedenke ich und verwerfe sie wieder, weil es zu traurig wäre, dass ich mit Sadisten befreundet bin. Ab und zu sage ich ihnen auch, dass sie bitte ein wenig schneller reagieren sollen, ich komme mir dann zwar vor wie ein Zwölfjähriger, der Professor spielt: Ich spreche ihnen das meistens auf die Mailbox oder schicke die Anregung als SMS oder als Mail – und höre nichts zurück.

Je mehr geredet, geschrieben, getwittert wird, desto gellender ist die Stille.

„Du glaubst noch an Mails?“, fragte mich ein befreundeter Journalist, den ich seit Tagen zu erreichen versuchte, mit einem Ton, als sei er schon weiter auf der Leiter der Erkenntnis. „Ich bekomme so viele Mails“, sagte er, „ich lese sie gar nicht mehr.“

Das wird ja oft gesagt: dass wir „i-crazy“ werden vor lauter Smartphones, Facebook, SPIEGEL ONLINE, dass unser Hirn das alles nicht mehr schafft, dass wir mit den Maschinen verwachsen, dass wir Werkzeuge der Technik werden und nicht umgekehrt.

Für mich klingt das wie eine Ausrede. Sicher hat sich absurd viel verändert in der Art, wie wir mit anderen in Kontakt treten. Sicher hat sich das Konzept von Präsenz radikal gewandelt, und wir wissen mehr über den Krieg im Südsudan, wenn wir wollen, als über die Gesundheit unseres Schwiegervaters. Sicher gibt es eine Avantgarde, die sich von dem, was man in den achtziger Jahren „Kommunikation“ nannte, emanzipiert hat und Handys und Computer nutzt, um eine Mauer zwischen sich und der Welt zu errichten, eine Art digitales Kloster.

Aber erklärt die angebliche Überforderung wirklich schon die Unhöflichkeit, den beiläufigen Narzissmus und die in der Konsequenz stumme Verachtung, die darin liegt, in diesem Fall mich so lange auf eine Antwort warten zu lassen?

Ich habe da eine andere Theorie. Ich glaube, dass die Menschen die Logik der Technik in ihr Leben gelassen haben und nicht mehr unterscheiden zwischen dem, was sie denken, und dem, was sie tun. Wenn A also meinen Anruf abhört, denkt er, er sollte mich zurückrufen, und indem er das denkt, hat er im Grunde schon mit mir gesprochen. Für ihn ist die Sache erledigt. Der Gedanke hat die Tat ersetzt. Sitzen wir nicht alle längst im Kopf unserer Mitmenschen?

Manche nennen diesen Schwindelzustand die Postmoderne. Ich würde eher sagen, dass wir in der Apple-Moderne leben, die sich, und das ist jetzt gar nicht kulturpessimistisch gemeint, die sich dadurch auszeichnet, dass sich Allgegenwart und Solipsismus zu etwas verbinden, was man die digitale Unverbindlichkeit nennen könnte.

Die Menschen, das darf man nicht vergessen, werden durch die Maschinen nicht anders. Sie werden eher mehr wie sie selbst. Sie zeigen sich in ihrer Müdigkeit, in ihrer Zerstreutheit, in ihrer Faulheit – was ja alles wunderbare Zustände sind, wenn man nicht gerade mit ihnen arbeitet oder redet.

Die Schönheit der Maschine könnte nun sein, dass sie offenlegt: Wie wir miteinander umgehen, rücksichtsvoll, höflich, respektvoll zum Beispiel – die Technik ist hier nicht der Feind, die Technik ist ein Mittel für den Menschen.

Im Grunde, das haben Sie schon richtig verstanden, würde ich mich freuen, wenn A mal wieder anruft.

Georg Diez

ILLUSTRATION: THILO ROTHAKER FÜR DEN SPIEGEL

ÖL

Bremse für Fritten-Diesel

Die börsennotierte Petrotec AG in Borken muss mit einem Rückschlag bei ihrer bislang unumstrittenen Biodiesel-Produktion rechnen. Das Unternehmen wandelt Brat- und Frittierfett aus Restaurants oder Burger-Filialen zu Biodiesel um und verkauft den so gewonnenen Sprit an die Mineralölwirtschaft. Im vergangenen Jahr erzielte Petrotec einen Umsatz von rund 166 Millionen Euro. Doch das lukrative und umweltschonende Geschäftsmodell ist durch eine EU-Neuregelung gefährdet. Der zuständige Ausschuss will Mittwoch eine entscheidende Richtlinie ändern: Bislang hatte die Mineralölwirtschaft Vorteile, wenn sie recyceltes Frittenfett kaufte. Auf die dem Spritproduzenten vorgeschriebene Biodiesel-Quote von mehr als sechs Prozent wurde Frittenfett doppelt angerechnet. Begründung: Ohne Recycling müsse das Altöl aufwendig entsorgt werden – in Deutschland sind das 300 000 Tonnen pro Jahr. Doch mit der Sonderbehandlung soll bald Schluss sein. Die EU will Biodiesel aus Frittenfett künftig gleich behandeln wie Sprit aus Rapspflanzen, die auf subventionierten Agrarflächen angebaut werden. „Nicht nur für Petrotec wäre das ein schwerer Schlag“, klagt Vorstand Jean Scemama, auch die Umwelt würde darunter leiden.

DAVID HECKER / DAPD / DDP IMAGES

Draghi

PETER DEJONG / AP / DPA

EZB

Konflikt um Zinsentscheid

Die Entscheidung der Europäischen Zentralbank (EZB), den Zinssatz beizubehalten, wurde alles andere als harmonisch getroffen. Vielmehr waren in der Ratssitzung vergangene Woche heftige Diskussionen losgebrochen. Chefvolkswirt Peter Praet hatte eigentlich einen Vorschlag zur weiteren Absenkung des Zinses auf 0,25 Prozent vorbereitet – offenbar unterstützt von EZB-Chef Mario Draghi. Doch sieben Ratsmitglieder, vor allem aus den Nordstaaten, argumentierten heftig dagegen. Darunter waren nicht nur der deutsche Bundesbank-Chef Jens Weidmann und der Niederländer Klaas Knot, sondern auch das deutsche Mitglied des geschäftsführenden Direktoriums, Jörg Asmussen. Am Ende setzten sie sich durch, die Endabstimmung verlief einstimmig: Der Zins bleibt vorerst auf dem ohnehin schon niedrigen Niveau von 0,5 Prozent. Man einigte sich aber auf ein ungewöhnlich deutliches Versprechen: Die EZB werde die Zinsen „für einen längeren Zeitraum“ niedrig halten, sagte Draghi im Anschluss an die Sitzung. Mit der klaren Ansage reagierte er auf die Politik der US-Notenbank Fed: Diese will ihre ultralockere Geldpolitik beenden, was Turbulenzen an den Finanzmärkten ausgelöst hat. Denn wenn Notenbanken weniger Geld in die Finanzwelt pumpen, stecken Investoren auch weniger Geld in Staats- und Unternehmensanleihen. Diese sogenannte Zinswende machte sich zuletzt schmerzhaft bei den Preisen für Papiere der Euro-Südländer bemerkbar. „Draghis Aussage hat jetzt die Unsicherheit beseitigt, dass die EZB dem amerikanischen Vorbild folgen könnte“, sagt Clemens Fuest, Chef des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung. „Das war in der aktuellen Situation sicher richtig.“

MANAGERGEHÄLTER

Die Gier hält an

Das Vorhaben, dass Aktionäre bei der Festlegung der Vorstandsgehälter in Zukunft mäßigend eingreifen, scheint zumindest in den USA kläglich gescheitert. Wie die Beratungs- und Analysefirma Equilar für die „New York Times“ ausrechnete, sind die Bezüge der obersten 200 Firmenchefs von Aktienunternehmen mit mindestens einer Milliarde Dollar Umsatz im vergangenen Jahr um 16 Prozent hochgeschossen. Durchschnittlich erhielten die Bosse ein Gehaltspaket von 15,1 Millionen Dollar. Auf Platz eins steht Oracle-Gründer Larry Ellison, der mit 96,1 Millionen Dollar 24 Prozent mehr aus seiner Software-Firma zog als im Vorjahr. Den zweiten Platz hält Richard Bracken vom Krankenhausbetreiber HCA (38,5 Millionen Dollar), gefolgt von Walt Disneys Robert Iger (37,1 Millionen Dollar). Um 219 Prozent explodiert sind die Bezüge der Nummer vier: Mark Parker, Chef des Sportartikelherstellers Nike, erhielt im vergangenen Jahr 35,2 Million Dollar für seine Bemühungen.

DEUTSCHE BANK

Interne Ermittlung

Die Deutsche Bank lässt intern untersuchen, ob sie in zweifelhafte Aktien-Deals verwickelt war und deshalb Ärger mit der Staatsanwaltschaft bekommen könnte. Dabei geht es konkret um schnelle Handelsgeschäfte rund um den Dividendenstichtag von Unternehmen. Über Jahre hinweg sollen sich Banken und Investoren zusammengetan haben, um so Steuererstattungen zu erschleichen. Bei der HypoVereinsbank ermittelt seit einiger Zeit die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt; das Geldinstitut betont die konstruktive Zusammenarbeit mit den Behörden. Bei der britischen Barclays Bank untersuchen die zuständigen Steuerbehörden einen ähnlich lautenden Verdacht; die Bank erklärt, sie habe stets im Einklang mit den Gesetzen gehandelt. In Finanzkreisen heißt es, die Ermittler hätten weitere Geldinstitute im Visier, viele von ihnen prüften sich derzeit eigenständig, um gegebenenfalls Selbstanzeige zu erstatten. Zu denen gehört auch die Deutsche Bank, die dabei mit einer großen Wirtschaftskanzlei zusammenarbeitet. Einen „rauchenden Colt“ habe sie bislang nicht gefunden, heißt es im Umfeld, die Untersuchungen dauern jedoch an, auch die Finanzaufsicht BaFin lässt sich auf dem Laufenden halten. Nach bisherigen Erkenntnissen geht die Bank nicht davon aus, dass Steuerrückzahlungsverpflichtungen geltend gemacht werden. Anwälte schätzen, dass in den Jahren 2007 bis 2010 bis zu fünf Prozent der Finanzvermögen reicher Deutscher in die sogenannten Cum-Ex-Geschäfte investiert wurden, um von einer mittlerweile geschlossenen Gesetzeslücke zu profitieren. Seit einigen Jahren hält der Fiskus die erschlichenen Ausschüttungen jedoch zurück. Der Drogerie-Unternehmer Erwin Müller hat deshalb die Schweizer Bank Sarasin verklagt, weil er sich von ihr betrogen fühlt. Sarasin weist die Vorwürfe zurück.

H. FOERSTER / BLOOMBERG VIA GETTY IMAGES

Deutsche-Bank-Zentrale in Frankfurt am Main

FREIHANDEL

Indien fürchtet EU-Importe

Das angestrebte Freihandelsabkommen zwischen der EU und Indien könnte am bevorstehenden Wahlkampf auf dem Subkontinent scheitern. Seit 2007 verhandeln Brüssel und Neu-Delhi über eine drastische Reduzierung der Zölle auf die meisten Waren. Beide Seiten hätten ihre Positionen zwar „extrem angenähert“, sagte ein indischer ranghoher Regierungsvertreter dem SPIEGEL in Delhi. „Aber es gibt eine winzige Kluft, und die erweist sich als äußerst schwierig.“ Die Zeit für eine Einigung wird knapp, denn die indischen Politiker wappnen sich für die Parlamentswahl 2014. Die Europäer drängen die Nation mit ihren 1,2 Milliarden Einwohnern vor allem zu drastischen Zollsenkungen bei Autos, Wein und Milchprodukten. Zweiter Hauptstreitpunkt ist der indische Versicherungsmarkt, der für ausländische Anbieter nur schwer zugänglich ist. Bislang dürfen sie nur maximal 26 Prozent der Anteile an lokalen Versicherern halten. Die indische Regierung will diese Grenze auf 49 Prozent anheben, trifft damit aber im Parlament auf heftigen Widerstand. Ein solches Abkommen dürfe Delhi nicht unterzeichnen, warnt Praveen Khandelwal, Generalsekretär der Confederation of All India Traders: „Indien kann dabei nur verlieren. Wir kämpfen schon gegen die chinesische Konkurrenz, wie sollen wir gegen vermehrte Importe aus der EU bestehen?“

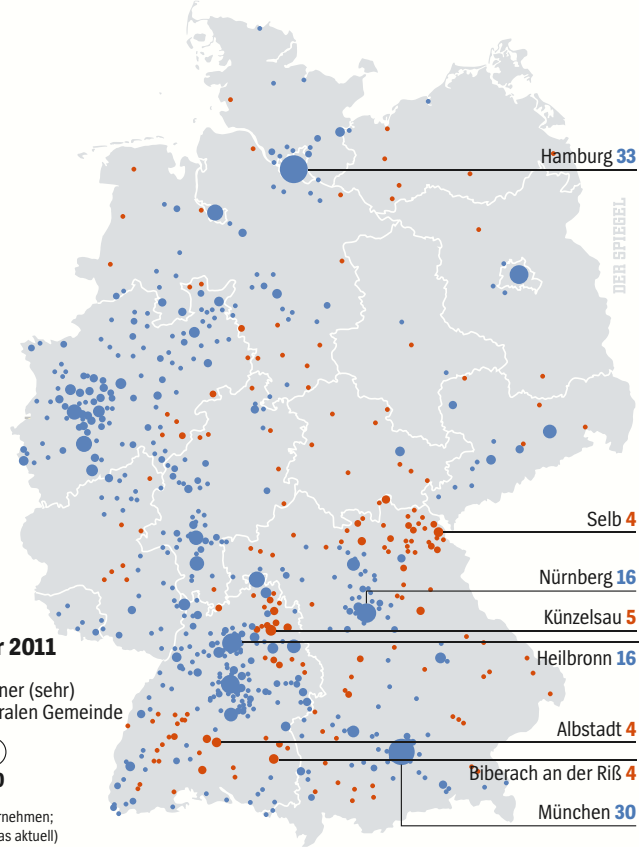
MASSIMILIANO CLAUSI / LAIF

Einkaufszentrum in Neu-Delhi

QUERSCHNITT

Know-how vom Lande

Über 1100 Unternehmen in Deutschland gelten als Weltmarktführer. Mehr als 20 Prozent von ihnen befinden sich in ländlichen Gebieten, der Großteil davon in Süddeutschland. Darunter sind viele traditionelle Familienunternehmen wie etwa der Spezialist für Montage- und Befestigungsmaterial Würth in Künzelsau.



Quellen: WeissmanGruppe für Familienunternehmen; Leibniz-Institut für Länderkunde (Nationalatlas aktuell)

RÜSTUNG

Der Unglücksvogel

Der Rüstungskonzern EADS hat beim Bau des „Eurofighters“ offenbar geschlampt. Auf den Staat kommen milliardenschwere Mehrkosten zu. Die Bürger sollten das erst nach der Bundestagswahl erfahren.

ADRIAN DENNIS / AFP

Es ist ein Vorfall, den die Bundeswehr lieber geheim gehalten hätte: Am 27. Juli 2007 schießt ein „Eurofighter“ im Tiefflug über den Fliegerhorst Neuburg in Oberbayern, plötzlich erblickt der Pilot einen Vogelschwarm vor sich.

Rasch will er seinen Flieger, Kennzeichen 30+39, zur Seite ziehen, um den Tieren auszuweichen. Doch mit einem Mal rollt sich die Maschine um 90 Grad unerwartet stark zur Seite. Einfach so, ohne dass der Pilot ihr einen entsprechenden Steuerimpuls gegeben hätte.

Panik macht sich im Tower breit, denn der Jet rast auf den Turm zu. Erst in letzter Sekunde bringt der Pilot das Flugzeug wieder unter Kontrolle. Der Untersuchungsbericht des Militärs spricht von einem „bank angle overshoot“, einer Überdrehung des Neigungswinkels. Weiter heißt es im schönsten Verwaltungsdeutsch: „Das unerwartete Verhalten“ hätte zu einem „Verlust des Luftfahrzeugs führen“ können. Mit anderen Worten: Um ein Haar wäre der Jet in einem Feuerball aufgegangen.

Ein Fehler in der Software war schuld, und das war nicht der einzige Mangel, der bei den „Eurofightern“ gefunden werden sollte. Das größte europäische Rüstungsprojekt stand von Anfang an unter keinem guten Stern. Seit 25 Jahren entwickelt und produziert der heutige Rüstungskonzern EADS mit europäischen Partnern das Flugzeug. Es soll den Beweis liefern, dass nicht allein die Amerikaner in der Lage sind, Hightech-Kampfjets zu bauen.

Schon die Tatsache, dass der Flieger in Deutschland einst „Jäger 90“ hieß, zeigt das ganze Desaster. Als sich die Entwicklung so dramatisch verzögerte, wurde das Kampfflugzeug in „Eurofighter“ umgetauft, und selbst heute, im Jahr 2013, hat die Bundeswehr noch längst nicht alle der ursprünglich anvisierten 180 Jets auf dem Platz stehen.

Nun belegen interne Dokumente, dass die Probleme mit dem Flugzeug viel gravierender sind als bisher bekannt. Zudem wird die Bundeswehr nach Berechnungen des SPIEGEL am Ende dieses Jahres bereits 14,5 der rund 14,7 Milliarden Euro ausgegeben haben, die der Bundestag bislang für die Beschaffung bewilligt hat. Wenn das Geld alle ist, werden aber weder die geplanten 180 noch die 143 bisher bestellten „Eurofighter“ ausgeliefert sein – sondern nur 108. EADS wird nicht kostenlos weiterproduzieren.

Selbst die Bundeswehr kalkuliert bereits mit 16,8 Milliarden Euro bis zum Jahr 2018. Dann sollen aber erst 143 Flugzeuge geliefert sein. Die letzten Jets der sogenannten Tranche 3B kosten extra. Fällig würde ein weiterer hoher Milliardenbetrag.

Bis zur Wahl am 22. September sollten den Bürgern die wahren Kosten für den „Eurofighter“ offenbar verborgen bleiben; das jedenfalls ist wohl der Plan des Verteidigungsministeriums. Die Akte ist geschlossen. Eine weitere Befassung mit dem Thema „ist derzeit nicht erkennbar“, erklärt das Wehrressort.

Auch EADS mag die Regierung nicht in die Bredouille bringen und will vorerst keine neue Offerte vorlegen. Das Unternehmen hat kein Interesse daran, den ohnehin schon angeschlagenen Minister Thomas de Maizière erneut in Schwierigkeiten zu bringen. Die Opposition dagegen will Klarheit: „Es droht nach dem ‚Euro Hawk‘ ein weiteres Rüstungsdebakel auf Kosten der Steuerzahler“, sagt der SPD-Verteidigungspolitiker Rainer Arnold.

Der Preis für den „Eurofighter“ schießt auch deshalb in die Höhe, weil offensichtlich bei der Produktion in bisher nicht gekanntem Maße geschlampt wurde.

Einen Einblick in die wohl chaotische Produktion des Kampfflugzeugs gewähren nun Dokumente von Bundeswehr und EADS-Konzern, die dem SPIEGEL vorliegen. Das Missmanagement ging so weit, dass die Bundeswehr dem EADS-Werk im oberbayerischen Manching zum 1. Oktober 2008 die Zulassung als Luftfahrtbetrieb der Bundeswehr nicht verlängerte.

Was wie ein nüchterner Verwaltungsvorgang klingt, kann ernste Konsequenzen haben. Denn auch nach dem Verlust der Zulassung wurden weiter Flieger in Dienst gestellt, die Bundeswehr als Abnehmer der Maschinen prüfte angeblich ein bisschen genauer und erteilte dann doch den Zulassungsstempel. Rechtlich ist das höchst umstritten. Sollte ein „Eurofighter“ über Deutschland abstürzen, könnten Gerichte zu dem Ergebnis kommen, dass die Maschinen niemals hätten abheben dürfen.

Der „Eurofighter“ ist eine Geschichte aus gebrochenen Versprechen. Als der Vorgänger des „Eurofighters“ Anfang der achtziger Jahre konzipiert wurde – damals war Helmut Kohl gerade Kanzler geworden –, sicherte die Industrie zu, ihn zu einem Stückpreis von 65 Millionen Mark zu bauen. Von da an ging es mit den Kosten stetig bergauf.

Anfang der neunziger Jahre war schon von 130 Millionen Mark die Rede, und als der Haushaltsausschuss des Bundestags 1997 endgültig beschloss, die Maschine zu bestellen, legte er eine neue Obergrenze fest: 180 Stück sollten höchstens 11,8 Milliarden Euro kosten. In dem Preis war schon berücksichtigt, dass die Flieger technisch abgerüstet sind. So wollte der damalige Verteidigungsminister Volker Rühe verhindern, dass der Preis für den Jäger immer weiter in die Höhe steigt.

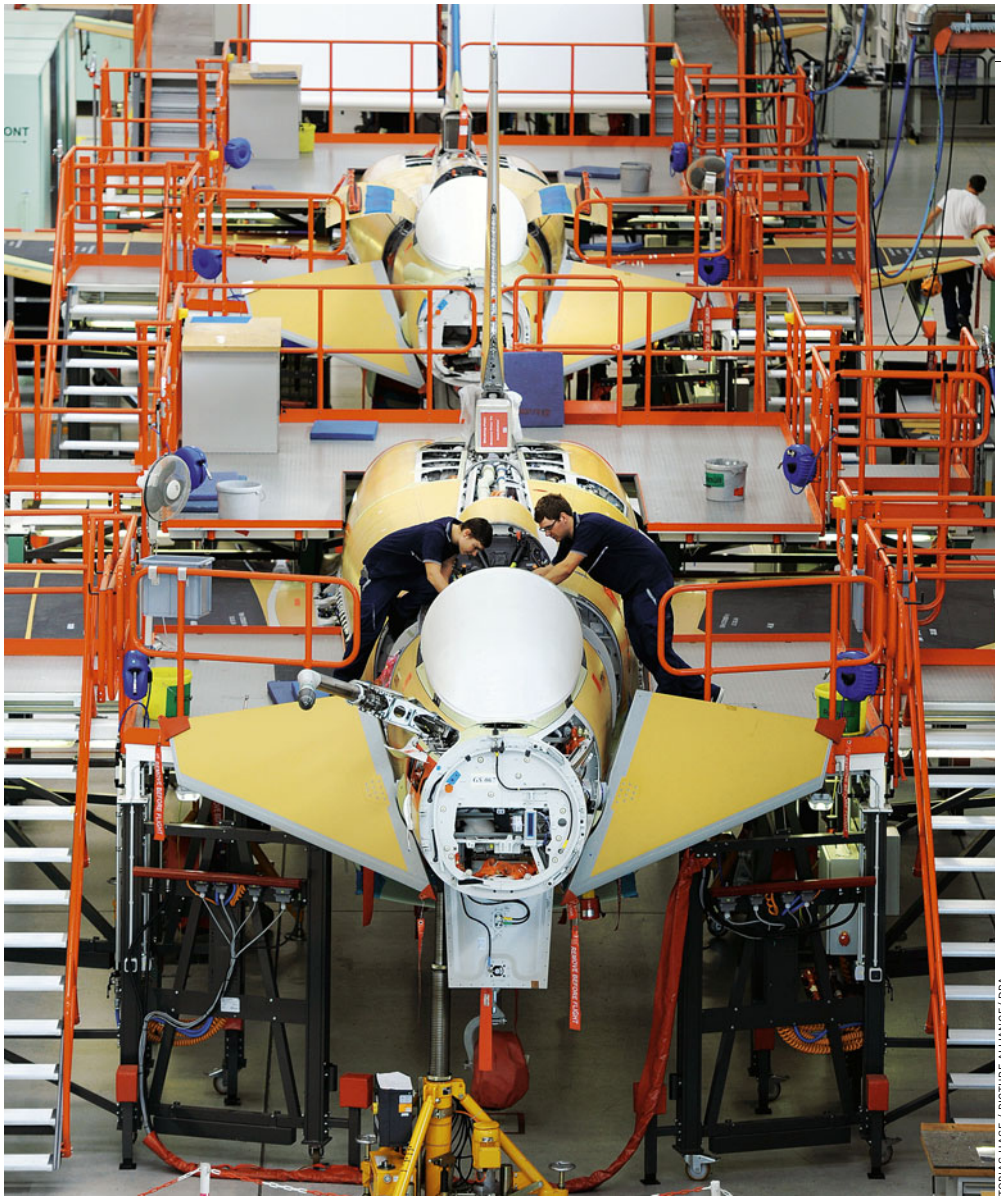
Es half nichts: 2004 wurde die Preisobergrenze für die Gesamtbestellung wieder um 250 Millionen Euro erhöht, inzwischen hieß der Kanzler Gerhard Schröder. Im aktuellen Haushaltsentwurf für das Jahr 2013 werden die Kosten mit fast 17 Milliarden Euro angesetzt.

CHRISTIAN THIEL

Minister de Maizière: *Ein weiteres Rüstungsdebakel*

Das allerdings ist noch eine Rechnung mit den günstigsten Annahmen. Auch die werden nicht reichen, das weiß wohl auch Angela Merkel. Denn die letzten 37 Maschinen, die die Bundeswehr bekommt, gehören zu denen, die über die aufwendigste Technik verfügen. Es sind Jets mit einer „Mehrrollenfähigkeit“, die sowohl Luftangriffe fliegen als auch feindliche Maschinen abfangen können.

Doch genau diese Version des „Eurofighters“ wird auch die teuerste sein. Die Bundeswehr steht vor einem Dilemma. Einerseits ist kaum noch Geld da. Andererseits will sie keinesfalls auf die modernste Variante des „Eurofighters“ verzichten. Offiziell sagt das Verteidigungsministerium nun, über einen Kauf der



TOBIAS HASE / PICTURE-ALLIANCE/ DPA

„Eurofighter"-Produktion in Manching: *Stümperhaft montierte Bolzen*

Tranche sei noch nicht entschieden: „Derzeit wird das weitere Vorgehen abgestimmt", heißt es in einer Stellungnahme des Hauses. Doch erst Ende Juni präsentierte der stellvertretende Abteilungsleiter für Beschaffung im Ministerium verblüfften Industriellen die alte, neue Stückzahl: 180.

Zwar gibt es den Plan, jene Maschinen zu verkaufen, die zuerst an die Luftwaffe ausgeliefert wurden. Das würde ein paar hundert Millionen in die Kasse zu spülen. Aber die Jets sind mittlerweile veraltet, und das Interesse der Nato-Partner ist überschaubar.

Hinter den Kulissen schieben sich die Beteiligten schon jetzt die Schuld für das drohende Debakel zu. Bei EADS heißt es, alles sei so teuer geworden, weil die Luftwaffe dauernd neue Extrawünsche angemeldet habe. Das Verteidigungsministerium weist alle Verantwortung von sich und hält die Inflation für den Schuldigen.

Verschweigen aber wollen beide Seiten, dass die Preisexplosion beim „Eurofighter" auch einen ganz einfachen Grund haben dürfte: Bei der Produktion wurde offensichtlich geschlampt. Und dafür tragen sowohl EADS als auch die Bundeswehr die Verantwortung. Denn EADS hat die Probleme im Werk Manching lange Zeit nicht in den Griff bekommen. Und die Bundeswehr hat zu lange die laxe Fertigungsmoral bei EADS toleriert.

Für die Kontrolle von EADS ist das Wehrbeschaffungsamt in Koblenz zuständig. Die mit 9600 Mitarbeitern größte Bundeswehrbehörde unterhält Außenstellen an den großen Produktionsstätten deutscher Rüstungsfirmen, unter anderem beim EADS-Werk im oberbayerischen Manching.

Schon bald nachdem die ersten „Eurofighter" das Werk verließen, stießen die Beamten dort auf Probleme. So hielten sie am 23. August 2004 fest, dass in dem Werk speziell ausgebildete Mitarbeiter fehlten, die jeden einzelnen Produktionsschritt des hochkomplexen Kampfjets beaufsichtigen. Ohne funktionierendes Qualitätsmanagement erlischt die Zulassung als anerkannter Luftfahrtbetrieb der Bundeswehr. Schon damals drohten die Prüfer, nur dann die Zulassung zu verlängern, wenn eine lange Mängelliste abgearbeitet würde.

Doch trotz der Ermahnungen passierte wenig. Am 31. März 2006 hob ein „Eurofighter" mit Kennzeichen 98+03 zum Flug in die Luftwaffenwerft Jever ab. Was der Pilot nicht ahnte: Der Bolzen, der das Bugfahrwerk in seiner Verankerung hielt, war nicht korrekt arretiert. Während des Fluges rutschte der Bolzen immer weiter aus seiner Halterung. Als der ahnungslose Kampfpilot aufsetzte, hing das Fahrwerk bereits schief unter dem Jet. Der Pilot hatte Glück, das Fahrwerk knickte nicht ein.

EADS meldete den Vorfall zunächst nicht, berichtet ein Insider. Doch die Flugaufsicht der Luftwaffe erhielt einen Hinweis. Sofort wurde die gesamte „Eurofighter"-Flotte am Boden festgesetzt. Die Ursache war schnell gefunden. Der Bolzen war stümperhaft montiert. EADS wurde dazu verdonnert, den gesamten Produktionsprozess zu durchleuchten.

Kleinlaut musste das Unternehmen in einem Memorandum vom 27. April 2006 einräumen: „Es handelt sich um Arbeitsfehler, Bewertung: sorglose Unachtsamkeit." Der Vorfall hatte weitreichende Folgen. Die Produktion musste angehalten, alle bislang produzierten Maschinen mussten auf einen solchen Montagefehler untersucht werden.

Die Kosten für die Schlamperei der beiden Mitarbeiter trug: der Steuerzahler. Denn die EADS-Kontrolleure konnten, welch Wunder, keine grobe Fahrlässigkeit erkennen und sparten so ihrer Firma viel Geld. Denn der „Eurofighter"-Vertrag legt fest, dass der Hersteller nur bei grober Fahrlässigkeit für Produktionsmängel haften muss.

Im Laufe der Zeit wurde der Ton zwischen EADS und der Bundeswehr schroffer. Die Firma beklagte sich im Berliner Verteidigungsministerium über die penibleln Prüfer des Beschaffungsamts. Die Prüfer wiederum monierten, dass sie manche mangelhafte Maschinen bis zu dreimal nachprüfen müssten. Mal leckten die Tanks, dann öffnete sich auf dem Weg zur Startbahn das Kabinendach wie von Geisterhand.

Welch schlechte Qualität die „Eurofighter" aus dieser Zeit haben, zeigt sich aus einer internen Aufstellung aus Österreich. Die dortige Luftwaffe bekam 15 „Eurofighter" der ersten Generation zwischen 2007 und 2009 geliefert, die zum großen Teil für die Bundeswehr bestimmt waren. Bis zum Mai 2011 zählte ein Mitarbeiter 68 Defekte an den Fliegern, die zu Notfällen geführt hatten.

So stellte sich heraus, dass die Höhenmesser „Fehlanzeigen" bis zu 60 Meter produzierten – im Ernstfall kann das für den Piloten tödlich sein. Die Österreicher

forderten eine F-4 „Phantom“ der deutschen Luftwaffe an. Die Maschine sollte zwei fehlerhafte „Eurofighter“ begleiten, damit man die Anzeige der Höhenmesser vergleichen könne. Doch dann kam etwas dazwischen: Die Elektronik eines „Eurofighters“ pumpte das Kerosin falsch um. Der Flieger geriet gefährlich aus dem Gleichgewicht. Absturzgefahr. EADS bestreitet dem SPIEGEL gegenüber, dass Qualitätsmängel am eigenen Produkt festgestellt wurden.

Die deutschen Prüfer sind über die berichteten Mängel an den österreichischen Maschinen gut im Bilde. Denn das Berliner Verteidigungsministerium hatte sie als kleine industriepolitische Fördermaßnahme dazu verdonnert, die Stückprüfung für die Österreicher zu übernehmen.

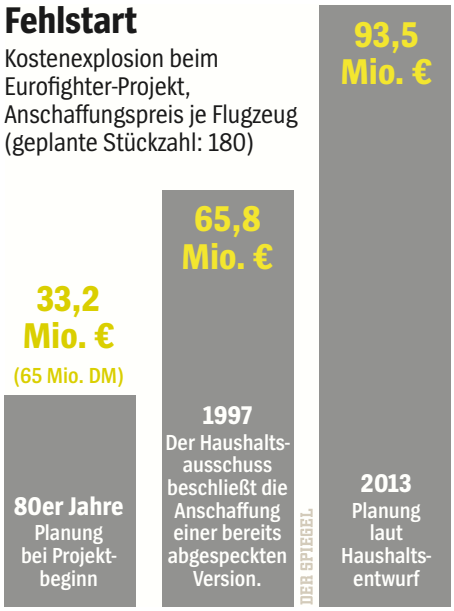
Im Wehrbeschaffungsamt reifte die Entschlossenheit heran, EADS erstmals richtig die Zähne zu zeigen. Am 30. September 2008 ließ die Bundeswehr die Zulassung des Werks Manching als anerkannter Luftfahrtbetrieb auslaufen. In einem Schreiben vom März 2009, adressiert an den Chef der EADS Deutschland Military Air Systems, Bernhard Gerwert, wies das Koblenzer Amt auf „erhebliche Fehler und Mängel im Qualitätsmanagementsystem“ hin.

In Sprechvorlagen für den Behördenleiter finden sich konkrete Zahlen. Demnach seien „im Fertigungsablauf bei der Endprüfung 35 Mängel festgestellt und dokumentiert“. 49 Fehler weise das Qualitätsmanagement innerhalb von sieben Monaten auf.

Im Schreiben an Gerwert resümierten die Koblenzer Kontrolleure deshalb auch: „Der gegenwärtige Zustand ist sowohl aus luft-, haftungs- und zulassungsrechtlicher Sicht seitens des Auftraggebers nicht weiter hinnehmbar.“

Fehlstart

Kostenexplosion beim Eurofighter-Projekt, Anschaffungspreis je Flugzeug (geplante Stückzahl: 180)



Doch mit dem Entzug der Zulassung brachten sich auch die Prüfer in eine delikate Lage. Denn sie agierten am Rande der Legalität: Sie stempelten etliche „Eurofighter“ für den Dienst in der Luftwaffe ab, obwohl der Hersteller wegen seiner Unzuverlässigkeit keine Zulassung mehr besaß.

Die Kampfjets bekamen reguläre Kennzeichen: 30+45, 30+15, 31+22. Damit donnerten sie über Deutschland und wurden sogar auf eine Luftfahrtshow nach Ungarn geschickt. Glücklicherweise unfallfrei. Sonst hätten Richter wohl anschließend die Umstände der Zulassung zerpflückt.

Die Prüfer im Wehrbeschaffungsamt wissen um die heikle Rechtslage. Sie haften persönlich für die Unterschriften, die sie nach einer Endprüfung jedes „Eurofighters“ unter die Papiere setzen. Manche drohten damit, ihre Zustimmung zu verweigern. Auch für den Staat ist das Risiko groß: Denn die Bundeswehr muss im Gegensatz zu zivilen Luftfahrtbetrieben in unbegrenzter Höhe für alle Schäden aus einem Unfall geradestehen. Ein besorgter Beamter schrieb dazu in einem internen Vermerk: „Wenn ein Bundeswehr-Luftfahrzeug abstürzt und erhebliche Drittschäden verursacht, die auf eine entzogene Zertifizierung zurückgeführt werden könnten, haftet der Bund in jedem Fall vollumfänglich.“

Die Vorgesetzten in Wehrbeschaffungsamt und Verteidigungsministerium ignorierten den Vermerk. Denn das Ministerium wollte das Kampfgerät haben, auf Teufel komm raus. In den Fliegerhorsten wartete man schon sehnsüchtig auf den „Eurofighter“, der die über 30 Jahre alten „Phantom“-Jäger des amerikanischen Rüstungskonzerns McDonnell Douglas ablösen soll.

Man solle die Flugzeuge einfach etwas genauer prüfen und dann zulassen, wurde angeordnet. Bis zum 6. April 2011 soll dieser Zustand nach dem SPIEGEL vorliegenden Dokumenten angehalten haben, Bundeswehr und EADS bestreiten das.

Das Verhältnis zwischen EADS und Verteidigungsministerium ist vergiftet. Das liegt auch daran, dass EADS es versteht, Vorschriften zu umgehen und die Beamten zu provozieren.

Vor einiger Zeit, so berichtet man sich in Koblenz, schaute ein potentieller Käufer aus dem Ausland im Werk Manching vorbei. Dummerweise soll nur ein Flugzeug der Bundeswehr im Hangar gestanden haben, und dem habe auch noch der Zulassungsstempel gefehlt. Die Testpiloten der Bundeswehr sollen sich geweigert haben zu fliegen. Da habe sich kurzerhand ein EADS-Pilot den Vogel geschnappt und eine Showrunde gedreht.

Otfried Nassauer, Gordon Repinski, Gerald Traufetter

WÄHRUNGSUNION

Vergiftetes System

Die Griechen sparen so drastisch wie kaum ein anderes Euro-Krisenland, dennoch scheint ein neuer Schuldenschnitt unausweichlich. Mit Geld allein ist dem Land allerdings nicht zu helfen.

Stelios Stavridis hat mit dem Verkauf von Swimmingpools viel Geld verdient, jetzt, findet er, muss er sein unternehmerisches Talent der Rettung seiner Heimat widmen.

Der 66-jährige Manager mit den aristokratischen Zügen leitet seit kurzem die griechische Privatisierungsagentur, die Hunderte staatlicher Grundstücke, Firmen, Yachthäfen und Flughäfen zu Geld machen muss.

Stavridis ist innerhalb eines Jahres schon der dritte Mann in diesem Job, doch seine professionelle Zuversicht schmälert das nicht. Er habe gerade „exzellente" Gespräche mit den Beobachtern vom Internationalen Währungsfonds (IWF), von der EU-Kommission und der Europäischen Zentralbank geführt, die regelmäßig die Fortschritte des Landes prüfen.

Dieser sogenannten Troika musste er allerdings beichten, dass seine Behörde die gesetzten Ziele dieses Jahr wohl nicht einhalten kann. Der Verkauf des nationalen Gasversorgers an den russischen Gazprom-Konzern ist in letzter Minute geplatzt, nun steht auch noch der sicher geglaubte 652-Millionen-Euro-Deal für den Wettanbieter Opap auf der Kippe, weil der Käufer sich über den Tisch gezogen fühlt.

KRISE IM SÜDEN

Die veranschlagten 2,6 Milliarden Euro wird Stavridis dieses Jahr damit wohl kaum an den Staat überweisen können. Wegen solcher Schwierigkeiten fehlt im Finanzierungsplan für Griechenland nun schon wieder jede Menge Geld, alles in allem 11,1 Milliarden Euro bis 2015.

Dabei haben die Euro-Partner Griechenland schon Hilfszusagen von über 230 Milliarden Euro gemacht, die Staatsausgaben wurden zudem um Dutzende Milliarden zusammengestrichen. Griechische Wirtschaftsvertreter sind überzeugt: Ohne erneuten Schuldenschnitt kann das Land nicht überleben.

Das Thema ist politisch heikel, vor allem in Deutschland. Denn ein solcher Schnitt träfe dieses Mal auch die öffentlichen Gläubiger, die inzwischen 80 Prozent der griechischen Staatsschulden halten. Ein großer Teil der deutschen Hilfskredite wäre damit unwiederbringlich weg.

Noch lehnt Bundeskanzlerin Angela Merkel einen Schuldenschnitt energisch ab. Sie fürchtet, dass der Reformeifer in Griechenland schwindet, wenn der finanzielle Druck nachlässt. Denn mit Geld allein ist dem Land nicht zu helfen. Zwar bemängelt selbst der IWF die verheerenden Auswirkungen der Sparprogramme auf die Wirtschaft des Landes. Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Tatsächlich hat Griechenland zwar seine Ausgaben drastisch gekürzt – aber die Sanierung des Staatsapparats stockt. Das verhindert auch den wirtschaftlichen Erfolg.

Als die Beobachter der Troika 2010 das erste Mal ins Land kamen, waren sie selbst überrascht, wie überreguliert die Wirtschaft war und wie ineffizient der gesamte Staats- und Justizapparat. Nicht einmal das kalkulierte Staatsdefizit für 2009 stimmte: Aus 6 Prozent wurden bei nochmaligem Nachrechnen erst 12,7 und schließlich sogar 15,6 Prozent.

Sechs Sparpakete später wird das Minus dieses Jahr voraussichtlich auf rund vier Prozent sinken. Dafür zollen die Euro-Partner dem konservativen Premier Antonis Samaras Respekt. „Die aktuelle Regierung ist endlich fest entschlossen, Ordnung in den Staat zu bringen", lobt Panos Carvounis, Repräsentant der EU-Kommission in Athen, den Landsmann. „Es geht voran."

Der Staat habe endlich ein vollständiges Bild seiner Einnahmen und Ausgaben, Samaras habe außerdem die Reform des Gesundheitswesens vorangebracht. Auch der Arbeitsmarkt sei radikal umgekrempelt worden. Die teuren Flächentarifverträge sind jetzt Geschichte, die Abfindungsregeln bei Entlassungen lockerer.

Noch im Frühjahr sah es wegen solcher Erfolge so aus, als sei das Land aus dem Gröbsten heraus. Die Lohnstückkosten, die als Indiz für die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes gelten, waren infolge der Lockerungen am Arbeitsmarkt um zehn Prozent im Vergleich zu 2007 gesunken. Großkonzerne wie Unilever, Philip Morris und Hewlett-Packard kündigten große Investitionen an.

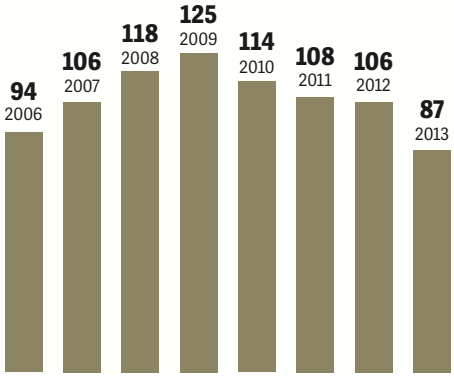
Übermütig sprach Samaras bei einem Besuch in Peking von seiner „griechischen Erfolgsgeschichte".

Doch die nach außen getragenen Sanierungserfolge gehen im Innern des Lan-

Trotz Sparbemühungen ...

Griechenlands Staatsausgaben, in Mrd. €

Quelle: EU-Kommission

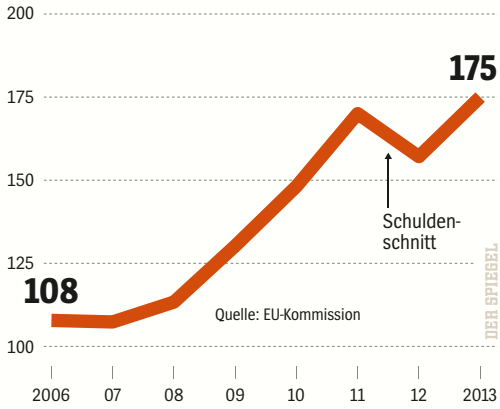


Griechische Ferieninsel Santorin

MARO KOURI / POLARIS / STUDIO X

... steigende Schuldenlast

Staatsverschuldung, in Prozent des BIP



Syriza-Chef Tsipras

LOUISA GOULIAMAKI / AFP

des vor allem auf Kosten der kleinen Leute. Ein paar hundert Meter vom Büro des EU-Vertreters Carvounis entfernt hat sich vergangenes Jahr ein Rentner aus Geldnot sogar erschossen. Die Haushaltseinkommen brachen, Umfragen zufolge, seit Krisenbeginn um fast 40 Prozent ein. 64 Prozent der Jugendlichen sind arbeitslos, und das Gesundheitswesen steht nach mehreren Sparrunden kurz vor dem Kollaps. In vielen öffentlichen Krankenhäusern müssen Patienten Bandagen und Tupfer privat besorgen und sich von ihren Verwandten pflegen lassen, weil Krankenschwestern fehlen.

Die Troika hat angesichts solcher Zustände oft gebeten, die Reichen und Privilegierten stärker an der Finanzierung des Staates zu beteiligen. Doch vor deren einflussreichen Lobbygruppen schreckt auch die Regierung Samaras zurück.

Die mächtigsten Unternehmer des Landes etwa, die griechischen Reeder, tragen wenig zur Gesundung des Landes bei. Ihre üppigen Einkünfte aus der Schifffahrt sind jedenfalls steuerfrei.

„Unser politisches System ist vergiftet“, fasst Antigone Lyberaki, Wirtschaftsprofessorin an der Panteion Universität in Athen, die Probleme zusammen. Jahrzehnte, in denen Schmiergelder und politische Beziehungen wichtiger waren als jede Leistung, hätten den Staatsapparat und die Wirtschaftsstruktur zerstört, findet die 54-Jährige.

Mächtige Lobbygruppen konnten über Jahre Privilegien erstreiten, die sie nun erbittert verteidigen. Als der Staat etwa die überteuerten Lizenzen für Lkw-Fahrer abschaffen wollte, legten die Lasterfahrer den gesamten Verkehr des Landes lahm, das Militär musste die Versorgung der Krankenhäuser sichern.

Es war nur eine von Hunderten zähen Auseinandersetzungen um die schrittweise Liberalisierung der vollkommen überregulierten Wirtschaft.

In der aufgeblähten Verwaltung etwa verdanken viele Beamte ihren Job eher politischen Gefälligkeiten als ihren Kompetenzen, auch Premier Samaras hob nach seinem Amtsantritt mehrere Verbündete aus seinem Heimatwahlkreis Messenien in führende Positionen.

Bis 2015 soll der Beamtenapparat nun um 150 000 Stellen schrumpfen. 15 000 Beamten sollen zudem durch junge, gutqualifizierte Leute ersetzt werden. Doch an Entlassungen wagten sich die Regierenden lange nicht heran.

Stattdessen wurden Frühpensionierungen befördert und 2000 Staatsdiener in eine sogenannte Mobilitätsreserve gesteckt; sollte nach einem Jahr für sie kein neuer Job gefunden sein, müssten sie endgültig gehen, lautete das Versprechen an die Troika. Doch für alle fand sich eine neue Aufgabe. Die versprochene Suche nach weiteren 12 500 Staatsdienern für die Prozedur versandete. Der Grund für diese Zurückhaltung sind Männer wie Odysseas Drivalas: Der braungebrannte ehemalige Verwaltungsbeamte ist Chef der Dachgewerkschaft der Staatsbediensteten Adedy. Er steht damit rund 400 000 Mitgliedern vor und hält es schlicht für einen „Mythos“, dass der Staat zu viele Mitarbeiter habe. „Wir planen bald einen neuen Generalstreik.“

Eigentlich müsste man Männer wie ihn in den Reformprozess einbeziehen, doch die Chancen stehen schlecht. Viele Gewerkschafter unterstützen die linke Syriza-Partei, deren Chef Alexis Tsipras davor warnt, Griechenland zur „deutschen Kolonie“ zu machen.

Die teils grotesken Zustände in Griechenlands Behörden sind eine Hauptursache dafür, dass es der Wirtschaft so schlecht geht. So sollte ein 2010 eingeführtes „Fast track“-Verfahren Unternehmern binnen 60, und später sogar binnen 45 Tagen zu allen Genehmigungen verhelfen. Doch drei von vier Großinvestoren, die dieses Procedere durchlaufen haben, kämpfen bis heute um ihre Projekte.

„Man hat die Schnelligkeit, mit der solche Reformen durchgeführt werden können, überschätzt“, sagt Paul Mylonas, Chefökonom der National Bank of Greece. Vor allem hat man wohl die Widerstandskräfte des alten Systems unterschätzt.

An Ideen, wie man das Land aufbauen könnte, mangelt es nicht: Ökonom Mylonas etwa ist überzeugt, dass sich der Dienstleistungsbereich rund um die Schifffahrt stark ausbauen ließe. „Logistik, Versicherungen, Lagerung“, lauten seine Stichworte. EU-Vertreter Carvounis will, dass sich die Tourismusbranche mehr um Kulturinteressierte oder Mountainbike-Fahrer kümmert. Das Land sei „sechs Monate im Jahr fast leer“.

Doch solche Pläne lassen sich nur in sehr langen Zeiträumen realisieren. „90 Prozent der Firmen haben nur drei bis fünf Mitarbeiter“, sagt Mylonas, „auf dieser Basis können wir nicht wettbewerbsfähig sein.“

Berechnungen der Troika über die künftige Entwicklung wirken da wie Kalkulationen aus Wolkenkuckucksheim. 2017 soll das Land 3,5 Prozent Wachstum generieren. 2022 sollen die Schulden von derzeit 175 Prozent des BIP auf „deutlich unter“ 110 Prozent sinken.

Selbst Chef-Privatisierer und Profi-Optimist Stavridis gesteht ein, dass er und seine Landsleute „gewaltige Probleme“ hätten. „Aber ich bin 100 Prozent sicher, dass wir gewinnen werden.“ ANNE SEITH

Lesen Sie im nächsten Heft:
Portugal galt lange als Musterknabe unter den Krisenländern. Doch die Angst vor einer Staatspleite ist zurückgekehrt.

MARKUS MARCETIC / AGENTUR FOCUS / DER SPIEGEL

Karl-Johan Persson
steht seit 2009 an der Spitze von H&M. Der 38-jährige Enkel von Firmengründer Erling Persson treibt die Expansion des schwedischen Konzerns voran. Weltweit existieren 2908 Filialen, auch für Marken wie „COS“, „& Other Stories“, „Monki“ und „Weekday“.

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Konsum ist etwas Gutes“

H&M-Vorstandschef und -Miteigentümer Karl-Johan Persson über die Verantwortung der Textilhandelskette für die Arbeitsbedingungen in Bangladesch und den Widerspruch zwischen Wachstum und Nachhaltigkeit

SPIEGEL: Herr Persson, H&M bezeichnet sich selbst als verantwortliches Unternehmen. Haben Sie über Ihre Verantwortung nach der Katastrophe von Bangladesch neu nachgedacht? Dort starben beim Einsturz des Rana-Plaza-Komplexes in Dhaka mit fünf Textilfabriken mehr als 1100 Menschen.

Persson: Nein. H&M hat nicht im Rana Plaza produzieren lassen. Wir versuchen seit vielen Jahren, die Bedingungen in der Textilbranche zu verbessern. Die furchtbare Katastrophe in Bangladesch hat jetzt bewirkt, dass wir als erstes Unternehmen ein Brandschutzabkommen unterzeichnet haben, dem sich inzwischen viele andere angeschlossen haben.

SPIEGEL: Das hätten Sie doch viel früher tun können. Seit 2006 starben allein bei Bränden in Bangladeschs Textilfabriken etwa 700 Menschen. Warum hat H&M das Abkommen erst jetzt unterschrieben?

Persson: Das ist das erste Abkommen dieser Art. Ein solcher Schritt ist nur sinnvoll, wenn viele – am besten alle – Unternehmen ihn mitgehen. Das war zuvor nicht der Fall. Aber wir haben bereits vorher viel getan. Wir haben mehr als 500 000 Texilarbeiter in Feuer- und Sicherheitsmaßnahmen geschult, das ist Teil unseres Verhaltenskodexes. Und wir haben die Namen unserer 800 Zulieferbetriebe veröffentlicht und damit erstmals für Transparenz gesorgt. Das Problem ist ein anderes. Wir haben es in Bangladesch mit einem korrupten System zu tun: Die zusammengestürzte Fabrik war für weniger Stockwerke genehmigt, als es tatsächlich waren. Die Katastrophe hat nun alle – die Regierung und die Unternehmen dort – enger zusammengebracht.

SPIEGEL: Sie lassen Ihre Zulieferbetriebe regelmäßig durch firmeneigene Kontrolleure prüfen, wie etwa 2009 die Firma Garib & Garib in Bangladesch. Dort waren Feuerlöscher nicht zugänglich, H&M ließ trotzdem weiterproduzieren. Ein Jahr danach kam es dort zu einem Brand mit 21 Toten …

Persson: … das war ein Desaster. Wir hatten dort einmal kontrolliert und auf Besserung gedrungen. Wir trennen uns erst von unseren Zulieferern, wenn sie bei einer zweiten Kontrolle auffallen. Vielleicht hätten wir in diesem Fall besser prüfen müssen. Aber hätten wir diese Fabrik verlassen sollen? Ich glaube nicht, das hätte niemandem genutzt. Weil die Fabrik signalisiert hat, dass sie die Situation ver-

bessern will, haben wir sie nach dem Unglück häufiger besucht.

SPIEGEL: Es gab erschütternde Fotos der Toten aus dem Rana-Plaza-Building. Was lösen diese Fotos bei Ihnen aus?

Persson: Menschen sind gestorben. Das ist furchtbar. Es ist schwer für mich, das angemessen zu beantworten. Aber mich bewegt das genauso wie Sie.

SPIEGEL: Was wird Sie das Brandschutzabkommen kosten?

Persson: 500 000 Dollar jährlich. Es läuft über fünf Jahre, also insgesamt 2,5 Millionen Dollar.

SPIEGEL: 500 000 Dollar sind nicht mal 0,0025 Prozent Ihres jährlichen Umsatzes. Mehr ist Ihnen Verantwortung nicht wert?

Persson: Das ist nur eine von vielen Aktivitäten. Wir sind unter anderem der größte Abnehmer von biologischer Baumwolle. Wir beschäftigen mehr als hundert Menschen, die sich nur mit Nachhaltigkeitsaspekten befassen. Wir gehen äußerst restriktiv mit Chemikalien in Kleidung um. Wir sind das erste Mode-Unternehmen, das gebrauchte Kleidung wieder einsammelt und einem Recycling zuführt. Und wir wollen bis 2015 CO_2-neutral produzieren.

SPIEGEL: Das klingt ambitioniert.

Persson: Das ist es auch. Deshalb ärgert es mich, wenn H&M als verantwortungsloser Billigheimer dargestellt wird. Wir organisieren Programme, um den Dialog zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten zu fördern. Wir klären Textilarbeiter über ihre Rechte und Mindestlöhne auf. Mit unserem Einfluss vor Ort können wir für einen echten Wandel sorgen. Es gibt wohl kaum eine andere Firma, die so langfristig nachhaltig denkt und investiert.

SPIEGEL: Mit dem Brandschutzabkommen lösen Sie eigentlich nur eine Selbstverständlichkeit ein: sichere Arbeitsplätze für die Näherinnen. Die restlichen Probleme bleiben – Zwangsarbeit, Überstunden, niedrige Löhne. Wann waren Sie das letzte Mal in Bangladesch?

Persson: Im vorigen September. Ich habe die Premierministerin Scheich Hasina getroffen und verlangt, dass die Mindestlöhne nicht nur angehoben, sondern jährlich neu überprüft werden. Diese Forderung von uns ist nicht neu, wir haben bereits 2006 einen Brief an die Regierung geschrieben und höhere Mindestlöhne gefordert. 2010 haben wir diese Forderung wiederholt, der Mindestlohn wurde damals verdoppelt.

SPIEGEL: Der Mindestlohn beträgt umgerechnet etwa 30 Euro im Monat. Wissen Sie, wie viele Überstunden eine Näherin machen muss, um den Lohn zu erzielen, damit sie eine vierköpfige Familie ernähren kann?

Persson: Es gibt mehrere Definitionen, welcher Lohn zum Lebensunterhalt benötigt wird.

SPIEGEL: Die Organisation „Asia Floor Wage“ sagt, dass ein existenzsichernder Lohn bei etwa 120 Euro im Monat liege. Für eine unqualifizierte Näherin sind bis zu 100 Überstunden im Monat nötig, um diesen Lohn zu erzielen.

Persson: Die Asia-Floor-Wage-Definition ist umstritten. Wir halten uns an das „Fair Wage Network“. Die haben 200 H&M-Zulieferer und ihre Einkommensstrukturen sowie Überstundenregelungen untersucht. Es ist schwierig herauszufinden, was ein existenzsichernder Lohn ist.

SPIEGEL: Auch die Näherinnen, die in Ihrem Auftrag arbeiten, werden nach einem täglich vorgegebenen Produktionsziel bezahlt. Warum ist es so schwierig, den Mindestlohn zu erhöhen oder aber einen festen Monatslohn einzuführen?

Persson: Dann bliebe vielleicht H&M in Bangladesch, aber Tausende andere Einkäufer würden sich woanders eindecken. Das wäre ein Desaster für Bangladesch. Hier gibt es rund 3,5 Millionen Textilarbeiter, davon sind etwa 80 Prozent Frauen. In 4500 Textilfabriken werden 20 Milliarden Dollar Umsatz gemacht, 80 Prozent der Exporte sind Textilien.

SPIEGEL: Glauben Sie ernsthaft, andere Unternehmen würden wegen so geringer Mehrkosten den Produktionsstandort wechseln?

Persson: Das ist nicht so einfach, wie es vielleicht klingt. In der Textilindustrie verdienen die Angestellten schon heute besser als in der Landwirtschaft, auch Lehrer oder Ärzte bekommen kaum mehr. Würde man den Lohn signifikant anheben, würde das gesamte Einkommensgefüge durcheinandergeraten. Gleichzeitig bitten Entwicklungshelfer mich immer wieder, die Produktion nach Afrika zu verlagern, die Menschen dort würden die Jobs dringend benötigen. Wenn ich das täte, würde das dort die Armut schmälern, okay. Ich wette, in Bangladesch käme sie schlagartig zurück.

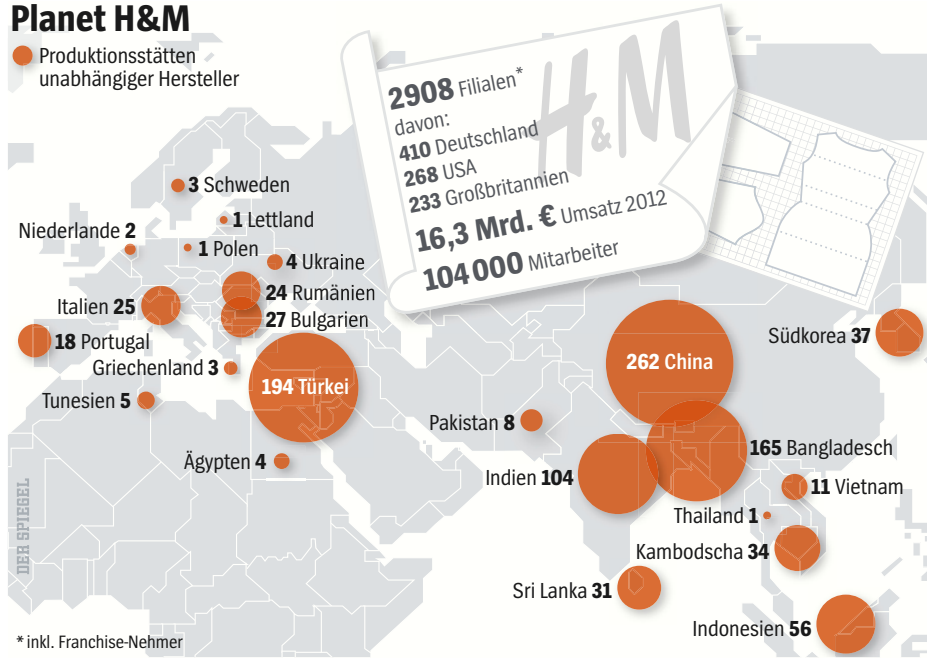
SPIEGEL: Warum verlangen Sie von Ihren Zulieferern nicht, höhere Löhne zu zahlen, wenn man sich schon nicht über einen höheren staatlichen Mindestlohn einigen kann? Sie sind der größte Einkäufer in Bangladesch. Sie haben die Macht.

Persson: Ich würde sofort einen H&M-Aufschlag zahlen und hätte gern ein faires Lohnsystem für die gesamte Branche. In der Praxis aber arbeiten die Menschen in einer Fabrik vielleicht zu 10 Prozent für uns, die übrigen 90 Prozent für andere Unternehmen. Wenn nur wir mehr für unseren Teil der Waren zahlen, um damit höhere Löhne zu ermöglichen, wäre das schwierig zu handhaben. Wir haben außerdem ein anderes Problem: Die Kunden denken, ein Shirt, das für 9,90 Euro verkauft wird, muss im Gegensatz zu einem für 49,90 Euro unter ganz schlimmen Bedingungen hergestellt worden sein. Dabei stammt es aus derselben Fabrik.

SPIEGEL: Die „Kampagne für Saubere Kleidung“ hat ausgerechnet, dass ein T-Shirt gerade mal zwölf Cent mehr kosten würde, wenn die Mindestlöhne in Bangladesch verdoppelt werden würden, weil die Lohnkosten nur ein bis drei Prozent des Endpreises ausmachen. Warum sorgen Sie angesichts solch marginaler Zusatzkosten nicht für bessere Löhne?

Persson: Noch einmal: Wir besitzen keine eigenen Fabriken, zahlen also die Löhne nicht. Es muss eine Gesamtlösung geben. Es bringt nichts, wenn nur wir allein besser zahlen. Alle Einkäufer müssen an einem Strang ziehen. Wenn wir die Zulieferer zu 100 Prozent auslasten würden, ginge das vielleicht. So ist es aber in der Realität nicht. Wir haben bislang nur vier Fabriken, die ausschließlich für uns arbeiten. Dort probieren wir auch einiges aus. Eine fünfte Fa-

Planet H&M



ABIR ABDULLAH / PICTURE ALLIANCE / DPA

Ausgebrannte H&M-Zulieferfabrik Garib & Garib 2010 in Bangladesch: *„Das war ein Desaster“*

brik ist gerade im Aufbau. Dort werden bereits höhere Löhne gezahlt, und dort wird nur ökologische Baumwolle eingesetzt. Das ist keine Mumbo-Jumbo-Folklore, was wir da machen. Wir meinen es ernst.

SPIEGEL: Interessieren sich Kunden zu wenig für die Herkunft ihrer Kleidung?

Persson: Am liebsten würde ich an jedes Kleidungsstück unseren Nachhaltigkeitsreport hängen. Denn je mehr der Kunde weiß, desto größer wird der Druck auf Firmen, die ihrer Verantwortung nicht nachkommen. Insofern ist der öffentliche Druck gut. Das zwingt uns, mehr zu machen. Ich gebe zu, vor 20 Jahren hatten weder wir noch andere Firmen das Thema Nachhaltigkeit auf dem Radar, weil der Druck fehlte. Aber die Fortschritte seither sind enorm – zumindest für uns.

SPIEGEL: Kam es für Sie nie in Frage, eigenen Fabriken aufzubauen?

Persson: Nein, das wäre ein komplett anderes Geschäftsmodell. Unser Geschäft ist Design und Handel, darin haben wir lange Erfahrung, darauf wollen wir uns fokussieren. Kaum ein Händler hat eigene Fabriken. Das muss aber kein Nachteil sein. Wir haben trotzdem Millionen Menschen Jobs gegeben, die vor 20 Jahren noch in Armut lebten. Das ist phantastisch. Wir sorgen für ein besseres Leben.

SPIEGEL: Jetzt tun Sie so, als hätten Sie keine ökonomischen Interessen, sondern wären eine Charity-Organisation.

Persson: Nein, da verstehen Sie mich falsch. Wir sind ein profitorientiertes und wettbewerbsfähiges Unternehmen. Wir sind aus vier Gründen in Bangladesch oder China: geringe Kosten, gute Qualität, Nachhaltigkeit und Marktnähe. Trotzdem ist es für mich kein Widerspruch, kostengünstig zu produzieren und Wohlstand vor Ort zu schaffen.

SPIEGEL: Das Kampagnennetzwerk „Avaaz“ hat Sie vor kurzem in einer Anzeige abgebildet, auf der auch eine trauernde Frau aus Bangladesch zu sehen war. Die Frage lautete: „Enough Fashion Victims?“ Was geht Ihnen durch den Kopf, wenn Sie so etwas sehen?

Persson: Als weltweit agierendes Unternehmen sind wir nun mal eine Zielscheibe. Das finde ich zwar unfair, weil wir im Gegensatz zu vielen anderen hart an Verbesserungen arbeiten. Gemessen an anderen Ungerechtigkeiten, die es weltweit gibt, ist das aber marginal, und ich kann gut damit leben.

SPIEGEL: Es wurde zum Boykott von H&M aufgerufen. Spüren Sie Auswirkungen?

Persson: Nein. Wir hatten bisher ein gutes Jahr, obwohl die Textilbranche als Ganzes gerade Probleme hat. Dennoch ist es natürlich nicht hilfreich, wenn zum Boykott aufgerufen wird. Deshalb sprechen wir auch mit kritischen Institutionen oder Nichtregierungsorganisationen. Viele von denen sagen, wir machen einen guten Job. Ist er perfekt? Nein. Aber die Kunden müssen verstehen, dass das ein langfristiger Einsatz von unserer Seite ist.

SPIEGEL: Liegt das nicht auch daran, dass die Geschäftsphilosophie von H&M, also immer schneller, immer mehr und immer günstiger zu verkaufen, dem Prinzip von Nachhaltigkeit entgegensteht?

MARKUS MARCETIC / AGENTUR FOCUS / DER SPIEGEL

Persson beim SPIEGEL-Gespräch*
„Keine Mumbo-Jumbo-Folklore“

Persson: Nein. Konsum ist etwas Gutes. Kein Unternehmen der Welt würde sich mit weniger Absatz, weniger Kunden, weniger Arbeitsplätzen zufriedengeben, nur weil das gut für die Umwelt ist. Wachstum ist ein Antreiber. Man muss den Prozess nur gestalten, der Profit muss nachhaltig erwirtschaftet werden. Unsere Kunden sollen sich sicher sein, dass das bei H&M an erster Stelle steht.

SPIEGEL: Die deutsche Eco-Fashion-Firma Hess Natur verkauft ihre T-Shirts für 19,95 Euro und verdient daran nur 28 Cent. H&M verkauft T-Shirts für 4,95 Euro. Wie viel verdienen Sie daran?

Persson: Das weiß ich nicht. Aber unser durchschnittlicher Gewinn liegt bei mehr als zehn Prozent. Firmen wie Hess Natur beziehen keine so großen Mengen wie wir. Sie sorgen auch nicht für so viele Jobs weltweit. Dennoch: Auch wir haben das Ziel, komplett faire Mode herzustellen. Mir schwebt ein weltweit gültiges Siegel für die Branche vor, ähnlich wie das Fair-Trade-Siegel beim Kaffee. Nur wer sich an definierte Standards bei Löhnen, Umwelt und sozialen Aspekten hält, soll es an seine Textilien hängen dürfen. Dann können die Kunden entscheiden, wo und was sie kaufen.

SPIEGEL: Haben nicht gerade Sie die Kunden erst dazu erzogen, immer schneller zu konsumieren? H&M bietet jeden Tag neue Kleidungsstücke in seinen Geschäften an. Wer braucht das?

Persson: Das ist eine philosophische Frage. 99 Prozent der Dinge des Alltags benötigen wir nicht, den regelmäßigen Friseurbesuch genauso wenig wie neue Kleidung. Was hieße es denn, wenn wir alle 20 Prozent weniger konsumieren? Es würde bedeuten: 20 Prozent weniger Jobs, 20 Prozent weniger Steuern, 20 Prozent weniger Geld für Schulen, Ärzte, Straßen. Die Weltwirtschaft würde zusammenbrechen. Ich bin der festen Überzeugung, dass die Welt durch Wachstum heute besser ist als vor 20 Jahren. Und sie wird in 20 Jahren besser sein als heute.

SPIEGEL: Würden Sie im Zweifel dennoch auf Wachstum und Gewinn verzichten, um nachhaltiger zu werden?

Persson: Das ist eine schwierige Frage. Ich könnte Ihnen jetzt sagen, wir investieren morgen fünf Milliarden Euro in Nachhaltigkeit. Würde das etwas bringen? Ja, denn wir glauben, dass Wachstum, Profit und Nachhaltigkeit keine Gegensätze sind. Aber wir wollen sowohl ein faires als auch profitables Unternehmen sein, denn sonst könnten wir keine neuen Filialen eröffnen, keine Designs mehr produzieren, keine neuen Jobs schaffen. H&M gäbe es bald nicht mehr.

SPIEGEL: Herr Persson, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Mit den Redakteuren Janko Tietz und Susanne Amann in Stockholm.

KONZERNE

Flucht nach vorn

Zusammen mit einem Milliardär verfolgte E.on in Brasilien ehrgeizige Pläne. Die muss der Energieversorger nun allein umsetzen, der Partner steckt in Schwierigkeiten.

Börsenankündigungen und Presseerklärungen waren bereits geschrieben, lediglich Daten, genaue Summen und die Uhrzeit mussten noch eingesetzt werden. Bis vier Uhr morgens saß in der Nacht zum Donnerstag ein ganzes Team von Spezialisten in der Düsseldorfer Zentrale des Energiekonzerns E.on bereit, um die frohe Kunde aus Brasilien möglichst schnell an Aktionäre und Finanzmärkte zu verteilen.

Doch die Lateinamerikaner ließen sich Zeit. Erst am Donnerstag, kurz vor Mittag, kam die erlösende Mitteilung aus Rio de Janeiro. E.on, hieß es darin, habe sich zusammen mit anderen Partnern zu einer Kapitalerhöhung von rund 270 Millionen Euro bei seiner brasilianischen Stromtochter MPX entschlossen. Rund 135 Millionen davon werde der Düsseldorfer Energieriese kurzfristig aufbringen. Gleichzeitig lege der bisherige Aufsichtsratschef und Firmengründer Eike Batista seine Ämter bei MPX mit sofortiger Wirkung nieder.

„Das ist ein Befreiungsschlag“, freute sich E.on-Chef Johannes Teyssen in London, wo er mit Siemens-Chef Peter Löscher einen großen Offshore-Windpark einweihte. Denn für die Wachstumspläne des Firmenlenkers war der frühere brasilianische Multimilliardär und Inhaber eines riesigen Firmenimperiums in den vergangenen Wochen und Monaten zu einem ernsthaften Risiko geworden.

Noch im vorigen Jahr hatte das US-Magazin „Forbes“ den Brasilianer mit deutscher Abstammung zum siebtreichsten Mann der Welt erkoren. Inzwischen hat er rund zehn Milliarden Dollar und damit mehr als die Hälfte seines Vermögens verloren. Der Börsenwert seiner Öl-und-Gas-Firma sank seit 2011 zeitweise um 98 Prozent – Batistas Versprechen zu künftigen Umsätzen und Gewinnen hatten sich als allzu windig erwiesen.

Als dann auch noch Rating-Agenturen die Kredite seines Unternehmens auf Ramschniveau absenkten, musste Batista in immer kürzeren Abständen immer größere Teile seines Vermögens verkaufen.

Finanzmärkte und Investoren, sagt Teyssen, hätten einfach kein Vertrauen mehr in den Geschäftsmann. Brasilianische Zeitungen formulierten es drastischer: Jahrelang habe Batista den Investoren „Luft in Tüten“ verkauft, nun erhalte er die Quittung.

Auch die gemeinsam mit E.on gehaltene Stromtochter MPX drohte in den Strudel zu geraten. Da half es auch nicht, dass E.on seinen Anteil bereits im März von knapp 12 auf rund 36 Prozent aufgestockt und den Brasilianern weitere 700 Millionen Euro überwiesen hatte. Der damals gefasste Plan, über eine Kapitalerhöhung Geld an der Börse zu beschaffen, um die Expansionsziele der Stromtochter zu finanzieren, „war mit Batista und den Problemen in seinem Firmenimperium nicht mehr umzusetzen“, sagt Teyssen. Und so beschloss der deutsche Manager, die Flucht nach vorn anzutreten und Batista aus seiner eigenen Firma zu verbannen. Damit hat E.on zumindest für eine Übergangszeit faktisch die Führung bei MPX in Brasilien übernommen – ein Schritt, der so nie geplant war.

RICARDO MORAES / REUTERS

ROLF VENNENBERND / DPA

MPX-Gründer Batista, E.on-Chef Teyssen
Zum ernsthaften Risiko geworden

Eigentlich war Teyssen überglücklich, als Batista ihn im Jahr 2012 als Juniorpartner für die „gewaltigen Aufgaben“ in Brasilien auserwählt hatte. Das boomende Schwellenland Brasilien, so Batistas Versprechen an Investoren, werde in den nächsten Jahren neue Kraftwerke brauchen. Viele davon werde MPX mit Unterstützung der Regierung bauen.

Rund 350 Millionen Euro für einen Anteil von knapp zwölf Prozent schienen Teyssen ein vertretbarer Preis, um in einem solchen Wachstumsmarkt dabei zu sein, auch wenn die Firma damals noch nicht viel vorzuweisen hatte.

Dafür trumpfte Batista bei der Vertragsunterzeichnung mächtig auf. Der E.on-Chef durfte den im Wohnzimmer des Milliardärs geparkten 450 000 Euro teuren McLaren-Mercedes-Sportwagen bestaunen. Dazu gab es Champagner, Samba-Rhythmen und signierte Trikots der brasilianischen Fußballlegenden Pelé und Cacau.

Er habe den „idealen Partner“ für das Geschäft in Brasilien gefunden, frohlockte Fußballfan Teyssen damals. Selbst jetzt, da Batista weg ist, will er von „Aufschneiderei oder windigen Geschäften“ nichts wissen – schon gar nicht in Bezug auf die Stromtochter MPX. „Das Geschäftsmodell“, sagt Teyssen, sei „nach wie vor überzeugend und bietet die Chance auf Wachstum und Gewinne“. Nur müsse man die Sache nun eben selbst machen.

In Russland habe man gezeigt, dass E.on zu solchen Geschäften in der Lage sei. Dort hat der Konzern in den vergangenen Jahren rund fünf Milliarden Euro in den Aufbau neuer Kraftwerke investiert, in diesem Jahr erhalte er aus der russischen Gesellschaft, so Teyssen, immerhin rund 400 Millionen Euro allein an Dividenden.

Ähnlich erfolgreich soll das Geschäft nun auch in Brasilien laufen. Das Management wurde neu aufgestellt, als Aufseher setzte Teyssen mit E.on-Vorstand Jørgen Kildahl einen engen Vertrauten ein.

An der Strategie der Firma soll sich nichts ändern. MPX will in ganz Brasilien Windparks und Kraftwerke bauen. Lediglich beim Tempo muss E.on möglicherweise ein paar Abstriche machen. Kapazitäten von 20 Gigawatt, das entspricht einer Leistung von 20 Atomkraftwerken, wollte MPX in kürzester Zeit aufbauen und damit zum Marktführer in Brasilien aufsteigen.

Doch diese Ankündigung, sagt Teyssen vorsichtig, „stammt noch aus der Zeit von Batista“. Soll heißen: Sie war, wie so vieles, vielleicht ein wenig übertrieben.

FRANK DOHMEN

Rothschild-Bank in Zürich: *Eine der vornehmsten Adressen der Geldvermehrung*

Beklagter Preston, Investoren Prinz zu Schleswig-Holstein, Henkel: *Großes versprochen*

TOM HUBER / 13 PHOTO / DER SPIEGEL (O.); MIT SLOAN (L.); DANIEL REINHARDT / PICTURE ALLIANCE / DPA (M.); FRANK MÜLLER / ACTION PRESS (R.)

AFFÄREN

Alchemie für Reiche

Erregung in feinsten Kreisen: Ein Rothschild-Berater soll eine adlige Kundin in Deals getrieben haben, bei denen sie 44 Millionen Dollar verlor. Nun klagt sie in den USA.

Schwer zu sagen, wann die Millionärin Corinna von S. anfing, an das Wunder der Alchemie zu glauben, an die Verwandlung von Schrott in kostbares Metall. Und dass man sein Geld kaum besser anlegen kann als in eine Firma, die diese Wundertechnik beherrschen soll. Aber zumindest enthält die Schadensersatzklage, die ihre Anwälte jetzt beim Superior Court von Massachusetts eingereicht haben, zwei Hinweise, wie es so weit kommen konnte.

Der erste: Zwischen 2004 und 2006 besuchte Corinna von S. ein Labor in Fall River, USA – ein Labor der Firma AOM, in die sie so viel Geld steckte. Sie bekam zwei Bröckchen überreicht, auf einem Aufkleber stand in Rot: „Mit diesem Metall, aus einem der ersten AOM-Experimente, ist es der Menschheit erstmals gelungen, ein Element umzuwandeln."

Faszinierend. Erst recht, weil der Firmenchef um Verständnis bat, dass sie kein Stück Papier über die angebliche Pioniertat mitnehmen dürfe. Alles topsecret.

Und zweitens war da laut Klage im Jahr 2006 noch ein Treffen: Gerade als Corinna von S. zum AOM-Chef vorgelassen wurde, ließ der sich von einem Security-Experten beraten. Wie Corinna von S. das damals verstand – verstehen sollte? –, ging es um die Sicherheit des Managers. Worauf er achten müsse, wenn er in Kürze weltberühmt sei, wegen dieser grandiosen Erfindung, die alles verändern werde.

Klingt wie eine Räuberpistole? Mag sein, aber eine mit großem Kaliber. Denn der Verlust, den die Schweizer Adlige in einem US-Firmengestrüpp erlitten hat, liegt laut Klage bei 44 Millionen Dollar. Und für den Schaden soll die Rothschild-Bank in Zürich mithaften, eine der vornehmsten Adressen für die Geldvermehrung gehobener Kreise. Die Bank soll zugeschaut haben, wie ihr Kundenbetreuer die reiche Dame ins Desaster stürzte.

Ende Mai ist der Prozess in Boston mit einer Anhörung angelaufen; er verspricht nicht nur einen hässlichen Streit um schnödes Geld, über das man in diesen Kreisen eigentlich nicht redet. Er verströmt auch den unangenehmen Geruch von Zank, zerbrochener Freundschaft und verlorenem Ansehen.

Die Klägerin Corinna von S. kommt aus Meggen, einem Dorf am Vierwaldstätter See, bekannt für seine niedrigen Steuersätze und eine umso höhere Millionärsdichte. Allerdings gehört sie zu der Sorte reicher Menschen, von denen Leser des „Goldenen Blatts" noch nie gehört haben, was auch daran liegen kann, dass Frau S. bis 2002 nicht mal selbst etwas von ihrem wahren Reichtum gehört hatte. Erst nach dem Tod ihrer Mutter, so die Klageschrift, habe sie erfahren, dass einer ihrer Vorfahren nicht nur ein Pionier des Chemieriesen Ciba-Geigy war. Er hatte auch ein Aktienpaket der Firma hinterlassen, deren Nachfolger heute Novartis heißt. Wert: rund 200 Millionen Euro.

Mit dem SPIEGEL wollte Corinna von S. nicht reden; glaubt man ihren Beratern, hat sie allein schon die Anfrage so enerviert, dass sie tagelang verstört gewesen sei. Das passt in das Bild, das ihre Anwälte auch vor Gericht zeichnen wollen: auf der einen Seite eine naive, schüchterne Frau, auf der anderen ausgefuchste Profis auf der Jagd nach „stupid money", dem Geld der Dummen.

Auf der anderen Seite des Falls – und des Atlantiks – steht John T. Preston, als Kopf diverser Firmen, in die das Geld aus der Schweiz floss. Für einen Mann, der windige Geschäfte gemacht haben soll, hat er exzellente Referenzen: Bis in die Neunziger war er Direktor am MIT in Cambridge, der wohl renommiertesten Technischen Hochschule der Welt. Preston kümmerte sich um die Vermarktung dessen, was MIT-Forscher herausfanden. In seinem Lebenslauf tauchen auch Auftritte als Sachverständiger im US-Kongress auf, dazu Jobs für das US-Verteidigungsministerium und die Nasa.

Bekannt war er allerdings auch für eine Vorlesung, bei der er Studenten in die „Elevator Speech" einführte. Also in die Kunst, sich an mögliche Geldgeber heranzuwanzen, sie für ein Projekt zu begeistern, wenn man dafür nur so viel Zeit hat, wie die Fahrt mit ihnen im Aufzug dauert. Und weil Start-ups meist kaum Geld haben, lernten sie als goldene Regel für Cocktailpartys, auf denen man wichtige Leute trifft: nie die Party selber schmeißen. „Never spend your own money."

Als Preston dann 1999 mit einem Partner die AOM gründete, verließ er sich offenbar auf beides, sein Renommee und seine goldene Regel. Preston versprach

Großes. In der Klage ist tatsächlich von „Alchemie“ die Rede. Eine Art elektromagnetische Maßschneiderei, bei der normalen Metallen erstaunliche Eigenschaften angehext werden sollten. Kupfer würde magnetisch werden, Eisen so hart wie Diamanten. 100 Millionen Dollar sei AOM wert, behauptete Preston 2003 laut Klage.

Damit überzeugte er den deutschstämmigen Investment-Experten Johan von der Goltz, der mit seiner Firma in Boston Risikokapital einsammelt. Von der Goltz hatte die nötigen Beziehungen zu Geldgebern in Europa. Schon kurze Zeit später machte er Preston mit einem Freund bekannt: Wilfrid Baron von P., 71, alter deutscher Adel, verheiratet mit einer geborenen Prinzessin zu Schleswig-Holstein, die wiederum befreundet war mit Corinna von S. Adel unter sich.

Man kennt sich, vertraut sich, verlässt sich auf die Ehre des anderen. Baron von P., damals Direktor bei der Privatbank Rothschild in Zürich, hatte mit Corinna von S. noch keine Geschäfte gemacht. Aber kaum dass sie 2002 geerbt hatte, sollte sich das ändern. Baron von P. hatte einen heißen Tipp für sie: AOM.

Zunächst lagen die Novartis-Aktien der reichen Dame aber noch bei einer anderen Bank. Glaubt man ihren Anwälten, machte Baron von P. Druck, einen Teil zu verkaufen. Das „Klumpenrisiko“ sei zu groß, sie solle ihr Vermögen streuen. Den Erlös überwies Corinna von S. zur Rothschild-Bank, wie empfohlen. Dort eröffnete sie sechs Konten, jedes für eine andere Anlagestrategie. Für die riskanteste, Unternehmensbeteiligungen, sollten höchstens 5 Prozent verwendet werden. Am Ende, so die Klage, seien daraus 40 Prozent geworden.

Anfang 2004 kaufte Corinna von S. zum ersten Mal AOM-Aktien, für zehn Millionen Dollar. Preston hatte ihr angeblich versichert, die AOM-Technik stehe knapp vor der Marktreife; noch ein Test, dann sei es so weit. Doch so wenig sie je einen Prospekt oder Geschäftspläne gesehen haben will, so wenig soll die Bank die Firma durchleuchtet haben, klagt sie heute. Im Gegenteil: Berater P. habe sogar gesagt, das sei unnötig.

Selbst dann, als er ihr 2006 nahelegte, noch mal vier Millionen in die Firma zu stecken. Da stand AOM angeblich immer noch kurz vor dem Durchbruch; Preston soll den Firmenwert inzwischen sogar mit 500 Millionen Dollar beziffert haben.

Die Anwälte der Millionärin erklären die Vorliebe ihres Beraters für AOM damit, dass Baron von P. auf beiden Seiten kassiert haben soll: Erst habe er sich von seiner Kundin zehn Prozent ihrer AOM-Aktien übertragen lassen – als Belohnung, dass er die AOM ausfindig gemacht habe. Dann soll er auch von Preston noch AOM-Aktienoptionen im Wert von 250 000 Dollar angenommen haben.

Offenbar glaubte auch der Baron an die Erfolgsstory. Sonst hätte er sich – laut Klage – kaum mit Anteilen bezahlen lassen, die sich später als so gut wie wertlos herausstellten: Die AOM-Aktien der Schweizer Adligen, einst für 14 Millionen Dollar gekauft, würden ihren Anwälten zufolge heute noch 53 000 Dollar bringen.

Auch nachdem sich Baron von P. 2006 selbständig gemacht hatte, arbeitete er weiter als Anlageberater der Millionärin. Und auch die Rothschild-Bank blieb offenbar im Geschäft: Zu Terminen für seine Kundin fuhr der Baron angeblich weiter in die Bank; eine Visitenkarte wies ihn laut Klage als „Berater von Rothschild“ aus. An den Geschäften mit Corinna von S. soll Rothschild über die Jahre 450 000 Franken verdient haben.

ANZEIGE

Wie es um die US-Anlage stand, soll Corinna von S. dagegen niemand verraten haben. 2010 brauchte Preston erneut frisches Geld für die AOM, die er inzwischen in CET umgetauft hatte. Kein gutes Zeichen. Doch da hatten Preston und der Baron den Blick der Millionärin längst auf andere Firmen gelenkt: wieder Preston-Firmen, denen angeblich ein raketenhafter Aufstieg bevorstand, mit Namen wie Texas Syngas oder NC 12.

Nicht nur Corinna von S. ließ sich ködern. Als Anleger mit dabei in Prestons Firmengeflecht waren nun auch Waschmittelmilliardär Christoph Henkel, der mit P. verschwägerte Christoph Prinz zu Schleswig-Holstein, eine Kölner Bankiersgattin. Damals alles Gläubige John Prestons, heute vermutlich eher seine Gläubiger, wie Corinna von S. Denn NC 12, die frühere Texas Syngas, musste Insolvenz anmelden, und über CET, die frühere AOM, schrieb Preston 2011 selbst: „Entweder ist die Firma eine große Summe Geld wert oder gar nichts.“

Die meisten Investoren wollen sich dazu nicht äußern. Der Kölner Bankiersfrau ist die Sache heute unangenehm: „Ich habe auch Geld verloren“, sagt sie nur. Die Privatbank Rothschild weist im Fall Corinna von S. alle Vorwürfe „kategorisch zurück“. Man werde sich „dagegen mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln wehren“. Zu einzelnen Sachverhalten könne man sich wegen des laufenden Verfahrens aber derzeit nicht äußern. Preston und Baron von P. reagierten nicht auf eine SPIEGEL-Anfrage. Anders Investment-Experte von der Goltz: Preston habe ihn einst von „technisch hochinteressanten Möglichkeiten“ überzeugt. Heute würde er aber nie mehr in eine Preston-Firma investieren; er habe selbst Geld verloren. Und über den Baron sagt er: „Das war ein enger Freund.“ Betonung auf „war“. Corinna von S. tue ihm leid.

Ein Prüfbericht, den die Anwälte der Millionärin 2011 bei einer Beraterfirma in Auftrag gaben, kam zu vernichtenden Ergebnissen: Baron von P. habe Informationen von Preston meist nur mündlich erhalten, allerdings auch mal Telefonkonferenzen geschwänzt. „Das Fehlen eines Investorenprospektes und unabhängiger Prüfungen“ seien „Stopp-Zeichen“, die P. nicht beachtet habe. Und AOM und CET seien in Wahrheit nie über Forschungen im Frühstadium hinaus gekommen, Texas Syngas und NC 12 kaum weiter.

Preston sagte den Prüfern, er wünsche sich nichts sehnlicher als Erfolg für seine Firmen. Die Prüfer unterstellen ihm keine Betrugsabsicht, wohl aber, dass er vor lauter Technikbegeisterung seine Pflicht vergessen habe, „offensichtliche Probleme korrekt zu lösen“. Zu denen gehörte demnach auch eine „unglaublich hohe Geldverbrennungsrate“, etwa für Jahresgehälter von 500 000 Dollar und mehr.

Im Superior Court, Raum 1309, wies der Richter nun Ende Mai die Rothschild-Bank an, interne Papiere herauszurücken. Der Anwalt des Barons argumentierte dagegen, das US-Gericht sei nicht zuständig. Ob das der Richter auch so sieht, wird sich wohl im August zeigen. Beim nächsten Treffen im Kampf um Geld und Ehre.

Jürgen Dahlkamp, Jörg Schmitt, Sebastian Schneider

LIBYEN

Nato warnt vor Anarchie

Libyen stehe knapp zwei Jahre nach dem Sturz des Diktators Muammar al-Gaddafi vor dem Zerfall – warnt eine Nato-Delegation, die Ende Juni das Land bereiste. „Alle Parteien in Libyen sind der Ansicht, dass die derzeitige Lage des Landes fragil und unhaltbar ist“, heißt es in dem vertraulichen Bericht der Delegation, der dem SPIEGEL vorliegt. „Armee und Polizei sind derzeit nicht in der Lage, die Sicherheit zu garantieren“, so die Abgesandten. In Libyen befinde sich „das weltweit größte ungesicherte Arsenal von Waffen“, darunter Minen, Munition sowie tragbare Flugabwehrsysteme. „Die Unfähigkeit der libyschen Behörden, die Kontrolle über das Staatsgebiet herzustellen, hat es kriminellen und anderen bewaffneten Gruppen einschließlich transnationalen Dschihadisten-Netzwerken erlaubt, Libyen als Basis oder Transit für militärische Aktivitäten zu nutzen“, heißt es weiter. Der libysche Außenminister Mohammed Imhamid

ISMAIL ZETOUNI / REUTERS

Milizionäre in Tripolis

Abd al-Asis wird mit den Worten zitiert, Libyen werde zu einem „gescheiterten Staat“ („failed state“), wenn die internationale Gemeinschaft nicht eingreife. Die Regierung in Tripolis hat die Nato gebeten, den Aufbau einer bis zu 35 000 Mann starken Nationalgarde zu unterstützen. Doch die Militärexperten aus Brüssel äußern Zweifel an dem Konzept. Sie bemängeln, dass die neue Truppe direkt dem libyschen Premierminister unterstehen soll. Zudem müssten auf jeden Fall die regierungskritischen Revolutionsgarden mit einbezogen werden. „Sie zu ignorieren ist vollkommen unrealistisch.“ Aber es mangle den Regierungsstellen an der „Fähigkeit, Rat anzunehmen und umzusetzen“.

WELTHANDEL

Chinesischer Kanal

Der Mann, der eine neue Ära im Welthandel heraufbeschwört, ist 40 Jahre alt, lebt mit Mutter, Bruder und Tochter in Peking und hat Chinesische Medizin studiert. Wochenlang war über Wang Jing spekuliert worden, nun stellte sich der Multimillionär, der einen neuen Kanal zwischen Pazifik und Atlantik bauen will, der Öffentlichkeit vor. Das Projekt, Mitte Juni von Nicaraguas Parlament bewilligt, soll 40 Milliarden Dollar kosten und wäre eine Alternative zum 99 Jahre alten Panamakanal, der gerade für mehr als fünf Milliarden Dollar erweitert wird. Der Nicaragua-Kanal solle deutlich breiter und tiefer werden – und sei damit geeignet, viel größere Schiffe aufzunehmen, so Wang. „Die Aussichten sind gut und werden jeden Investor zum Lächeln bringen.“ Allerdings wäre die neue Wasserstraße mit 286 Kilometern auch mehr als dreimal so lang wie der Panamakanal und würde, wie Umweltschützer kritisieren, wohl durch den Nicaragua-See führen, die größte Süßwasserreserve Zentralamerikas. Wang behauptet, die Bewohner der Kanalzone freuten sich auf die Jobs, die der Bau bringe. Bei einem Besuch hätten sie ihn mit „China!“- und „Kanal!“-Rufen begrüßt. Ende 2014 soll Baubeginn sein. Nicaraguas linksgerichteter Präsident Daniel Ortega – mit dessen Sohn der Investor befreundet ist – verfolgt mit dem Kanal auch ein politisches Ziel: Wangs Firma soll die Konzession für 50 Jahre erhalten, das ist eine Provokation für die US-Regierung. Denn damit würden Nicaragua und eine chinesische Firma einen Engpass des Welthandels kontrollieren.

UKRAINE

Flammende Wut

Eine Vergewaltigung – ausgerechnet durch Polizisten – hat landesweite Empörung und eine Debatte über Behördenwillkür ausgelöst. Zwei Männer waren in dem südukrainischen Ort Wradijewka über eine Frau hergefallen, ein Taxifahrer schaute seelenruhig zu. Weil die örtliche Polizei ihre Kollegen zunächst unbehelligt ließ, versammelten sich rund tausend Einwohner vor dem Revier. Sie warfen Steine und steckten das Gebäude in Brand. Der Oppositionspolitiker und Boxweltmeister Vitali Klitschko sagte, der Fall sei ein „Weckruf für die Gesellschaft“. Immer wieder werden in der Ukraine ähnliche Skandale bekannt: Polizisten oder Politiker begehen Verbrechen – und bleiben straffrei. Im März vergangenen Jahres hatten drei Männer in Nikolajew die 18-jährige Oksana Makar vergewaltigt, angezündet und auf einem Baugelände zurückgelassen. Obwohl die Frau drei Wochen später starb, erhob die Staatsanwaltschaft nicht einmal Anklage. Zwei Täter sind Söhne ehemaliger, aber immer noch einflussreicher Regierungsbeamter. Erst nach Protestmärschen in Kiew und Nikolajew wurden die Männer zu hohen Haftstrafen verurteilt.

GLEB GARANICH / REUTERS

Protest gegen Polizeiwillkür in Kiew

ANTONIO BRONIC / REUTERS

Neuer Vorposten Kroatien lässt seine Polizisten mit modernen Nachtsichtgeräten ausstatten. Denn seit das Land vor einer Woche der Europäischen Union beigetreten ist, hat es 1350 Kilometer EU-Außengrenzen zu bewachen. Jenseits davon liegen Bosnien, Serbien und Montenegro – und die sogenannte Balkanroute. Über diese schaffen Schmuggler illegale Einwanderer und Drogen nach Europa. Kroatien ist das 28. EU-Land. Nach dem Zerfall Jugoslawiens hatte es die Unabhängigkeit erkämpft. Heute setzt sich Zagreb dafür ein, dass auch der Ex-Feind Serbien der EU beitreten kann.

PAKISTAN

Gegen die Extremisten

Unter dem neuem Premier Nawaz Sharif könnten sich die Beziehungen zu Indien entspannen. Um einen Friedensprozess in Gang zu bringen, vereinbarten Sharifs außenpolitischer Berater und Indiens Außenminister am Rande einer Konferenz südostasiatischer Staaten in Brunei, enger zusammenarbeiten zu wollen. Spätestens im September könnten auch Sharif und der indische Premier Manmohan Singh zusammenkommen. Sharif will mit Indien über den Kauf von Strom verhandeln. Mit seinen Signalen der Versöhnung knüpft der Premier an den legendären Friedensprozess von Lahore an, den er in einer früheren Amtszeit 1999 anstieß. Damals scheiterte er am Widerstand des pakistanischen Militärs. Diesmal provoziert Sharif den Unmut heimischer Extremisten: Pakistan dürfe keinen Strom von Indien kaufen, fordert Hafis Said, Chef der islamistischen Organisation Jamaat-ud-Dawa. „Indien produziert Strom mit pakistanischen Flüssen und bietet uns diesen dann zum Kauf an.“ Said gilt mit als Drahtzieher des Terroranschlags auf die indische Metropole Mumbai 2008; für seine Ergreifung haben die USA eine Belohnung von zehn Millionen Dollar ausgesetzt.

GAILLARD / LE FIGARO MAGAZINE / LAIF

Militärzeremonie an der indisch-pakistanischen Grenze

Einsatz gegen Anhänger der Muslimbrüder in Kairo: *„Wir sind die Opfer eines kriminellen Staatsstreichs“*

KHALIL HAMRA / AP / DPA

ÄGYPTEN

Revolution reloaded

Volk und Militär haben zusammen die Regierung von Präsident Mursi gestürzt. Ein Zeichen fehlender Demokratie – oder genau das Gegenteil? Der Aufstand aus Sicht einer Tamarud-Aktivistin, eines Unpolitischen und eines Muslimbruders.

Entschuldigung, Jasmin, eine Frage: Wie legitim ist so eine Revolution, wenn das Volk die Armee herbeizwingen muss? Das kommt einem doch vor wie auf dem Spielplatz, auf dem einer Streit anfängt, weil er weiß, dass der Lärm den großen Bruder herbeiruft?

Eine wichtige Frage, sagt Jasmin al-Guschi, auch ihre Freunde finden das, sehr wichtige Frage, klar, auf jeden Fall. Man wird sie später beantworten, okay?

Dies ist nicht der Moment für schwierige Fragen, nicht jetzt, nach getaner Revolution. In den vergangenen Wochen hat die sanfte, schöne Jasmin ein Dutzend Mal ihr Leben riskiert, sie wäre beinahe im Gefängnis gelandet, und gestern, am Mittwochabend, haben sie endlich gesiegt.

Bis vier Uhr morgens tanzten, sangen, jubelten sie vor dem Präsidentenpalast in Kairo, danach gingen sie zusammen in die konspirative Wohnung, die sie vor zwei Monaten gemietet hatten, im obersten Geschoss eines zehnstöckigen Hauses, kein Namensschild an der Tür. Nur neun Menschen wussten, dass hier die Revolution wohnte, sagt Jasmin. Sie nennen die Wohnung „Control Room“, hier stehen immer noch ihre Computer, hier haben sie einen Teil der Unterschriftenlisten versteckt.

In der Nacht nach dem Sieg waren sie froh und erleichtert, erzählt Jasmin, allein schon deshalb, weil sie nicht im Gefängnis gelandet waren. Sie waren aufgedreht, und sie feierten Mahmud Badr, ihren gewählten Anführer, der hinter Armeechef Abd al-Fattah al-Sisi saß, als dieser die entscheidenden Worte in die Kameras sprach: Präsident Mohammed Mursi habe die Forderungen des Volkes enttäuscht, er werde durch den Verfassungsrichter Adli Mansur ersetzt; es solle bald gewählt werden, bis dahin würden Technokraten regieren.

Ein Symbol für diesen Umsturz war das, wie sie da saßen: in der Mitte der General, um ihn herum der koptische Papst, der Großscheich der islamischen Azhar-Universität, der Friedensnobelpreisträger Mohamed ElBaradei – und eben er, Mahmud Badr, Anführer der

rebellischen Jugend. Er trat gleich nach dem General ans Rednerpult und hielt eine bewegende Ansprache.

Doch was genau ist an diesem Abend geschehen? Wie soll man es nennen, wenn Volk und Militär zusammen die Regierung stürzen? Ist das ein Zeichen mangelnden demokratischen Bewusstseins – oder genau das Gegenteil?

Irgendwann wurden die Rebellen schließlich doch müde in ihrem Control Room. Draußen war es wieder hell geworden, um acht Uhr legte sich Jasmin al-Guschi dann in eines der Feldbetten, die sie dort aufgestellt hatten. Ihr letzter Gedanke, bevor sie die Augen schloss: Wir können alles erreichen.

Jasmin al-Guschi ist eine junge Frau aus Kairo, 25 Jahre alt, freundlich, unauffällig. Sie trägt ein helles Kopftuch, hat einen Freund, liebt Verdi-Opern und Beethoven-Sonaten, den ägyptischen Schauspieler Adil Imam, außerdem Al Pacino, Robert De Niro und Gamal Abd al-Nasser, den einstigen Präsidenten und Volkshelden. „Ich fürchte, ich habe einen durchschnittlichen Geschmack“, sagt sie.

Doch Jasmin al-Guschi hat die vielleicht größte friedliche Protestbewegung der arabischen Welt mitbegründet: Tamarud, Rebellion. Dabei waren sie am Anfang nur neun junge, wütende Ägypter aus der Mittelschicht, doch sie rekrutierten Helfer, organisierten, planten monatelang. Am Ende brachten sie angeblich 22 Millionen Unterschriften gegen Mursi zusammen und rund drei Millionen Menschen auf die Straße – und sie brachten damit das Militär dazu, im Namen des Volkes zu putschen.

Präsident Mursi, ein Muslimbruder, ins Amt gewählt vor einem Jahr, wurde abgesetzt und in Hausarrest genommen; mehrere Anführer der Bruderschaft wurden vorübergehend verhaftet, ihre Sender abgeschaltet, ihre Zeitungen nicht gedruckt.

Verwirrte westliche Politiker kritisierten die Mittel, aber lobten den Zweck; scheuten das Wort Putsch und sprachen lieber von einer Militärintervention, unternommen, um Schlimmeres zu verhindern. Seit Ende Juni, zählte Human Rights Watch, sind mindestens 39 Ägypter bei Straßenkämpfen ums Leben gekommen.

Während Jasmin al-Guschi den halben Tag nach der Revolution verschläft, während „Apache“-Hubschrauber über den Nilbrücken kreisen, die Luftwaffe ihre Kampfflugzeuge über Kairo hinwegdonnern lässt, geht Mohamed Sharaf pünktlich um neun Uhr morgens ins Büro. Sharaf ist ein Mann von Anfang vierzig, fröhlich, gemütlich, Vater zweier Söhne, Computerexperte. „Ich war ein ganz normaler, harmloser Bürger“, sagt er. „Bis gestern.“

Die Nacht von Mittwoch auf Donnerstag verbrachte Sharaf vor dem Fernseher, er erklärte seinen Jungs die Politik, diskutierte mit seiner Frau. Er sagt, es sei die Nacht gewesen, die für ihn das Ende seines bisherigen Lebens markiere – und den Anfang eines neuen. Sharaf gehörte bis dahin zum unpolitischen Bürgertum, er war einer von jenen, die vorwurfsvoll, wenn auch scherzhaft „Hisb al-Kanaba“ genannt werden, die Kanapee-Partei. Die, die nur auf dem Sofa sitzen und Politik den anderen überlassen. „Aber in den vergangenen zwei Monaten habe ich viel gelernt: Ich muss mich einmischen. Unbedingt! Sonst geht mein Land vor die Hunde. Wir durften Ägypten nicht den Muslimbrüdern überlassen.“

MAGALI CORDUGE / DER SPIEGEL

MAGALI CORDUGE / DER SPIEGEL

DANIEL STEINVORTH / DER SPIEGEL

Mursi-Gegner Guschi, Sharaf, -Anhänger Fausi
„Ich war ein normaler Bürger – bis gestern“

Am Tag nach Mursis Sturz haben die Muslimbrüder sich zurückgezogen in Viertel wie Nasr City, eine Hochburg der Islamisten im Nordosten von Kairo. Schätzungsweise 7000 Menschen haben sich vor der Moschee am Platz Rabaa al-Adawija versammelt, sie haben Zelte aufgebaut, eine ganze Zeltstadt, denn sie wollen bleiben. Vor allem Männer sind da, von jung bis greisenhaft, alle mit strengem Gesicht, viele tragen Bauhelme, halten Baseballschläger und kräftige Stöcke in den Händen. Überall hängen Plakate, die ihren gestürzten Präsidenten zeigen.

Einer der Männer ist Fahmi Fausi, 45 Jahre alt, Buchhalter. Er ist kräftig, bärtig, er trägt eine blaue Baseballkappe. Und er ist wütend. „Die ganze Welt soll es wissen“, sagt er. „Sie haben uns keine Chance gegeben, das Militär, die Christen, die Agenten des Auslands und die Anhänger des alten Regimes, die Tamarud unterwandert haben. Wir Muslimbrüder sind die Opfer eines kriminellen Staatsstreichs.“

Während Fausi erzählt, reihen sich hinter ihm etwa hundert Männer auf, davor ein Einpeitscher mit Megafon. „Wir wollen einen islamischen Staat!“, ruft er. Die Männer brüllen: „Wir wollen einen islamischen Staat! Einen islamischen Staat!“

Drei Ägypter, grundverschieden: Jasmin al-Guschi, die Tamarud-Aktivistin; Mohamed Sharaf, der wachgerüttelte Bürger; und schließlich Fahmi Fausi, der verbitterte Muslimbruder. Sie kennen sich nicht, aber sie haben in den vergangenen Tagen und Wochen mit verteilten Rollen das Schicksal Ägyptens mitbestimmt.

Ohne die zu allem entschlossenen Aktivisten von Tamarud hätte Mohamed Sharaf sich niemals aufgerafft, auf dem Tahrir-Platz zu demonstrieren und den Sturz Mursis zu fordern. Er wäre nicht auf den Gedanken gekommen, dass er sein Leben ändern müsse. Ohne Sharaf und all die anderen unpolitischen, empörten Bürger wäre Tamarud wiederum nur eine Clique von Träumern aus irgendeinem Internetcafé geblieben. Und ohne die Allianz von Tamarud und der Kanapee-Partei wären die Muslimbrüder wohl noch an der Macht – und Fahmi Fausi ein glücklicher Mann. Er hätte aufsteigen können in der straffen Hierarchie der Bruderschaft, mit Aussicht auf mehr Geld und mehr Ansehen.

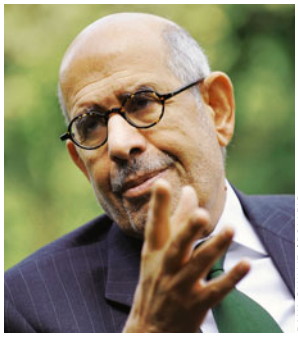
Die Geschichte dieser drei Ägypter ist die Geschichte einer zurückeroberten Revolution oder die eines Putsches – je nach Perspektive. Diese Geschichte begann mit einem „Tag der Wut“ am 25. Januar 2011, sie fand ihren ersten Höhepunkt am 11. Februar 2011, dem Tag, an dem Präsident Husni Mubarak vom Militär zum Rücktritt gezwungen wurde, und dann, vergangene Woche, ihren zweiten Höhepunkt, als sein Nachfolger gestürzt wurde. In der Zwischenzeit gab es ein Verfassungsreferendum, eine Parlaments- und eine Präsidentschaftswahl, es gab Millionenproteste und

„Wir hatten keine andere Wahl“

Friedensnobelpreisträger Mohamed ElBaradei, 71, über die Hintergründe des Militärputsches

SPIEGEL: Herr ElBaradei, Sie haben die autoritäre Herrschaft Mubaraks bekämpft. Jetzt stehen Sie Schulter an Schulter mit den Militärs, die den demokratisch gewählten Präsidenten Ägyptens gestürzt haben. Darf ein Friedensnobelpreisträger mit putschenden Generälen paktieren?

ElBaradei: Lassen Sie mich gleich eines klarstellen: Dies war kein Staatsstreich. Mehr als 20 Millionen Menschen sind auf die Straße gegangen, weil es so nicht mehr weitergehen konnte. Ohne die Absetzung Mursis hätten wir uns auf einen faschistischen Staat zubewegt, oder es wäre zu einem Bürgerkrieg gekommen. Es war eine schmerzliche Entscheidung. Sie war außerhalb des legalen Rahmens, aber wir hatten keine andere Wahl.



DANA SMILLIE / POLARIS

Oppositioneller ElBaradei

SPIEGEL: Soll das die Botschaft sein: Die Straße ist wichtiger als das Parlament?

ElBaradei: Nein. Aber wir hatten gar kein Parlament, sondern nur einen Präsidenten, der zwar demokratisch gewählt war, aber autokratisch regierte und gegen den Geist der Demokratie verstieß: Mursi hat sich mit der Justiz angelegt, die Medien gegängelt, die Rechte von Frauen und religiösen Minderheiten ausgehöhlt. Er hat sein Amt missbraucht, um seine Muslimbrüder an die Schaltstellen zu befördern. Er hat alle universalen Werte mit Füßen getreten. Und er hat das Land wirtschaftlich endgültig in den Ruin getrieben.

SPIEGEL: Wie immer Sie das Vorgehen rechtfertigen, demokratisch ist es nicht.

ElBaradei: Sie dürfen nicht Ihre hohen Maßstäbe an ein Land anlegen, auf dem Jahrzehnte der Autokratie lasten. Unsere Demokratie steckt noch in den Kinderschuhen.

SPIEGEL: Beginnt nun eine Hexenjagd auf die Islamisten?

ElBaradei: Dazu darf es nicht kommen. Das Militär hat mir versichert, dass viele Meldungen über Verhaftungen nicht stimmen, die Zahlen weit übertrieben sind. Wo es zu Festnahmen gekommen ist, soll es triftige Gründe geben, etwa unerlaubten Waffenbesitz. Und die islamistischen TV-Stationen wurden geschlossen, weil sie die Menschen aufgewiegelt haben. Ich fordere zudem seit Tagen, dass wir die Bruderschaft in den Demokratisierungsprozess miteinbeziehen. Niemand darf ohne triftigen Grund vor Gericht gestellt werden. Ex-Präsident Mursi muss mit Würde behandelt werden. Das sind die Voraussetzungen für eine nationale Versöhnung.

SPIEGEL: Viele befürchten das Gegenteil. Im vergangenen Jahr haben auch Sie vor der Gefahr eines Bürgerkriegs gewarnt.

ElBaradei: Gerade um eine blutige Konfrontation zu verhindern, war das Eingreifen des Militärs nötig. Auch wenn die Emotionen hochkochen: Ich hoffe, dass die Gefahr eines Bürgerkriegs gebannt ist.

SPIEGEL: Unterschätzen Sie da nicht die Empörung der Muslimbruderschaft und deren Millionen Anhänger? Warum sollten sie noch Interesse an Wahlen haben?

ElBaradei: Ägypten ist in der Tat zutiefst gespalten. Ohne Aussöhnung haben wir keine Zukunft. Die Muslimbrüder sind ein wesentlicher Bestandteil unserer Gesellschaft. Ich hoffe sehr, dass sie an den nächsten Gesprächen teilnehmen.

SPIEGEL: Vertrauen Sie nicht zu sehr dem Militär, das ja in der Vergangenheit oft eigene Interessen verfolgt hat?

ElBaradei: Das Militär hat sich diesmal nicht an die Macht gedrängt. Es hat kein Interesse, in der Politik offensiv mitzumischen. Die Generäle sind sich bewusst, dass sie eine historische Mitschuld tragen an dem Desaster, in dem das Land jetzt steckt. Deshalb spreche ich die Armee auch nicht frei von Verantwortung.

SPIEGEL: Fürchten Sie nicht, als Feigenblatt missbraucht zu werden?

ElBaradei: Das ist keine Frage des blinden Vertrauens. Das nächste Treffen mit den Generälen ist schon vereinbart, sie hören mir immerhin zu. Meine rote Linie ist: Ich lasse mich mit niemandem ein, der Toleranz und Demokratie missachtet.

SPIEGEL: Gibt es einen Fahrplan für die Übergangszeit?

ElBaradei: Spätestens in einem Jahr sollte es demokratische Wahlen geben. Wir brauchen eine neue Verfassung, die nicht missbraucht werden kann, die Gleichheit und Freiheit jedes Einzelnen festschreibt. Daran werde ich mitarbeiten. Und wir brauchen funktionierende Institutionen, unabhängige Gerichte, Gewaltenteilung.

SPIEGEL: US-Präsident Barack Obama und sein Außenminister John Kerry haben Sie angerufen. Sehen die beiden in Ihnen den kommenden Präsidenten?

ElBaradei: Ich habe versucht, sie von der Notwendigkeit der Absetzung Mursis zu überzeugen. Aber ich sehe mich nicht in der Rolle des künftigen Staatschefs. Ich möchte meinen Einfluss nutzen, um die Ägypter zusammenzubringen und miteinander zu versöhnen.

SPIEGEL: Bundesaußenminister Guido Westerwelle spricht von einem „schweren Rückschlag für die Demokratie“. Wie wollen Sie das verlorene Vertrauen Ihrer Partner im Westen zurückgewinnen?

ElBaradei: Die Deutschen sollten Verständnis für uns haben. Sie wissen, wie schwierig es ist, nach einer Diktatur eine Demokratie aufzubauen – und sie waren als Erste kritisch gegenüber Mursis antidemokratischer Politik. Ich erinnere nur an die Mitarbeiter der politischen Stiftungen in Ägypten, die gerade vor Gericht gezerrt wurden. Wir hoffen auf finanzielle Hilfe aus Berlin und auf Rat beim Aufbau unserer Institutionen. Am wichtigsten ist es, den jungen Menschen, die so zahlreich und mutig für mehr Demokratie auf die Straße gegangen sind, eine wirtschaftliche Perspektive zu geben.

SPIEGEL: Falls die Muslimbrüder bei der nächsten Wahl antreten und gewinnen – würden Sie einen von ihnen an der Spitze des Staates akzeptieren?

ElBaradei: Ja, wenn die Muslimbrüder sich zur Demokratie bekennen und durch eine Verfassung und ein Parlament so eingebunden sind, dass sie ihre Macht nicht wie Mursi missbrauchen.

Interview: Dieter Bednarz, Erich Follath

LOUAFI LARBI / REUTERS

Verletzter Mursi-Anhänger nach Protesten: *„Wir werden unsere Seelen und Leben opfern“*

Dutzende Tote, wilde Streiks und blinde Gewalt. Und doch ist diese Geschichte noch längst nicht zu Ende.

„Jetzt geht es erst richtig los“, sagt Mohamed Sharaf. Es ist der Morgen nach der Revolution. Er sitzt mit seinem Kollegen Hussam Hussain im Büro. Eigentlich müssten sie arbeiten, aber sie sind aufgewühlt. Sharaf überlegt, ob er am Nachmittag noch auf den Tahrir geht; Hussain war in der Nacht zuvor dort, mit seiner Frau, die erst Angst hatte. „Aber ich sagte zu ihr, wir können uns da nicht raushalten, wir müssen unseren Beitrag leisten. Es ist unsere Demokratie, die wir erst noch gestalten müssen.“

Die Ehefrauen der beiden, Lehrerin die eine, Anwältin die andere, haben noch vor einem Jahr Mohammed Mursi gewählt. Sie hielten ihn für unbestechlich, weil fromm, vor allem aber für unbelastet, im Unterschied zu dem Gegenkandidaten Ahmed Schafik, einem ehemaligen Mubarak-Mann. Sharaf und Hussain wussten nicht, wem der beiden sie ihre Stimme geben sollten, also enthielten sie sich. Doch sie akzeptierten das Ergebnis, so ist das nun mal in der Demokratie, dachten sie.

„Aber Mursi hat dramatische Fehler gemacht“, sagt Mohamed Sharaf. „Und wenn du merkst, dass der Pilot sein Flugzeug nicht fliegen kann, musst du ihn aus dem Cockpit holen. Du kannst nicht sagen: Lasst ihn, er hat einen Arbeitsvertrag für vier Jahre!“ Ägypten, finden die beiden Kollegen, sei kein Flugsimulator.

Nach der Befreiung von der Herrschaft der Muslimbrüder kommen nun die Mühen der Ebene: Die Tamarud-Aktivisten um Jasmin al-Guschi müssen ihre smarten Guerilla-Techniken alltagstauglich machen, sie dürfen sich nicht zerreiben lassen. Die Partei der Couch-Potatoes darf nicht wieder in den alten Trott verfallen – Mohamed Sharaf und Hussam Hussain müssen sich ihr politisches Verantwortungsgefühl erhalten. „Meine Frau will jetzt einer Partei beitreten“, sagt Hussain. „Das ist zwar nichts für mich, aber ich werde sie unterstützen.“

Und die Muslimbrüder? Sie müssen eine neue Rolle finden. Wollen sie nicht in Sektierertum verfallen, dann müssen sie sich von Verschwörungstheorien und Allmachtsphantasien verabschieden. Ihr Part ist der schwierigste. Denn Fahmi Fausi und seine Leute haben noch nicht

begriffen, dass Ägypten sich geändert hat. Dazu kommt noch: Es darf nun kein Chaos ausbrechen, damit sich die Armee bald wieder in ihre Kasernen zurückzieht und das Regieren den Zivilisten überlässt. Doch das wird nicht einfach sein, man sieht das bereits am Freitag, zwei Tage nach dem Freudentaumel.

Zehntausende Mursi-Anhänger ziehen da zum Tahrir-Platz, aufgewiegelt von Mohammed Badi, dem Chef der Bruderschaft, der zuvor auf einer Kundgebung gerufen hatte: „Wir werden für Mursi unsere Seele und unser Leben opfern.“ Molotow-Cocktails fliegen, es fallen Schüsse, es gibt Schlägereien überall in der Stadt. 17 Tote werden allein bis Mitternacht gemeldet. Das Beispiel Algerien macht jetzt öfter die Runde, auch dort gewannen die Islamisten die Wahl, putschte die Armee, es begann ein Bürgerkrieg mit Zehntausenden Toten. Sicher, Ägypten ist nicht Algerien. Aber die Polarisierung ist groß, und niemand weiß, was die Muslimbrüder tun werden: Nehmen sie an Wahlen teil? Gehen sie wieder in den Untergrund? Wird es Anschläge und politische Morde geben, wie schon früher einmal?

Jasmin al-Guschi und ihre Mitstreiterinnen Sara Kamal und Mai Wachba sitzen bei McDonald’s im Stadtteil Dokki, nicht weit vom Tahrir-Platz entfernt. Sie trinken Tee und essen Erdbeerjoghurt, arabische Popmusik plärrt aus den Lautsprechern, ihre Laptops sind aufgeklappt.

Jasmin, noch mal die Frage: Wie legitim ist eigentlich eine Revolution, die dazu das Militär braucht?

„Das ist ein wichtiger Punkt, wir haben ganz zu Anfang immer wieder darüber diskutiert. Aber das ist sehr theoretisch. Die Realität dagegen sah so aus: Wir hatten nichts, die Muslimbrüder hatten den Staatsapparat auf ihrer Seite. Die Armee einzubinden, das war für uns die einzige Option.“ Sie schiebt ihren Joghurt beiseite. „Ganz ehrlich, viele von uns haben Mursi anfangs eine Chance gegeben, aber wir wurden schnell enttäuscht.“

Mohammed Mursi wurde Ende Juni 2012 im zweiten Wahlgang gewählt, in einer Stichwahl, für ihn stimmten 51,7 Prozent. Die Beteiligung war jedoch gering, nur etwas über die Hälfte aller wahlberechtigten Ägypter gab ihre Stimme ab. Stellt man noch dazu in Rechnung, dass viele nur aus Protest für ihn stimmten, weil der Gegenkandidat ein Mubarak-Mann war, hat tatsächlich nur etwa ein Viertel der Wähler den Muslimbruder wirklich gewollt. Eine Mehrheit auf dem Papier, formal korrekt, von Mursi genutzt als moralischer Freibrief. Und er hat es geschafft, in nur einem Jahr eine überwältigende Mehrheit gegen sich aufzubringen.

Deswegen ist die Frage nach der Legitimität dieses Putsches so kompliziert, sie lässt sich nur beantworten, wenn man dieses zurückliegende Jahr betrachtet.

FOTOS: MAGALI COROUGE / DER SPIEGEL

Protestierende Hussain, Kamal, Wachba
„Es ist unsere Demokratie“

Drei Fehler lasten Jasmin al-Guschi, Mohamed Sharaf und viele andere Demonstranten den Muslimbrüdern an.

Erstens: Mursi habe jede Gelegenheit genutzt, seine Gefolgsleute im Staatsapparat, in den Medien, der Justiz und Polizei unterzubringen – ohne sich um ihre Kompetenz zu scheren. „Es zählt für uns, ob jemand ein Problem lösen kann“, sagt Mohamed Sharaf, „und nicht, ob er frömmlerisch ist.“ Der Tiefpunkt, ergänzt Jasmin al-Guschi, war Mursis Versuch im November 2012, eine islamische Verfassung durchzusetzen.

Zweitens: seine Unfähigkeit, die Nation zu vereinen; das Fehlen jeglicher Sensibilität. Als der neue koptische Papst sein Amt antrat, blieb Mursi demonstrativ fern. Er ließ zu, dass islamistische Prediger gegen Christen, Schiiten und Liberale hetzten. Und er ernannte ein Mitglied der radikalen Gamaa al-Islamija zum Gouverneur von Luxor, ausgerechnet, dabei hatte die Terrorgruppe doch dort einst Anschläge auf Touristen verübt.

Drittens: die Wirtschaft. „Natürlich konnte Mursi die Korruption von Jahrzehnten nicht über Nacht beseitigen“, sagt Sharaf. „Aber was tat er? Gar nichts. Die Muslimbruderschaft ist selbst eine korrupte Mafia, das haben wir in diesem Jahr gelernt.“ Benzin wurde knapp, es gab oft keinen Strom. Das ägyptische Pfund fiel, die Preise für Brot und alles andere stiegen.

Die Ursachen hierfür liegen in der Geschichte der Bruderschaft, 1928 gegründet, seither größtenteils im Untergrund tätig, taktierend, aber mit einer geheimbündlerischen Märtyrer-Mentalität. Viele ihrer Mitglieder und Anführer saßen im Gefängnis, daher das ständige Denken in Kategorien von „die“ und „wir“.

„Man kann mit den Muslimbrüdern nicht normal reden, ihre Weltsicht ist abgeschottet, überall wittern sie eine Verschwörung“, sagt Jasmin al-Guschi. „Noch dazu glauben sie, im Auftrag Gottes zu handeln – das macht sie unbelehrbar.“ Dieser Argwohn sei wie eine ansteckende Krankheit, „er hat sich in der ganzen Gesellschaft verbreitet“.

Die jungen Frauen von Tamarud diskutieren leidenschaftlich und laut, ihre Stimmen sind heiser vom Singen und Schreien. Ab und zu schaut einer der Gäste von seinem Milchshake auf, da steht plötzlich der Geschäftsführer am Tisch, angespannt, unwirsch. Die Frauen sollten gehen, sofort, bei McDonald’s seien politische Diskussionen unerwünscht.

Die drei jungen Frauen zögern einen Moment, dann klappen sie ihre Laptops zu. Sie stehen auf, würdigen den Mann keines Blickes, gehen hinaus.

Warum lasst ihr euch das gefallen, Jasmin?

„Es gibt Wichtigeres“, sagt sie.

Ralf Hoppe, Daniel Steinvorth

SYRIEN

Disneyland für Dschihadisten

Im ruhigen Norden sammeln sich die ausländischen Islamisten, die lieber „Counter-Strike“ spielen, als in den Krieg zu ziehen. Sie streiten sich, ob Rauchen erlaubt ist – und kämpfen eher gegeneinander als gegen das Regime.

Radikaler Abu al-Banat im Hinrichtungsvideo: *Drei Männern den Kopf abgehackt*

Atmih sieht aus, als drehte hier jemand gerade einen Qaida-Spielfilm: Neuankömmlinge mit Rollkoffern suchen ihre Emire, auf der Dorfstraße sind Afrikaner und Asiaten zu sehen, Männer mit schulterlangem Haar in afghanischer Tracht führen ihre Kalaschnikows spazieren. Am Kebab-Stand mischt sich ein Dialekt Nordenglands mit arabischen Einsprengseln: „Subhanallah, Bro, I asked for Ketchup.“ Russisch ist zu hören, Aserbaidschanisch, der kehlige Akzent der Saudi-Araber.

Das einst verschlafene Schmugglernest direkt an der türkischen Grenze ist zum Mekka für Dschihad-Reisende aus aller Welt geworden. Vor einem Jahr trafen SPIEGEL-Reporter hier einen der ersten ausländischen Kämpfer in Syrien, einen jungen Iraker, der sagte, er sei gekommen, um die Diktatur zu stürzen. Inzwischen haben sich mehr als tausend Dschihadisten in und um Atmih niedergelassen, nirgendwo in Syrien sind mehr auf so dichtem Raum versammelt. Mitten im Krieg haben die ausländischen Dschihadisten ausgerechnet einen der ruhigsten Flecken des Landes zu ihrem Zentrum gemacht. Oder eben gerade deshalb. Denn sind sie erst mal hier, wollen viele von ihnen gar nicht mehr weg.

Das türkische Mobilnetz funktioniert hervorragend, die Läden führen afghanische Pakhul-Wollmützen, Qaida-Kappen und knielange schwarze Hemden aus derbem Stoff wie in den pakistanischen Stammesgebieten. Neue Restaurants haben aufgemacht, das Büro „International Contacts“ bucht Flüge, tauscht saudische Rial, britische Pfund, Euro und Dollar. Die Apotheke bietet „Miswak“ an: faserige Holzstäbchen aus Pakistan, mit denen auch der Prophet Mohammed seine Zähne geputzt haben soll. Der Gebrauch erhöhe den Wert des folgenden Gebets um das 70fache, verspricht die Packungsaufschrift.

Weil all die Dschihadisten nach Hause telefonieren, mailen und chatten wollen, eröffnete Mitte Juni das dritte Internetcafé. Woraufhin der Besitzer des ersten Cafés Qaida-Fahnen über den Computern aufhängte, als Treuebekenntnis für die Stammkundschaft. Seitdem läuft das Geschäft, trotz zunehmender Konkurrenz. Die martialisch ausstaffierten Kunden schwärmen ihren Freunden daheim im Skype-Chat von Atmih vor: Hier sei das Paradies! Die Mieten billig, Wetter und Essen gut, man könne bewaffnet herumlaufen und mit etwas Glück sogar eine Frau finden. Nachts klingt die Kakophonie der Kämpfe bis auf die Straße, wenn mehrere Dschihadisten gleichzeitig „Counter-Strike“ spielen. Der heilige Krieg ist in Atmih ein Kostümspektakel, und jeder kann sich fühlen, als sei er dabei – ohne dass es weh tut.

Sogar die örtlichen Geschäftsleute erfreuen sich an ihrer fanatischen Kundschaft. Im Handy-Shop sagt der syrische Verkäufer: „Alle paar Tage kommt ein Mann aus Dagestan hierher, erst hat er ein Samsung Galaxy gekauft, eine Woche später ein iPad, danach ein noch neueres Samsung Galaxy. Der hat bestimmt über tausend Dollar hier ausgegeben.“

Wozu seien die Ausländer überhaupt in Atmih, fragt ein entnervter Kommandeur der Freien Syrischen Armee (FSA) aus der Gegend: „Wenn sie hergekommen sind, um zu kämpfen – bitte schön, da geht’s zur Front.“ Er zeigt nach Osten.

Eigentlich ist Atmih Transitstation der Dschihadisten, die zumeist über den nahen türkischen Flughafen in Hatay anreisen. Die einen bleiben in der Region, die anderen ziehen weiter nach Aleppo, in die Berge von Latakia, nach Rakka im Osten, wo auch immer die unübersichtliche Frontlinie gerade verläuft.

Manch ein syrischer Rebell schließt sich den Dschihadisten an, aber vielen sind die Ausländer unheimlich. Und selbst wenn diese gegen Regimetruppen kämpfen, wie der tschetschenische Kommandeur Abu Umar al-Schischani, wundern sich FSA-Kommandeure: Wozu habe Schischani die Munition inklusive Flugabwehrraketen erbeutet, wenn er sie doch nicht einsetze? Sie fürchten, die Dschihadisten könnten ihre Waffen gegen die FSA-Rebellen oder für Terroranschläge weltweit einsetzen.

„Wir hoffen, dass die Dschihadisten nach dem Sturz Assads wieder gehen“,

Ausschnitte aus Propagandavideos ausländischer Dschihadisten, die in der Umgebung von Atmih in Nordsyrien aktiv sind

sagt Luftwaffenoberst Hassan Hamada, der vor einem Jahr in die Schlagzeilen geriet, weil er sich samt seiner MiG-21 nach Jordanien absetzte, und nun im FSA-Führungsstab in Nordsyrien sitzt.

Doch noch kämpfen sie zusammen, noch gibt es ein Nebeneinander von Dschihadisten und Säkularen. In Atmih werden weiterhin Musik-CDs verkauft, Frauen gehen nach wie vor in Hosen auf die Straßen. Das liegt daran, dass es hier kein Machtvakuum gibt wie 2003 im Irak. Stattdessen existiert ein kompliziertes Gefüge von lokalen Räten, FSA-Brigaden und gemäßigten Islamisten, mit denen sich die Radikalen arrangieren müssen.

Fragt man die Zugereisten nach ihren Plänen, kommt Syrien nur als Etappe vor: „Dschihad erst hier, bis zum Sieg! Danach werden wir den Irak, Libanon und Palästina befreien“, zählt ein junger Araber aus Großbritannien auf. Israel ist auf einen hinteren Platz gerutscht, Schiiten sind nun die wahren Feinde: Muslime zwar, aber für die sunnitischen Radikalen hier sind sie schlimmer als jeder Ungläubige.

So reden sie in Atmih. Doch bereits in der Stadt Daret Azze, 25 Kilometer entfernt, verblasst ihr Einfluss. Versuche von Dschihadisten, hier die Macht zu übernehmen, wurden von der FSA abgeblockt. Nun stehen beide Gruppen in wechselnden Schichten an den Kontrollposten. Aber als der Stadtrat um Hilfe bat bei der Reparatur einer Wasserleitung, hätten die Dschihadisten nur mit den Schultern gezuckt. „Die wollen die halbe Welt erobern“, sagt Ahmed Raschid, Anwalt und Ratsmitglied. „Aber sie würden schon an einer Kleinstadt scheitern.“

In Atmih proben sie derweil das Leben wie zu Zeiten des Propheten, allerdings mit Facebook und „Counter-Strike“. Auf ungewollte Art ähnelt die Szenerie den Anfängen des Islam, als drei der ersten vier Kalifen nach dem Tod des Propheten mit Gegnern aus den eigenen Reihen rangen: Alle Radikalen in Atmih wollen einen Gottesstaat – was die einzelnen Gruppen aber nicht davon abhält, fortwährend übereinander herzuziehen, sich zu spalten und gelegentlich zu befehden. Allein in und um Atmih existieren Mitte Juni mindestens fünf Dschihadisten-Gruppen:

- „Daula al-Islam fi al-Irak wa bilad al-Scham“, der „Islamische Staat im Irak und in Syrien“, mit über 200 Anhängern, Tendenz steigend;
- „Dschaisch al-Ansar wa al-Muhadschirin“, die „Armee der Unterstützer und Hinzugekommenen“, mit etwa 170 Männern;
- „Abu al-Banat“, eine Gruppe, die sich nach ihrem Emir benannt hat und fast nur aus Tschetschenen, Dagestanern und Aserbaidschanern besteht, etwa 70, Tendenz fallend;
- „Abu Musab al-Dschasairi“, benannt nach ihrem algerischen Gründer und Finanzier, mit rund 60 Anhängern;
- „Dschabhat al-Nusra“, die „Beistandsfront“, mit rund 100 Kämpfern.

Nusra ist die undurchsichtigste der Fraktionen – und sie ist dabei zu zerfallen, nachdem ihr nur virtuell in Erscheinung tretender Anführer Mohammed al-Dschulani vor drei Monaten dem Qaida-Führer Aiman al-Sawahiri die Treue geschworen hat. Denn von Sawahiri hält das Fußvolk in Syrien wenig, aus mehreren Gründen: Der Ägypter gilt als wenig charismatisch, und es ist ihm zwar gelungen, sich aus seinem Versteck im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet zum Nachfolger von Osama Bin Laden küren zu lassen, aber seither schafft er es nicht, das Terror-Konglomerat zusammenzuhalten, so dass an den Rändern neue Gruppen wachsen.

Dazu kommt, dass Dschihad-Pilger einen Führer haben wollen, der ihnen sagt, wo es langgeht. Einen Emir mit Haut und vor allem Haaren, der persönlich Befehle gibt und Urteile spricht. Die Nusra aber hat keinen solchen Emir. Mohammed al-Dschulani kennen die meisten nur aus Videos, mit einer blechern verzerrten Stimme und gepixeltem Gesicht. Unter Mitgliedern heißt es immer wieder, man kenne einen, der einen kenne, der den Emir getroffen habe – aber geht man dem

Waffenlager eines tschetschenischen Kommandeurs: *„Wir hoffen, dass sie bald wieder gehen“*

nach, verlaufen die Spuren im Sand. Mehrere Aussteiger von Nusra aus Aleppo, Idlib und Damaskus gaben in den vergangenen Monaten an, niemand habe den Mann je gesehen oder gar gesprochen.

Außerdem, sagt ein Syrer, der von Nusra auf Daula umgestiegen ist, seien Letztere „cooler". Man dürfe dort rauchen, solange es keiner sehe. Das ist ein großer Wettbewerbsvorteil in der kettenrauchenden syrischen Rebellenszene. Zigaretten sind bei den Dschihadisten normalerweise tabu, denn „Rauchen vertreibt die Engel und verzögert unseren Sieg", zitiert der Aussteiger seinen ehemaligen Nusra-Emir.

Während viele der syrischen Nusra-Gefolgsleute zu gemäßigten Gruppen abgewandert sind, haben sich die Ausländer dem Daula angeschlossen, der zur stärksten Gruppe im Norden geworden ist.

Selbst die Radikalen hatten genug und setzten den Emir fest.

Der radikalste Emir im Norden jedoch ist Abu al-Banat, ein früherer russischer Offizier aus der Kaukasus-Republik Dagestan, der zum Islam konvertiert ist und seither Anhänger wie Jünger um sich schart. Er spricht zwar nur radebrechend Arabisch, erklärte aber Nusra und die anderen Dschihadisten-Gruppen kurzerhand zu „Kufr", zu Ungläubigen, weil sie sich nicht seinem Befehl unterwarfen.

Im Frühjahr zog der selbsternannte Emir aus Atmih mit seinen Anhängern ins neun Kilometer entfernte Dorf Maschhad Ruhin, das er durch bewaffnete Kontrollposten abriegeln ließ und in sein persönliches Emirat verwandelte.

Im April ließ er dann auf dem Dorfplatz drei Männer köpfen. Gerade tauchte das Video der bestialischen Hinrichtung auf: Begafft von einer Menge, darunter auch Kinder, spricht ein verzottelter Mann in gebrochenem Arabisch in die Kamera, es ist Abu al-Banat. Neben ihm kauern die drei Männer gefesselt am Boden. Ein Gehilfe hackt mit einem Messer erst einem, dann dem zweiten Mann langsam den Kopf ab und hält diesen dann als Trophäe in die Kamera.

Veröffentlicht wurde das Video erst jetzt, eigentümlicherweise ausgerechnet auf Syria Tube, einer PR-Seite des Regimes. Laut Legende zeigt es die Enthauptung dreier christlicher Priester Ende Juni im Ort Rassania, was umgehend verbreitet wurde von der katholischen Nachrichtenseite Agenzia Fides, die schon früher erfundene Gräuelgeschichten lanciert hat.

Tatsächlich zu sehen ist die Ermordung angeblicher Assad-Getreuer, im April, im Lager von Abu al-Banat – auch wenn unbekannt ist, wer die drei wirklich waren und was sie getan hatten. Denn Abu al-Banat „war Richter und Ankläger in einem", erinnert sich ein Aussteiger. Die Dorfbewohner seien entsetzt gewesen, erzählt ein Mann aus dem Nachbarort: „Egal was die drei getan haben, Menschen sind doch keine Schafe, die man schächtet." Nach den Morden begann ein Exodus, nur etwa 70 Anhänger blieben.

Offenbar aber fanden die anderen Dschihadisten einmütig, die Enthauptungen gingen zu weit – und beschlossen in der Nacht zum Samstag vor einer Woche eine seltene Kooperation: Ein tschetschenischer Daula-Kommandeur rückte mit einer Schar Schwerbewaffneter in Maschhad Ruhin ein und erklärte Abu al-Banats Horrorherrschaft für beendet. Dessen verbliebene Anhänger ergaben sich ohne Widerstand, er selbst und zwei Gehilfen wurden abgeführt. Alle Zufahrtswege waren während der Aktion abgeriegelt worden, um zu verhindern, dass andere Dschihadisten dem Emir zu Hilfe kommen könnten – doch es kam niemand.

Der führungslose Rest von Abu al-Banats Dschihadisten-Truppe soll in den folgenden Tagen seine Sachen gepackt und das Dorf verlassen haben.

Christoph Reuter

BRASILIEN

Sturm auf die Bastille

Das Volk ist erwacht und richtet seinen Zorn gegen eine politische Klasse, die arrogant und korrupt ist – und den Reichtum des Landes verschwendet. *Von Matthias Matussek*

In den Tagen, in denen der brasilianische Fußball starb, wurde die brasilianische Demokratie geboren. Das wäre ein hübscher erster Satz, allerdings stimmt er nur halb, denn die Seleção, die Nationalmannschaft, spielt prächtiger als erwartet während des Confed-Cups, der Generalprobe für die Weltmeisterschaft. Sie hat es aber auch leichter als die Demokratie. Sie spielt nach Regeln, an die sich alle halten müssen, und sie kann Ergebnisse vorweisen. Die Demokratie dagegen ist endlose Fummelarbeit, und ständig ändern sich die Regeln.

Die wichtigste Regel im Moment ist die Einhaltung der Redezeit, hier in Leblon-Ipanema, auf den teuersten Quadratmetern Rio de Janeiros, vielleicht ganz Brasiliens, wo die Demonstranten vor dem Haus des Gouverneurs ihre Zelte aufgestellt haben. Eine Art brasilianisches Occupy. Drei Minuten, sagt Bruno, der die Stoppuhr laufen lässt, dann aber souverän ignoriert.

Über die Felsen am Ende der Bucht sind die Lichter der Favela Vidigal gestreut wie Sternenstaub, vom Meer her weht eine sanfte Brise und vom Kiosk der scharfe Geruch eines Churrasco, doch vor den Zelten wird debattiert wie derzeit überall im Land. Brasilien ist erwacht, und das Volk stellt Forderungen.

Das Volk hier besteht aus ein paar Kunststudenten, einigen Hausfrauen und Rentnern. Luiza singt sonst Jazz und wohnt in der neureichen Barra, Bárbara schreibt Gedichte, ihre Eltern sind Professoren, und Jair, der Rasta aus Bahia, schwört, er werde „sterben für die Sache“. Alle applaudieren hingerissen, allerdings weiß noch keiner, was die Forderungen eigentlich sind. Das soll dieser Kreis ermitteln, den sie „Aquárius“ nennen.

Freie Aussprache. Der junge Feuerwehrmann Álvaro, den sie mit 13 Kollegen während der gewalttätigen Proteste ein paar Tage zuvor ins Hochsicherheitsgefängnis Bangu 1 gesteckt hatten, fordert seine Wiedereinstellung sowie bessere Bezahlung und Ausbildung der Militärpolizei!

Häh? Erstaunen in der Runde. Álvaro begründet: Bessere Bildung macht bessere Menschen.

„Aber du kannst doch nicht die ganze Menschheit erziehen, das dauert Jahre“, wirft Sylvia, die Hausfrau, ein.

Erregter Wortwechsel. Weiter. Rodrigo findet, man müsse etwas gegen die wiederkehrenden Überschwemmungen im Landesinneren unternehmen. Lúcio will, dass die vertriebenen Obdachlosen wieder in die leerstehenden Häuser zurückkehren dürfen. Rentner Renato will hier eigentlich nur Bananen essen, er nimmt sich die dritte, und die alte Lourdes aus Vidigal möchte, dass ihr Haus repariert wird, weil der Nachbar ihre Wände beim Umbau eingerissen hat.

Vor allem aber soll der Gouverneur endlich erklären, warum der Staat für die Renovierung des Maracanã-Stadions so viel Geld zahlt – dabei sollte doch kein einziger Real an Steuergeldern ausgegeben werden. Mittlerweile geht der Zuschuss in die Hunderte Millionen. Die Liste ist lang. Demokratie ist schwer, und es hat sich einiges angesammelt.

„Falls die Seleção in ihrem Bus vorbeikommt, lasst euch nicht ablenken“, beschwört Bruno. Man ist sich hier einig: Fußball ist Opium für das Volk. Fußball ist Verlegenheit, ist ein Zeichen der Unreife. Dass der Volksaufstand ausgerechnet ein brasilianisches Fußballfest nutzt, ist nicht ohne Ironie. Möglicherweise aber hat er auch mit der Arroganz der Fifa zu tun, die unten im Copacabana Palace am schimmernden Pool feiert; sie steht für alles, was schlecht ist am Fußball, für Korruption, Verschwendung und Zynismus.

Milliarden für Stadien, die keiner braucht, nur um Brasilien glänzen zu lassen? Ein Stadion in Manaus am Amazonas, einer Stadt ohne Fußballmannschaft in der ersten Liga, so heiß, dass der Asphalt von der Straße schmilzt? Fast jeder Bundesstaat solle ein Stadion haben, hatte die Regierung von Luiz Inácio Lula da Silva beschlossen, und die Gelder dafür flossen reichlich – statt in Schulen, Straßen, Krankenhäuser.

Wohl deshalb hatte Padre José Roberto, bärtig und bullig, in seiner Predigt in Rio de Janeiro ironisch ausgerufen: Großer Vater Fifa, nimm du unsere Bedürftigen und Kranken, und heile sie. Und die Gläubigen hatten verstanden und gelacht.

Protestierende vor Finale des Confed-Cups in

Das hier ist der Brasilianische Frühling, eine Bewegung ohne Anführer, organisiert über die sozialen Netzwerke, das ist ihre Stärke. Aber können Facebook-Netzwerke Politik gestalten?

Sie können jedenfalls Druck machen. Und sie zeigen durchschlagende Wirkung, denn sie mobilisieren die Straße.

Was am 6. Juni mit einem Marsch von gerade mal 500 Menschen, die gegen die Erhöhung der Fahrpreise protestierten, in São Paulo begann, hat sich zu einem Flächenbrand des Unmuts ausgeweitet. Am 17. Juni marschierten bereits über 200 000 Menschen in Rio de Janeiro, Belém und rund 20 anderen Städten, am 20. Juni waren 1,4 Millionen Protestierende in über 120 Städten unterwegs. In Brasília, der Hauptstadt, tanzten sie auf dem Dach des Kongresses,

IMAGO

Rio de Janeiro: *Dass der Volksaufstand ausgerechnet ein Fußballfest nutzt, ist nicht ohne Ironie*

die ganze Welt kennt mittlerweile diese Bilder. Es sind die Tourneedaten einer Volkserhebung, die die Zeitungen so stolz präsentieren wie die Siege der Seleção. Das Volk ist in Bewegung, und die Politik hat Angst.

Präsidentin Dilma Rousseff wurde ausgepfiffen während der Eröffnung des Confed-Cups, ihre Popularität stürzte um 27 Prozentpunkte ab. Sofort versprach sie in einer Fernsehansprache Reformen und stellte ein Plebiszit in Aussicht. Die Fahrpreiserhöhungen wurden zurückgenommen, genauso ein skandalöses Gesetzesvorhaben, das Straffreiheit für korrupte Abgeordnete ermöglichen würde. Auf einen Schlag sollen 19 Milliarden Euro für öffentlichen Transport lockergemacht werden. Und gerade ist der erste korrupte Abgeordnete inhaftiert worden, der sein Verfahren drei Jahre hinausgezögert hat. Die Regierung überschlägt sich förmlich in diesen Tagen.

Allerdings laufen gegen fast 200 Abgeordnete Ermittlungsverfahren. Einer ist unter Mordverdacht, weil er seinen politischen Gegner mit einer Kettensäge zerlegt haben soll. Der andere hat zehn Millionen Dollar, gedacht für ein Straßenprojekt, ins Ausland geschafft. Wieder einer hat drei Priester, die sich für die Landlosen einsetzten, entführen lassen.

Der Kongress ist heute in Brasilien die wohl am meisten verachtete Institution. Das Magazin „Veja“ zeigt ihn auf einer Klippe, Abgeordneten-Ratten fallen in den Abgrund, während von der anderen Seite Demonstranten hineindrängen. „Vielleicht niemals zuvor war Brasilien unter dem Kommando von Leuten, die so überheblich waren wie Lula, Dilma Rousseff und die Barone der PT“, schreibt „Veja“.

Tatsächlich scheint die PT völlig abgehoben zu haben. Allein der aufgeblähte Staatsapparat mit seinen 39 Ministerien verschlingt 100 Milliarden Euro pro Jahr. Rousseff gibt pro Friseurbesuch 214 Euro aus. Wieso, fragen die Leute? Hat sie Haare aus Gold, seit sie Präsidentin ist?

In einer vornehmen Dinnergesellschaft in den Hügeln des Jardim Botânico beugt sich der Staatsrechtler Carlos Bolonha über sein Kristallglas und erklärt, wie undurchführbar das von Dilma Rousseff angekündigte Plebiszit sei. Und wie sehr es einem Staatsstreich von oben nahekäme. Venezuelas einstiger Linkspopulist Hugo Chávez hat vorwiegend mit Plebisziten regiert.

Schwere Zeiten für die Arbeiterpartei PT. Sie sitzt im Glashaus, und sie kann

FELIPE DANA / AP / DPA

Demonstranten am Ipanema-Strand: *Sie klauen alle, die da oben, egal welches Parteibuch sie in der Tasche haben – heißt es auf der Straße*

nicht mit Steinen schmeißen. Ja, die Linke, die traditionelle Vertretung des Volkes, ist an der Macht, doch nicht erst seit der Verstrickung der Regierung Lulas in einen Bestechungsskandal ist diese traditionelle Allianz gebrochen und das Vertrauen verspielt. Und Vertrauen war doch immer ihr Kapital!

Jetzt heißt es auf der Straße: Sie klauen alle, die da oben sind, egal welches Parteibuch sie in der Tasche haben. Es geht in diesen Tagen um einen fundamentalen Vertrauensbruch. Eine neue Zivilgesellschaft wehrt sich gegen das Prinzip Politik, gegen die Parteienvertretung, gegen die Fäulnis der Institutionen.

Fußball? Ein Lacher. Samba? Hör mir auf. Karneval? Vergiss es.

Die Gastgeberin, eine Professorin, fordert einen neuen Sturm auf die Bastille. Ein junger Unternehmer spricht über die enormen Steuern und die wenigen Leistungen, die der Staat im Gegenzug liefert. Alle sind sich einig: Der Gigant Brasilien, die mächtige Wirtschaftslokomotive, ist in Fahrt gekommen in den vergangenen Jahren, allerdings sind die Gleise verrottet, das Stellwerk ist veraltet, das Personal aus den feudalen Zeiten. Tatsächlich schaffen die Autos heute in den verstopften Innenstädten von Rio oder São Paulo im Durchschnitt genau das Tempo der Kutschen – rund 18 Kilometer pro Stunde. Das Land durchläuft vielleicht keine Revolution, aber eine Modernisierungskrise.

Ein weißbärtiger Arzt zitiert den Spruch, den er auf einer Demonstration gesehen hat: „Ein wahrhaft entwickeltes Land ist keines, in dem die Armen ein Auto haben, sondern eines, in dem alle den öffentlichen Transport benutzen können.“ Tatsächlich wirken die vollgestopften Busse in den aufgerissenen Straßen von Rio wie Gefangenentransporte.

Mein Gott, er ist so schön, dass die Augen tränen, dieser Blick von der Anhöhe der Küstenstraße Avenida Niemeyer über das Meer. Unten am Ipanema-Strand vor dem Occupy-Lager spielen die Volleyballmannschaften. Marcus hier oben am Kiosk spielt den Klassiker „País Tropical“, eine Alte singt mit. Das alles soll nun nicht mehr gelten? Das soll nun falsch sein?

Ist es nicht. Nur das gönnerhafte Grinsen, das diese Folklore begleitete in der Vergangenheit, ist verschwunden. Den Brasilianern hängen in diesen Tagen die eigenen Klischees zum Hals heraus.

In der Favela Vidigal ein paar Kurven weiter, gleich gegenüber vom Sheraton-Hotel, in dem die Seleção abgestiegen ist, wird der Besucher mit einer Weisheit empfangen, schwarz auf türkisfarbenen Kacheln: „Alle Menschen wollen von Natur aus den Weg zum Guten finden. Alle sind von Natur aus mit den gleichen Rechten ausgestattet.“ Als Autor steht Aristoteles darunter.

Das Pathos und das Ideal gehören so sehr zur sentimentalen Propaganda Brasiliens wie seine zynischen Politiker. Hier sollen sie die Herzen in der Favela höherschlagen lassen. Gegen das Elend gibt es zwar kein vernünftiges Abwassersystem und keine Ärzte, aber die moralische Aufrüstung.

Gegen das Elend gibt es allerdings seit einigen Jahren auch die UPP, die Nachbarschaftspolizei, die nun zumindest für Sicherheit sorgen soll auf einem der einst gewalttätigsten Hügel von Rio. Seit die Elitetrupps der BOPE, diese schwarz uniformierten Außerirdischen, die Herrschaft des „Comando Vermelho“ gebrochen und die Drogenbosse vertrieben haben, wird der Hügel für die Mittelklasse interessant. Spekulanten kaufen Grundstücke auf; der Blick ist einfach unwiderstehlich.

Auf einer Mauer ist noch ein Graffito aus den alten Tagen zu sehen, das sich einer der Bosse bestellt hatte: Es zeigt ihn als Kapitalisten mit Zigarre. Nun sitzt der Boss im Gefängnis, und die Jungs, die auf dem ummauerten Fußballplatz mit ein paar Kampfhundwelpen spielen, halten wenig von den Polizisten, die hier mit umgehängtem Sturmgewehr patrouillieren.

„Es ist vielleicht sicherer geworden für die Touristen und die Spekulanten, aber für uns hat sich nichts geändert“, sagt Felipe, der seine blutige Nase abtupft, weil ihm einer der Hunde die Pratze übergezogen hat. Blöde Töle, böser Blick, Blut tropft. Die Bosse sind weg, sagt Felipe, aber Drogen sind noch immer leichter zu besorgen als Brot. Gut, es ist ruhiger geworden, früher wurden hier Verräter in Autoreifen verbrannt, aber sonst?

Die UPP-Polizisten werden regelmäßig ausgewechselt, um Korruption zu verhindern. Aber Felipe glaubt nicht, dass es funktioniert. Nach der WM werde alles wieder wie zuvor. Nicht nur in Brasília im Kongress wird geklaut, alle haben Teil

YASUYOSHI CHIBA / AFP

Blick von einer Favela auf das Maracanã-Stadion in Rio: *Gegen das Elend gibt es zwar kein Abwassersystem, aber moralische Aufrüstung*

am „Jeitinho“, an der Kultur der Durchstecherei; jeder macht seinen Schnitt.

Marco Túlio Zanini, ein junger Betriebswissenschaftler, der in Deutschland studiert hat, hat die BOPE-Einheiten untersucht. In einer aufsehenerregenden Studie ist er zu dem Befund gelangt, dass ausgerechnet sie, diese schwerbewaffnete Schocktruppe mit den hinter einem Totenkopf gekreuzten Pistolen im Wappen, von Idealen beseelt ist. „Die Jungs tun ihren Job nicht für Geld, sondern sie fühlen sich als Missionare.“ Einsatzbereitschaft, Opfermut, Korpsgeist. Womöglich die einzige staatliche Institution, von der sich das sagen lässt. Das muss sich doch auch auf andere Bereiche übertragen lassen. Eine Sturmtruppe als Modell? Wie verzweifelt muss die Lage sein!

Sie haben aufgeräumt in der Stadt, unter José Mariano Beltrame, dem Sicherheitschef Rios, der von außen kam und niemandem etwas schuldete. Beltrame ist sauber, und seine Jungs sind es auch, glaubt Zanini.

Das zentrale Thema des Wissenschaftlers ist Vertrauen, in der Wirtschaft und in der Politik. Seine letzte Veröffentlichung heißt „Führung durch Werte“. Doch die Werte sieht er durch die Aufstiegsgesellschaft in den letzten Jahren zerrieben, verantwortlich ist ausgerechnet Lulas linke Wirtschaftswunderpartei PT.

„Man kann nur hoffen, dass die Proteste anhalten, denn sie sind Ausdruck der Bürgergesellschaft“, sagt Zanini. Sie sind Trainingseinheiten, demokratische Wachsamkeitsübungen.

Die Demonstranten marschieren weiter. Fürs Endspiel vor dem Maracanã sind zur Sicherheit 6000 Militärpolizisten zusammengezogen worden. Sicher sind immer einige wenige Militante unter den Demonstrierenden. Doch vor allem die Mittelklasse zeigt mit ihren weitgehend friedlichen Protesten, dass sie nicht nur nach Kühlschränken und Autos verlangt, sondern nach den Rechten einer Bürgergesellschaft, die für ihre Steuern Gegenleistungen fordert: ein vernünftiges Gesundheitssystem, Straßen, Nahverkehr, Schulen.

Ironischerweise war es gerade die regierende Arbeiterpartei, die dachte, es sei mit dem Ankurbeln des Konsums getan. Doch mittlerweile macht das Wirtschaftswunder schlapp. Die Staatsverschuldung ist laut der Tageszeitung „O Globo“ so hoch wie seit 18 Jahren nicht, die mehrheitlich staatliche Ölfirma Petrobras praktisch bankrott, die Inflation wächst. Auch das Volk hat Angst.

Nichts jedoch hatte die Öffentlichkeit in den letzten Jahren so bewegt wie die Anhörungen zum „Mensalão“-Skandal, einer kriminellen Operation, mit der die Regierungspartei PT in Zusammenarbeit mit Staatsbetrieben mehrere Abgeordnete geschmiert hatte, um lukrative Großprojekte durch den Kongress zu schleusen.

Ausgerechnet Joaquim Barbosa, den noch Lula ins oberste Gericht geholt hatte, verlangte in einer Brandrede, den Schweinestall auszumisten. Barbosa wird seither als Held gefeiert. Einer, der für die Werte der Demokratie steht. Er würde sofort gewählt werden, wenn er kandidierte, sagen die Leute. Mittlerweile sind 74 Prozent der Bevölkerung dafür, dass die Drahtzieher des Bestechungsskandals sofort ins Gefängnis wandern.

Keiner aus den Occupy-Zelten in Ipanema hat hingeschaut, als die Seleção ins Maracanã zum Finale einlief. Nur Jair, der Rastamann, der für die Sache sterben wollte, war plötzlich abtrünnig.

An der Copacabana sind nur zwei Kioske mit Fernsehern bestückt. Im „Sindicato“ dagegen, einer Churrascaria an der Promenade, haben sich ein paar Dutzend Fans zusammengefunden. Sie haben kaum Platz genommen, als Fred, der neue Bomber der Nation, sich durchrammelt in den Strafraum der Spanier und im Liegen verwandelt. Das zweite Tor von Neymar ist spektakulär, der Jubel schwillt an. Sie spielen gut, die Brasilianer, schlank, ideenreich, schnell. Sie haben sich zurückgemeldet im Weltfußball. Nach dem 3:0 gibt es stehend Applaus. Fußball funktioniert.

Doch nach dem Spiel ist vor dem Spiel.

Das gilt ganz besonders für den endlosen Prozess der brasilianischen Demokratie, in der es offenbar auch künftig nicht ohne Doppelpässe und taktische Winkelzüge abgeht. Für diese Woche haben die Gewerkschafter, die meisten PT-Mitglieder, einen Generalstreik angekündigt. Brasiliens Arbeiterpartei mobilisiert gegen sich selbst, um erneut in Führung zu gehen.

Mal sehen, wer gewinnt.

Video: Matthias Matussek über den Brasilianischen Frühling

spiegel.de/app282013brasilien
oder in der App DER SPIEGEL

Geschichten im Maulwurfsfell

GLOBAL VILLAGE: Eine Italienerin erfindet jene Notizhefte neu, die schon der Reiseschriftsteller Bruce Chatwin nutzte – und bringt ihre Firma an die Börse.

Moleskine, haucht Maria Sebregondi, mit französischer Betonung. „Der Name stammt von ihm, wir mussten ihn nur übernehmen." Moleskine, Maulwurfsfell, das legendäre Notizbuch, das der britische Reiseschriftsteller Bruce Chatwin so taufte, weil sein Einband aus schwarz glänzendem Wachstuch gemacht war. Daumendick, die Seiten kariert, liniert oder blanko, zusammengehalten von einem Gummi, im hinteren Einband eine Tasche, in die man getrocknete Blätter stecken kann, Visitenkarten, Haarlocken, Glücksbringer.

Chatwin soll unzählige dieser Bücher besessen haben, er kaufte sie in einer Pariser Papeterie, reiste mit ihnen nach Feuerland, Afghanistan und Australien. Immer schrieb er seinen Namen auf die erste Seite und dazu, wie viel Finderlohn er zahlen würde, sollte das Buch abhandenkommen. So zumindest geht die Legende.

„In einer Welt, die tippt und wischt und doppelklickt, ist dieses Buch sehr altmodisch", sagt Sebregondi. Die Römerin, 64, Typ Donna Leon, sitzt in einer Gerberei im Bahnhofsviertel von Mailand. Die Wände sind azurblau gestrichen, es riecht nicht mehr nach Leder; es duftet, sagt Sebregondi. Sie steckt ihre Nase in die Seiten ihres Moleskine: „Es duftet nach vergilbten Büchern, frischem Brot und Kindheit."

Vor ihr auf dem Tisch liegen zwei Notizbücher, mit winziger Handschrift beschrieben, rote und schwarze Tinte, daneben zwei Smartphones, die würdigt sie keines Blickes. „Und beachten Sie diesen elfenbeinfarbenen Schimmer", sagt sie, blättert durch das Büchlein, als wäre es ein Daumenkino, und lauscht seinem Klang.

Maria Sebregondi hat Soziologie studiert und erfolgreich die 68er hinter sich gebracht. Im Sommer 1995 segelte sie mit Freunden vor der tunesischen Küste. Einer, Francesco, handelte mit T-Shirts und Geschenkartikeln in Mailand, träumte vom Erfolg, er bat Maria um eine Idee.

Sie las an Deck Chatwins „Traumpfade", immer wieder die Stelle, an der er klagt, dass ihm seine Kladden fehlen. Er kaufte sie stets in der Pariser Rue de l'Ancienne Comédie, doch dann starb der einzige Lieferant aus Tours. Maria las: „Meinen Pass zu verlieren war das Geringste aller Übel – ein Notizbuch zu verlieren eine Katastrophe. In den rund zwanzig Jahren, in denen ich gereist bin, verlor ich nur zwei. Eins verschwand in einem afrikanischen Bus, das andere entwendete die brasilianische Geheimpolizei."

Maria bewunderte diesen ruhelosen Weltenwanderer. In London war er Auktionator bei Sotheby's; Frauen wie Männer sollen verrückt nach ihm gewesen sein. In Patagonien suchte er nach dem Brontosaurus und machte daraus einen Roman; in Australien schrieb er über den Gesang der Aborigines.

MOLESKINE

Unternehmerin Sebregondi: *Accessoire für moderne Nomaden*

Maria Sebregondi dachte: Seine Geschichten sind phantastisch, sie klingen nach Fernweh und Sehnsucht. Machen wir unsere eigene Geschichte daraus. Es waren die neunziger Jahre, es war die Zeit der Billigflieger und der Buchhandlungen, die nicht mehr mit Büchern, sondern mit Geschenkartikeln Geld machten. Dazu passte dieses Notizheft, ein „Accessoire für den modernen Nomaden", so nannte sie es. Ihr Freund, sagt sie und lächelt, habe damals nur die Augenbrauen gehoben; die Genialität ihrer Idee begriff er erst später.

Sie reiste nach Paris, fand aber weder die Papeterie noch Spuren des Lieferanten aus Tours. Also ging sie in Museen und Archive, sah alte Skizzenbücher von Matisse und Picasso, sah Fotos, auf denen Ernest Hemingways Notizbücher abgebildet waren, alle klein und schwarz, alle ähnlich. Damals verfasste sie das Faltblatt, das heute jedem Moleskine beiliegt. Es erzählt von großen Künstlern, die alle das „legendäre Moleskine" benutzten. Es klingt wie ein Versprechen, dabei ist es eine ausgedachte Geschichte. Ein simples, überteuertes Notizbuch – eine geniale Marketing-Idee.

So kommt es, dass eine Italienerin einer vermeintlich französischen Erfindung zu Weltruhm verhilft, ausgerechnet zu einer Zeit, in der Papier totgesagt wird.

Fast 20 Jahre später gehört Moleskine Finanzinvestoren, 15 Millionen Notizbücher wurden im vergangenen Jahr in 90 Ländern verkauft. 78 Millionen Euro Umsatz, die Wachstumsraten sind zweistellig. Nur Chatwin hat nichts von dieser Wiedergeburt; er starb bereits 1989 an Aids.

„Una bella storia", sagt Maria Sebregondi: eine italienische Geschichte über kreatives Unternehmertum, nicht ganz der Wahrheit entsprechend, aber schön. „Unsere Rache dafür, dass Frankreich die ‚Mona Lisa' geklaut hat", sagt ihr Pressesprecher und lacht. „Dabei ist Moleskine zu 100 Prozent chinesisch, denn wir produzieren dort, weil das billiger ist und die Chinesen bereits Pinsel und Tinte benutzten, als wir noch Felshöhlen bemalten."

Seit April ist Moleskine an der Mailänder Börse. Nur drei anderen Italienern gelang das in letzter Zeit, Lapo Elkann mit Brillen, Salvatore Ferragamo mit Ballerinas und Brunello Cucinelli mit Kaschmir. Ansonsten: Krise und Kapitalflucht, Braindrain, Trübsal.

Es läuft gut für Moleskine, im Sommer werden weitere Bahnhofsläden eröffnet, und Maria Sebregondi wird sie noch ein paarmal erzählen müssen: die schöne Geschichte vom Maulwurfsfell und ihrem tunesischen Segeltörn. Fiona Ehlers

KRAFTSPORT

„Breit wie hoch“

Der Hamburger Fotograf Firat Kara, 40, über seine Begegnung mit Bodybuildern und den Bildband „Herkules“

SPIEGEL: Was fasziniert Sie so an Männern mit Muskelbergen?
Kara: Die Besessenheit, mit der diese Sportler an ihrem Körper arbeiten. Ich habe Typen gesehen, die waren genauso breit wie hoch, andere, die praktisch nur aus reiner Muskelmasse bestanden.
SPIEGEL: Die Verwandlung beruht in der Regel auch auf dem ausgiebigen Konsum von Anabolika. Stört Sie das nicht?
Kara: Für mich ist das, was diese Leute machen, Kunst. Die Sportler, die ich fotografiert habe, haben normale Gesichter. Ihre Muskulatur aber wirkt, als gehörte sie nicht zu ihrem Körper, als trügen sie ein Kostüm. Ich hatte manchmal das Gefühl, ich sei in eine andere Welt geraten.
SPIEGEL: Sie waren bei Meisterschaften in Los Angeles und in Deutschland. Die meisten Fotos entstanden hinter der Bühne. War es schwer, an die Darsteller heranzukommen?
Kara: Eher nicht. Die meisten wollen sich ja zeigen. Wenn die eine Kamera sehen, begeben sie sich sofort in Pose.

Firat Kara: „Herkules“. Verlag Seltmann + Söhne, Lüdenscheid; 80 Seiten; 39 Euro.

Bodybuilder

TRAINING

Fußfesseln im Urlaub

Vor den Gefahren von Sommerspeck nach den Ferien sind die wenigsten gefeit. Als nun allerdings der Fußballprofi Rafael van der Vaart nach der Spielpause beim Hamburger SV mit Übergewicht auf die Waage stieg („Bin ganz schnell wieder runter“), wirkte der niederländische Nationalspieler etwas aus der Zeit gefallen. „Dass ein Profi gleich mit mehreren Kilo zu viel aus dem Urlaub kommt, habe ich in den letzten sieben, acht Jahren nicht erlebt“, sagt Christian Kolodziej, seit 13 Jahren Fitnesstrainer in der Bundesliga, jetzt bei Eintracht Frankfurt, früher beim VfB Stuttgart und bei Borussia Dortmund angestellt. Der Fußball ist schneller und athletischer geworden, die Spieler sind notgedrungen disziplinierter. Das Aufbautraining zum Saisonstart ist intensiver und beginnt früher – nämlich schon im Urlaub. Die Faustregel bei der Eintracht wie bei den meisten Clubs: Maximal die ersten zwei Wochen des Sommerurlaubs darf gefaulenzt werden, dann folgt Gymnastik für Bauch- und Rückenmuskulatur, am Ende sind Steigerungs- und Intervallläufe tägliche Pflicht. Die Profis bekommen vor dem Urlaub Trainingspläne sowie Pulsuhren mit GPS ausgehändigt, eine Art elektronische Fußfessel – damit kann man nachträglich die Belastung kontrollieren oder sogar in Echtzeit die Laufstrecke am Computer beobachten. „Das mache ich aber nicht“, beteuert Kolodziej. Allerdings wird nach dem Urlaub der Körperfettanteil gemessen. Die Profis wissen, wie sie sich zu ernähren haben. In Dortmund habe der Stürmer Marcio Amoroso wegen mutmaßlich undisziplinierter Nahrungsaufnahme einst nach dem Urlaub Gichtanfälle bekommen, erinnert sich Kolodziej, doch „diese Zeiten sind einfach vorbei“.

Hoffenheimer Fußball-Profis

WEISS / EIBNER-PRESSEFOTO

FITNESS

Im Land der wilden Alten

Vier Millionen Senioren machen Sport im Verein, nie war die Generation der über 60-Jährigen so fit wie heute. Deutsche Rentner rennen, radeln oder machen Triathlon – und übertreffen mit ihren Leistungen oft sogar die Jungen.

FOTOS: DIRK KRÜLL / DER SPIEGEL

Triathlet Klittich: *„Ich habe keine Lust, auf einer Kreuzfahrt dahinzuvegetieren“*

Mit kräftigen Ruderschlägen ziehen die Männer die Riemen durch das Wasser. „Außenschulter oben lassen, nicht im Rücken zusammensacken“, brüllt der Trainer, der in einem Motorboot nebenherfährt.

Es ist sechs Uhr morgens, der Achter des Ruderklubs Favorite Hammonia trainiert auf der Hamburger Außenalster. Die Herren im Boot, weiße Bärte, alle um die 70 Jahre alt, haben einen roten Kopf und Schweißperlen auf der Stirn. Profis, die bei Olympia starten, rudern mit rund 42 Schlägen in der Minute. Die Hamburger Senioren, Weltmeister in ihrer Altersklasse, schaffen immer noch 35 Schläge pro Minute.

Nach dem Training sitzt Horst Poscharsky, 73, klein, kräftig, eine runde Brille auf der Nase, beim Frühstück im Vereinsheim. Er rudert im Boot auf der Position zwei, er ist für das Gleichgewicht des Achters zuständig. 16 Kilometer sind er und seine Kameraden an diesem Morgen gerudert. Poscharsky ist erschöpft, aber zufrieden.

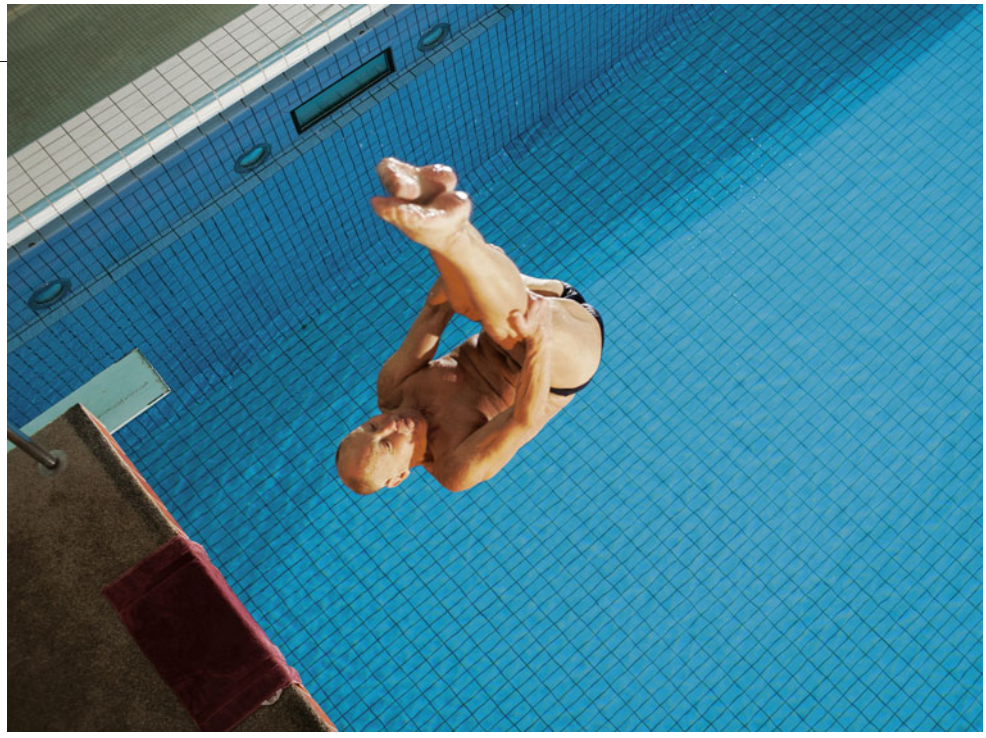
Früher arbeitete er als Creative Director in einer Werbeagentur. Täglich zehn Stunden im Büro, auch am Wochenende. Zum Ausgleich ging er ab und zu joggen, mehr war nicht drin.

Seit er in Rente ist, hat Poscharsky viel Zeit. Er überlegte, ob er promovieren sollte. „Doch dann merkte ich, dass ich eigentlich nicht schlauer werden möchte. Mir wurde klar, dass ich mehr davon habe, meine Körperlichkeit zu genießen.“

Er begann zu rudern, das hatte er als Student schon gemacht. Poscharsky trainiert jetzt sechsmal in der Woche, neben dem Rudern macht er Lauf- und Krafttraining. Er führt ein Trainingstagebuch, macht Belastungstests, überprüft seine Laktatwerte und betrachtet seine Leistungskurven, um noch besser zu werden. Er isst mittags Salat, abends Fleisch, selten Süßigkeiten, um sein Idealgewicht von 70 Kilogramm zu halten.

„Ich bin so fit wie nie zuvor“, sagt Poscharsky, „ich fühle mich wie ein 60-Jähriger, höchstens.“

Deutschland ist das Land der Seniorensportler. Nie zuvor waren die Alten



Seniorensportler Weisbarth, Sauer: *Experten haben lange unterschätzt, was der Körper im Alter noch alles leisten kann*

so gut in Form. Jeder fünfte deutsche Rentner treibt mehrmals in der Woche Sport. Über vier Millionen der über 60-Jährigen sind im Verein aktiv, das sind rund dreimal mehr als noch 1990.

Nordic Walking oder Aquagymnastik sind beliebte Leibesübungen bei Senioren, die in Form bleiben wollen. Doch vielen aus der Generation Ü-60 reicht es heute nicht mehr, nur mit der Schwimmnudel zu planschen. Sie suchen im Ruhestand nicht die Ruhe – sondern die Herausforderung.

„Ich habe keine Lust, auf einer Kreuzfahrt dahinzuvegetieren“, sagt Manfred Klittich, 76, aus Eschborn, der kürzlich seinen zwölften Ironman-Wettkampf absolviert hat: 3,9 Kilometer Schwimmen, 180,2 Kilometer Radfahren, 42,2 Kilometer Laufen. Die wilden Alten machen Judo, Karate, Gewichtheben. Selbst Greise suchen noch den Reiz des Wettkampfs: Bei der deutschen Leichtathletik-Meisterschaft der Senioren, bei der jedes Jahr rund 3000 Athleten starten, wird es ab 2014 eine Altersklasse für über 90-Jährige geben.

„Sich zu vergleichen, der Stärkere sein zu wollen, das hat etwas Juveniles“, erklärt Ruderer Poscharsky. „Wir haben als junge Kerle Armdrücken und Wettrennen gemacht. Und wir wollen dieses Kräftemessen auch auf unsere alten Tage, weil es uns wieder an unsere Kindheit erinnert. Wir alten Säcke benehmen uns manchmal ja auch wie Kinder.“

Der typische deutsche Seniorensportler ist gebildet und wohlhabend. Es sind eher die Männer, die als Rentner noch mal richtig angreifen. Viele entdecken den Sport erst im Alter für sich, sie begreifen die Rente als Start in einen neuen Lebensabschnitt. Der Sportwissenschaftler Ingo Froböse spricht von einer „zweiten Pubertät“. Der Hormonhaushalt verändere sich, „im Kopf werden die Menschen kirre, sie sind aufgekratzt und fragen sich: Was kommt als Nächstes in meinem Leben? Ein Motorrad? Ein neues Haus? Eine neue Sportart? Alles ist jetzt möglich“.

Heinz Weisbarth ist 78 Jahre alt. Er lebt allein, vor zehn Jahren starb seine Frau. Er liest nur selten ein Buch, geht nicht in die Oper, den Fernseher schaltet er so gut wie nie ein. Weisbarths Leben ist der Sport. Und er hat sich für eine Disziplin entschieden, mit der er sogar halbstarke Jugendliche beeindrucken kann.

Agrippabad in Köln, kurz nach elf Uhr morgens. Weisbarth, blaue Badehose, weißblonde Haare, macht am Beckenrand 20 Klappmesser und 20 Liegestütze, er dehnt seine Füße, überstreckt die Zehen wie eine Ballerina. Dann beginnt die Show.

Weisbarth klettert den siebeneinhalb Meter hohen Sprungturm hinauf, er drückt das Kreuz durch, breitet die Arme aus und springt.

Eineinhalbfacher Salto mit ganzer Schraube. Weisbarth dreht nicht weit genug, kommt leicht schräg auf, Wasser spritzt. Als er auftaucht, flucht er: „Scheiße, explosiver abspringen, Junge.“ Nächster Versuch.

Als Jugendlicher hat Weisbarth mit dem Wasserspringen begonnen, 1957 wurde er deutscher Meister vom Zehn-Meter-Turm. Der Sport hat ihn sein Leben lang nicht losgelassen. Inzwischen ist Weisbarth ein Exot unter den Seniorensportlern, bei internationalen Wettkämpfen in seiner Altersklasse hat er nie mehr als zehn Gegner. Turmspringen ist gefährlich, Weisbarth hat keine Angst. Er macht bis zu 40 Trainingssprünge am Tag. „Blaue Flecken sind normal, man wächst in die Gefahr rein“, sagt er.

Noch vor zwei Jahrzehnten haben Ärzte und Wissenschaftler Rentnern empfohlen, sich zu schonen, Kräfte zu sparen. Jetzt zeigt sich, dass die Experten lange unterschätzt haben, was der Körper im Alter noch alles leisten kann.

Forscher der Sporthochschule Köln haben die Zeiten von knapp einer Million jungen und alten Athleten verglichen, die bei Marathon- und Halbmarathonläufen am Start waren. Das Ergebnis: Jeder vierte Senior zwischen 65 und 70 Jahren ist schneller als der durchschnittliche 20- bis 54-jährige Marathonläufer. Das bedeutet, dass ein Viertel der Senioren vor den meisten jüngeren Läufern im Ziel ist.

„Früher stand in den Lehrbüchern, dass wir mit zunehmendem Alter schwächer und kränker werden und es ab 26 Jahren abwärtsgeht. Heute wissen wir, dass das ein Irrtum ist“, sagt Klaus-Michael Braumann, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Sportmedizin und Prävention. „Muskeln können in jedem Alter wachsen, Kraft und Ausdauer können in jedem Alter trainiert werden.“

Der Körper braucht im Alter zwar länger, um sich nach der Belastung zu regenerieren, Senioren müssen nach dem Sport längere Pausen einlegen. Doch abgesehen davon, können sie genauso intensiv trainieren wie Mittzwanziger.

Manfred Klittich, der Ironman aus Eschborn, machte sich während seiner Jahre als Ingenieur bei AEG und Daimler nie viel aus Sport. Kurz nachdem er in Rente gegangen war, erkrankte seine Mutter an Demenz. Klittich dachte sich, falls es nun auch mit ihm bald bergab

gehen sollte, hätte er neben seinem Beruf nichts vom Leben gehabt.

„Ich erschrak“, sagt er. „Ich fing von einem Tag auf den anderen ein neues Leben an.“

Er begann, regelmäßig zu joggen, er lief und lief und startete schon bald bei einem Marathon. Doch er wollte mehr. Klittich nahm Schwimmunterricht, kaufte sich ein Rennrad, wurde Triathlet, erst auf der Kurzstrecke, dann auf der Mittelstrecke.

Irgendwann reichte ihm auch diese Belastung nicht mehr. Er trat bei Ironman-Wettbewerben an und qualifizierte sich für Hawaii. Das Rennen auf Big Island ist so etwas wie der Mount Everest der Triathleten.

DIRK KRÜLL / DER SPIEGEL

Hamburger Ruderteam: *„Ein Puls von 170, 6500 Kalorien verbraucht“*

Klittich kämpfte sich durch meterhohe Wellen im Pazifik, beim Radfahren blies ihn der Gegenwind fast aus dem Sattel. Mit Beinen wie aus Holz rannte er bei 40 Grad Celsius durch dampfende Lavafelder. Als er ins Ziel kam, bekam er eine Blumenkette um den Hals gehängt. Seine Zeit: 14 Stunden und 48 Minuten.

In der Szene ist der Oldie berühmt für seine Willensstärke. Bei einem Wettkampf vor zwei Jahren schleppte sich Klittich trotz Leistenbruchs und Bandscheibenvorfalls ins Ziel. Ein anderes Mal traf ihn beim Schwimmen ein Konkurrent mit dem Fuß am Hals, Klittich verlor das Bewusstsein und musste gerettet werden. Später diagnostizierten die Ärzte, dass er wohl einen Herzstillstand erlitten hatte.

Klittich ist ein Sportextremist. Schwer zu sagen, ob das, was er seinem Körper zumutet, noch gesund ist. Vor einem Jahr stürzte er im Training vom Rad, brach sich den Oberschenkelhals. Trotzdem möchte er sich nochmals für Hawaii qualifizieren. Er trainiert gerade 25 Stunden in der Woche. „Viel Leiden bedeutet viel Belohnung“, sagt er.

Oft ist es die Angst vor Krankheiten, die Senioren dazu bringt, Sport zu treiben. Es hat sich herumgesprochen, dass sich Bewegung lohnt. Schwedische Forscher an der Universität Uppsala fanden heraus, dass sportlich aktive Senioren eine um 3,8 Jahre höhere Lebenserwartung haben als untrainierte Gleichaltrige.

Es hat sich aber auch der Blick auf die letzte Lebensphase gewandelt. Altern wird nicht mehr wie noch bis in die neunziger Jahre hinein mit körperlichem Verfall gleichgesetzt. Heutige Senioren nutzen ihren Lebensabend dazu, gegen den drohenden Verfall anzukämpfen. Der Traum von den jungen Alten ist nicht mehr unrealistisch.

Erika Sauer fing auch erst mit 46 Jahren mit Leichtathletik an. Die heute 73-Jährige hält den Weltrekord im Siebenkampf in ihrer Altersklasse. Ihre stärkste Disziplin ist der Weitsprung, ihre Waden sind so dick und durchtrainiert, als wäre sie Bergsteigerin. Sauer ist Deutschlands erfolgreichste Seniorenathletin, sie gewann 36 Goldmedaillen bei Europameisterschaften und 18 bei Weltmeisterschaften.

„Vor 20 Jahren wurden wir dafür ausgelacht, dass wir Alten Sport treiben“, sagt Sauer. Nun bekomme sie ständig Ehrenpreise verliehen und Einladungen zu Podiumsdiskussionen geschickt. „Wir sind jetzt wichtig“, sagt sie. Mit den Leistungen, die Senioren im Sport erbringen, „zeigen wir, dass wir auch im Alter noch selbständig sein können und wertvoll für die Gesellschaft“.

Der Anteil der über 60-Jährigen in Deutschland liegt heute bei 26 Prozent. Im Jahr 2030 werden 36 Prozent der Bevölkerung Senioren sein. Schon aus Gründen des demografischen Wandels ist es für die Politik daher ein Staatsziel, möglichst viele Rentner zum Sport zu bringen, damit sie lange fit und gesund bleiben.

Denn rüstige Rentner sparen viel Geld: Für einen gesunden Mann von 50 Jahren, so hat das Robert-Koch-Institut hochgerechnet, muss die Krankenkasse 300 Euro im Jahr einplanen. Ein gleichaltriger Diabetiker mit schlechten Gefäßen verursacht Kosten von 20 000 Euro. Viele Kassen haben Bonusprogramme für Senioren, die sich regelmäßig in Form halten. Vereine und Verbände kreieren immer neue altersangepasste Angebote, um Sportmuffel vom Sofa zu kriegen.

Die klassische Sitzgymnastik ist out. Heute bieten Clubs Kurse an wie Aerobic 50 Plus, bei denen die Teilnehmer zu Musik aus den siebziger Jahren auf die Stepper steigen. Es gibt Yoga für Senioren oder Kurse in Tai-Chi. Der neueste Trend ist Aqua-Spinning. Dabei strampeln die Sportler auf einem Hydro-Rad, das mitten im Schwimmbecken steht.

Ruderer Poscharsky würde sich bei solchen Trimmspielarten erst recht alt fühlen. Er braucht den Wettkampf, will sich auspowern bis zum Umfallen.

Er steht am Ufer der Dove Elbe, eines Nebenarms der Elbe im Südosten Hamburgs, und legt sich ein Stück Traubenzucker auf die Zunge. Seine Teamkameraden saugen Powergel aus Plastikfläschchen. Die Männer bereiten sich auf ihren ersten wichtigen Wettkampf der Saison vor. Die Rallye auf der Dove Elbe ist eine Langstreckenregatta, 13 Kilometer, über 1600 Ruderschläge.

Schon nach 500 Metern bricht beim Achter aus Hamburg einem Ruderer eine Strebe am Ausleger, auf dem der Riemen aufliegt. Für einen kurzen Moment verliert das Team seinen Schlagrhythmus, das Boot kippelt.

Nach 54 Minuten und 26 Sekunden kommt der Achter ins Ziel, der Schlagmann bekommt einen Hustenanfall, Poscharsky legt den Kopf in den Nacken und stöhnt. Dann wirft er einen Blick auf seine rechte Handfläche. Es haben sich sieben Blasen gebildet, drei davon sind aufgeplatzt, an seinem kleinen Finger läuft Blut nach unten.

„Ein Puls von 170, 6500 Kalorien verbraucht“, sagt Poscharsky später. Ein guter Tag, auch wenn es nur zu Platz zwei gereicht hat.

Dann geht er los und besorgt Bier für seine Mannschaft. LUKAS EBERLE

Video: Turmspringer Heinz Weisbarth beim Training

spiegel.de/app282013turmspringer
oder in der App DER SPIEGEL

FUSSBALL

Rockende Grachten

Der niederländische Nationaltrainer Louis van Gaal demonstriert für die Rechte von Homosexuellen. Jetzt sollen auch die Deutschen Farbe bekennen.

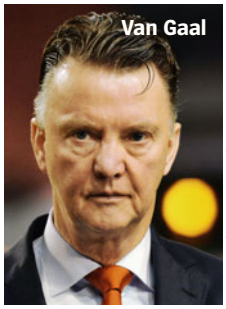
HARTMAN / HOLLANDSE HOOGTE / LAIF

Amsterdamer Parade Gay Pride 2010: *„Meilenstein für die internationale Bewegung“*

Das Boot, das bei der schrillen Parade durch die Grachten Amsterdams für die größten Beifallsstürme der mehr als 300 000 Schaulustigen sorgte, trug das Abzeichen des niederländischen Verteidigungsministeriums. An Deck standen junge Männer in Uniform: homosexuelle Soldaten, die – mit dem Segen der Armeeführung – erstmals an der Amsterdamer Schwulen- und Lesbenparade Gay Pride teilnahmen. Das war im Sommer 2009.

Die Hauptattraktion dieses Jahres bei dem Bootskorso durch die Kanäle Amsterdams, einem der bedeutenden Homosexuellen-Happenings Europas, wird eine orangefarbene Barkasse mit den Großbuchstaben KNVB sein. Das steht für Koninklijke Nederlandse Voetbal Bond, den Königlichen Niederländischen Fußballverband. Prominentestes Gesicht an Bord: Nationalcoach Louis van Gaal.

Die Zusage des früheren FC-Bayern-Trainers, bei der bunten Homosexuellen-Party Anfang August mitzuschippern, ist ein deutliches Signal. Denn auch in den für ihre Weltoffenheit und Toleranz gerühmten Niederlanden gehören homophobe Sprüche und Gesänge in Fußballstadien zum Alltag, kein schwuler Profikicker hat bislang sein Coming-out gewagt.



HOCHZWEI / SYNDICATION / IMAGO

Stattdessen halten sich selbst krudeste Vorurteile am Leben. Noch im vorigen Sommer irritierte Frank de Boer, der Trainer des Rekordmeisters Ajax Amsterdam, seine Landsleute mit einer Bemerkung über die vermeintliche Unsportlichkeit von Schwulen.

Sie halte de Boers Äußerung „nicht für schwulenfeindlich, sondern für einfältig“, sagt Irene Hemelaar, die Veranstalterin des Amsterdamer Gay-Pride-Events. De Boer, der sich öffentlich für seinen Kommentar entschuldigte, hatte Hemelaars spontane Einladung zur letztjährigen Amsterdamer Homosexuellen-Fete ausgeschlagen.

Auch deshalb wertet die 44-jährige Aktivistin die Zusage Louis van Gaals nun als einen „Meilenstein für die internationale Schwulen- und Lesbenbewegung“. Die Grachten, prophezeit sie, „werden rocken“.

Den Rummel um die holländische Parade wollen Schwulenorganisationen auch hierzulande nutzen, um den Deutschen Fußball-Bund (DFB) wieder stärker in ihren Kampf gegen Ausgrenzung und Diskriminierung einzubinden. Das Engagement, das der frühere Verbandspräsident Theo Zwanziger begann, habe seit dessen Rückzug spürbar abgenommen, beklagt Torsten Siebert, Leiter des Berliner Projekts „Soccer Sound“ gegen Homophobie im Fußball. Seit Anfang vergangenen Jahres, seit einem Dialogforum über sexuelle Identitäten in der Sportschule Hennef, habe man vom DFB „so gut wie nichts mehr gehört“, sagt Siebert.

Zwanziger hatte das Aufweichen von Homophobie zu einem sozialen Kernthema des Verbands gemacht. Es gab Aktionsabende, einen Runden Tisch vor einem Länderspiel in Hamburg, die DFB-Kulturstiftung ließ ein Theaterstück gegen Diskriminierung aufführen. Beim Berliner Christopher Street Day, dem Fest- und Demonstrationstag von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern, stand Zwanziger vor zwei Jahren als Laudator auf der Bühne. Und beim Kölner Christopher Street Day sponserte der DFB über mehrere Jahre mit je 5000 Euro einen Paradewagen.

Unter Zwanzigers Nachfolger Wolfgang Niersbach ist die Förderung ausgelaufen, Kölns Parade fand ohne Fußballwagen statt. Das sei nicht schlimm, heißt es bei den Organisatoren, teilnehmende schwul-lesbische Fußballfans seien ohnehin jetzt so zahlreich, dass sie als Fußgruppe besser in den Umzug passten als auf einem Wagen mit begrenztem Platz.

Doch die Angst, dass sich der DFB ganz ausklinkt, greife um sich, sagt der Niederländer Robert Thewessen, der seit zwei Jahren den Berliner Christopher Street Day mitorganisiert.

Mit dem Rückenwind aus Holland wollen die Veranstalter nun einen neuen Anlauf nehmen und den DFB zur Teilnahme an der nächsten Berlin-Parade einladen, es müsse ja kein Wagen sein. Zwanziger sei „das Gesicht der Kampagne“ im Fußball gewesen. Doch „künftig kann das ja auch der Bundestrainer sein“, findet Thewessen.

Während zum Gay Pride in Amsterdam die gesellschaftlichen Organisationen Schlange stehen – angeblich gab es zuletzt über 200 Anfragen für 75 Boote –, müsse man in Deutschland betteln. „Da geht Gesellschaftspolitik langsamer“, meint Thewessen.

Der DFB wehrt sich gegen den Vorwurf des Desinteresses. Gegen die Diskriminierung Homosexueller werde weiter mit gleichem Schwung gearbeitet, heißt es in der Frankfurter Verbandszentrale, wenn auch vielleicht weniger offen mit Worten als früher. Zum Beispiel stehe der Leitfaden für Vereine kurz vor der Fertigstellung. Eine Kommission hatte zehn Monate lang an dem Papier zum Umgang mit Coming-outs im Fußball gearbeitet, nun ist eine ganze Informationsbroschüre „Fußball und Homosexualität“ dabei herausgekommen – „20 bis 30 Seiten, im Längsformat“, verrät Gunter A. Pilz, der Vorsitzende der Arbeitsgruppe.

Vielleicht hätte es weniger lange gedauert, hätte man einfach abgeschrieben. Seit Herbst vergangenen Jahres liegt der „Aktionsplan“ des niederländischen Verbands mit dem Titel „Fußball für alle“ vor, zehn Seiten in Orange. Enthalten sind Anleitungen für Trainer, wie das Thema in Mannschaften behandelt werden soll.

Die Holländer waren wieder schneller.

JÖRG KRAMER, MICHAEL WULZINGER

DANIELE MATTIOLI / ANZENBERGER

TOURISMUS

Sexfallen am Mittelmeer

Strandparty an der italienischen Adriaküste

Viele Reisende kehren offenbar einigermaßen verstört zurück aus dem Urlaub in einer mediterranen Touristenhochburg. Eine Umfrage eines Forscherteams vom Europäischen Institut für Präventionsstudien unter mehr als 6500 britischen und deutschen Urlaubern ergab, dass eine von zehn Touristinnen in Südeuropa sexuell belästigt wurde oder gar „unfreiwilligen Geschlechtsverkehr“ hatte, wie die Wissenschaftler im Fachblatt „Archives of Sexual Behavior“ berichten. Befragt hatten die Forscher Reisende im Alter von 16 bis 35 Jahren, die von Urlaubszielen in Italien, Spanien, Portugal, Zypern oder auf Kreta zurückkehrten. Ergebnis: Frauen waren zwar häufigstes Opfer sexueller Nachstellungen, Männer standen ihnen aber nicht viel nach, wenn sie schwul oder bisexuell waren und den Urlaub auf Mallorca oder Kreta verbracht hatten. Um solche Erlebnisse zu vermeiden, raten die Wissenschaftler weiblichen wie männlichen Strandbesuchern zur Vorsicht: „Wichtig ist es, sich bewusst zu machen, dass es diese Probleme dort gibt – wir neigen dazu, den Urlaub stets nur in positivem Licht zu sehen“, erklärt Teamleiter Amador Calafat.

ARCHÄOLOGIE

Göttliches Bier

Archäologen vom Oriental Institute der University of Chicago haben sich mit einer kleinen Brauerei im US-Bundesstaat Ohio zu einem ungewöhnlichen Projekt zusammengetan: Sie wollen Bier genau so brauen, wie es die Sumerer vor Tausenden Jahren in Mesopotamien taten. Anleitungen für das Experiment holte sich das Team von der um 1800 vor Christus entstandenen „Hymne an Ninkasi“, die der sumerischen Göttin des Brauens huldigt, aber auch schildert, wie man das in allen Schichten der Hochkultur verbreitete flüssige Nahrungsmittel herstellt. Neben Tipps gaben die Forscher den Braumeistern auch die richtigen Tongefäße – Kopien von Grabungsfunden aus dem Irak. Mit den ersten Ergebnissen lässt sich derzeit noch kein moderner Gaumen entzücken: Der frühgeschichtliche Getreidesaft schmeckt leicht nach Essig. Schuld sind Bakterien, die mangels moderner Reinigungsverfahren in den Töpfen gedeihen. Mehr Kostproben des Trunks wollen die Hersteller laut „New York Times“ im Spätsommer auf Veranstaltungen in den USA anbieten.

SOZIOLOGIE

Stark durch Opa

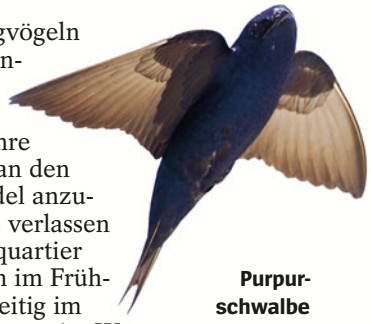
Britische Enkelkinder haben eine mehr als doppelt so große Chance, es zu akademischen Berufen oder hochkarätigen Managerjobs zu bringen, wenn schon ihre Großeltern diesen Aufstieg auf der sozialen Leiter geschafft hatten. Der berufliche Status der Großeltern väterlicherseits fiel dabei etwas weniger ins Gewicht als derjenige der mütterlichen Vorfahren. Diesen „Großeltern-Effekt“ haben jetzt Sozialwissenschaftler von der University of Oxford und der Durham University bei der Auswertung von über 17 000 britischen Lebensverläufen entdeckt. Demnach konnten 80 Prozent der Enkel den privilegierten Status bewahren, wenn schon Großeltern und Eltern zur beruflichen Elite zählten. Nur 61 Prozent von ihnen gelang das dagegen, wenn erst den Eltern der Sprung nach oben gelungen war. Warum genau die Aufstiegschancen im britischen Klassensystem so generationenübergreifend stabil sind, wollen die Wissenschaftler demnächst in weiteren Untersuchungen klären.

TOPPOTO

Englische Adelsfamilie mit Großvater 1925

TIERE

Abflug verpasst



F1 ONLINE

Purpurschwalbe

Vielen Singvögeln will es offenbar nicht so recht gelingen, ihre Flugpläne an den Klimawandel anzupassen. Sie verlassen ihr Winterquartier zu spät, um im Frühjahr rechtzeitig im Brutgebiet zu sein. Was Ornithologen lange argwöhnten, lässt sich jetzt belegen: Biologen von der kanadischen York University rüsteten Purpurschwalben mit Sensoren aus, um deren jährliche Wanderungen zwischen dem Amazonasbecken und den Fortpflanzungsgefilden im Nordosten der USA zu verfolgen. Die Flugdaten zeigen, dass die Vögel im vergangenen Jahr ihre Reisezeiten nicht korrigierten, als der Frühling auf dem nordamerikanischen Kontinent schon weit ins Land gegangen war und in den Brutgebieten bereits Rekordtemperaturen gemessen wurden. Das falsche Timing könnte einer der Gründe dafür sein, dass die Populationszahlen vieler Singvogelarten seit einiger Zeit sinken – vor allem bei jenen Spezies, deren Winter- und Sommerreviere oft Tausende Kilometer voneinander entfernt liegen. „Sie treffen so spät im bereits weit fortgeschrittenen Frühling ein, dass sie das beste Nahrungsangebot für die Aufzucht ihrer Jungen verpassen“, erklärt Studienautor Kevin Fraser.

NASA

Erker mit Aussicht In einer verglasten Kuppel der Internationalen Raumstation ISS bieten sich dem Nasa-Astronauten Chris Cassidy Motive, die Fotografen auf der Erde nur im Traum mal erblicken. Die Oberfläche des Heimatplaneten zieht ungefähr 400 Kilometer unter ihm vorbei. In der Schwerelosigkeit lassen sich auch mit dem 400-Millimeter-Teleobjektiv verwacklungsfreie Aufnahmen aus der Hand machen. Kamera und Optik sind an Bord leicht wie eine Feder.

MEDIZIN

„Vielen geht es danach schlecht“

Der Marburger Kinderarzt Stephan Heinrich Nolte, 57, über eine verpflichtende Masernimpfung und das veraltete Impfschema für Säuglinge

SPIEGEL: Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr erwägt eine Pflicht zur Impfung gegen Masern, weil immer mehr Erwachsene erkranken. Greifen Deutschlands Kinderärzte zu selten zur Spritze?

Nolte: Aus epidemiologischer Sicht ist eine möglichst flächendeckende Masernimpfung sehr sinnvoll, weil bei einer hohen Immunität der Gesamtbevölkerung auch diejenigen geschützt sind, die nicht geimpft werden können, etwa weil sie einen Immundefekt haben. Wir sollten aber auf Aufklärung und Information setzen. Eine Gesundheitsdiktatur würde zu Protesten und Verweigerung führen. In Deutschland werden Babys ohnehin zu häufig geimpft, was nicht zur Akzeptanz solcher Maßnahmen beiträgt.

SPIEGEL: Es wird zu oft geimpft?

Nolte: Ja, weil das derzeitige Impfschema veraltet ist. Die Grundimmunisierung gegen Polio, Diphtherie, Tetanus, Keuchhusten, Haemophilus influenzae und Hepatitis B schreibt drei Impfungen im Abstand von vier bis acht Wochen sowie eine Auffrischung im Alter von etwa einem Jahr vor. Das beruht aber auf einem Keuchhustenimpfstoff, den es schon lange nicht mehr gibt. Heute genügen zwei Impfungen und eine Auffrischung. In Skandinavien und in Österreich wird das längst so praktiziert. In Deutschland hat niemand ein Interesse daran, das Schema zu ändern, weil Impfungen extra vergütet werden. Die rund 600 000 überflüssigen Impfungen kosten die Kassen etwa hundert Millionen Euro pro Jahr.

SPIEGEL: Ist einmal zu viel impfen nicht besser als einmal zu wenig?

Nolte: Impfungen sind ein großer Segen. Wenn wir aber öfter impfen als nötig, öffnen wir den Gegnern Tür und Tor. Wir Ärzte sind verpflichtet, den Patienten nicht zu schaden. Es macht keinen Spaß, ein Baby zu impfen. Eine intramuskuläre Injektion ist schmerzhaft, vielen Kindern geht es danach schlecht. Sie kriegen Fieber, schreien schrill oder sind apathisch. Das macht den Eltern Angst.

Nomura-Riesenquallen und Taucher vor der japanischen Küste

ÖKOLOGIE

Triumph der Glibbermonster

Quallenplagen an Stränden weltweit alarmieren nicht nur Touristen, sondern auch Forscher: Verdrängt das Gallertgetier andere Meeresbewohner? Wie gefährlich ist es fürs Ökosystem? Fest steht: Quallen profitieren von Überfischung und Klimawandel.

KYODO NEWS / ACTION PRESS

Wenn der Meeresforscher Josep Maria Gili von seinem Büro auf die Terrasse tritt, sieht er zu seinen Füßen das Menschengetümmel am Strand von Barcelona. Links schließt sich der Port Olímpic an, mit der Skulptur, die Frank Gehry hier für die Olympischen Spiele von 1992 errichten ließ: ein gigantischer Fisch aus Stahl, der, im Sonnenlicht funkelnd, majestätisch aufs Mittelmeer blickt.

Aus heutiger Sicht muss man leider sagen: Der Stararchitekt hat aufs falsche Tier gesetzt. Der Fisch taugt nicht länger als ein Wahrzeichen Barcelonas. Denn was hier unter der glitzernd blauen Oberfläche vor der Küste treibt, sind immer weniger Fische, stattdessen, in riesigen Mengen: Quallen.

Blind, herz- und hirnlos wabern sie, von Wellen und Strömungen gelenkt, auf die Küste zu, viele mit giftigen Tentakeln im Schlepp – nicht nur hier in Katalonien, sondern nahezu überall auf der Welt. Wer das Pech hat, einer nesselnden Qualle in die Quere zu kommen, dem macht sie schmerzhaft klar, wer die neue Königin der Meere ist. Gelegentlich enden solche Begegnungen tödlich. Für den Menschen, versteht sich.

Etwa zu jener Zeit, als Gehry seinen Riesenfisch erschuf, begann Meeresforscher Gili, sich für Quallen zu interessieren. Ein exotisches Forschungsgebiet war das damals, selbst für einen Biologen vom Institut de Ciències del Mar. Heute, mehr als 20 Jahre später – das war damals nicht zu ahnen –, beschäftigt das Glibbertier internationale Konferenzen; es werden ganze Bücher über die mutmaßliche „Gallertisierung der Meere“ geschrieben, und Wissenschaftler streiten sich darüber, ob Quallen Fische und andere Meereslebewesen verdrängen, ob sie die Herrschaft über ganze Ökosysteme übernehmen und ob wir sie künftig essen müssen, um sie in Schach zu halten, wie es die Chinesen seit Jahrhunderten tun.

Dass Menschen und Quallen heute häufiger aneinandergeraten als früher, ist für beide Seiten unerfreulich – und kostet jedes Jahr viele Millionen Euro, wobei die genauen Kosten schwer zu beziffern sind: So verursachen Quallen wiederholt Stromausfälle und Schäden, weil sie in die Kühlwassersysteme von Kraftwerken und Meerwasserentsalzungsanlagen geraten.

Zugleich schaden Quallen der Fischerei: Sie ruinieren Fangnetze und verätzen Fischern die Hände. Prallt ein Quallenhaufen gegen die Netze, die Fischfarmen vom offenen Meer trennen, kommt es vor, dass sämtliche Tiere in den Aquakulturen am Nesselgift sterben.

Und dann ist da das Problem vor Josep Maria Gilis Terrasse: Quallen am Strand, ausgerechnet zur Badesaison, ein Debakel für den Tourismus. In diesem Sommer ist es die rötliche Leuchtqualle Pelagia noctiluca, die in den Wassern vor Barcelona lauert. Bis zu 400 Badende pro Tag mussten Sanitäter des Roten Kreuzes in den vergangenen Tagen wegen Quallenverletzungen verarzten. Unten, am Strand, weht eine gelbe Warnflagge. Eine scheppernde Lautsprecherstimme mahnt auf Spanisch, Französisch und Englisch, man möge sich vor den Quallen hüten.

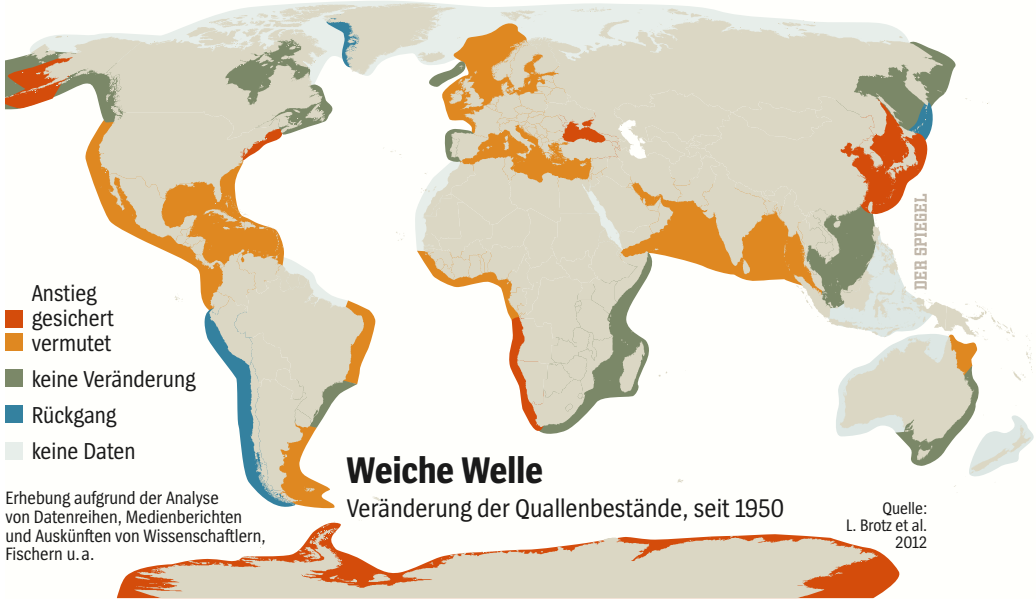
„Am Mittelmeer sind wir an Quallen gewöhnt“, sagt Gili, 60, ein kleiner grauhaariger Mann. „Aber was wir seit einigen Jahren hier beobachten, ist nicht mehr normal.“ Pelagia noctiluca beispielsweise schwimmt nicht selbständig aus dem offenen Meer an die Küste – sie wird von Wellen und Strömung angetrieben und stirbt, wenn sie strandet. Dieses Unglück widerfährt Leuchtquallen im Mittelmeer etwa alle 10 bis 15 Jahre, so war es jedenfalls früher. Nun aber: 2005, 2006, 2007, 2011, 2012, 2013 – lauter Quallenjahre.

Auch die Europäische Union zeigt sich neuerdings besorgt über die häufigen Qualleninvasionen, die die Wirtschaft ohnehin gebeutelter südlicher Mitgliedstaaten zusätzlich belasten. Deshalb finanziert die EU nun ein internationales Forschungsprojekt, das erstmals systematisch Daten über die Quallenverbreitung im Mittelmeerraum erfassen und eine Strategie für das Küstenmanagement entwickeln soll. Testen wollen die beteiligten Wissenschaftler unter anderem Schutznetze an Stränden und eine Smartphone-App, mit der Strandbesucher melden sollen, wenn sie irgendwo ein Glibbertier erspähen.

Der Anschubser aus Brüssel war überfällig: Die Wissenschaft weiß bis heute wenig über Quallen, weil die Tiere schwierig zu studieren sind. Scheinbar aus dem Nichts tauchen sie auf, zahlreich, aber unvorhersehbar – und wenn man sie dann einsammeln will, um sie im Labor zu untersuchen, gehen sie leicht kaputt. Quallen im Aquarium zu züchten ist ebenfalls ein kompliziertes Unterfangen. So gibt es weltweit nur eine kleine Gemeinde von Quallenkundigen.

Gili kann nicht mehr genau sagen, warum er sich damals entschied, ausgerechnet Quallen zu erforschen. Vielleicht interessierten sie ihn, weil er mit ihnen aufgewachsen war, auf Mallorca. „Als ich klein war, rieb mein Vater mich vor dem Baden immer mit Olivenöl ein, um mich vor Quallenverletzungen zu schützen“, erinnert er sich und lächelt. „Olivenöl ist der beste Schutz. Viel Sonnencreme hilft auch.“

Er und seine Kollegin Verónica Fuentes, 35, sind für die Durchführung des EU-Projekts in Spanien zuständig. Wichtig sei vor allem, die Menschen aufzuklären, so Gili: „Wir sagen den Touristen, dass sie zu uns kommen sollen, weil das Mittelmeer phantastisch ist“, sagt er, „aber wir müssen ihnen auch mitteilen, dass das Meer kein Schwimmbad ist. Man kann hier die Sonne und das warme Wasser genießen, und manchmal gibt es eben Quallen im Wasser. Damit muss man rechnen.“

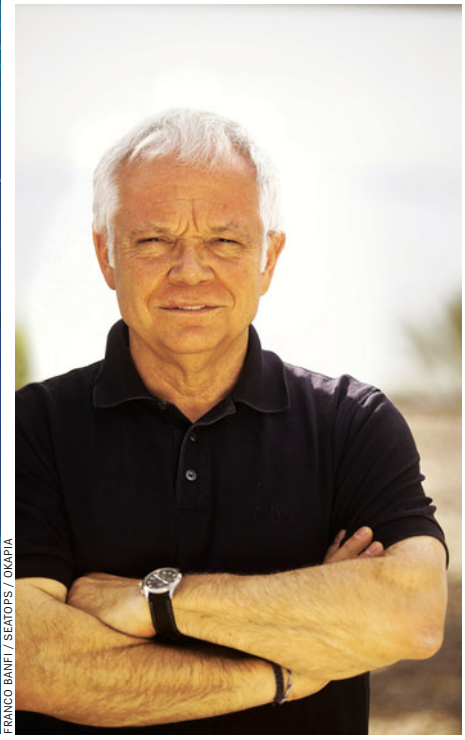


Am Mittelmeer und weltweit: In Nord- und Ostsee treffen Badende vor allem im Spätsommer öfter auf Gelbe Haarquallen, aus gutem Grund auch „Feuerquallen“ genannt. Noch viel häufiger sichten sie dort Massen milchig-bläulicher Ohrenquallen – die aber wenigstens, wie übrigens die Mehrzahl der Arten, dem Menschen keinen Schmerz zufügen.

In den Küstengewässern Namibias, einst reich an Sardinen, dominieren mittlerweile Kompass- und Kristallqualle.

Fischer im Ostchinesischen und im Gelben Meer klagen schon seit Mitte der neunziger Jahre darüber, dass ihnen im-

FRANCO BANFI / SEATOPS / OKAPIA



BJOERN GOETTLICHER / VISUM / DER SPIEGEL

Leuchtquallen, Meeresforscher Gili in Barcelona: *„Olivenöl ist der beste Schutz“*

mer weniger Fische und immer mehr Quallen in die Netze gehen.

Stoff für einen Horrorfilm böte die Situation in Japan, wo die Monsterqualle Nemopilema nomurai durch die Wellen schwappt – ihr Schirm kann einen Durchmesser von zwei Metern erreichen. Im vergangenen Jahrhundert fiel sie genau dreimal durch erhöhte Präsenz auf, 1920, 1958 und 1995. Seit 2002 aber, so berichten japanische Forscher, überfällt Nomura asiatische Gewässer alljährlich und bringt mit ihrem Gewicht ganze Fischkutter zum Kentern. Nur 2004 und 2010 verhielt sich das Schwabbelmonster unauffällig.

Was hat das alles zu bedeuten? Warum verglibbern die Meere?

Josep Maria Gili zieht die Stirn in Falten. „Die Quallen sind eine Flaschenpost, die uns das Meer an den Strand schickt“, sagt er. Die Botschaft des Meeres an die Menschen laute: „Ihr zerstört mich.“

Der Wissenschaftler lässt die Worte kurz wirken, dann wird er wieder sachlich. Das größte Problem, erklärt er, sei die Überfischung der Meere. Simple Mathematik: „Wenn man die Zahl der Fische vermindert, die Quallen fressen“, sagt er, „und zugleich auch die Zahl jener Fische, die mit Quallen um Nahrung konkurrieren, nun – damit erhöht man natürlich die Zahl der Quallen.“

Normalerweise sind die Medusen ein wichtiger Bestandteil mariner Ökosysteme: Von 124 Fisch- und 34 anderen Tierarten, beispielsweise Schildkröten, ist bekannt, dass sie gern Quallen verspeisen. Quallen ihrerseits fressen vor allem Zooplankton, also kleineres Getier, sowie Fischeier, Fischlarven und kleinere Fische.

Wenn die Meere jedoch, wie mittlerweile fast überall auf der Welt, überfischt werden, kann es zu einem sich selbst verstärkenden, fatalen Mechanismus kommen: Quallen konkurrieren mit weniger Fischen um Zooplankton, sie fressen also mehr und vermehren sich, und zugleich fressen sie den Fischen den Nachwuchs weg und bringen so deren Populationen weiter unter Druck. Die Folge: Fischbestände kollabieren, Quallen triumphieren.

Dabei sind die Glibberer an Schlichtheit eigentlich kaum zu überbieten: Sie

Quallen, so fragil das Einzeltier erscheinen mag, sind äußerst zäh, Meisterwerke der Evolution.

bestehen zu rund 98 Prozent aus Wasser. Der Rest setzt sich zusammen aus gallertigem Gewebe, Geschlechtsorganen, dem Magenraum, einem primitiven Nervensystem und Nesselkapseln, die, wenn sie gereizt werden, Giftprojektile mit der Wucht von Gewehrkugeln abschießen können. Es gibt rund 1500 bekannte Arten von Quallen, manche sind winzig wie ein Sandkorn, andere schwer wie ein Gnu.

Quallen, so fragil das Einzeltier erscheinen mag, sind unglaublich zäh, Meisterwerke der Evolution. Seit rund 600 Millionen Jahren überdauern sie dramatische Veränderungen in den Ozeanen – die Entstehung der Fische, ihrer größten Fressfeinde und Konkurrenten, massive Hitzeperioden, Eiszeiten, das Werden und Vergehen von Weltmeeren, Meteoriteneinschläge –, ohne sich groß zu verändern.

So trotzen sie auch der Umweltzerstörung durch den Menschen wie kaum ein anderes Meereslebewesen. Mit Dreck, Algenblüten, trübem Wasser und Sauerstoffmangel kommen sie besser zurecht als Fische. Verbaute Ufer und Anlagen auf hoher See dienen ihnen gar als Kinderstube: Die Flächen bieten den Jungtieren, die sich als Polypen an feste Strukturen heften, mehr Lebensraum. Studien haben gezeigt, dass Quallenplagen gehäuft an Orten auftreten, wo Menschen das Meer besonders intensiv nutzen und verschmutzen.

Auch der Schiffsverkehr begünstigt den Siegeszug der Quallen. Werden sie im Ballastwasser in fremde Gewässer transportiert, siedeln sie sich dort häufig erfolgreich an und verdrängen einheimische Arten. Sie sind nicht wählerisch, sondern fressen, was ihnen so vor die Mundöffnung kommt – und wenn sie einmal zu wenig Nahrung bekommen, schrumpfen sie einfach vorübergehend zusammen.

Nicht zuletzt profitieren Quallen offenbar vom Klimawandel. Bei höheren Temperaturen wachsen viele Arten schneller. Und tropische Quallen wie die Seewespe, deren Gift einen Menschen innerhalb von zwei Minuten töten kann, breiten sich in subtropischen Gewässern aus.

Sind Quallen also die Nutznießer des Raubbaus, den der Mensch an der Natur betreibt? Eine giftige Erinnerung daran, dass letztlich alles seinen Preis hat?

Um den Tourismus in seinem Land mache er sich keine allzu großen Sorgen,

sagt Quallenforscher Gili. Bislang gebe es im Mittelmeer keine tödlichen Quallen wie in Australien oder Asien. Beängstigend findet der Biologe jedoch, dass Quallen das ökologische Gleichgewicht verändern. Aber was kann man dagegen tun? Die Überfischung der Ozeane stoppen? Die Umweltverschmutzung? Den Klimawandel?

Gilis Mitarbeiterin Verónica Fuentes beginnt damit, katalanische Fischer für ihr Forschungsprojekt zu gewinnen. Keine triviale Aufgabe: Welcher Fischer will hören, dass er weniger fischen soll, der Umwelt zuliebe?

Fuentes hat den Anwalt der Fischer ans Institut eingeladen, Mario Vizcarro, Sekretär der „Federació Nacional Catalana de Confraríes de Pescadors". Vizcarro vertritt die Interessen von 1200 Fischern aus der Region. Nun sitzen sie sich in einem abgedunkelten Konferenzraum gegenüber, die zierliche Wissenschaftlerin und der stiernackige Jurist. Fuentes beginnt diplomatisch: „Es gibt viele Gründe, warum sich die Quallen ausbreiten – die Fischerei ist ein Grund, aber auch die Wasserverschmutzung, die wärmere Temperatur." Vizcarro guckt zweifelnd.

Die Forscherin projiziert ein Foto auf eine Leinwand: eine Qualle, an deren Tentakeln kleine silberne Fische hängen. Manche Quallen fräßen Fische, erklärt Fuentes, ihre Stimme klingt sanft. Vizcarro beugt sich vor und starrt auf das Bild. „So etwas gibt es bei uns?", fragt er angewidert. „Bei uns bislang nicht", sagt Fuentes, „aber in der Nordsee schon."

Vizcarro fixiert das Foto. Seine Fischer hätten auch ein Problem, sagt er dann, sie fingen fast keine Sardinen mehr. Ob die kleinen Sardinen wohl auch von Quallen weggefressen würden? Die Vorstellung beunruhigt ihn. Er mustert Fuentes mit neuerwachtem Interesse.

Sie zeigt jetzt einen kurzen Film aus Japan: massenhaft Monsterquallen in berstenden Fischernetzen. „Ah!", ruft Vizcarro, er wendet sich ab. Es ist der Moment, auf den die Wissenschaftlerin hingearbeitet hat. „Wir brauchen eure Hilfe", sagt sie. „Wir überwachen die Küste, aber wir benötigen auch Informationen darüber, wie viele Quallen da draußen im Meer sind. Diese Informationen können uns nur die Fischer geben." Ihre Idee: eine Smartphone-App, speziell für Fischer.

Vizcarro nickt. „Das interessiert uns", sagt er. Seine Fischer berichteten ebenfalls, dass sie mehr Quallen sähen als früher – und wo viele Quallen seien, gebe es weniger Fische. Vizcarro richtet sich auf: „Auch wir wollen wissen, was da los ist."

Samiha Shafy

Video:
Die Quallen-Flut
spiegel.de/app282013quallenplage
oder in App DER SPIEGEL

INTERNET

Spitze ohne Bespitzeln

Eine niederländische Suchmaschine zeigt, wie Datenschutz in Zeiten der Komplettüberwachung zu einem europäischen Exportschlager werden könnte.

Nur selten verdankt ein Produkt seinen Erfolg ausgerechnet dem, was es *nicht* kann. Bei Robert Beens' Angeboten ist das so. Seine beiden Suchportale, Ixquick und Startpage, versagen just in dem Fach, in dem Google spitze ist: im Bespitzeln der Nutzer.

Beens vertreibt ein besonders kostbares Gut: Anonymität. „Die diskreteste Suchmaschine der Welt", werben die beiden Portale, hinter denen jeweils die gleiche Technik steckt. Wer Anfragen eingibt, wird eben *nicht* mit Cookies verfolgt, die Daten werden *nicht* gespeichert, die Verbindung ist verschlüsselt, die Webinhalte können so umgeleitet werden, dass die Nutzer für Werbekraken unsichtbar bleiben.

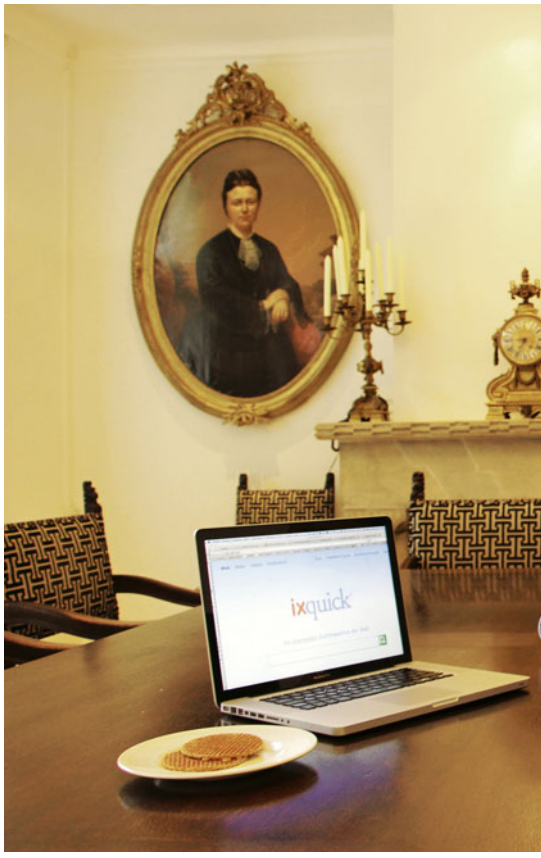
Wirtschaftlich erfolgreich sind die Portale dennoch, der Montag voriger Woche war der vielleicht beste Tag in Beens' bisheriger Karriere. Die Anfragen an seine Suchmaschinen knackten die Vier-Millionen-Marke. Diesen Triumph hat er vor allem den Geheimdiensten der USA und Großbritanniens zu verdanken. Seit den immer neuen Enthüllungen der globalen Internetspitzelei explodiert die Nachfrage nach dezenten Suchmaschinen.

Trotz der vielen Klicks – gemessen an der Big-Brother-Konkurrenz ist die Datenschutz-Suchmaschine wenig bekannt. Was wohl auch an Robert Beens liegt. Er fühlt sich sichtlich unwohl, wenn er seine Produkte Fremden erklären soll – Marketing-Preise wird er wohl nie gewinnen. „Ich schätze meine Privatsphäre", sagt der Niederländer. „Deswegen mache ich ja auch diese Suchmaschine."

Der stille Mann sitzt im opulent eingerichteten Empfangszimmer einer wohltätigen Immobilienstiftung in Den Haag. Hier hat Beens' Firma ein Büro, zur Untermiete. Der Chef selbst arbeitet meist am Laptop von unterwegs. Hauptberuflich ist er nämlich Pilot bei der Fluggesellschaft KLM.

Eher offensiv tritt dagegen seine Konkurrenz in den USA auf. Seit Wochen trommelt die Suchmaschine DuckDuckGo für sich. 2008 gründete Gabriel Weinberg die Suchmaschine. Der Physiker ist Absolvent der Eliteuniversität MIT. Er weiß, wie man Aufmerksamkeit erzeugt, er arbeitet an einem Buch zum Thema. Rein technisch funktionieren die amerikanische und die niederländische Suchmaschine ähnlich, auch von der Reichweite her liegen sie fast gleichauf.

„Aber wir unterliegen eben nicht der US-Rechtsprechung", sagt Beens lapidar. Er meint damit: DuckDuckGo könnte ausgespäht werden. Aber ein solcher Zugriff der Schlapphüte mit Billigung von



Suchmaschinenbetreiber van Eesteren, Beens:

Gerichten wäre in den Niederlanden kaum denkbar.

Standortfaktor Datenschutz: Plötzlich hat Europa wieder eine Chance, in der Hightech-Branche zumindest ein klein wenig aufzuholen. In Zeiten von Big Data und Cloud-Computing könnte die Alte Welt digitale Reinheitsgebote in Wettbewerbsvorteile ummünzen.

Doch es fehlt an politischen Konzepten. Wer Angst habe, ausgespäht zu werden, so Bundesinnenminister Hans-Peter Fried-

rich vorigen Mittwoch, solle eben keine Dienste nutzen, die über US-Server laufen. Das lässt sich nur deuten als Kapitulation – immerhin ist der Minister an der Gestaltung der europäischen Datenschutzreform beteiligt. Jeder weiß: Ein Alltag ohne Google, Apple, Microsoft und Amazon ist nur für zwei Minderheiten attraktiv: Technikverweigerer und Computer-Nerds.

Zwar fordern französische und deutsche Politiker seit vielen Jahren eine europäische Suchmaschine. Doch trotz millionenschwerer Forschungsprogramme sucht man bis heute vergebens nach einer echten Alternative zu Google.

Ixquick dagegen entstand durch Zufall und ohne Subventionen. Beens versuchte zunächst, Elektrofahrräder zu verkaufen. Aber damit, das konnte er damals nicht wissen, war er zehn Jahre zu früh dran. Er studierte Jura, wurde schließlich Berufspilot und flog Jumbojets nach Hongkong, Kapstadt, New York.

HILMAR SCHMUNDT / DER SPIEGEL

Eine Menge Geld verbrannt

Während der ersten Internetblase investierte Beens in die Suchmaschine. Ixquick verbrannte damals viel Geld und sammelte jede Menge Verbindungsdaten. Als 2001 der Crash kam, brachte der Niederländer die Firma auf Sparkurs – sowohl finanziell als auch in Sachen Datensammelwut. „Es ist gar nicht so einfach, das automatische Speichern von IP-Adressen herunterzufahren“, so Beens. Aber er fand: Weniger ist mehr.

Seit 2004 ist Ixquick nach eigener Aussage profitabel, mit heute nur noch drei Vollzeit-Mitarbeitern sowie Entwicklern in Europa, den USA und Indien. Datenschutz lohnt sich. Allerdings ist das bislang nicht allzu vielen Leuten aufgefallen: Vier Millionen Anfragen pro Tag – das ist weniger als ein Prozent von Google. DuckDuckGo sei hilfreich für sein Anliegen, so Beens: „Die größte Konkurrenz sind Trägheit und Unwissen der Nutzer.“

Nun tüftelt sein Team an einem neuen Coup: verschlüsselte E-Mails für Technikmuffel. Beens hat neun Monate Auszeit vom Pilotenjob genommen, um die Krypto-Mail an den Start zu bringen.

„Viele Nutzer wissen nicht, dass ihre E-Mails im Internet von beliebig vielen Leuten gelesen und gespeichert werden können, Postkarten sind im Vergleich geradezu diskret“, sagt Alexander van Eesteren, der technische Leiter von Startmail.

Die beiden demonstrieren erstmalig ihr neues E-Mail-System. Es wirkt einfach und elegant. Schritt für Schritt werden die Nutzer bei der Anmeldung durch die Installation geführt. Sie müssen zunächst einen öffentlichen und einen privaten Schlüssel erzeugen. Alle E-Mails und Adressen werden auf dem Server verschlüsselt, so dass nicht einmal der Systembetreuer sie ohne weiteres lesen kann. Wer sein Passwort vergisst, verliert alle E-Mails und Adressen.

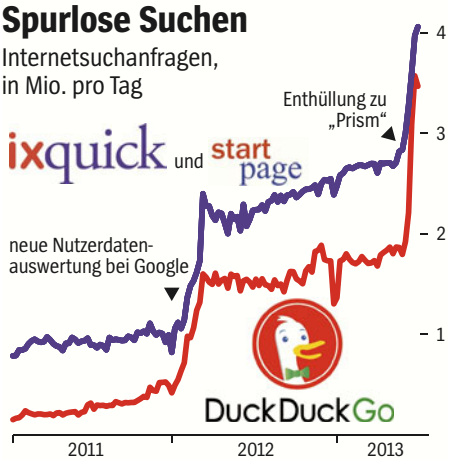
Startmail ist nicht perfekt; am sichersten wäre es, wenn man auf dem eigenen Rechner ein Verschlüsselungsprogramm wie „Pretty Good Privacy“ installierte, zu Deutsch: ziemlich gute Privatsphäre. Doch derlei Software ist kompliziert und setzt voraus, dass alle Empfänger sie benutzen.

Der Markt ist zersplittert, Standards sind rar. De-Mail zum Beispiel, die Krypto-Mail, die von der Bundesregierung initiiert wurde, funktioniert nur, wenn Sender und Empfänger Konten bei De-Mail haben. Außerdem stuft der Chaos Computer Club das System als unsicher ein. Aus all diesen Gründen verzichten derzeit fast alle Nutzer auf Verschlüsselung. Das Postgeheimnis ist damit faktisch ausgehebelt.

Startmail ist anders. Es erlaubt sogar das Verschicken verschlüsselter Mails an beliebige Adressen: Der Empfänger bekommt dann einen Link, loggt sich auf dem Startmail-Server ein und kann die

Spurlose Suchen

Internetsuchanfragen, in Mio. pro Tag



Geheimnachricht entschlüsseln, indem er ein vorher vereinbartes Passwort eintippt.

Außerdem bietet Startmail gutüberlegte Zusatzfunktionen: Wer sich bei Online-Diensten anmeldet, muss meist eine E-Mail-Adresse angeben. Mit Startmail kann man daher Wegwerfadressen generieren, die wahlweise ein paar Minuten oder wenige Tage aktiv bleiben, bis sie erlöschen. So wird Spam reduziert.

Natürlich wird Startmail nicht kostenlos sein: „Der Monatsbeitrag dürfte ungefähr so viel kosten wie eine Tasse Kaffee“, sagt Beens. Der Datenschutzpilot spekuliert auf einen Mentalitätswandel, ähnlich wie in den siebziger, achtziger Jahren, als die Verbraucher sich langsam von industrieller Billigware abzuwenden begannen, hin zu teuren Ökoprodukten.

Noch sitzen die Datenökos in kleinen Nischen, ignoriert von Großkonzernen und Politik. Der Berliner E-Mail-Provider Posteo zum Beispiel, ein Unternehmen mit vier Mitarbeitern, bietet von Kreuzberg aus nicht nur verschlüsselte E-Mails, sondern auch Server, die mit Ökostrom von Greenpeace betrieben werden.

„Prism hat ein Umdenken angestoßen“, sagt Beens. Ursprünglich hatten sich 5000 Tester für die Krypto-Mail angemeldet. Seit Prism, das Spähprogramm der USA, entlarvt wurde, sind es zehnmal so viele. Die Server stehen in einem Rechenzentrum in Amsterdam, ausgelegt auf einen Ansturm von 100 000 Nutzern. Der Testbetrieb läuft, im Herbst soll es losgehen.

Derzeit scheint es denkbar, dass das neue Datensparen bald auch von Großkonzernen entdeckt wird. Vielleicht wiederholt sich mit der Krypto-E-Mail die Erfolgsgeschichte der Biomöhrchen, die einst aus den Reformhäusern heraus die großen Supermärkte eroberten.

Denkbar wäre sogar, dass irgendwann die Politik reagiert und strengere Standards vorschreibt. „Das wäre vielleicht schlecht für unsere Firma, aber gut für die Gesellschaft“, sagt Robert Beens. Aber sollte Startmail abstürzen, kann er ja wieder als Pilot durchstarten. HILMAR SCHMUNDT

GESCHICHTE

Rotbärte an der Seidenstraße

Vor 1500 Jahren brachten Europäer den Buddhismus und eine blühende Handelskultur nach China. Dann verlor sich plötzlich die Spur dieser Menschen.

Die Fremden kamen von weit her, und sie rückten mit Streitwagen an. Doch das fahrende Volk kam in friedlicher Absicht. Die Migranten aus Europa brachten nicht Krieg, sondern Schafe und Ziegen aus der alten Heimat mit – Nutztiere, die man in der Wüste nicht kannte. Bedeutsamer als ihr Vieh erwies sich jedoch ihr Glaube: Sie verbreiteten eine Weltreligion in Asien.

„Tocharer“ nennen die Geschichtskundler jenes sagenhafte Volk, das sich nach derzeitigem Kenntnisstand vor 1500 Jahren im Westen des heutigen China niederließ und dort einen Aufstieg sondergleichen erlebte. Schon diese Bezeichnung basiert allerdings auf einem Irrtum; die Tocharer selbst nannten sich durchaus nicht so; ihren Zeitgenossen waren sie als Arsi und Kucha bekannt – basierend auf den Namen ihrer Machtzentren.

Doch die so imposante wie rätselhafte Kultur verschwand samt ihrer Sprache im Nichts.

Wissenschaftler wissen heute von ihrer Existenz, weil Archäologen in der Wüste Taklamakan im chinesischen Tarim-Becken Tausende Papierfetzen fanden, die auf eine reiche und hochgebildete Gesellschaft hindeuten. Vor gut hundert Jahren gelang es den deutschen Indologen Emil Sieg und Wilhelm Siegling nach jahrelanger Arbeit, die Schriftzeichen auf den Schnipseln als eigene Sprache zu identifizieren. Verblüfft notierten die Experten, dass die in der chinesischen Provinz Xinjiang geborgenen schriftlichen Zeugnisse eindeutig auf den indogermanischen Sprachraum hinweisen.

Seitdem versuchen Forscher, Ordnung ins Schnipselchaos zu bringen. Wenig hilfreich war, dass die papiernen Zeugnisse in Sammlungen auf diversen Kontinenten verteilt sind. Dass weltweit nur eine Handvoll Wissenschaftler des Tocharischen mächtig ist, erschwerte die Aufbereitung zusätzlich.

Eine der wenigen Kundigen auf diesem Gebiet ist die Sprachforscherin Melanie Malzahn von der Universität Wien. Sie gehört einem Team von Wissenschaftlern an, die nun das Vermächtnis von Sieg und Siegling angetreten haben. Die Gelehrten bauten eine Datenbank auf, in der ein Großteil der tocharischen Quellen erfasst und übersetzt ist; sie enträtselten die Syntax und Mehrfachbedeutungen unterschiedlicher Wörter.

Der Datenfundus ist für jedermann im Internet einsehbar – kaum je ist eine untergegangene Sprache für die Öffentlichkeit so umfangreich aufbereitet worden (www.univie.ac.at/tocharian). „Erst jetzt kann dieser Quellenschatz von Historikern gehoben werden“, sagt Malzahn. Ein hoffnungsfrohes Unterfangen, denn das größte Rätsel ist noch ungelöst: Wer genau waren die Tocharer, und was verschlug sie aus Europa nach China?

Gesichert ist, dass die Einwanderer in Zentralasien für etliche Jahrhunderte ein blühendes Handelszentrum etablierten – an der Seidenstraße sprach man Tocharisch. Die größte Kulturleistung der Tocharer bestand aber darin, auf dem Weg in die neue Heimat den Buddhismus von seinem Ursprungsland Indien nach China importiert zu haben.

Den überwiegenden Teil der Schriftzeugnisse fanden Archäologen in den Überresten buddhistischer Klöster. Uralte Wandmalereien geben Auskunft über die Bewohner. Zu sehen sind bärtige Gestalten mit blondem Haar, wie Experten sie kaum in der asiatischen Steppe vermutet haben. „Die sehen aus wie Schotten“, berichtet Malzahn.

Nun rätseln die Forscher, ob die aus den Quellen bekannten Bewohner des tocharischen Sprachraums mit jenen Mumien in Verbindung stehen, die ebenfalls in der Gegend geborgen wurden. Etwa der ausgezeichnet erhaltene Cherchen-Mann – ein Riese von zwei Metern mit rötlichem Haar, rotem Zottelbart, vollen Lippen und einer langen Nase. Kurz: eher der europäische Typ.

Es sei verlockend für die Wissenschaftler, räumt Malzahn ein, die europäisch anmutenden Körper den Texten der Tocharer zuzuordnen, nur: Die Mumien sind mindestens 2000, teils sogar 4000 Jahre alt. Die frühesten Textfetzen lassen sich indes erst auf das 4. Jahrhundert datieren. Die jüngsten Schriftstücke stammen aus dem 13. Jahrhundert, dann versiegt der Quell der Informationen plötzlich.

Fiel die buddhistische Hochkultur der Tocharer einer schleichenden Islamisierung zum Opfer? Denkbar auch, dass eine anhaltende Wirtschaftsflaute der zeitweilig so begüterten Gesellschaft zusetzte. Darüber können womöglich jene Wirtschaftsbilanzen Auskunft geben, die sich neben den zumeist liturgischen Texten aus den Klostern erhalten haben.

Gesichert ist, dass auch weit profanere Sorgen die tocharischen Muttersprachler quälten: „Früher war mir kein Mensch genanntes Wesen lieber als du“, textete etwa ein Liebeskranker in der einzig erhaltenen Minne-Depesche auf Tocharisch. Der Verzweifelte schuf ein Vermächtnis zeitloser Seelenpein: „Der Gott der Taten allein kannte meine Gedanken; deshalb säte er Streit; er riss mir das Herz heraus, das dir gehörte. Er führte dich fort, trennte mich von dir; er ließ mich teilhaben an allen Leiden; er nahm mir die Freude an dir.“

FRANK THADEUSZ

Mumienfund aus der Wüste Taklamakan

XINHUA / LAIF

Tocharisches Manuskript etwa aus dem 7. Jahrhundert n. Chr.

Hochkultur in der Wüste

△ Mumienfunde

● Nachweise für die Verbreitung der tocharischen Sprache

MEDIZIN

Vergebens verbrutzelt

Ein Eingriff an den Nierennerven gilt als neues Wundermittel gegen Bluthochdruck. Dabei ist nicht bewiesen, dass die Methode den Patienten wirklich nutzt.

Das Erhitzen soll Wunder wirken. Der Arzt schiebt einen biegsamen Katheter durch einen kleinen Einstich in der Leiste bis in die Nierenarterien und tritt auf ein Pedal. An der Spitze des Katheters fließt Strom. Es wird warm – und schon sind die Nervenfasern rund um die Nierenarterien verödet.

Die renale Denervation, so der Fachbegriff für die neue Methode, findet zunehmend Anhänger unter den Ärzten an deutschen Krankenhäusern. In weniger als einer Stunde soll die Methode im Patienten wirksam ein Übel bekämpfen, das die Gesundheit von Millionen Bundesbürgern bedroht: den krankhaft erhöhten Blutdruck, der zu Herzinfarkt und Schlaganfall führen kann.

Das Veröden dämpft das Stressnervensystem (Sympathikus), der Blutdruck soll dadurch sinken. „Für Patienten, die nicht auf Medikamente ansprechen, ist das eine super Sache“, sagt der Kardiologe Felix Mahfoud vom Universitätsklinikum des Saarlandes in Homburg.

Mit seinen Kollegen hat Mahfoud, 33, die Methode in Europa als Erster erprobt und mit ihr inzwischen 600 Patienten behandelt – damit sind die Homburger führend in der Welt. Aber andere holen schnell auf. Inzwischen werden jedes Jahr Nierennervenfasergeflechte Tausender Patienten in Deutschland verbrutzelt. Nach Schätzungen von AOK und Barmer GEK hat sich die Zahl der Eingriffe innerhalb eines Jahres verdoppelt. Jedes Mal kostet das rund 4500 Euro.

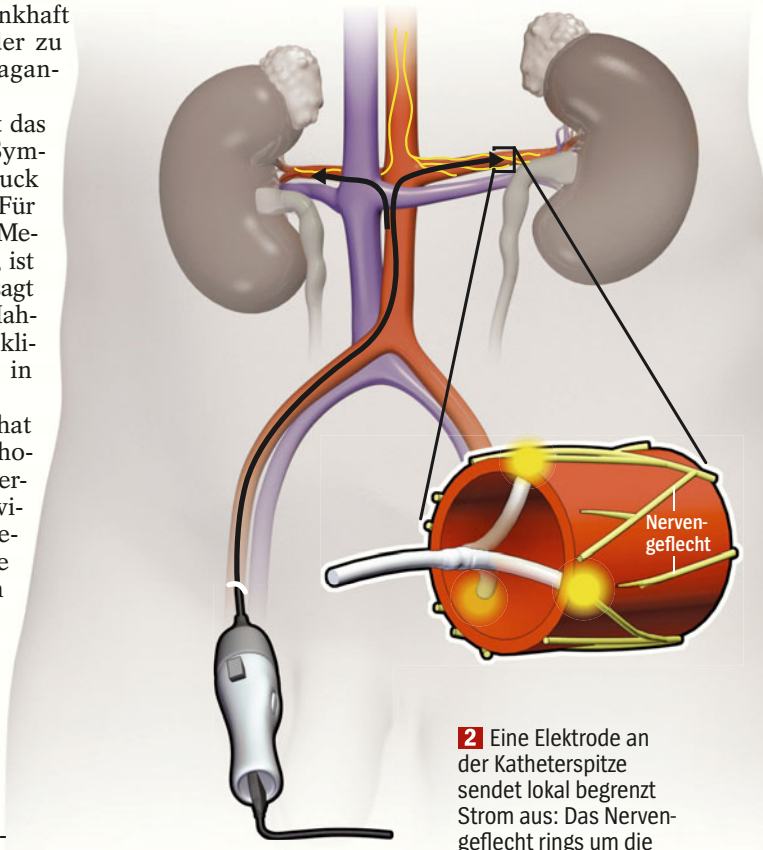
Doch nicht alle Ärzte teilen die Begeisterung. Sie sehen die renale Denervation als Lehrstück dafür, wie eine medizinische Methode die Kliniken erobert, obwohl noch gar nicht bewiesen ist, dass sie den Menschen tatsächlich hilft.

Karl Hilgers, 50, Facharzt für Innere Medizin und Nephrologie am Universitätsklinikum Erlangen, sagt: „Die Methode ist interessant. Aber wir haben die Langzeiteffekte noch viel zu wenig erforscht.“ Sein Kollege Johannes Mann, 63, vom Städtischen Klinikum München-Schwabing urteilt: „Es ist völlig ungeklärt, ob die Methode für Patienten in puncto Herzinfarkt, Schlaganfall oder Herzschwäche einen klinischen Nutzen bringt.“

Die Einführung des neuen Verfahrens stützte sich auf eine Studie mit nur 100 Patienten. Die Untersuchung ergab zwar eine Senkung des Blutdrucks, jedoch hat sie methodische Schwächen und wurde von der Herstellerfirma des Katheters finanziert. Diese hieß Ardian und wurde inzwischen von der Firma Medtronic übernommen. Felix Mahfoud, der ehrgeizige Befürworter der Methode, hat danach für Medtronic gegen Honorar Vorträge gehalten. Die Höhe dieser Einkünfte, sagt er, dürfe er aus Vertragsgründen nicht verraten.

Nerven unter Strom

Die renale Denervation gegen Bluthochdruck



1 Ein Katheter wird über einen Einstich in der Leiste eingeführt und entlang der Bauchschlagader in die Nierenarterien vorgeschoben.

2 Eine Elektrode an der Katheterspitze sendet lokal begrenzt Strom aus: Das Nervengeflecht rings um die Arterie wird dadurch verödet.
Auf diese Weise wird das Stressnervensystem (Sympathikus) heruntergeregelt. Dadurch soll der Blutdruck sinken.

Auf einem Kongress in Mailand setzte es vergangenen Monat noch mehr Kritik. Die Wirkung der renalen Denervation sei nicht sonderlich groß und beruhe vermutlich teilweise auf einem Placeboeffekt, verkündete der Arzt Alexandre Persu von der Université Catholique de Louvain in Brüssel.

Mit Kollegen aus europäischen Zentren hat Persu eine eigene, unabhängige Auswertung durchgeführt: Demnach sank der Blutdruck bei ambulanter 24-Stunden-Messung nur bei einem Drittel der Patienten. Auch änderte der Eingriff nichts daran, dass die Menschen weiterhin Medikamente gegen Bluthochdruck nehmen mussten.

Tierversuche lassen daran zweifeln, dass das Veröden der Nerven die Niere überhaupt beruhigen kann. Als Forscher Nieren von Ratten mit Bluthochdruck auf normale Artgenossen verpflanzten, entwickelten die Empfänger ihrerseits hohen Blutdruck – und das, obwohl Spendernieren an sich nicht mit dem Stressnervensystem verbunden sind.

Da verwundert es nicht, dass die staatliche Gesundheitsbehörde FDA in den USA das Verfahren bis auf weiteres als experimentell einstuft und nicht zulässt. Eine deutsche Sonderregelung dagegen erlaubt seinen routinemäßigen Einsatz in hiesigen Kliniken. Wie generell alle Medizinprodukte musste der Nierennervenkatheter keine Studien durchlaufen, sondern nur ein sogenanntes CE-Zeichen erlangen. Das sagt nichts über die Wirksamkeit aus, es bescheinigt bloß die Verkehrsfähigkeit eines Produkts und gilt auch für Lockenwickler.

Es ist dieses deutsche Laisser-faire, das Kritiker wie den Münchner Johannes Mann am meisten aufregt: „Es kann doch nicht sein, dass die Krankenkassen die Methode jetzt schon erstatten müssen – und auf diese Weise die Entwicklungskosten der Herstellerfirmen bezahlen."

Felix Mahfoud dagegen findet es gut, dass die von ihm vorangebrachte Nervenverödung in Deutschland so schnell den Weg in die Praxis gefunden hat. „Es wäre unethisch, die renale Denervation ausgesuchten Patienten vorzuenthalten", sagt der Kardiologe. Jedoch sollte das noch junge Verfahren lieber nur in Zentren durchgeführt werden, in denen die Ärzte systematisch erfassen, wie es den Patienten nach dem Eingriff geht – so wie in Homburg.

Allerdings dürfte sich der unkontrollierte Einsatz der Methode kaum mehr stoppen lassen. Die Industrie drückt den Nierennervenkatheter (Stückpreis etwa 4000 Euro) gerade mit Macht in den Markt. Neben dem Branchenprimus Medtronic haben inzwischen fünf weitere Firmen Systeme zur Nierennervenverödung entwickelt. Das CE-Zeichen haben sie schon.

Jörg Blech

FRANKFURTER FLUGHAFEN

Ton, Ziegel, Scherben

Landende Jets erzeugen Luftwirbel, die schon mal Hausdächer abdecken. Das hessische Flörsheim geht nun gerichtlich dagegen vor.

GUIDO SCHLÜTER

Beschädigtes Dach in Flörsheim: *Wie bei einem Sturm in die Luft geschleudert*

Karlheinz Dörrhöfer saß mit Ehefrau und Tochter beim gemütlichen Freitagnachmittagskaffee, als er plötzlich laute, ungewohnte Geräusche hörte. „Erst war es ein Rauschen“, erzählt der 78-Jährige, „und dann hat es überall gerappelt und gerumst.“

Was da rappelte und rumste, konnten die Dörrhöfers schon beim Blick aus dem Fenster erkennen. Die Straße vor ihrem Häuschen in der Innenstadt von Flörsheim am Main war übersät von roten und blauen Brocken aus Ton. Etwa 80 massive Ziegel waren aus dem Dach ihres Hauses herausgebrochen und wie bei einem Sturm in die Luft geschleudert worden.

Mindestens ein Dachziegel hatte das Vordach über der Haustür durchschlagen, die anderen knallten auf den Bürgersteig, die Fahrbahn und in den Hof des Nachbarhauses. „Kurz vorher sind da noch Leute langgelaufen, und Kinder haben auf der Straße gespielt“, sagt Dörrhöfer, „es ist ein Riesenglück, dass denen nichts passiert ist.“

Doch solche Vorfälle häuften sich in Flörsheim: Seit im Herbst 2011 wenige Kilometer von der Stadt entfernt eine neue Landebahn am Frankfurter Flughafen eröffnet wurde, sind schon 20-mal bei ruhiger Wetterlage Tonziegel oder Beton-Dachsteine von Flörsheimer Dächern gehoben worden, so die aktuelle Statistik des Bürgermeisters Michael Antenbrink.

Die Ursache des Ziegelschlags waren offensichtlich sogenannte Wirbelschleppen – Luftverwirbelungen, die von Jets im Landeanflug ausgelöst werden und sich dann Richtung Boden senken. Dass diese künstlichen Stürme mitunter noch Minuten nach dem Überflug Schäden an Häusern anrichten, weiß man von vielen großen Verkehrsflughäfen in Stadtnähe, etwa London-Heathrow.

Aber ausgerechnet in Flörsheim, wo die Maschinen seit Eröffnung der neuen Landebahn bei Frankfurt oft im Minutentakt und manchmal in nur 270 Meter Höhe über die Dächer brausen, sollten diese Schäden angeblich so gut wie ausgeschlossen sein. Das steht zumindest in dem Gutachten von Ende 2006, mit dem der Flughafenbetreiber Fraport die Genehmigung der neuen Bahn beantragte. Allenfalls „geringe Gefährdungspotentiale“ seien durch diese Bahn zu erwarten, versicherten die Fraport-Gutachter, „weniger als ein Schaden durch Wirbelschleppen in tausend Jahren“.

Dass diese Prognose geschönt gewesen sei, hätte der Genehmigungsbehörde, dem hessischen Verkehrsministerium, von Anfang an auffallen müssen, meint Bürgermeister Antenbrink. Schließlich habe die Nachbargemeinde Raunheim, die in der Einflugschneise zweier älterer Landebahnen des Flughafens liegt, mehrfach über Gebäudeschäden durch Wirbelschleppen geklagt – obwohl die Flugzeuge über Raunheim mit mehr Höhenabstand donnern als über Flörsheim.

Die Fraport-Gutachter hatten das Risiko von Wirbelschleppen unter anderem aufgrund des Gewichts der landenden Flugzeuge berechnet – und dabei möglicherweise zu niedrige Werte angesetzt. Der größte Flugzeugtyp, der auf der neuen Bahn landen darf, ist der Airbus A340-600. Im Gutachten wird für diesen Typ, eines der längsten Flugzeuge der Welt, ein „Landegewicht“ von rund 173 Tonnen angenommen. Ein vergleichbares Wirbelschleppen-Gutachten für den Flughafen München, das 2007 vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt erstellt worden war, rechnete für denselben Flugzeugtyp allerdings mit 254 Tonnen – also mit einem Drittel mehr Masse.

Fraport hält das eigene Gutachten für korrekt. In München sei das maximal mögliche Landegewicht angesetzt worden, das in der Praxis jedoch kaum vorkomme. Die Werte im Frankfurter Gutachten seien „in der Realität üblich“.

Für den Flörsheimer Bürgermeister steht dagegen fest, dass die Genehmigung der neuen Bahn durch falsche Prognosen erschlichen worden ist. Mit einem Eilantrag beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel wollen die Flörsheimer erreichen, dass die Bahn bis auf weiteres zumindest für schwere Flugzeugtypen wie den A340 gesperrt wird.

Der hessische Verkehrsminister Florian Rentsch will davon nichts wissen. Die Gefahr durch herabstürzende Ziegelsteine will der FDP-Mann mit technischen Maßnahmen bekämpfen. Schon seit Mai können Eigentümer der Häuser in der Einflugschneise verlangen, dass ihre Dächer auf Kosten der Fraport durch spezielle Ziegel-Klammern gesichert werden.

Den Flörsheimern reicht das nicht. Die lärmgeplagten Einwohner hoffen auf einen Teilsieg gegen den Betrieb der Landebahn. Sie argumentieren, dass die Verklammerung nicht verpflichtend sei und nicht alle Dächer gesichert würden. Außerdem könnten die Wirbelschleppen, wie bereits mehrfach geschehen, vom Seitenwind um mehrere hundert Meter versetzt werden und dort die Dächer abdecken.

Im Fall der Dörrhöfers hat die Fraport den Schaden vom April zwar anstandslos reparieren lassen, sagt Karlheinz Dörrhöfer. Aber die Angst sei nicht weg: Gut zwei Monate nach dem Vorfall rappelte und rumste es wieder auf der Straße – diesmal waren die Ziegel bei einem Nachbarn heruntergeflogen, nur drei Häuser von den Dörrhöfers entfernt.

MATTHIAS BARTSCH

TIERE

Kalte Küken

Ein mysteriöses Fasanensterben stellt Tiermediziner vor Rätsel. Verenden die Vögel an Keimen, die aus Hühnerfarmen stammen?

Als der griechische Mythenheld Jason mit seinem Schiff, der „Argo“, Richtung Schwarzes Meer segelte, um das berühmte Goldene Vlies und die Königstochter Medea zu stehlen, brachte er noch eine weitere – gefiederte – Kostbarkeit aus der Fremde mit. Antike Schriften berichten, dass der Abenteurer im Lande Kolchis (heute: Georgien) mehrere Fasane einfing und nach Hause mitnahm.

Ursprünglich nur in Asien beheimatet, gedieh der bunte Hühnervogel auch in Europa bestens. Aristoteles lobte seine Reinlichkeit, weil er sich mit Sandbaden gegen Läuse wehrt. Roms Oberschicht schätzte sein leckeres Fleisch.

Über die Königshöfe der Merowinger geriet der Flatterer schließlich in den Norden, wo man ihn in Zuchtgehegen hielt. Im 18. und 19. Jahrhundert vermehrten sich ausgewilderte Tiere sprunghaft in freier Natur.

Nun jedoch sieht es düster aus. Der Flieger aus Fernost (Gewicht: bis 1,6 Kilogramm), der im Frühjahr rund zehn Eier ausbrütet, ist in seinen Hochburgen (siehe Karte) immer seltener anzutreffen. Der Leiter der Bonner Forschungsstelle für Jagdkunde und Wildschadenverhütung, Michael Petrak, beklagt einen „drastischen Rückgang“ der Bestände.

Im Tiefland, wo der Vogel lichte Wälder, Auen und Felder bewohnt, sind die Zahlen erschreckend geschrumpft. In Niedersachsen wurden vor fünf Jahren noch 150 000 Fasane erlegt. Zuletzt waren es rund 60 000. Nordrhein-Westfalen meldet einen Schwund von 52 Prozent.

Durch Gebell von Jagdhunden aufgescheucht, startet Phasianus colchicus mit lautem „Gockgock“ senkrecht aus dem Busch – was ihn zur leichten Beute macht. Nun ist die Flur verarmt. „Reihenweise“, so die Website „Jagd & Feder“, habe man die traditionellen Treibhatzen „auf den prächtigen und wohlschmeckenden Vogel“ absagen müssen. Schon im fünften Jahr in Folge hält der Sinkflug an. Verendete Tiere („Fallwild“) sind im Gelände allerdings kaum zu finden. Was ist da los?

Um das Rätsel zu lösen, hat die Tierärztliche Hochschule Hannover nun eine Taskforce gebildet. Die Forscher fangen Jungtiere mit Fallen, um nach Krankheitserregern zu suchen. Pathologen sezieren geschossene Tiere und entnehmen Leber, Herz und Nieren.

In einer Probe wurde bereits das Gumboro-Virus entdeckt. Die Mikrobe trat erstmals 1957 im US-Staat Delaware auf und löste ein Massensterben auf einer Geflügelfarm aus.

Petrak hält es für möglich, dass sich der verseuchte Wildvogel über Kompost ansteckte: „Manche Düngemittel werden aus Pferdemist und Hühnerkot gemixt, europaweit herumgekarrt und auf die Äcker gestreut“, erklärt der Biologe.

Auch die zunehmende Zahl an Biogasanlagen macht ihm Sorgen. Manche Fermenter werden zum Teil mit Gammelgemüse oder verdorbenem Fleisch aus Supermärkten bestückt. Petrak: „Am Ende kommen die Gärreste als Keimschleuder auf die Felder.“

Die Idee vom Seuchenkreislauf ist allerdings nur ein Verdacht. Die Tierärztin Friederike Gethöffer tippt auf ein „multifaktorielles Geschehen“: „Auch Insektizide könnten die Ursache für das seltsame Verschwinden des Fasans sein.“

Die Gifte töten Käfer und Heuschrecken. Diese tierische Nahrung aber brauchen die Küken in ihren ersten Lebenstagen, um zu überleben. Erst danach erweitern sie ihren Speiseplan und fressen auch vegetarische Kost.

Oder hat der „Prädatorendruck“ zugenommen, wie einige Fachleute glauben? Fuchs, Habicht und Marderhund erbeuten gern erwachsene Fasane. Krähen machen sich gierig über deren Gelege her. Um die reale Gefahrenlage zu ermitteln, werden in den Landkreisen Osnabrück und Emsland nun Nester mit Kameras überwacht.

Doch es gibt offenbar ein weiteres Problem, das dem gefiederten Asiaten das Leben schwermacht: der Anbau von Energiepflanzen. Die Äcker in Deutschland verwandeln sich zunehmend in Maissteppen. Oben wachsen fette Kolben, am Boden gedeiht kaum ein Kraut. In dieser unwirtlichen Stängelwelt ist bereits die Wachtel dezimiert worden. Rebhuhn und Feldlerche stehen sogar auf der Roten Liste.

Womöglich spielt die Intensivlandwirtschaft ebenfalls dem Fasan übel mit. Fest steht: Im Jahr 2007 lief das Flächenstilllegungsprogramm der EU aus, woraufhin viele Bauern wieder ihre Brachen beackerten. Unmittelbar danach begann die Tragödie jenes Wildhuhns, das mit Futterlockrufen *(gaugau)*, Meldetönen *(toketok)* und Kampflauten *(trrr-trrr-trrr)* im Gebüsch lärmt.

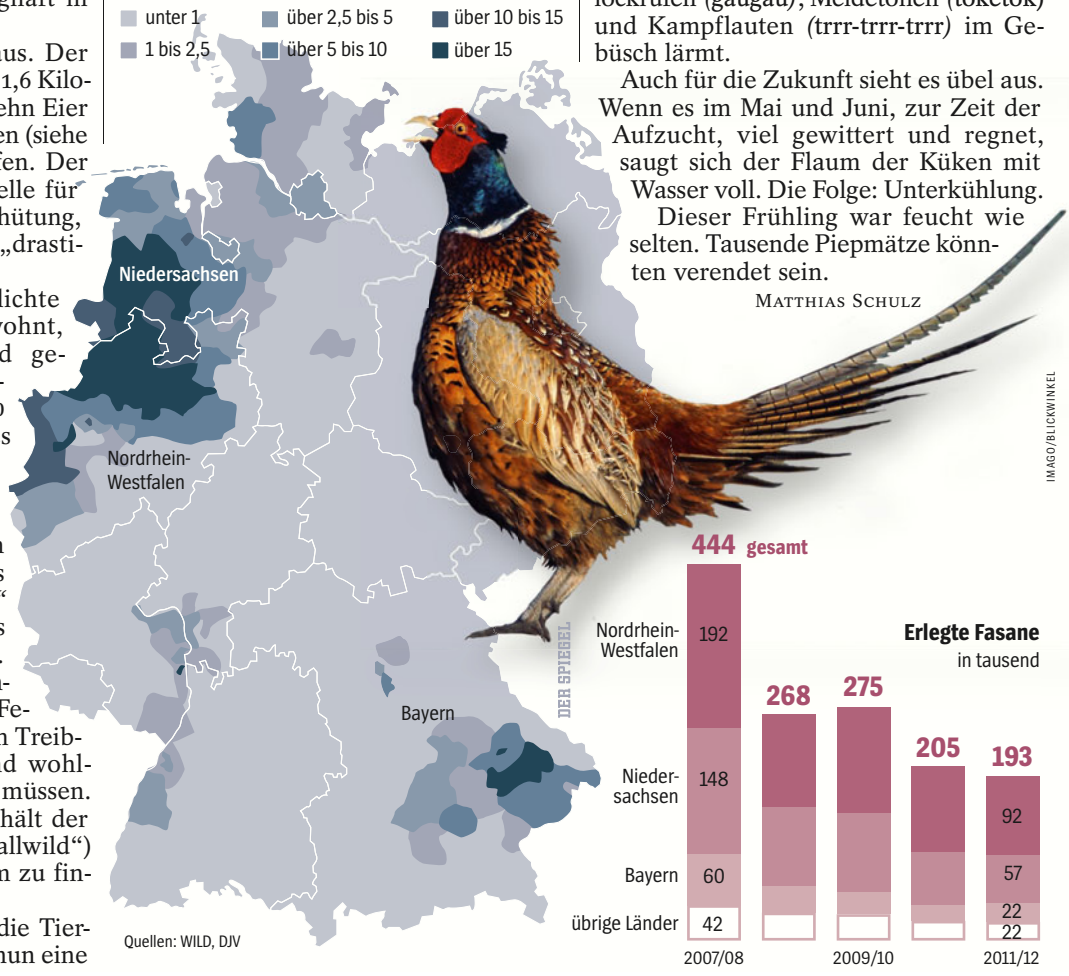
Auch für die Zukunft sieht es übel aus. Wenn es im Mai und Juni, zur Zeit der Aufzucht, viel gewittert und regnet, saugt sich der Flaum der Küken mit Wasser voll. Die Folge: Unterkühlung. Dieser Frühling war feucht wie selten. Tausende Piepmätze könnten verendet sein.

MATTHIAS SCHULZ

Fasanenreviere

Erlegte Tiere auf 100 Hektar Jagdfläche pro Jahr

Durchschnitt 2000/01 bis 2007/08



AUSSTELLUNGEN

Verlorene Tochter

Das überraschendste Exponat der Ausstellung „A Family Portrait“ über die 2011 verstorbene Sängerin Amy Winehouse ist ein schwarzer Koffer. Winehouse bewahrte darin ihre Lieblingsfotos auf, einen Haufen Schnappschüsse, die sie im Lauf der Jahre zusammengesammelt hatte. Der Koffer wurde ihr privates Trostarchiv, eine Schatztruhe für glückliche Momente. Einen Teil dieser Sammlung überließ ihre Familie nun dem Jewish Museum in London, das bis Mitte September das „Familienporträt“ der Sängerin zeigt, deren jüdische Vorfahren Ende des 19. Jahrhunderts aus Weißrussland nach England eingewandert waren. Amy verschlang als Mädchen „Snoopy“-Comics, später las sie Hunter S. Thompson, dessen verlorenen Romanfiguren sie immer ähnlicher wurde. Mit 27 starb sie an den Folgen einer Alkoholvergiftung, aber natürlich fehlen in der Ausstellung die Referenzen zu all den Abstürzen, Besäufnissen und Schlägereien, für die sie die Paparazzi so liebten. Die bislang unveröffentlichten Bilder zeigen Amy lachend mit Freunden, posierend in ihrem Apartment, bei einer Familienfeier oder an einer Mauer lehnend, ungeschminkt. Es sind Aufnahmen aus dem Alltag einer jüdischen Familie, die jetzt darum ringt, die Deutungshoheit über das Leben ihrer verlorenen Tochter zurückzuerobern. Er hoffe, sagt Amys Bruder Alex, dass die Welt endlich die normale Amy kennenlerne – jene Seite von ihr, die sie selbst nie zeigen wollte.

MARK OKOH / CAMERA PRESS / JEWISH MUSEUM LONDON

Winehouse in ihrem Haus in London 2004

FILM

Die Geheimnis-Diebe

Die Welt diskutiert den Fall Edward Snowden, doch die Behörde im Mittelpunkt des Skandals schweigt: die National Security Agency (NSA), jener US-Geheimdienst, der offenbar sogar die deutsche Bundesregierung ausforscht. Umso überraschender ist die Offenheit, mit der sich jetzt der langjährige NSA- und spätere CIA-Chef Michael Hayden in einem Dokumentarfilm äußert: „Wir stehlen Geheimnisse“, sagt Hayden, 68, mittlerweile Geheimdienstpensionär, aber man sieht ihm an, dass er nicht nur stolz ist auf diese Arbeit. Die Interview-Sequenzen mit Hayden, gedreht lange vor Snowdens Enthüllungen, sind einer der Höhepunkte der sehenswerten Dokumentation „We Steal Secrets: Die WikiLeaks-Geschichte“, die diese Woche in den deutschen Kinos startet. Im Mittelpunkt des Films stehen jedoch WikiLeaks-Gründer Julian Assange sowie der Obergefreite Bradley Manning, der rund 700 000 geheime Dokumente an WikiLeaks weitergeleitet haben soll. Ironie der Geschichte: Auch Regisseur Alex Gibney kann es nicht lassen, in der Privatsphäre seiner Protagonisten herumzuschnüffeln. Ausführlich zitiert er aus der privaten Chat-Korrespondenz zwischen Manning und dem Hacker Adrian Lamo – jenem Mann, der Manning schließlich an das FBI verriet (SPIEGEL 24/2013).

UNIVERSAL PICTURES GERMANY

Assange-Graffito

SACHBÜCHER

„Verspäteter Falter“

Am 24. Juli zeigt die ARD das Doku-Drama „George“. Der Schauspieler Götz George, 74, spielt seinen Vater Heinrich George (1893 bis 1946), der einer der berühmtesten Schauspieler der Weimarer Republik und der NS-Zeit gewesen ist. Am Montag dieser Woche bringt der Langen-Müller-Verlag ein Buch über die Familie heraus: „Mein Mann Heinrich George“ ist die Wiederauflage eines Werks, das Berta Drews, die Ehefrau Heinrichs und Götz’ Mutter, 1959 geschrieben hat. Ergänzt wird das Buch jetzt durch ein Vorwort von Götz und ein Nachwort des Bruders Jan. Hinzu kommen bisher unveröffentlichte Briefe, die sich Berta Drews und Heinrich George schrieben, als dieser von Juni 1945 an in sowjetischer Gefangenschaft war. Da in diesem Buch ausschließlich Familienmitglieder zu Wort kommen und ein Geleitwort eines Historikers fehlt, gibt es kaum kritische Worte über Heinrich George. Dessen Anpassung ans NS-Regime – er spielte eine Hauptrolle im antisemitischen Propagandafilm „Jud Süß“ (1940) – wird familientypisch erklärt: Er habe sich und die Seinen schützen wollen. Das Buch ist auch das Dokument einer großen Liebe: des Ehemanns zur Frau, des Vaters zu den Söhnen. Sohn Götz bekommt seinen Namen, weil er am 23. Juli geboren wurde, dem Todestag des Reichsritters Götz von Berlichingen. Die Hauptfigur eines Goethe-Dramas war eine Paraderolle Heinrich Georges gewesen – und die „Berliner Illustrirte“ brachte 1938 dazu eine Karikatur. Während der Haft, die er nicht überleben sollte, schrieb Heinrich George auch Gedichte über seine Familie, die seine Verzweiflung und Zuneigung dokumentieren: „Verspäteter Falter, Freudbote des Frühlings, / was suchst Du in diesem Elendsrevier? / Bringst Du einen Gruß mir von der Frau / und den Söhnen? – oder willst Du mich höhnen? – / So fliege zurück in heitere Sphären / und sage, / ich möcht’ ihre Stimmen hören / und sage, ich möchte sie wiederseh’n. / O grüße sie beide / und sage – / ich würde vor Freuden vergeh’n / und sag’ auch / ich leide – ich leide!“

HEINRICH GEORGE ARCHIV, JAN GEORGE

Karikatur aus der „Berliner Illustrirten“ 1938

LITERATUR

Mit Dante ins Inferno

Schon als Kind auf dem Spielplatz empfand Clemens Lang sich als Außenseiter; das Gefühl, beobachtend danebenzustehen, ist ihm eingeprägt. Lang ist Fotograf, Ende vierzig, mit einer Astrophysikerin verheiratet und in seiner Schweizer Heimat verwurzelt; kein flotter Reporter, sondern ein von Kennern geschätzter Meister der Kunst, das Unwiederbringliche eines Augenblicks im Bild zu bannen. Der Roman „Der seltsame Fremde“ von Christian Haller, dessen Ich-Erzähler Lang ist, beginnt damit, dass der Fotograf die Einladung erhält, sein Werk auf einem Kunstwissenschaftlerkongress in einer asiatischen Metropole zu präsentieren. Er berichtet, wie diese Reise für ihn (mit bewusstem Bezug auf Dante) zu einem Gang ins Inferno wird: einerseits dieser Kongress in kolonialistischer Kulisse mit seinem Themenspektrum von der Erfindung der Zentralperspektive bis zum Realitätsverlust in der digitalen Fotografie, andererseits diese brodelnde Vitalität der Stadt rundum. Irgendwann hockt Lang neben einer Bettlerin auf der Straße und fühlt sich „in all dem Dreck, Lärm, Gestank glücklich“ wie nie zuvor, endlich vom Leben überwältigt.

Christian Haller
Der seltsame Fremde
Luchterhand Literaturverlag, München; 384 Seiten; 22,99 Euro.

Der Schweizer Schriftsteller Christian Haller, 70, hierzulande unbegreiflich wenig beachtet (obwohl seine Romane seit mehr als 20 Jahren in einem deutschen Verlag erscheinen), versteht es, den Gang der Erzählung voranzutreiben und zugleich schwungvoll mit Ideen und Deutungen zu jonglieren. Besonderen Glanz gewinnt die Geschichte des Fotografen durch einen geisterhaften Mitreisenden, der immer wieder unvermutet auftaucht, mal als Nothelfer, mal als diabolischer Menschenmanipulator. Das Motiv (wie der Titel des Buchs) stammt aus Mark Twains Roman „The Mysterious Stranger“, und Haller macht daraus die schillernde Figur eines philosophischen Taschenspielers und Ideen-Feuerwerkers: Er mag ein Engel sein, doch einer aus Satans Sippe.

KINO IN KÜRZE

„Ein Freitag in Barcelona“ ist ein Episodenfilm über acht Männer in der Midlife-Crisis. Der spanische Regisseur Cesc Gay lässt seine mit ihrem Alter, den Frauen und der Welt im Allgemeinen hadernden Helden zu einem munter-melancholischen Großstadtreigen antreten. Angenehm unaufgeregt, mit sanfter Ironie und großer Langmut beobachtet er sie bei ihren Versuchen, sich auf ein ihnen bislang gänzlich unbekanntes Terrain zu wagen: die Selbstreflexion. In dem ununterbrochenen, bisweilen etwas ermüdenden Redeschwall erfährt der Zuschauer noch viel mehr, als er jemals über Männer wissen wollte.

Szene aus „Ein Freitag in Barcelona“

CAMINO FILMVERLEIH

METROPOLEN

Sei glücklich!

Ein Buch über die Kulturrevolution in Berlin nach dem Mauerfall erzählt von Technoclubs und Untergrund-Galerien, von Hausbesetzungen und Drogennächten und davon, wie aus einem Provinzkaff eine Weltstadt wurde. *Von Georg Diez*

Der Morgen bricht an, und der Krieg ist immer noch nicht vorbei. Sie haben getanzt, bis ihr Schweiß von den Wänden tropfte. Jetzt stehen sie auf der Straße, die Sonne geht auf über Ruinen. Die Mauern kaputt, die Fenster kaputt, die Straßen kaputt, das Land kaputt.

Hallo, du hässliche, tote DDR.

Ein paar Staatsbürger laufen vorbei, ein paar Plattenbauten stehen herum. Um die Ecke, in der Auguststraße, sieht es aus, als hätten die Russen gerade die Stadt eingenommen. Wird da noch geschossen? Wird da noch getanzt? Die DDR wollte die Altbauten verfallen lassen, um sie irgendwann abzureißen. Dann kam die Wende, und es war die DDR, die abgerissen wurde. Die Altbauten blieben, leer, zerstört, von Einschusslöchern durchsiebt.

Es gibt keinen Strom, kein Wasser, keine Heizung. Wer eine Wohnung sucht, tritt die Haustür ein, sucht sich die schönste aus, schleppt eine Matratze rein, haust dort drei Monate lang und geht danach

Berliner Partyszene zwischen 1990 und 2005
Es fehlt an Geld und an Gesetzen

FOTOS: CHRISTIAN BROX

zum Amt, lässt sich einen Mietvertrag geben und zahlt 100 Mark im Monat.

Das ist das Leben im rechtsfreien Raum Berlin, etwa 1991. Keine Tomaten und keine Taxis. Es stinkt nach Kohle. Es wird die beste Zeit ihres Lebens.

Party-Mutanten, Aliens, Kinder aus der Provinz, Kiffer aus West-Berlin, Hasardeure, Hochstapler, Hedonisten, ein paar Idealisten, egal woher du kommst: Wer jung ist und das Abenteuer sucht und den Spaß, der ist hier richtig.

Sie sind die Botschafter der neuen Zeit, und manche wissen das auch. Sie sind die Gewinner der Geschichte, und manche benehmen sich auch so. Die meisten ahnen nur, was sie da machen, aber so ist das immer bei Revolutionen.

Es gibt hier keine Erwartungen und keinen Druck. Es fehlt an Geld und an Gesetzen. Es herrscht die radikale Abwesenheit von fast allem, was den Westen ausmacht und damit in diesem Moment die Welt. Es gibt nur Mangel und Möglichkeiten. Eine kollektive Glückssuche. Es sind: „Die ersten Tage von Berlin“.

So heißt das Buch des Journalisten Ulrich Gutmair, der von dieser Zeit in Berlin erzählt, von den Jahren unmittelbar nach dem Mauerfall, 1990, 1991, 1992 und später, vom „Sound der Wende“, wie das Buch im Untertitel heißt – von Techno, der Musik, die die Nächte so lang dehnt, bis sie im Drogennebel verschwinden, und von den Clubs, die kommen und gehen, an versteckten oder verbotenen Orten, oft nur eine mickrige Anlage und eine improvisierte Bar, ein Loch in irgendeinem Hinterhof, durch das man kriechen muss, um das zu trinken, was sie in Brasilien wohl Caipirinha nennen*.

Alles ist neu, alle sind gleich, so scheint es, alles geschieht zum ersten Mal, es ist das Privileg der Jugend, das zu glauben. Sie kommen aus Kreuzberg und Esslingen, aus Dresden und Leipzig, aus New York, Madrid und Hamburg und bauen sich ihre eigene Stadt. Niemand fragt, wer sie sind. Sie existieren erst einmal für den Moment und für den Rhythmus, Techno ist die Musik dazu, ein Beat ohne Narrativ, ein Klang, der Räume öffnet.

Der DJ ist ein Gott dieser Zeit, der Herrscher über Tag und Nacht – es ist aber nur eine Rolle in dieser neuen Welt. Du willst Galerist sein? Dann häng Bilder an die Wand, und schau, ob sie jemand kauft. Du willst Künstler sein? Dann mach etwas, das du für Kunst hältst, und schau, wie die Welt darauf reagiert.

Gutmair, der seit 1989 dabei war als junger Student, beschreibt das Treiben jener Tage ohne übertriebene Nostalgie, ohne Veteranenpathos, aber doch mit

* Ulrich Gutmair: „Die ersten Tage von Berlin“. Tropen Verlag, Stuttgart; 256 Seiten; 17,95 Euro.

Berliner Szene in den neunziger Jahren: *„Im Interregnum zwischen den Systemen hat sich ein Zustand etabliert, der dem nahekommt, was*

dem Blick darauf, was damals möglich war – und was verlorenging.

„Vakuum“, so nennen viele von denen, die dabei gewesen sind, den Zustand jener Jahre: Der Fotograf Christian Brox war damals dabei, seine Bilder illustrieren diesen Artikel, es sind Aufnahmen zwischen Rausch und Kater, zwischen Nacht und Morgen, sie erinnern an den frühen Wolfgang Tillmans, weil die Euphorie noch echt ist und die Enttäuschung nur eine Ahnung.

„Im Interregnum zwischen den Systemen hat sich ein Zustand etabliert, der dem nahekommt, was Utopisten im 19. Jahrhundert als Anarchie bezeichnet haben, eine Ordnung, die fast ohne Herrschaft zu funktionieren scheint“, so beschreibt es Gutmair.

Er erzählt von der Hausbesetzer-Szene, die es schon zu DDR-Zeiten gibt, die sich aber nach dem Fall der Mauer verändert, weil sie eben nicht mehr die Nische des Protests ist, sondern der Kern für etwas Neues – so sehen es damals viele Hausbesetzer, die versuchen, in dieser Situation der Anarchie zu definieren, was Eigentum, Alltag, Gemeinschaft für sie bedeuten: „Die Frage war“, sagt Gutmair, „wie sich Soziales herstellen lässt außerhalb eines Markts und mitten im Herzen der großen kapitalistischen Siegesfeier, die die Wiedervereinigung war.“

Was in den frühen neunziger Jahren auf ein paar Quadratkilometern in Berlin-Mitte geschieht, ist mehr als ein Lebensgefühl, das sich schließlich in ein Label verwandelt.

Es ist ein Experimentierfeld für die Zukunft, politisch, sozial, künstlerisch, und die Gewinner der Geschichte, die in Gutmairs Buch genauso vorkommen wie die Verlierer, die Verschwundenen, die Verstorbenen – die Gewinner prägen heute noch das Bild von Berlin, an dem sich vor allem die freuen, die nichts dafür getan haben, Berlins mittelmäßige Politiker.

Wenn man zum Beispiel in Gutmairs Buch liest, wie im Nachwende-Chaos eine einzige Frau, Jutta Weitz, zur Schlüsselfigur dieses triumphalen kulturellen Aufbruchs wird, weil sie als Angestellte der städtischen Wohnungsverwaltung die Räume für Clubs, Galerien, Off-Theater lieber an Typen mit langen Haaren und einem sympathischen Lächeln gab als an den nächsten Videothekenbesitzer mit einem Businessplan – dann versteht man, was städtische Politik leisten kann und wie städtische Politik heute oft versagt.

Es ist viel Vertrauen im Spiel und viel Zufall, nach und nach werden die Menschen und Orte deutlich, die das Bild des hedonistischen, diskursiven, kreativen Berlin bis heute prägen.

Die frühen Clubs, der Eimer, das Elektro oder der Friseur etwa, sind klein, eng, klandestin. Man trifft sich montags in der Montagsbar, dienstags in der Dienstagsbar, und die wenigsten, die in dieser Zeit in Mitte leben, müssen wirklich arbeiten, weil das Geld, das sie an einem Wochenende als Barkeeper verdienen, ausreicht für Miete und Essen – zu versteuern gibt es nichts, weil sich eine Art Parallelwirtschaft entwickelt hat, Geld auf die Hand, ein bisschen Schwarzmarkt, ein bisschen wie nach einem Krieg.

Es gibt kaum Telefone, es gibt noch lange kein Internet, also verabredet man sich morgens um halb drei im WMF, einem der wichtigen Clubs dieser Zeit, der immer wieder umzieht, es folgt der Tross, der größer wird, immer noch sehr deutsch, das alles, immer noch gibt es hier und da Neonazis, die sich in der Eckkneipe „Zum Afrikaner“ treffen.

Im Tresor wird in dieser Zeit Techno zur größten mitteleuropäischen Musikerfindung seit der Zwölfton-Revolution und die Love Parade zur politischen Demonstration: Jemand wie der Tresor-Chef Dimitri Hegemann versucht bis heute, diesen hedonistischen Idealismus in gesellschaftliche Realität umzuwandeln.

Er war einer von denen, die, gleich nachdem die Mauer geöffnet worden war, aus dem Westen Berlins in die neuen Gebiete vordrangen – es herrschte eine Mischung aus Langeweile und Überdruck im alten Westen, eine Stimmung, die im Osten der Stadt regelrecht explodierte. „Gebt den Kids Raum, und let it be“, sagt Hegemann, so schafft man Kreativität.

Es war eine Schwellenzeit, ein kultureller Umbruch, der nicht als solcher wahrgenommen wurde, weil er vom politischen Umbruch überdeckt wurde – aber die Ästhetik unserer Zeit, das Denken unserer Zeit, das Bewusstsein unserer Zeit ist in Teilen bis heute von dem geprägt, was damals entstand.

1990, 1991, 1992 wurden in Berlin die Regeln neu definiert. Wem gehört was, wer braucht was, warum nimmt sich nicht einfach jeder das, was er braucht? Das Schild zum Beispiel an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin? Einfach abschrauben, so der Mythos, und im Tacheles aufhängen.

Etwas von diesem Geist ist auch noch in Dimitri Hegemann. „Ich hab da so ein großes Eisentor gesehen, auf einem Gelände, wo ein Haus abgerissen wird“, sagt er zu einem Handwerker, der sich um seinen neuen Club kümmert, der immer noch Tresor heißt und jetzt in einem ehemaligen Heizkraftwerk untergebracht ist. „Das sollten wir uns holen.“

Utopisten im 19. Jahrhundert als Anarchie bezeichnet haben“

Irgendetwas gab es damals immer zu „holen“: zwei sowjetische Kampfflugzeuge, Tausende Neonröhren, Hunderte Hüte aus dem Fundus eines Kinderzirkus oder einen Container voller Felle von einem Kürschner, der seinen Laden aufgibt. Mit diesen Fellen dekoriert man dann eine Wohnung oder wickelt sie einfach um die Laterne auf der Straße – es war „der totale Surrealismus“, so nennt das Ben de Biel, für den die Jahre nach der Wende so etwas wie eine „Waschmaschine im Schleudergang“ waren.

Wie Hegemann hat er etwas Entspanntes und gleichzeitig Waches, er spricht ohne große Sentimentalität über diese Zeit, er beschreibt, wie die DDR vor ihm auf dem Seziertisch lag, und die Gedärme einer Gesellschaft hingen da heraus. Er kam aus Hamburg und nennt das, was nach 1989 im Berliner Nachtleben passierte, eine „feindliche Übernahme, aber mit unseren Mitteln“.

Er arbeitet in der „Ständigen Vertretung“, so hieß der Club im Kunsthaus Tacheles, „das war orgiastisch“, sagt er, „das habe ich verstanden“.

Er wehrt sich gegen die Räumung besetzter Häuser, er verschenkt Rollen goldener Tapete, die er irgendwo gefunden hat, an andere Hausbesetzer und bekommt sie wieder zurück, weil sie zu golden sind für den Hausbesetzergeschmack. „Gerade die linke Szene war sehr dogmatisch“, sagt er, und das klingt schlecht, wie er das sagt, Dogma. Heute ist Ben de Biel Pressesprecher der Berliner Piratenpartei, „die sind eher weniger dogmatisch“, sagt er, sie sind so pragmatisch und libertär, wie er es in den frühen neunziger Jahren gelernt hat.

Diese Verbindungen zur Gegenwart machen die heutige Relevanz von Gutmairs Buch aus. Das Denken von damals hat einen Widerhall: Sei es die Frage danach, wie gemeinschaftliches Bauen, Wirtschaften, Leben gehen könnte, sei es in der Frage, wie es eigentlich kommen konnte, dass so viele der politischen Praktiken und Innovationen der Wendezeit verschüttgegangen sind, die Runden Tische etwa – es ist ein utopisches Strahlen, das aus den neunziger Jahren zu uns herüberdringt.

Und das auch Gerd Harry Lybke leuchten lässt. Er ist einer der Gewinner dieser Zeit, in der die Kunst die Deutungsmacht und auch die Finanzkraft bekam, die sie heute noch hat – eine Sexiness, die entstand, als sich Nachtleben, Elektromusik und zeitgenössische Kunst vermischten, in den Kellern der Auguststraße etwa, wo Lybke bis heute seine Galerie Eigen + Art hat, war der Club Cookies.

„Geld spielte keine Rolle damals“, sagt Lybke mit der Sicherheit von jemandem, der heute genug davon hat, „für Geld bekam man nichts.“

Heute sagt er: „Ich bin froh, dass der Kapitalismus gesiegt hat.“ Er ist schnell und lustig und trocken, ganz anders, aber auch wieder ganz ähnlich wie Thilo Wermke von der Galerie Neu, einer anderen der heute tonangebenden Galerien, die damals in Mitte entstanden: „Irgendwann“, so erzählt es Wermke, „kam jemand und sagte, das will ich kaufen.“

Es dauerte bis 1998, erst da wurde allmählich klar, welche Dominanz die Kunst und die Kultur in Berlin entwickeln würden. Damals fand die erste Berlin Biennale statt, in den Kunst-Werken in der Auguststraße, einer alten Margarinefabrik, einer jener Institutionen, die aus dem Nichts gegründet wurden – Initiator war Klaus Biesenbach, eine jener Figuren, die aus dem Nichts ihren Ruhm begründeten: Heute ist er am MoMA in New York.

Jemand wie Biesenbach, der Vermarkter, Kommunikator, Selfmade-Kurator, ist ein Symbol für jene Zeit und jenen Stil und Drive, die manche der Protagonisten von damals bis heute antreiben: Jochen Sandig etwa, der das Kunsthaus Tacheles mitgründete, eine Riesenruine, die 1990 gesprengt werden sollte und daraufhin besetzt wurde, die erst ein Zeichen für den künstlerischen Aufbruch war und dann ein Zeichen für die künstlerische Verkitschung – aber Sandig war da schon weitergezogen auf der Suche nach Orten wie den Sophiensälen oder dem Radialsystem V, Institutionen, die er gegründet und geprägt hat mit dem Geist des kulturellen Just-do-it der neunziger Jahre.

Die Polizisten, erzählt Sandig, die damals kamen, um sie aus dem Tacheles zu werfen, waren ratlos, weil sie nicht wussten, was sie tun durften und was nicht, sie waren ja nun nicht mehr in der DDR und fuhren die demütigenden Plastikautos dieses verschwundenen Staates – also ließen sie die Besetzer in Ruhe gewähren und brachten ihnen sogar Kuchen vorbei.

Aber irgendwann ist der Karneval vorbei. „Nachts herrscht in Mitte die Utopie einer klassenlosen Gesellschaft“, schreibt Gutmair. „Morgens sieht es anders aus. Dann nehmen die einen den Scheck der Eltern in Empfang oder gehen zur Arbeit in Ämtern und Agenturen, während die anderen Essen im Supermarkt klauen oder auf der Straße Möbel sammeln, um sich die Wohnung einzurichten.“

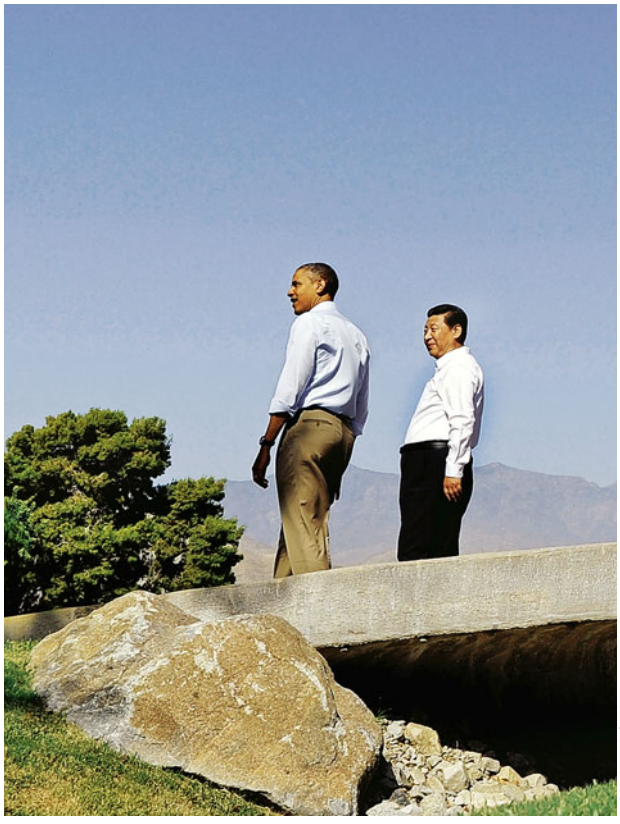
Wie es alles mal enden würde, wusste ja die Künstlerin Natascha Sadr Haghighian: „Während die einen bis zur nächsten Party weiterschliefen, waren andere, mit denen man nachts noch getanzt hatte, womöglich schon dabei, das Gebäude zu kaufen, in dem die Party stattgefunden hatte.“ ◆

FOTOS: CHRISTIAN BROX

ESSAY

Entdeckung der Großzügigkeit

Warum dieses Land endlich seine Rolle als eine der mächtigsten Nationen der Welt annehmen muss – und wie das aussehen könnte / *Von Heinz Bude*



JEWEL SAMAD / AFP

„Economist"-Report über Deutschland, Staatschefs Obama, Xi Jinping: *Die Nummer drei – das wollen wir nicht hören*

Es war kein anderer als der amerikanische Präsident, der uns in Schrecken versetzt hat. In seiner Berliner Rede vor dem Brandenburger Tor hat man immer auf den einen Satz gewartet, der daraus ein schönes Ereignis gemacht hätte, und dabei vor lauter Jubelbereitschaft überhört, was er uns über Deutschland mitgeteilt hat.

Nummer eins sind für ihn natürlich die USA, die Nummer zwei ist erwartungsgemäß China. Aber das dritteinflussreichste, drittwichtigste und drittmächtigste Land der Welt ist im Augenblick offenbar Deutschland. 80 Millionen in der Mitte Europas unter 7 Milliarden auf der ganzen Welt.

Das wollen wir deshalb nicht hören, weil uns bei diesem Gedanken einigermaßen schlecht wird. Denn darin steckt die Aufforderung zum Bruch mit einem uns liebgewonnenen Selbstverständnis als Land in der Deckung. Über eine lange Nachkriegszeit ging die Arbeitsteilung in Europa so, dass Deutschland für die Wirtschaft und Frankreich für die Politik zuständig war.

Dabei haben wir so langsam erst verstanden, dass Deutschland heute als der große Gewinner der Krise von 2008 dasteht. Wir haben nicht wie die Briten daran geglaubt, dass die Ökonomie der Zukunft eine Dienstleistungsökonomie mit einem fetten finanzindustriellen Komplex ist. Wir haben nicht wie die Amerikaner darauf gesetzt, dass man durch eine enorme Steigerung privater Verschuldung auf Dauer Wohlstand für alle schaffen kann. Wir sind nicht wie die Franzosen davon ausgegangen, dass durch die staatliche Regulierung des privaten Lebens eine sozial befriedete und wirtschaftlich leistungsstarke Gesellschaft entstehen kann. Und wir haben schließlich auch nicht wie die Skandinavier daran geglaubt, dass man durch die steuerbasierte Ausweitung des öffentlichen Sektors die private Initiative und die persönliche Verantwortung fördern kann.

Deutschland ist jetzt deshalb so stark, weil es in den vergangenen 20 Jahren eine Kompetenzrevolution in der industriellen Facharbeit auf den Weg gebracht hat, weil der Familienkapitalismus des deutschen Mittelstandes sich trotz einiger gieriger Spielereien mit Schweizer Konten nicht hat beirren lassen, Rücklagen zu bilden und intelligent zu investieren. Und vor allem, weil die Politik die Gemeinsamkeit mit den wichtigen Kräften der Gesellschaft auf der Kommandobrücke gesucht hat. In welchem anderen Land der Welt kann sich eine Kanz-

lerin aus dem konservativen Lager mit dem Gewerkschaftschef aus der Metallbranche und einem Banker mit schweizerischem Migrationshintergrund auf eine Linie der Krisenbewältigung einigen, die von allen Beteiligten Opfer fordert?

Deutschland hat weder durch neoliberale Entfesselung noch durch neoklassische Austerität aus der schärfsten und tiefsten Krise der Nachkriegszeit herausgefunden, sondern durch eine in langer Dauer eingeübte und unaufhörlich verwandelte Praxis der gesellschaftlichen Kooperation.

Französische Gewerkschafter mit antikapitalistischem Geist stehen fassungslos vor dem Institut tarifvertraglich vereinbarter Fortbildungen, die von den Unternehmen angeboten und von den Kollegen tatsächlich wahrgenommen werden. Der Patron dort steht prinzipiell auf der anderen Seite, mit dem kann man sich auf Strategien zur Steigerung des Unternehmenserfolgs nicht einigen. Bürger aus Mailand wie aus Palermo würden gern einem Staat vertrauen, der alles daransetzt, dass die offensichtliche Uneinheitlichkeit der Lebensverhältnisse nicht in ein Regime von Bürgern erster und zweiter Klasse ausartet.

Im Vergleich mit anderen Ländern Europas ist in Deutschland alles so gut und so schön, dass man es kaum glauben kann. Vielleicht haben wir einfach Glück gehabt mit unserer Strategie der Lohnstückkosten-Reduktion durch kontinuierlichen Reallohnabbau, die uns heute erhebliche Wettbewerbsvorteile zu Lasten unserer Partner beschert. Vielleicht lügen wir uns über die gesellschaftlichen Kosten der Bevorzugung von Prosperitätsregionen wie Ingolstadt, Passau oder Regensburg nur in die Tasche, weil wir von den Verhältnissen in Cuxhaven, Parchim oder Hamm nichts wissen wollen. Und ist durch die Hartz-IV-Reformen nicht ein neues „Dienstleistungsproletariat“ mit prekären Jobs in den Bereichen von Sicherheit, Sauberkeit und Service entstanden?

> Im Vergleich mit anderen Ländern Europas ist in Deutschland alles so gut und so schön, dass man es kaum glauben kann.

In dieser Unsicherheit über uns selbst und unseren unglaublichen Erfolg ruft Barack Obama Deutschland in die Verantwortung. Das Schicksal des Kontinents wird in Deutschland ausgemacht und entschieden.

Die erste Reaktion darauf hierzulande ist Flucht. Die entsprechenden Argumente lauten: Die Einführung des Euro war eine dumme Idee, weil die Einheitswährung über die gravierenden nationalen Produktivitätsdifferenzen hinweggeht und dadurch einen ungeheuren sozialen Sprengstoff in Europa schafft. Ein anderes Argument heißt, dass den Leuten Europa sowieso nichts bedeutet. Ein gewisser, auch nicht gerade hoher Anteil der jungen Intelligenz nimmt zwar das Erasmus-Programm wahr, aber eine besondere Identifikation mit Europa ist deswegen nicht feststellbar. Schließlich wird argumentiert, dass Deutschland Europa gar nicht mehr so nötig hat, weil wir immer mehr in die Schwellenländer exportieren. Deutschlands Zukunft wird als Ausrüster der Weltwirtschaft gesehen und nicht vornehmlich als Exporteur für Europa.

Deshalb verteidigt man die deutschen Stärken und macht die anderen dafür verantwortlich, dass Europa mit Hilfe der Europäischen Zentralbank so viel Geld für die Stabilisierung bankrotter Volkswirtschaften aufwenden muss und gerade die starken Partner in den Strudel zum Abgrund treibt. Die Vorstellung dabei ist wohl, dass es Deutschland ohne Europa besser gehen würde und es befreiter in der Welt aufspielen könnte.

Aber das ist falsch. Deutschland braucht Europa, um das Land zu sein, das Obama als so stark und so mächtig anspricht. Denn wenn es uns auf dem eigenen Kontinent nicht gelingt, die Dinge wieder ins Lot zu bringen und nach vorn zu entwickeln, wird uns im Rest der Welt niemand abnehmen, dass wir ein Akteur von Relevanz sind. Als Erstes werden das die Finanzmärkte zum Ausdruck bringen. In dem Moment, in dem Deutschland allein den Euro verlässt, werden die Zinsen für die notwendigen Kredite unserer Staatsschulden in die Höhe schnellen. Das Rückzahlungsversprechen, dem die Anleger aus China, den USA, aus Brasilien oder aus Indien vertrauen, ist an seine zentrale Rolle in und für Europa gebunden.

Die britische Wochenzeitschrift „The Economist“ titelte vor wenigen Wochen über die Deutschen: „The reluctant hegemon“. Der widerstrebende Hegemon. Es ist der Augenblick gekommen, an dem die anderen hören wollen, wie man sich von hier aus die Zukunft Europas denkt.

Sich selbst zum Maßstab für die anderen zu erheben reicht dafür nicht. Denn das läuft auf eine unausgesprochene Zusammenbruchstheorie für Europa hinaus. Es kann gar nicht sein, dass Italien einen mit Deutschland vergleichbaren Steuerstaat aufbaut. Es ist überhaupt nicht zu erwarten, dass Frankreich, das über ein so gutes demografisches Polster verfügt, sein Sozialversicherungssystem nach Maßgabe des deutschen umbaut. Und es ist völlig ausgeschlossen, dass in Griechenland die Branche der Medizintechnik oder des Automobilbaus gedeiht.

Die Botschaft aus Deutschland für Europa heißt Kooperation. Wer sein Land entwickeln, die Talente seiner Leute fördern und die Vorzüge seiner Lebensweise pflegen will, braucht einen Geist der Kooperation, der sich nicht schon von vornherein auf ein Primat festlegt: weder der Ökonomie noch der Politik und schon gar nicht der Kultur. Die Deutschen behaupten mit der ganzen Macht ihres Erfolges, dass es einen Begriff verallgemeinerbaren Interesses gibt, der die gesellschaftliche Zusammenarbeit anleiten kann. Nichts ist dringender und nichts ist hoffnungsvoller als der Blick auf Probleme und Phänomene, die alle angehen.

Es gehört freilich zu den Gesetzen der Gastfreundschaft in Europa, dass man großzügig zueinander ist. Differenz wird nur dann zu einer Quelle von Reichtum, wenn nicht nur das Interesse und die Nützlichkeit, sondern auch die Freigebigkeit und der Respekt regieren. Deutschland wird seine Großzügigkeit für Europa entdecken müssen. Nur dann kann ein Bündnis zustande kommen, das belastbar ist, weil man sich gegenseitig die Wahrheit zumuten kann. Sonst bleibt erzwungener Friede, was freie Übereinkunft sein könnte. Europa ist dann ein Versprechen nicht nur aus der Vergangenheit, sondern für die Zukunft. Auf dieses großzügige Versprechen aus Deutschland, so darf man den amerikanischen Präsidenten verstehen, wartet die Welt.

Darauf wartet auch in Deutschland eine ganze Generation junger Leute, die ohne Sorgen aufgewachsen sind, aber trotzdem mit sich selbst hadern. Es ist die Generation der Millennials, der bescheinigt wird, dass sie genau das macht, was man von ihr verlangt. Aber eben auch nicht mehr. Hinter dieser freundlichen Zurückhaltung stecken der Wunsch und das Bedürfnis nach ein bisschen Vision. Wer in Deutschland die Kräfte für die Zukunft mobilisieren will, muss deutlich machen, dass er an die Zukunft glaubt. Flucht ins Überleben oder vollendete Resignation kann nicht das letzte Wort sein. Für die heute 25- bis 35-Jährigen ist Europa ohne jedes Versprechen. Die Entdeckung der Großzügigkeit wäre das Zeichen für eine kommende Zeit.

CHRISTIAN THIEL

Bude, 59, ist Soziologe, lehrt an der Universität Kassel und arbeitet am Hamburger Institut für Sozialforschung.

2013 PANDASTORM

Darsteller Moore, Aprile: *Ein Leben voller Möglichkeiten*

KINO

Cocktail für ein Kind

Der Film „Das Glück der großen Dinge“ beschreibt eine Scheidung als Abenteuer – aus der Sicht eines kleinen Mädchens.

An der Hand ihrer Mutter stolpert Maisie durch das Gerichtsgebäude. Sie müsse dem Richter erzählen, dass ihr Vater sie angeschrien und herumgestoßen habe, schärft ihr die Mutter ein. „Ach, hat er das?“, erwidert Maisie und blickt nach oben, hoch zu der majestätischen Kuppel, die sich über ihr wölbt. Mitten im Scheidungskrieg hat Maisie nur Augen für die Schönheit.

Die sechsjährige Maisie (Onata Aprile) ist die Hauptfigur in Scott McGehees und David Siegels Film „Das Glück der großen Dinge“ (Originaltitel: „What Maisie Knew“). Sie ist die Tochter der amerikanischen Rocksängerin Susanna (Julianne Moore) und des britischen Kunsthändlers Beale (Steve Coogan), die in New York leben und am Ende ihrer Ehe stehen.

Der Film beschreibt eine Odyssee. Maisie weiß nie, wo sie in der nächsten Nacht schlafen wird: bei ihrem Vater, bei ihrer Mutter oder bei dem Kindermädchen Margo (Joanna Vanderham), das zuerst die Geliebte des Vaters und dann seine neue Frau wird. Möglicherweise landet Maisie aber auch bei dem Barkeeper Lincoln (Alexander Skarsgård), den die Mutter geheiratet hat.

Man könnte das als Geschichte über zerrüttete Familienverhältnisse, fehlende Nestwärme und ein schwer traumatisiertes Kind erzählen. Doch die Regisseure Scott McGehee und David Siegel haben daraus einen Film gemacht, in dem die Heldin die Herausforderungen der Erwachsenenwelt bestehen muss wie ein großes Abenteuer.

Immer wieder öffnen sich in „Das Glück der großen Dinge“ Wohnungs- oder Autotüren, Schiebe- oder Drehtüren. Der Zuschauer wird zurückversetzt in ein Alter, in dem sich für ein Kind ständig neue, aufregende Räume auftun. Der Film zeigt, wie hart die Wirklichkeit für Maisie ist, und feiert zugleich ein Leben voller Möglichkeiten.

Doch die vielen Türen reichen nicht aus, um Maisie vor den Problemen der Erwachsenen abzuschirmen. Vor den Schreiereien findet sie nirgendwo Schutz. Als sie in einer fremden Wohnung übernachtet, dringen durchs offene Fenster die Worte eines Paares, das sich weit entfernt streitet, an ihr Ohr. Obwohl der Zank kaum zu hören ist, reißt er Maisie aus dem Schlaf.

McGehee und Siegel lassen den Zuschauer die Welt durch die Augen ihrer Heldin erleben. Eine Bar sieht anders aus, wenn man gerade über den Tresen schauen kann und die Menschen durch die Cocktailgläser betrachtet, die einem direkt vor der Nase stehen. Maisies Blick ist oft verstellt und wird gerade deshalb mehr und mehr geschärft.

Der Film nutzt diesen Blick, um sich die Erwachsenen genau anzusehen, in all ihrer Egozentrik und Hilflosigkeit. Susanna und Beale sind keine bösen Eltern. Sie sind nur so sehr mit sich selbst beschäftigt, dass ihnen Maisie immer fremd bleiben wird. Das Kind ist für sie eine Idee, die sie einfach nicht verwirklichen können, und daran leiden sie.

Wenn Beale seiner Tochter erklärt, dass er nach England zurückkehren und sie dorthin mitnehmen will, dass sie aber ihre Mutter für lange Zeit nicht sehen wird, betrachtet ihn Maisie fast ausdruckslos. Ihr Gesicht wird zum Spiegel, der Beales Rücksichtslosigkeit auf ihn selbst zurückwirft. Diese Momente, in denen die Erwachsenen in den Augen eines Kindes erkennen, was sie tun, gehören zu den stärksten des Films.

„Das Glück der großen Dinge“ beruht auf dem Roman „Maisie“, den Henry James 1897 veröffentlichte. Der aus New York stammende Romancier erschloss der Literatur damals ein neues Thema: das Sorgerecht mit seinen komplizierten Konsequenzen. Staunend, etwas ratlos, aber mit größtmöglicher analytischer Präzision beschreibt er, was erst viele Jahre später Patchwork-Familie genannt wird.

Mit der Neugier eines Pioniers macht sich Henry James daran, die Gedankenwelt eines Mädchens zu erforschen, das in einen Scheidungskrieg gerät und sich dagegen wehrt, von einem der Partner als Waffe gegen den anderen eingesetzt zu werden. „Maisies Unschuld“, schreibt James an einer Stelle, „ist mit Wissen gesättigt.“

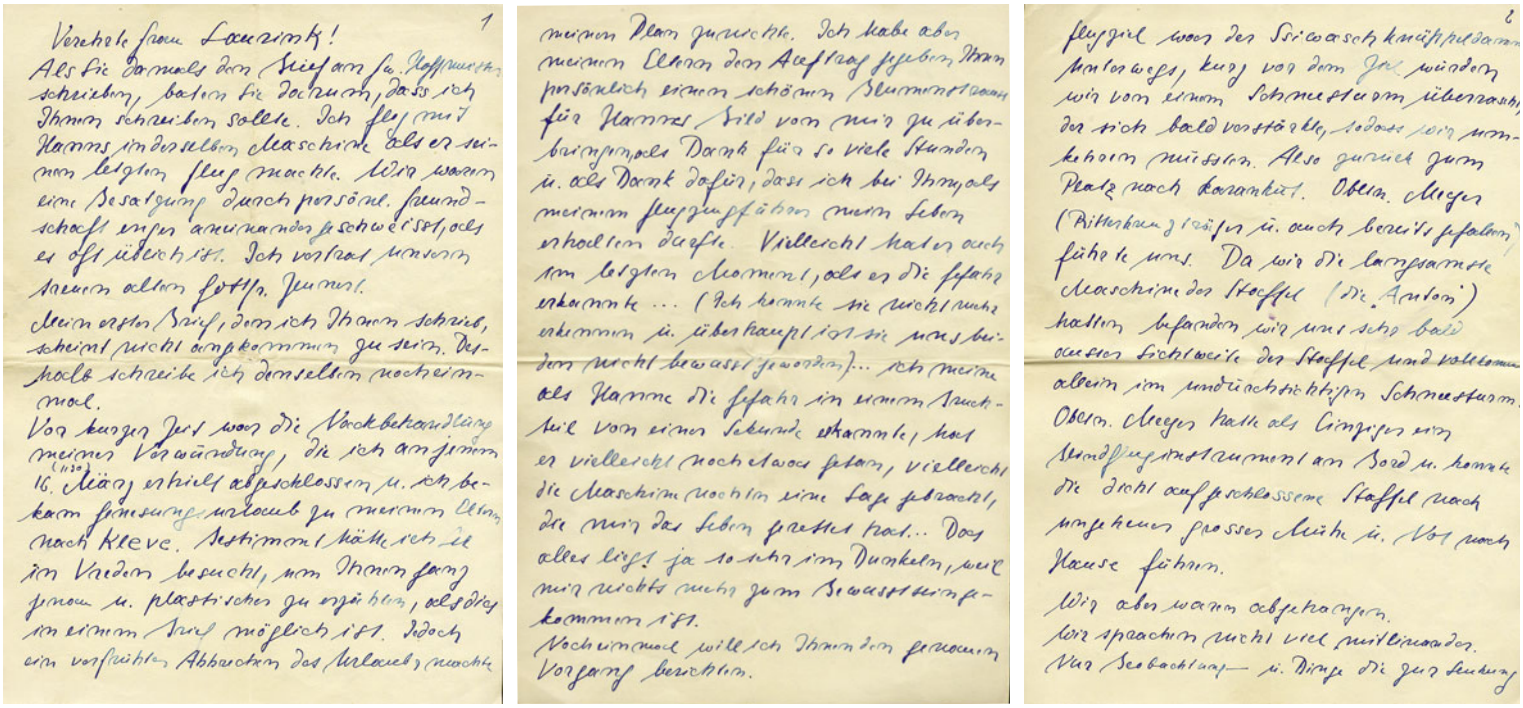
Die sehr langen und verschachtelten Sätze, mit denen James beschreibt, was in Maisies Kopf vorgeht, standen den Filmemachern nicht zur Verfügung. Dafür fanden sie in Onata Aprile eine Hauptdarstellerin, die eine außerordentliche emotionale Intelligenz ausstrahlt. Sie spielt Maisie als ein Mädchen, das zwar oft nicht so genau weiß, was die Erwachsenen gerade umtreibt, aber immer eine Ahnung davon hat.

Es wäre für McGehee und Siegel leicht gewesen, Aprile ständig so ins Bild zu setzen, dass sie süß und niedlich wirkt und dem Zuschauer zu Herzen geht. Aber weil die beiden davon erzählen wollen, was es bedeutet, Kinder zu instrumentalisieren, tun sie dies gerade nicht. Sie überlassen ihrem kleinen Star einfach das Feld. Und Aprile nimmt es spielend ein, mit berückender Unbeschwertheit.

LARS-OLAV BEIER

Rubrik: Ausschnitte aus „Das Glück der großen Dinge“

spiegel.de/app282013kino
oder in der App DER SPIEGEL



Verehrte Frau Laurinck!
Als Sie damals den Brief an Fa. Hoffmann schrieben, baten Sie darum, dass ich Ihnen schreiben sollte. Ich flog mit Hanns in derselben Maschine als er seinen letzten Flug machte. Wir waren eine Besatzung durch persönl. Freundschaft enger aneinander geschweisst, als es oft üblich ist. Ich vertrat unseren Führer allen Gottfr. Jurinek.
Mein erster Brief, den ich Ihnen schrieb, scheint nicht angekommen zu sein. Deshalb schreibe ich denselben nochmal.
Von kurzer Zeit war die Nachbehandlung meiner Verwundung, die ich am Jahrestag (1.3.44) 16. März erhielt abgeschlossen u. ich bekam Genesungsurlaub zu meinem Eltern nach Kleve. Bestimmt hätte ich Sie in Vreden besucht, um Ihnen ganz genau u. plastisch zu erzählen, als dies in einem Brief möglich ist. Jedoch ein vorzeitiger Abbruchen des Urlaubs machte

meinem Plan zunichte. Ich habe aber meinen Eltern den Auftrag gegeben, Ihnen persönlich einen schönen Blumenstrauß für Hanns Grab von mir zu überbringen als Dank für so viele Stunden u. als Dank dafür, dass ich bei Ihnen als meinem Flugzeugführer mein Leben erhalten durfte. Vielleicht haben auch Sie letzten Moment, als er die Gefahr erkannte ... (Ich kannte sie nicht mehr erkennen u. überhaupt ist sie uns beiden nicht bewusst geworden)... Ich meine als Hanns die Gefahr in einem Bruchteil von einer Sekunde erkannte, hat er vielleicht noch etwas getan, vielleicht die Maschine noch um eine Lage gebracht, die mir das Leben gerettet hat... Das alles liegt ja so sehr im Dunkeln, weil mir nichts mehr zum Bewusstsein gekommen ist.
Nochmals will ich Ihnen den genauen Vorgang berichten.

Flugzeug war der Stuka-Geschwader Mausewegs, kurz vor dem Ziel wurden wir von einem Schneesturm überrascht, der sich bald verstärkte, sodass wir umkehren mussten. Also zurück zum Platz nach Karankut. Oberst. Meyer (Bitterkrauz träger u. auch bereits gefallen) führte uns. Da wir die langsamste Maschine der Staffel (Die Ente) hatten befanden wir uns sehr bald außer Sichtweite der Staffel und kamen allein im undurchdringlichen Schneesturm. Oberst. Meyer hatte als Einziger ein Blindflugintrument an Bord u. konnte die dicht aufgeschlossene Staffel nach ungeheuer großer Mühe u. Not nach Hause führen.
Wir aber waren abgetrennen. Wir sprachen nicht viel miteinander. Nur Beobachtung u. Dinge die zur Sicherung

Beuys-Brief aus dem Jahr 1944: *Die Jugend war das Besondere, die Gefahr das Alltägliche*

KUNST

Flug in die Ewigkeit

Ein bisher unbekannter Brief von Joseph Beuys aus dem Jahr 1944 schildert seinen Absturz mit einem Stuka. Das Ereignis gilt als eine Gründungsepisode der Nachkriegsmoderne – nun bleibt von der Heldengeschichte wenig übrig.

Auf dem Foto ist Joseph Beuys ein noch jungenhafter Mann und trägt die Uniform eines Unteroffiziers. Mit einem fast stolzen Lächeln im Gesicht steht er am Rand einer Gruppe von Soldaten. Unter ihnen befindet sich der Pilot Hans Laurinck.

Bald nach dieser Aufnahme wird Laurinck tot sein. Ein bisher unveröffentlichter Brief von Beuys aus Kriegszeiten gibt nun darüber Auskunft, wie er starb. Das Dokument ist im Besitz der Familie Laurinck, ebenso wie Fotos, Flugbuch und weitere Kriegskorrespondenz.

Der 16. März 1944 ist der Tag, an dem Laurinck und sein Begleiter, der Bordfunker und -schütze Beuys, laut Flugbuch zweimal in ihrer Ju 87, einem Stuka (Sturzkampfflugzeug), zu Feindflügen aufbrechen. Laurinck und Beuys sind jung, beide erst 22 Jahre alt. Ihre Jugend ist ihnen bewusst, das wird in Beuys' Brief deutlich. Die Jugend ist das Besondere, die Gefahr das Alltägliche.

Sie starten morgens um 7.15 Uhr, landen um 8.35 Uhr, heben um 11.05 Uhr erneut ab. Dieser zweite Flug endet um 11.45 Uhr mit dem Absturz. Beuys überlebt, Laurinck nicht. Beuys wurde in den Jahrzehnten danach zu einem der bekanntesten Künstler der Nachkriegszeit. Dass er damals auf der Krim dem Tod entkam, schien der Ausgangspunkt für all das zu sein, was er später schuf. Es war die Geburtsstunde eines großen Künstlers, er selbst machte sie dazu.

Unteroffizier Beuys (r.), Stuka-Pilot

des Flugzeuges im Blindflug unbedingt erforderlich ~~ist~~ sind. Keiner dachte an einen schlechten Ausgang.

Ich sagte: „Hanne, geh' lieber etwas höher, damit wir keiner Bodenberührung bekommen".

H.: „Ja, ist gut ... geht in Ordnung"

: „Hanne, siehst Du was?"

: „Nein, aber die Scheiben werden vom Schnee verkleistert .. Mist!"

: „Immer schön ruhig, fliege nur nach Instrumenten!"

: „Ja"

Dieses „Ja" von Hanne ist das letzte was mir von ihm in Erinnerung ist. Wir müssen unmittelbar oder während der „Ja" sagte, dem Boden entgegengerast sein. Das nächste was mir wieder klar bewusst wurde, war, dass Russ. Arbeiter u. Frauen (auf unserem Gebiet) die mich wohl

aus den Trümmern geborgen hatten, sich mit mir abgaben, das Blut aus dem Gesicht spülten und mir auf eine fragende Bewegung hin zu verstehen gaben, dass Hanne, mein lieber Hanne seinen Flug in die Ewigkeit bereits getan hatte. Hanne muss nach den Aussagen der Kameraden sofort tot gewesen sein. Ich selbst konnte Hanne nicht mehr sehen weil ich mit meinen beiden Augen nichts mehr sehen konnte. Der Schlag schräg über das Gesicht war zu stark gewesen. Zudem verlor ich kurze Zeit darauf wieder die Besinnung.

Gewiss möchten Sie noch viel über Ihren Jungen hören aus seiner letzten Zeit bei uns in Karankul. Es ist soviel was man über einen so lieben Kameraden alles weiss, denn bei uns lernt man ja jeden edlen Menschen bis ins Innerste kennen.

Weil wir ja dauernd den Tod um uns haben, den wir zwar in jugendl. Kraft immer besiegen zu können glauben, so haben wir keine Geheimnisse voreinander u. ~~voreinander~~ verheimlichen auch unser Innerster unsern anderen, würdigen Kameraden in keinster Weise.

Wenn man dann allerdings über einen Kameraden etwas greifbares sagen soll, so kommt nicht viel dabei heraus. Es ist immer nur der unauslöschbare Eindruck, den Menschen wie Hanne hinterlassen. Es ist der Eindruck von unbändiger Jugendlichkeit, von ehrlichem Frohsinn, Grosszügigkeit in Auffassung von Mitmenschen u. Dingen des Lebens überhaupt. Das Leben war für Hanne kein Problem. Wie ein lachender Sieger stand er mitten drin. Mit einem Schuss Leichtsinn wie ihn jeder Flieger haben muss.

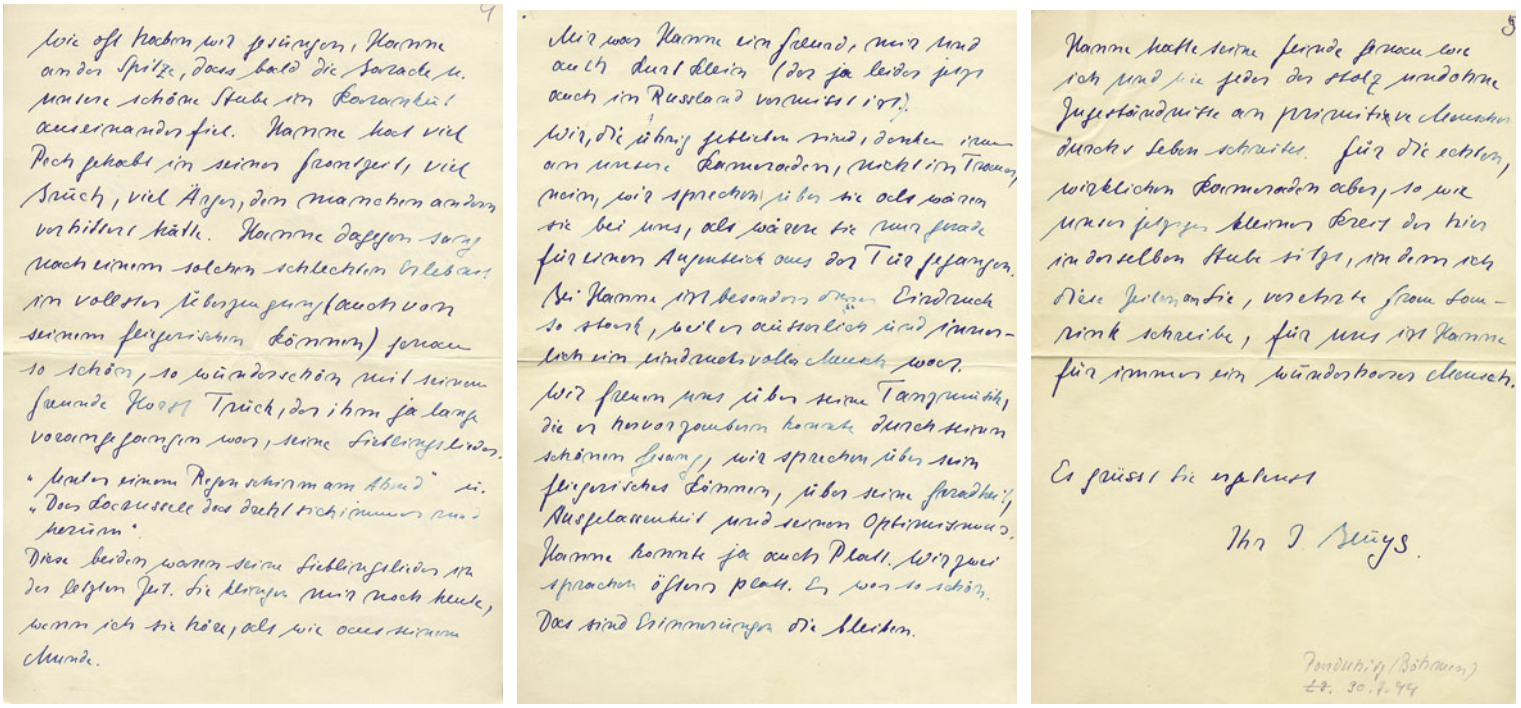
Laurinck (3. v. l.) 1944: *Ein auf den Krieg zugeschnittenes Leben*

Der Künstler Joseph Beuys gilt als moralische Instanz. Seine Erlebnisse scheinen ihn, den ehemaligen Soldaten, zu einem Kämpfer gegen den Krieg gemacht zu haben. Denn viele seiner Werke sehen aus wie Relikte eines Krieges, wie Sinnbilder eines Traumas. Mit ihnen wurde er ein weltweit beachteter Künstler, ein mehrfacher Teilnehmer der Documenta. Zugleich war er eine prominente Figur der Friedensbewegung, einer der ersten Grünen, ein Querdenker, der ein neues Gesellschafts- und Wirtschaftssystem forderte. Was für ein System das sein sollte, verstand wohl niemand genau. Aber sicherlich wollte er – so unterstellte man – ein besseres. Er war schließlich Joseph Beuys.

Den Kern dieses Künstlermythos bildet der Absturz im März 1944. Beuys hat das Ereignis später mehrfach geschildert, es immer wieder neu erfunden. So erzählte er von seiner Rettung durch Tataren, durch Schamanen, die ihn mit Fetten eingerieben, ihn in einem Zelt aus Filz gepflegt, ihn sogar in Filz eingehüllt hatten.

Er erweckte den Eindruck, selbst Stuka-Pilot gewesen zu sein. Und er behauptete, die Maschine sei vor dem Absturz „von einem russischen Geschütz getroffen" worden. Für die Kunsthistoriker wurde das Kriegsereignis auf der Krim – oder genauer: Beuys' spätere Version davon – zur Gründungsepisode einer neuen Avantgarde. Jahre nach seinem Tod 1986 kam heraus, dass vieles an den Berichten von Beuys nicht stimmte, nicht stimmen konnte. An der Wahrhaftigkeit von Beuys zweifelte trotzdem niemand.

Und nun der handschriftlich verfasste Brief, der vom Unteroffizier Joseph Beuys unterzeichnet und am 3. August 1944 von der Deutschen Reichspost abgestempelt wurde. Er wirkt erst einmal harmlos. Ein junger Soldat richtet sich mit einem



Beuys-Brief von 1944: *Selbst das Beileid hatte eine Propagandafunktion*

durchaus üblichen Kondolenzbrief an die Familie des toten Kameraden, formuliert ihn in typischer Landser-Rhetorik.

Dennoch enthält das Schreiben viel mehr, in Hinblick auf die spätere Metamorphose des Ereignisses sogar Sensationelles. Denn es war dem Verfasser schon damals, 1944, durchaus wichtig, neben dem toten Helden Laurinck (der postum sofort mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse ausgezeichnet wurde) nicht wie ein Antiheld zu wirken. Beuys wollte womöglich, dass sein Überleben auch von der Familie des Verstorbenen als wundersame Fügung und nicht als Ungerechtigkeit verstanden wurde. Und so hat er wohl schon in diesem frühen Dokument einiges abgeschwächt, anderes dramatisiert.

Die Beileidsbriefe der Vorgesetzten und der Kameraden hatten den Sinn, zu beschwichtigen. Von einer Trostfunktion solcher Korrespondenzen spricht der Militärhistoriker Sönke Neitzel. Diese Briefe waren auch immer ein Mittel der Propaganda, weil sie das Bild vom tapferen, pflichtbewussten und beliebten Soldaten malten.

Um die reine, oft allzu grausame Wahrheit, um die genauen Umstände durfte es nach damaliger Logik nicht gehen. All die Hinterbliebenen, die Familien der toten Soldaten, hätten sonst den Krieg in Frage gestellt.

Beuys nahm diese Regeln ernst. Fast lesen sich seine Zeilen, als wäre er gemahnt worden, einen Brief aufzusetzen, aber dann wurden es gleich neun Seiten. Seine Worte richtete er an die Mutter von Hans Laurinck, und er erwähnt, sie habe ihn um Auskunft gebeten. Ein erster Brief von ihm sei offenbar nicht angekommen.

Schnell betont Beuys, er sei mit Laurinck befreundet gewesen. „Wir waren eine Besatzung durch persönl. Freundschaft enger aneinander geschweisst, als es oft üblich ist.“ Er nennt Hans Laurinck mehrmals bei dessen Spitznamen Hanne.

Beuys entwirft pathetische, nebulöse Bilder, er verzerrt den Krieg, macht ihn harmloser. Kein Wort davon, dass ihre Mission in dem Stuka denen da unten auf dem Boden den Tod bringen sollte. Die Gefahr für ihn selbst wird positiv gedeutet: „Weil wir ja dauernd den Tod um uns haben, den wir zwar in jugendl. Kraft immer besiegen zu können glauben, so haben wir keine Geheimnisse voreinander u. verheimlichen auch unser Innerstes unsern anderen, würdigen Kameraden in keinster Weise.“

Ein eingespieltes Team waren er und Laurinck nicht. Im Flugzeug saßen sie nur

L. KARL / FOTEX

Künstler Beuys 1983: *Angepasster, kleiner, als er sich selbst sehen wollte*

an zwei Tagen zusammen, am 25. Januar 1944 und eben am 16. März. Man sei, schrieb Beuys, aufgebrochen in der Staffel, doch wegen eines Schneesturms umgekehrt. Er und Laurinck hätten die langsamste Maschine der Staffel gehabt, „die ‚Anton'". Man habe den Anschluss verloren. Und dann die Szene des Absturzes:

Wir aber waren abgehangen.
Wir sprachen nicht viel miteinander.
Nur Beobachtung u. Dinge die zur Lenkung des Flugzeuges im Blindflug unbedingt erforderlich sind. Keiner dachte an einen schlechten Ausgang.
Ich sagte: „Hanne, geh' lieber etwas höher, damit wir keine Bodenberührung bekommen".
H.: „Ja, ist gut … geht in Ordnung"
„Hanne, siehst Du was?"
„Nein, aber die Scheiben werden vom Schnee verkleistert .. Mist!"
„Immer schön ruhig, fliege nur nach Instrumenten!"
„Ja"
Dieses „Ja" von Hanne ist das Letzte was mir von ihm in Erinnerung ist.
Wir müssen unmittelbar oder während er „Ja" sagte, dem Boden entgegengerast sein. Das nächste was mir wieder klar bewusst wurde, war, dass Russ. Arbeiter u. Frauen (auf unserem Gebiet) die mich wohl aus den Trümmern geborgen hatten, sich mit mir abgaben, das Blut aus dem Gesicht spülten und mir auf eine fragende Bewegung hin zu verstehen gaben, dass Hanne, mein lieber Hanne seinen Flug in die Ewigkeit bereits getan hatte.

Beuys erfüllte mit diesem Brief seine vermeintliche Pflicht. Aber er traf eben auch Vorsorge, selbst nicht zu schlecht wegzukommen. Geradezu heldenhaft besonnen wirkt er, wenn er dem anderen rät: „Immer schön ruhig." Panik? Oder sogar Todesangst, weil man den Anschluss an die Staffel verloren hatte? Mögliche eigene Fehler? Fast wirkt er wie ein bloßer Passagier und nicht wie der Mann, der für die Navigation zuständig war.

Hans Laurinck wird bei ihm, einerseits, vom Flieger zum Überflieger. „Das Leben war für Hanne kein Problem. Wie ein lachender Sieger stand er mitten drin." Andererseits skizziert Beuys ihn mit seinen Worten als die ungestümere, beinahe leichtfertige Figur. „Hanne hat viel Pech gehabt in seiner Frontzeit, viel Bruch, viel Ärger, den manchen andern verbittert hätte. Hanne dagegen sang nach einem solchen schlechten Erlebnis in vollster Überzeugung (auch von seinem fliegerischen Können) genau so schön, so wunderschön (…) seine Lieblingslieder."

Was für ein verkürztes, auf den Krieg zugeschnittenes Leben. Wie Beuys war

Bestseller

Belletristik

1 (1) **Dan Brown**
Inferno
Lübbe; 26 Euro

2 (–) **Kerstin Gier**
Silber – Das erste Buch der Träume
FJB; 18,99 Euro

3 (2) **Timur Vermes**
Er ist wieder da
Eichborn; 19,33 Euro

4 (19) **Martin Suter**
Allmen und die Dahlien
Diogenes; 18,90 Euro

5 (3) **Donna Leon**
Tierische Profite
Diogenes; 22,90 Euro

6 (4) **Stephen King**
Joyland
Heyne; 19,99 Euro

7 (5) **Nina George**
Das Lavendelzimmer
Knaur; 14,99 Euro

8 (8) **Dora Heldt**
Herzlichen Glückwunsch, Sie haben gewonnen! dtv; 17,90 Euro

9 (6) **Eugen Ruge**
Cabo de Gata
Rowohlt; 19,95 Euro

Hinreißende Novelle über den Rückzug eines erfolglosen Schriftstellers in ein andalusisches Dorf

10 (10) **Tess Gerritsen**
Abendruh
Limes; 19,99 Euro

11 (7) **Anne Gesthuysen**
Wir sind doch Schwestern
Kiepenheuer & Witsch; 19,99 Euro

12 (11) **Volker Klüpfel / Michael Kobr**
Herzblut
Droemer; 19,99 Euro

13 (9) **Martin Walker**
Femme fatale
Diogenes; 22,90 Euro

14 (13) **Douglas Preston / Lincoln Child**
Fear – Grab des Schreckens
Droemer; 19,99 Euro

15 (12) **John Green**
Das Schicksal ist ein mieser Verräter
Hanser; 16,90 Euro

16 (14) **Suzanne Collins**
Die Tribute von Panem – Gefährliche Liebe Oetinger; 18,95 Euro

17 (15) **Jussi Adler-Olsen**
Das Washington-Dekret
dtv; 19,90 Euro

18 (16) **Suzanne Collins**
Die Tribute von Panem – Flammender Zorn Oetinger; 18,95 Euro

19 (17) **Sabine Ebert**
1813 – Kriegsfeuer
Knaur; 24,99 Euro

20 (18) **Kerstin Gier**
Saphirblau – Liebe geht durch alle Zeiten Arena; 16,99 Euro

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „buchreport“; nähere Informationen und Auswahlkriterien finden Sie online unter: www.spiegel.de/bestseller

Sachbücher

1 (1) **Hannes Jaenicke**
Die große Volksverarsche
Gütersloher Verlagshaus; 17,99 Euro

2 (2) **Florian Illies**
1913 – Der Sommer des Jahrhunderts S. Fischer; 19,99 Euro

3 (5) **Rolf Dobelli**
Die Kunst des klaren Denkens
Hanser; 14,90 Euro

4 (8) **Bronnie Ware**
5 Dinge, die Sterbende am meisten bereuen
Arkana; 19,99 Euro

Was im Leben wirklich wichtig ist: Die australische Krankenschwester hat jahrelang todgeweihten Patienten zugehört

5 (4) **Dieter Nuhr**
Das Geheimnis des perfekten Tages
Bastei Lübbe; 14,99 Euro

6 (3) **Richard David Precht**
Anna, die Schule und der liebe Gott
Goldmann; 19,99 Euro

7 (6) **Meike Winnemuth**
Das große Los Knaus; 19,99 Euro

8 (12) **Guillem Balagué**
Pep Guardiola
C. Bertelsmann; 19,99 Euro

9 (7) **Eben Alexander**
Blick in die Ewigkeit
Ansata; 19,99 Euro

10 (9) **Dirk Müller**
Showdown Droemer; 19,99 Euro

11 (10) **Rolf Dobelli**
Die Kunst des klugen Handelns
Hanser; 14,90 Euro

12 (13) **Margot Käßmann**
Mehr als Ja und Amen
Adeo; 17,99 Euro

13 (11) **Andreas Englisch**
Franziskus – Zeichen der Hoffnung
C. Bertelsmann; 17,99 Euro

14 (16) **Frank Schirrmacher**
Ego – Das Spiel des Lebens
Blessing; 19,99 Euro

15 (14) **Helmut Schmidt**
Ein letzter Besuch
Siedler; 19,99 Euro

16 (–) **Markus Gabriel**
Warum es die Welt nicht gibt
Ullstein; 18 Euro

17 (–) **Rhonda Byrne**
The Secret – Das Geheimnis
Arkana; 16,95 Euro

18 (–) **Harald Welzer**
Selbst denken – Eine Anleitung zum Widerstand S. Fischer; 19,99 Euro

19 (17) **Egon Bahr**
„Das musst du erzählen“ – Erinnerungen an Willy Brandt
Propyläen; 19,99 Euro

20 (15) **Jürgen von der Lippe / Gaby Sonnenberg**
Der Krankentröster
Knaus; 16,99 Euro

Laurinck ein Kind der Provinz, der eine stammte aus dem niederrheinischen Kleve, der andere aus einem Ort namens Vreden im Münsterland. Sie wurden in Zeiten der Diktatur erwachsen. Beide zog es von der Schule aus bald zur Luftwaffe, im Verständnis vieler damals eine echte Heldenfabrik.

Ahnte aber Laurinck, dass es ein anderes Leben geben könnte? Er wollte sich verloben, hatte offenbar die Fliegerei satt, das geht wiederum aus einem Brief seiner Schwester hervor.

Und Beuys? Bis Kriegsende sollte er noch Schlachten von Mann zu Mann erleben. Fürchterliche Gemetzel müssen das gewesen sein. Erzählt hat er davon später nie, nur allgemein von der „Scheiße“, in der man als Soldat stand, und dass es moralisch richtig gewesen sei mitzukämpfen.

In der Fernsehserie „Unsere Mütter, unsere Väter“ werden die Geschichten dieser Generation erzählt, zu der auch Beuys gehörte. Sie handeln von jungen Leuten, von denen viele verführt und dann verheizt wurden und die später nicht mehr dazu fähig waren, ein Verhältnis zu sich und ihrer Schuld zu entwickeln.

Der Brief aus dem Jahr 1944 liest sich, als wäre Beuys eine dieser Figuren, von denen die Serie erzählt. Ein Verführter, der ein Held sein wollte. Er wurde es, aber erst als Superstar der modernen Kunst, und ein solcher wurde er eben auch, weil er seine Vergangenheit im Krieg und insbesondere auf der Krim mythologisierte. Sich vom „Funker“ zum „Sturzkampfflieger“ erhob, zum Opfer eines Abschusses, obwohl er wohl wegen schlechten Wetters vom Himmel fiel. Auch sammelten ihn keine schamanischen Tataren auf, sondern laut diesem Brief russische Arbeiter.

Und während Beuys Teil der Aufbruchsbewegung in der Bundesrepublik wurde, so jedenfalls schildert es der Autor Hans Peter Riegel in seiner vor kurzem veröffentlichten Beuys-Biografie, blieb er doch gleichzeitig ein gestriger Geist, der sich nicht wirklich von seiner frühen Begeisterung für die völkische Ideologie lösen konnte. Beuys nahm an Treffen alter Kameraden teil, suchte die Nähe zu ehemaligen Nazis, wie Biograf Riegel nachweist. Noch 1980 bekannte er, dass er sich einst zur Hitlerarmee gemeldet habe, sei einem „Gefühl der Zugehörigkeit und Solidarität mit meinen Altersgenossen“ zuzuschreiben gewesen.

Als Künstler, als Professor stand Beuys nicht mehr nur am Rand wie auf dem Foto von der Krim. Vielmehr wurde er zum Mittelpunkt einer neuen Avantgarde. Er fühlte sich als Auserwählter, und irgendwann nahmen ihn auch die anderen so wahr. Doch dieser Brief zeigt Beuys auf jeden Fall angepasster, durchschnittlicher, kleiner, als er sich später selbst hat sehen wollen.

Ulrike Knöfel

#Neuland

POPKRITIK: Der HipHopper Jay-Z verschenkt sein neues Album – finanziert wird die Aktion von einem koreanischen Konzern.

Drei Minuten dauerte der Werbespot, der am 16. Juni in der Halbzeitpause des Spiels Miami Heat gegen San Antonio Spurs lief, es war eines der Basketball-Finalspiele dieser Saison, 16 Millionen Fernsehzuschauer sahen zu – und als der Spot vorbei war, dessen Ausstrahlung allein Millionen Dollar kostete, hatte der Rapper Jay-Z gerade den digitalen Kapitalismus neu erfunden.

Der Spot selbst ist in drei Akte unterteilt: Der erste Akt beeindruckt vor allem dadurch, wie hier vor aller Augen Geld verbrannt, also Sendezeit verschwendet wird. Schaut her, sagt Jay-Z, während er mit seinen Freunden, den Produzenten Rick Rubin und Pharrell Williams, im Studio sitzt und über das Leben philosophiert. „Weißt du", sagt Jay-Z und malt seine Gedanken mit den Händen in die Luft, „es geht um diese Dualität, wie man den Weg findet in seinem Leben, mit all seinen Siegen und Niederlagen, das ganze Ding, und dabei man selbst bleibt."

Im zweiten Akt dann sagt Jay-Z: Schaut her, so arbeite ich, das sind meine Goldketten, das sind meine Bässe, ich bin der bessere Businessman, also bin ich auch der bessere Rapper.

Und im dritten Akt skizziert Jay-Z seinen Plan: Schaut her, sagt er, so definiere ich die Regeln neu. „Ich will der Welt mein Album geben, und dann können alle es sich teilen."

Eine Million Besitzer eines Samsung-Smartphones, das ist die Botschaft des Spots, werden sein neues Album über eine App bekommen, umsonst, und dies Tage vor dem Rest der Welt.

„Great", sagt im Spot der weise Rick Rubin mit seinem Rauschebart. „Beautiful."

Samsung hat Jay-Z dafür fünf Dollar pro App bezahlt. Fünf Millionen Dollar auf einen Schlag von einem Konzern, der ein ganzes Album finanziert, so etwas gab es noch nie in der Geschichte des Pop.

Das Ganze ist auch der Versuch von Samsung, Apple im Kampf um Marktanteile direkt anzugreifen. „Wir müssen neue Regeln definieren", das hat Jay-Z in dem Fernsehspot auch gesagt, denn „das Internet, das ist der Wilde Westen, der Wilde, Wilde Westen".

Aber so klug und smart der Spot auch ist, das Album selbst zeigt nur, dass es im HipHop längst nicht mehr um die Musik, die Beats und die Reime geht: „Magna Carta Holy Grail" heißt das Werk, das am 4. Juli erstmals für die Samsung-Kunden zu hören war – es ist Musik, die sich anhört, als würde ein Star abstürzen vom Empire State Building, ohne je unten anzukommen.

Der Heilige Gral, die Magna Carta, der amerikanische Unabhängigkeitstag – man wüsste wirklich gern, was Jay-Z der Welt zu sagen hat außer: Größer geht es nicht.

Es beginnt weinerlich. Das klingt wie Elton John, das klingt, als würde Kurt Cobain kurz aus dem Grab auferstehen, als würde jemand Justin Timberlake ständig auf den Fuß treten, so gequengelt singt er bei diesem Gastauftritt: Das ist HipHop als gesellschaftlicher Kitt.

Längst geht es nicht mehr um Aufstieg oder Emanzipation bei dieser Musik, es geht um Macht und die Frage, wie man sie am besten absichert: Da fiepst und piepst es, zu breitbeinig-hüftsteifen Beats rappt Jay-Z über Picasso und Jeff Koons und die Art Basel, über seine schmutzige Vergangenheit und die Schönheit seines Mercedes heute, über Nicholas Brody aus „Homeland", der sich fremd im eigenen Land fühlt, und immer wieder dazwischen stöhnt es: ooh, ooh, ooh.

Das ist HipHop ohne Angstmacherei, eher Versöhnungsangebot als Triumphgeste, das ist HipHop, der Tom Ford auf Concorde reimt. Der Werbespot und die Verkaufsstrategie dagegen haben die Kraft von Kunstwerken eigenen Rangs, sie betreten #Neuland, es sind tatsächlich Innovationen eines digitalen und kulturell codierten Kapitalismus.

Und so zeigt dieses Pop-Paket „Magna Carta Holy Grail" sehr gut, wie die Verhältnisse 2013 aussehen.

HipHop ist heute ein Spiel, das derjenige gewinnt, der am besten Ego, Sex und Sehnsüchte in Geld und Macht verwandelt.

In seinem früheren Leben mag Jay-Z tatsächlich ein Drogen-Pusher aus dem Ghetto gewesen sein. Heute ist er mit Beyoncé verheiratet und lässt sich mit Präsident Obama fotografieren.

Natürlich profitiert Obama heute von so einem Foto und nicht Jay-Z. Der Präsident ist nicht mehr das, was er mal versprach, er hat graue Haare darüber bekommen, dass Guantanamo immer noch nicht geschlossen ist.

Jay-Z hat die Telefonnummer des Präsidenten, er hat das Spiel schon längst gewonnen.

Georg Diez

FREDERIC DUGIT / PICTURE ALLIANCE / DPA

Rapper Jay-Z: *Tom Ford reimt sich auf Concorde*

KONZERNE

„Opfer des eigenen Erfolgs“

Götz Mäuser, 50, Manager beim Investor Permira, über den Ausstieg aus dem TV-Konzern ProSiebenSat.1

ProSieben-Show „Germany’s Next Topmodel“

THOMAS LOHNES / GETTY IMAGES

SPIEGEL: 2006 übernahmen die Private-Equity-Gesellschaften Permira und KKR die Mehrheit am TV-Konzern ProSiebenSat.1, in den nächsten Monaten wollen Sie Ihre Anteile verkaufen. Hat sich das Investment gelohnt?

Mäuser: Es war auf jeden Fall eine spannende Zeit, in der uns wenig erspart blieb. Da gab es eine millionenschwere Kartellstrafe, die Finanzkrise, einen Wechsel an der Führungsspitze und eine strategische Neuorientierung.

SPIEGEL: Sie zahlten damals 28 Euro pro Aktie, jetzt liegt der Kurs bei rund 34 Euro. Zwischenzeitlich haben Sie über 700 Millionen Euro Dividende kassiert und Ihre Beteiligung am TV-Konzern SBS an ProSiebenSat.1 verkauft. Wie hoch ist unterm Strich Ihre Rendite?

Mäuser: Abgerechnet wird zum Schluss. Bislang ist aber bei unseren Geldgebern kein Cent angekommen, alles ist in Zins und Tilgung unserer Kredite geflossen. Wir sind zuversichtlich, dass wir am Ende ein zufriedenstellendes Ergebnis erzielen, die Entwicklung des Aktienkurses gibt uns zurzeit recht. Rekordverdächtig wird die Rendite wegen der Finanzkrise aber kaum werden.

SPIEGEL: Alle Medienkonzerne haben schon abgewinkt, von Time Warner bis zum Axel Springer Verlag. Warum interessiert sich keiner für eine Mehrheit an ProSiebenSat.1?

Mäuser: Wir sind ein Stück weit Opfer des eigenen Erfolgs. Die Marktkapitalisierung liegt derzeit bei mehr als sieben Milliarden Euro, die müsste ein Käufer komplett finanzieren können, weil er zu einem Übernahmeangebot an alle Aktionäre verpflichtet ist, sobald er mehr als 30 Prozent der Aktien erwirbt. Ich sehe zurzeit kein deutsches Medienunternehmen, das dazu in der Lage wäre. Und für globale Medienkonzerne steht die Digitalisierung an erster Stelle, nicht Internationalisierung, schon gar nicht in Europa.

SPIEGEL: Auf der Hauptversammlung am 23. Juli wollen Sie die Aktiengattungen vereinheitlichen. Das kostet Sie Ihre bisherige Stimmenmehrheit. Warum geben Sie dieses Pfund aus der Hand?

Mäuser: Ein strategischer Käufer ist momentan nicht in Sicht, die Mehrheit bringt uns daher nicht mehr Geld ein, als die Börse uns bietet. Wir sind deshalb zu dem Schluss gekommen, dass wir den größten Wert für unsere Investoren wohl mit einem Ausstieg über die Börse erzielen. Mit der Aktienumwandlung werden unsere Stammaktien nun zum Handel zugelassen.

KINO

Aldi-Buch wird Spielfilm

Die Skurrilitäten und Abgründe beim Discounter Aldi, die der Ex-Aldi-Manager Andreas Straub im Bestseller „Aldi – Einfach billig“ beschreibt, sollen jetzt auch Publikum ins Kino locken. Der Rowohlt-Verlag hat die Optionsrechte an die Münchner Filmproduktion „Fireapple“ verkauft. Deren Co-Chef Sebastian Bandel wirkte bereits an Erfolgsproduktionen wie „Wer früher stirbt ist länger tot“ mit und will das Aldi-Buch „nicht so verfilmen, wie man es erwarten würde, sondern den Zuschauer überraschen“. Die Besetzung steht noch nicht fest. Straub sorgte voriges Jahr mit seinen Innenansichten aus dem Aldi-Imperium für Aufsehen (SPIEGEL 18/2012); die fragwürdige Überwachung der Mitarbeiter schilderte er genauso wie den Perfektionswahn des Managements.

RTL

Gottschalk-Jauch-Show mit Schöneberger

Schöneberger, Gottschalk

JENS GYARMATY / VISUM

Als die Nation vor eineinhalb Jahren über seine Nachfolge bei „Wetten, dass ..?“ debattierte, schlug Thomas Gottschalk öffentlich Barbara Schöneberger („NDR Talk Show“) dafür vor. Der Wunsch des Altstars ging bekanntlich nicht in Erfüllung. Stattdessen sind die beiden nun in einer gemeinsamen Show zu sehen. Im September soll die 39-Jährige die RTL-Sendung „Die 2 – Gottschalk & Jauch gegen alle“ moderieren, in der Gottschalk, 63, und Günther Jauch, 56, gegen Kandidaten antreten. Schöneberger komme ihm in ihrer Art sehr nahe, hatte Gottschalk 2011 erklärt: Sie sei blond, hübsch, furchtlos und schnell.

FRANK MÜLLER / ACTION PRESS (L.); JULIA VON VIETINGHOFF / RBB (M.)

Szenen aus deutschen Krimi-Reihen: *„Mit dem guten Gefühl entlassen, dass es noch so etwas wie Gerechtigkeit gibt“*

TV-UNTERHALTUNG

Das Grauen am Abend

In Fernsehdeutschland wird gemordet, entführt und erpresst wie noch nie, vor allem die öffentlich-rechtlichen Anstalten planen ständig neue Krimis. Nun aber wächst die Kritik an der erfolgreichen Monokultur.

Der deutsche Fernsehzuschauer muss ein Scheusal sein. Sonntag für Sonntag fordert er ein Menschenopfer: erschossen, stranguliert, ertränkt, vergiftet, die Treppe hinuntergeschubst, in den Selbstmord getrieben, erfroren oder verbrannt. Vor einigen Wochen, im „Tatort“ aus Frankfurt am Main, wurden dem Mordopfer sogar die Zehennägel ausgerissen. Neun Millionen Menschen sahen zu; womöglich schauten manche im entscheidenden Moment aber auch weg.

Weil ein Verbrechen pro Woche den Zuschauer offenbar nicht befriedigt, wird auch an allen anderen Tagen fröhlich getötet, wenigstens aber entführt oder erpresst. Cops von Rosenheim bis Hamburg ermitteln, und in irgendeinem dritten Programm wird immer ein alter „Tatort“ oder „Polizeiruf 110“ wiederholt. Das Fernsehprogramm liest sich wie der Gegenentwurf zur im Mai veröffentlichten Kriminalstatistik, die bundesweit einen Rückgang der Morde und Körperverletzungen verzeichnet.

Vor allem die öffentlich-rechtlichen Sender planen mit Wollust ständig neue Straftaten. Zu deren Aufklärung lässt die ARD allein in diesem Jahr fünf neue „Tatort“-Teams antreten, 21 Städte und Regionen werden dann mit Ermittlern bestückt sein, so viele wie noch nie und vielleicht mehr, als der Reihe guttut.

Das ZDF zieht nach; auf dem Filmfest München stellte es vorige Woche zwei Serien vor, eine mit Chiemsee-Krimis und eine mit extrem abgehalfterten Münchner Ermittlern. Im Herbst holt der Sender dann zum großen Schlag gegen die Organisierte Kriminalität aus: Fünf Teams seiner „Soko“-Reihe sollen über fünf Folgen gemeinsam einen Fall lösen.

Deutschland, deine Detektive. 37 Prozent jener Zeit, die TV-Zuschauer im vergangenen Jahr mit Filmen oder Serien verbrachten, entfielen auf Krimis. Die zehn meistgesehenen Spielfilme waren allesamt „Tatorte“. Lässt man die Champions League außen vor, war im ersten Halbjahr 2013 die Sendung mit den meisten Zuschauern ein „Tatort“ mit dem Blödelduo aus Münster. Selbst die Wiederholung eines Frankfurter Falls vom Vorjahr lockte am letzten Junisonntag mehr Schaulustige an als die jüngste Ausgabe von „Wetten, dass ..?“.

„Tatort“ Berlin

MANJU SAWHNEY / ZDF

„Bella Block“

Schwer zu sagen, ob es so viele Krimis gibt, weil die Zuschauer sie so gern sehen. Oder ob so viele Menschen Krimis schauen, weil die Sender ihnen kaum noch andere Filme anbieten.

Folgt man dem Göttinger Psychiater Borwin Bandelow, der zuletzt ein Buch über die Faszination von Verbrechern geschrieben hat, dann ist der Erfolg von Krimis auf das primitive Angstsystem des Menschen zurückzuführen: „Dieses System unterscheidet nicht zwischen echter Bedrohung und Fernsehen. Es denkt wirklich, dass da etwas Schlimmes passiert.“ Im Extremfall reagiert es mit Herzrasen oder nervösem Zittern. Zugleich, so Bandelow, wirke Angst aber anregend.

„Krimi schauen ist wie Achterbahn fahren“, sagt Bandelow. Vor jeder Kurve habe man Angst, rausgeschleudert zu werden. Nach überstandenem Schreckensmoment werden eine Menge Glückshormone ausgeschüttet. „Die Angst zahlt sich aus. Spätestens gegen 21.40 Uhr, wenn der Täter gefasst ist. Aber auch zwischendurch, nach einer Prügelei oder einer Verfolgungsjagd mit gutem Ausgang.“

Damit das ständige Grauen auf Dauer nicht zu eintönig wird, reichern ARD und ZDF ihre Krimis gern mal mit Romantik oder Klamauk an. Seit anderthalb Jahren gestaltet das Erste seine Vorabende mit sogenannten Schmunzelkrimis, deren Titel wie „Fuchs und Gans“ oder „Henker & Richter“ bereits eine Ahnung von der Art des dort vorherrschenden Humors geben. Die meisten sind mehr Heimatfilm als Krimi, sie spielen auf dem Land und sehen aus wie vom örtlichen Tourismusverband in Auftrag gegeben. Ähnlich den „Rosenheim-Cops“ im ZDF, die seit Jahren vor prächtiger Alpenkulisse ermitteln.

Am Ende ist natürlich immer alles gut, so verlangt es die Serienlogik. Während laut Polizeilicher Kriminalstatistik rund 54 Prozent der Fälle gelöst werden, liegt die Aufklärungsquote der TV-Ermittler bei mindestens 99 Prozent.

Liane Jessen, Fernsehfilmchefin des Hessischen Rundfunks, sieht den Erfolg von TV-Krimis denn auch weniger in der menschlichen Psyche begründet als in einer zerberstenden Gesellschaft: „Die Welt zerfällt zunehmend in ihre Einzelteile. Politiker, Konzerne und Krankenkassen gehen nicht unbedingt wahrhaftig mit uns um. Die Kommissare sind die Helden, die für den Einzelnen kämpfen und den zerbrochenen Spiegel zusammensetzen. Ist der Fall gelöst, wird man mit dem guten Gefühl in die Woche entlassen, dass es noch so etwas gibt wie Gerechtigkeit.“

Manchmal aber gibt es diese Gerechtigkeit nicht einmal mehr im Fernsehen. Und dann?

Das Bayerische Fernsehen hat jetzt einen Krimi produziert, der so gelungen ist, dass den Verantwortlichen in der ARD ein wenig bange wird. Er heißt „Der Tod macht Engel aus uns allen“.

Dieser „Polizeiruf 110“, der am kommenden Sonntag im Ersten läuft, zeigt ein schmuddeliges, tristes München. Ein Transsexueller ist in Polizeigewahrsam zu Tode gekommen. Kommissar Hanns von Meuffels, gespielt von Matthias Brandt, muss gegen ein ganzes Revier ermitteln. Die Polizisten dort sind ebenso hilflos wie gewalttätig, der Film selbst ist gewaltig.

Er könnte Fernsehpreise gewinnen, für das Drehbuch, für die Regie, für den Hauptdarsteller. Aber es kann gut sein, dass viele Zuschauer mit dem Film nichts anfangen können. Eben weil er so gut ist.

Gut, das heißt in diesem Fall: mit den Sehgewohnheiten brechend. Der Zu-

Sonntagsritual

Die erfolgreichsten Folgen des ARD-„Tatorts“ 2013, Zuschauer in Millionen

Quelle: ARD

schauer wird mit dem Grauen alleingelassen. Hier sorgt keine Kaffee kochende, Dialekt sprechende Sekretärin für Geborgenheit. Hier kaspert niemand in der Pathologie herum oder klopft Sprüche an der Würstchenbude. Am Ende löst sich nichts in Wohlgefallen auf.

Das Drehbuch für diese Folge stammt von Günter Schütter, der schon für die legendäre ARD-Reihe „Der Fahnder“ arbeitete. In den neunziger Jahren schrieb er das Buch zu „Frau Bu lacht“, der von Menschenhandel und Kindesmissbrauch erzählt und vielen bis heute als bester „Tatort“ gilt. „Der Erfolg des Genres Krimi kommt uns Autoren zugute“, sagt Schütter. „So können wir Themen ins Fernsehen schmuggeln, die uns am Herzen liegen. Eine starke Marke hilft uns.“

CHRISTIAN RIEGER / ZDF

Szene aus der ZDF-Serie „Rosenheim-Cops“: *Mehr Heimatfilm als Krimi*

Die aus vier Fensehfilmchefs bestehende Sichtungsgruppe der ARD jedoch, die alle Filme im Voraus begutachtet und eine Quotenprognose wagt, sagt dem „Polizeiruf“ am kommenden Sonntag ungefähr sieben Millionen Zuschauer voraus. Was eigentlich nicht schlecht ist für einen Fernsehfilm, für die Erstausstrahlung eines Krimis am Sonntag aber schon.

Die vier Sichter hatten sogar befürchtet, dass der Jugendschutz eine Ausstrahlung um 20.15 Uhr verhindern würde, weil der Film so hart ist. So wie bei jenem „Polizeiruf“ mit Brandt, der im vorvergangenen Jahr erst nach 22 Uhr gesendet werden durfte. Wenn sich das wiederholt hätte, so die Befürchtung der ARD-Verantwortlichen, wäre es wohl schwierig geworden, Brandt zu halten. Aber dann wurde der Film doch für die Hauptsendezeit freigegeben.

Was die Reaktionen der Zuschauer auf diesen Film angeht, ist man beim Bayerischen Rundfunk auf alles gefasst. Spätestens seit dem letzten BR-„Tatort“. Da scheuchte Kommissar Franz Leitmayer einen Verdächtigen durch den Wald auf eine Straße, wo er von einem Auto erfasst und getötet wurde. War er der gesuchte Mörder? Oder hatte er andere Gründe, vor einem Polizisten Reißaus zu nehmen? Das blieb unklar. Und sorgte für Zuschauerkritik an einem Film, der aus der Masse herausragt, weil er Regeln bricht und verstört, und das auf der Deutschen heiligstem Programmplatz.

Dabei stand der Sonntagskrimi bei weitem nicht immer so gut da wie heute. Mitte der neunziger Jahre steckte der „Tatort“ in seiner größten Krise. Immer weniger Zuschauer wollten die großteils gesellschaftskritischen Fälle sehen, den Jungen galt der „Tatort“ ohnehin als Abenteuer für Spießer. Die ARD reagierte, setzte junge Teams ein und produzierte mehr Folgen.

Hatte es in den siebziger und achtziger Jahren nur zwölfmal pro Jahr einen neuen „Tatort“ gegeben, steigerte man sich im Lauf der Jahre. Seit 2006 gibt es 35 Fälle pro Jahr, den „Polizeiruf“ nicht mitgezählt. Viele Kommissare sind alte Bekannte. Die immer leicht sauertöpfisch dreinschauende Lena Odenthal ebenso wie die Kumpels aus Köln oder München.

„Wir müssen tatsächlich aufpassen, den Bogen nicht zu überspannen, es kann auch zu viel werden.“

Heute ist der „Tatort“ das, was früher „Wetten, dass ..?“ war: ein Wochenendritual. Der Sonntag ist der neue Samstag, nur dass man die Kinder vielleicht schon etwas früher ins Bett schickt.

Ein guter „Tatort“ oder „Polizeiruf“ birgt mehr politischen Stoff als der nachfolgende Talk von Günther Jauch, was über Jauch genauso viel aussagt wie über den Krimi.

Oft aber sind die sonntäglichen Ermittlungen einfach nur gaga. Oder, noch schlimmer, eine Wiederkehr des Immergleichen: Leichenfund, sieht schlimm aus; Ermittler/in besucht Frau, Freund, Chef, Nachbarn; ein paar verhalten sich seltsam, alle hätten ein Motiv; zwei, drei Volten; vielleicht eine weitere Leiche; am Ende war’s tatsächlich einer, meist der, der bei der ersten Befragung am wenigsten seltsam erschien.

Die Kritiker dieser Monokultur muss man nicht lange suchen, man findet sie im Herzen des Geschehens. „Inzwischen gibt es so viele Krimis auf allen Kanälen, das sind ja gefühlt schon mehr, als es Verbrecher gibt“, beklagte sich voriges Jahr Hannelore Hoger, die seit fast 20 Jahren im ZDF als burschikose Ermittlerin Bella Bock ihren Dienst tut.

Den Noch-„Tatort“-Kommissar Joachim Król nervt die Krimi-Flut Interviews zufolge ebenso wie den Regisseur Christian Petzold („Yella“, „Barbara“). Selbst der ARD-Vorsitzende Lutz Marmor, der in Sachen Programmgestaltung ja mit am Drücker sitzt, räumte im Dezember dem SPIEGEL gegenüber ein: „Wir müssen tatsächlich aufpassen, den Bogen nicht zu überspannen, es kann auch zu viel werden.“

Ähnlich sagt es ZDF-Fernsehfilmchef Reinhold Elschot, der für die trutschigen „Rosenheim-Cops“ ebenso verantwortlich ist wie für die funkelnde Polizeireihe „Nachtschicht“: „Vielleicht übertreiben wir es manchmal.“ Auch im eigenen Haus müsse er sich bisweilen rechtfertigen für die Vielzahl an Krimis und Thrillern. „Aber wo viele Krimis sind, sind auch viele gute.“

Außerdem könne man mit diesem Genre einfach wenig falsch machen – zumindest was den Erfolg angeht: „Selbst bei einem schlechten Krimi geht die Quote nie ganz runter. Eine Grundzuschauerschaft ist immer da. Bei schlechten Komödien dagegen verliert man die Leute sofort. Humor ist bei jedem unterschiedlich ausgeprägt. Spannung dagegen erleben wir alle gleich.“

In jüngster Zeit beobachtet Elschot, dass besonders schaurige Filme gerade bei Frauen gut ankommen.

Die erste Folge der gepriesenen Reihe „Verbrechen“, die das Zweite im Frühjahr sonntags um 22 Uhr ausstrahlte, hatte auffallend viele Zuschauerinnen. Dabei war der Inhalt alles andere als frauenfreundlich. Es ging um einen Mann, der sich nach 40 Jahren Ehehölle mit Hilfe einer Axt seiner Gattin entledigt.

Alexander Kühn, Marcel Rosenbach

INTERNET

SAP für Politiker

Ein amerikanischer Gründer hat eine Plattform entwickelt, mit der sich politische Wahlkämpfe und Bürgerbewegungen erfolgreicher organisieren lassen.

Hätte Jim Gilliam auf die Ärzte gehört, wäre er wahrscheinlich schon lange tot. Seine Lunge war ruiniert von wiederholter Chemotherapie und Bestrahlung, nur eine Transplantation gleich beider Lungenflügel konnte ihn retten. Doch die Chirurgen des Universitätskrankenhauses von Los Angeles (UCLA) lehnten ab: Sein Fall sei aussichtslos, das Risiko, dass er während der schwierigen Operation sterben würde, sei in seinem Zustand zu groß.

Das war vor sechs Jahren. Gilliam, 36, hat überlebt, weil er selbst Widerstand über das Internet organisierte. Der studierte Computerwissenschaftler baute eine Website mit dem Titel „UCLA-Chirurgen sind Feiglinge“ und drohte damit, sie online zu stellen. Gleichzeitig bombardierten Freunde und Bekannte das Krankenhaus mit E-Mails. Es dauerte nicht lange, bis Gilliam einen Anruf bekam: Die Chirurgen seien nun doch zu einer Operation bereit. Der Eingriff glückte.

Die erfolgreiche Kampagne hatte für Gilliam neben der Rettung seines eigenen Lebens noch einen zusätzlichen Lerneffekt: wie schnell, effektiv und billig sich über das Internet eine Graswurzelbewegung organisieren lässt.

Inzwischen hat Gilliam aus dieser Einsicht ein schnell wachsendes Internetunternehmen gemacht: NationBuilder liefert Politikern, wohltätigen Organisationen und Bürgerbewegungen ein einfach zu bedienendes Software-Paket, um alle Arbeitsbereiche besser und erfolgreicher zu organisieren.

Gilliam, groß, schlaksig, Glatze, will zeigen, dass man heutzutage überlegene Technik einsetzen muss, um Wahlen zu gewinnen oder politische Bewegungen zum Erfolg zu führen.

Vordergründig bietet NationBuilder seinen Nutzern eine relativ simple Internetpräsenz. Dahinter verbergen sich jedoch eine ganze Reihe komplexer Werkzeuge: So gibt es Module, um politische Anhänger und ehrenamtliche Helfer zu rekrutieren und zu managen, Veranstaltungen zu organisieren und Spenden einzunehmen und zu verwalten. Alle Daten sind dabei miteinander verknüpft und durchsuchbar.

Gilliam will mit seinem neuen Unternehmen zu einer Art SAP für politische Organisationen und Graswurzelbewegungen werden. Bis dahin ist es allerdings noch ein weiter Weg, auch wenn NationBuilder seit der Gründung vor knapp zwei Jahren schnell wächst: 2500 Kunden hat das Software-Unternehmen mittlerweile gewinnen können.

Darunter sind Bürgerbewegungen aller Art, etwa gegen Mobbing oder für mehr Radwege, wohltätige Organisationen, die Essensausgaben und Spendenaufrufe organisieren, oder Künstler, die ihre Fan-Basis und Veranstaltungen verwalten. Die Kosten für den Software-Service richten sich nach der Zahl der in der jeweiligen Datenbank erfassten Anhänger: Große Organisationen mit einer Million Adressen zahlen rund 1000 Dollar im Monat, kleine Bürgerbewegungen dagegen nur 20 Dollar.

Vor allem aber hilft NationBuilder Parteien und Politikern, ihre Anhängerschaft zu mobilisieren. In den USA wurde die Software inzwischen bei Hunderten lokalen und regionalen Wahlkämpfen eingesetzt. Der erste Kunde aber kam aus Großbritannien: Die Scottish National Party nutzte NationBuilder und gewann im Mai 2011 völlig unerwartet die Mehrheit im schottischen Parlament.

Inzwischen hat Gilliam zahlreiche Beispiele von Politikern parat, die mit NationBuilder im Wahlkampf Erfolg hatten – etwa der neue Bürgermeister von Los Angeles oder die ehemalige Schönheitskönigin von Hawaii: Sie setzte sich bei den Wahlen zum Landesparlament als Republikanerin gegen einen favorisierten demokratischen Kandidaten durch.

Im kanadischen Bundesstaat Ontario wurde in diesem Jahr die erste offen lesbische Regierungschefin gewählt. Hinterher schwärmte ihr Wahlkampfmanager in Fernsehinterviews, dass die NationBuilder-Software mit zum Erfolg beigetragen habe. „Das war natürlich super für uns“, sagt Gilliam. Es gibt für das Unternehmen keine bessere und billigere Werbung als erfolgreiche Politiker und begeisterte Wahlkampfmanager.

Gilliam, der im Silicon Valley aufwuchs, arbeitete früher unter anderem bei der legendären Suchmaschine Lycos. Für NationBuilder konnte er in kurzer Zeit nicht nur rund 15 Millionen Dollar Wagniskapital, sondern auch namhafte Unterstützer gewinnen, beispielsweise Facebook-Mitgründer Chris Hughes, der 2008 die Online-Wahlkampagne von US-Präsident Barack Obama geleitet hatte. Und Sean Parker, Gründungspräsident von Facebook, sitzt heute im Verwaltungsrat von NationBuilder.

Nun strebt Gilliam die internationale Expansion an. Ziel sind vor allem Länder mit traditionell starken Bürgerbewegungen und gleichzeitigem technologischem Nachholbedarf. Ganz oben auf der Liste: Deutschland.

THOMAS SCHULZ

MAX S. GERBER / DER SPIEGEL

Software-Entwickler Gilliam: *Bessere Ergebnisse dank überlegener Technik*

Impressum

Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon (040) 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion) **E-Mail** spiegel@spiegel.de

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923 – 2002)

STELLV. CHEFREDAKTEURE Klaus Brinkbäumer, Dr. Martin Doerry (V. i. S. d. P.)

ART DIRECTION Uwe C. Beyer

Politischer Autor: Dirk Kurbjuweit

DEUTSCHE POLITIK · HAUPTSTADTBÜRO *Leitung:* Konstantin von Hammerstein, Christiane Hoffmann (stellv.), René Pfister (stellv.). *Redaktion Politik:* Nicola Abé, Dr. Melanie Amann, Ralf Beste, Horand Knaup, Peter Müller, Ralf Neukirch, Gordon Repinski, Merlind Theile. *Autor:* Markus Feldenkirchen

Redaktion Wirtschaft: Sven Böll, Markus Dettmer, Cornelia Schmergal, Gerald Traufetter. *Reporter:* Alexander Neubacher, Christian Reiermann

Meinung: Dr. Gerhard Spörl

DEUTSCHLAND *Leitung:* Alfred Weinzierl, Cordula Meyer (stellv.), Dr. Markus Verbeet (stellv.); Hans-Ulrich Stoldt (Panorama). *Redaktion:* Felix Bohr, Jan Friedmann, Michael Fröhlingsdorf, Hubert Gude, Carsten Holm, Anna Kistner, Charlotte Klein, Petra Kleinau, Guido Kleinhubbert, Bernd Kühnl, Gunther Latsch, Udo Ludwig, Maximilian Popp, Andreas Ulrich, Antje Windmann. *Autoren, Reporter:* Jürgen Dahlkamp, Dr. Thomas Darnstädt, Gisela Friedrichsen, Beate Lakotta, Bruno Schrep, Katja Thimm, Dr. Klaus Wiegrefe

Berliner Büro *Leitung:* Holger Stark, Frank Hornig (stellv.). *Redaktion:* Sven Becker, Markus Deggerich, Özlem Gezer, Sven Röbel, Jörg Schindler, Michael Sontheimer, Andreas Wassermann, Peter Wensierski. *Autoren:* Stefan Berg, Jan Fleischhauer

WIRTSCHAFT *Leitung:* Armin Mahler, Michael Sauga (Berlin), Thomas Tuma, Marcel Rosenbach (stellv., Medien und Internet). *Redaktion:* Susanne Amann, Markus Brauck, Isabell Hülsen, Alexander Jung, Nils Klawitter, Alexander Kühn, Martin U. Müller, Ann-Kathrin Nezik, Jörg Schmitt, Janko Tietz. *Autoren, Reporter:* Markus Grill, Dietmar Hawranek, Michaela Schießl

AUSLAND *Leitung:* Clemens Höges, Britta Sandberg, Juliane von Mittelstaedt (stellv.). *Redaktion:* Dieter Bednarz, Manfred Ertel, Jan Puhl, Sandra Schulz, Daniel Steinvorth, Thilo Thielke, Helene Zuber. *Autoren, Reporter:* Ralf Hoppe, Hans Hoyng, Susanne Koelbl, Walter Mayr, Dr. Christian Neef, Christoph Reuter

Diplomatischer Korrespondent: Dr. Erich Follath

WISSENSCHAFT UND TECHNIK *Leitung:* Rafaela von Bredow, Olaf Stampf. *Redaktion:* Dr. Philip Bethge, Jörg Blech, Manfred Dworschak, Marco Evers, Dr. Veronika Hackenbroch, Laura Höflinger, Julia Koch, Kerstin Kullmann, Hilmar Schmundt, Matthias Schulz, Samiha Shafy, Frank Thadeusz, Christian Wüst

KULTUR *Leitung:* Lothar Gorris, Dr. Joachim Kronsbein (stellv.). *Redaktion:* Lars-Olav Beier, Susanne Beyer, Dr. Volker Hage, Ulrike Knöfel, Philipp Oehmke, Tobias Rapp, Katharina Stegelmann, Claudia Voigt, Martin Wolf. *Autoren, Reporter:* Georg Diez, Wolfgang Höbel, Thomas Hüetlin, Dr. Romain Leick, Matthias Matussek, Elke Schmitter, Dr. Susanne Weingarten

KulturSPIEGEL: Marianne Wellershoff (verantwortlich). Tobias Becker, Anke Dürr, Maren Keller, Daniel Sander

GESELLSCHAFT *Leitung:* Matthias Geyer, Dr. Stefan Willeke, Barbara Supp (stellv.). *Redaktion:* Hauke Goos, Barbara Hardinghaus, Wiebke Hollersen, Ansbert Kneip, Dialika Neufeld, Bettina Stiekel, Jonathan Stock, Takis Würger. *Reporter:* Uwe Buse, Ullrich Fichtner, Jochen-Martin Gutsch, Guido Mingels, Alexander Osang, Cordt Schnibben

SPORT *Leitung:* Gerhard Pfeil, Michael Wulzinger. *Redaktion:* Lukas Eberle, Maik Großekathöfer, Detlef Hacke, Jörg Kramer

SONDERTHEMEN *Leitung:* Dietmar Pieper, Annette Großbongardt (stellv.), Norbert F. Pötzl (stellv.). *Redaktion:* Annette Bruhns, Angela Gatterburg, Uwe Klußmann, Joachim Mohr, Bettina Musall, Dr. Johannes Saltzwedel, Dr. Eva-Maria Schnurr, Dr. Rainer Traub

MULTIMEDIA Jens Radü; Roman Höfner, Marco Kasang, Bernhard Riedmann

CHEF VOM DIENST Thomas Schäfer, Katharina Lüken (stellv.), Holger Wolters (stellv.)

SCHLUSSREDAKTION Anke Jensen; Christian Albrecht, Gesine Block, Regine Brandt, Lutz Diedrichs, Bianca Hunekuhl, Sylke Kruse, Maika Kunze, Stefan Moos, Reimer Nagel, Manfred Petersen, Fred Schlotterbeck, Sebastian Schulin, Tapio Sirkka, Ulrike Wallenfels

PRODUKTION Solveig Binroth, Christiane Stauder, Petra Thormann; Christel Basilon, Petra Gronau, Martina Treumann

BILDREDAKTION Michaela Herold (Ltg.), Claudia Jeczawitz, Claus-Dieter Schmidt; Sabine Döttling, Susanne Döttling, Torsten Feldstein, Thorsten Gerke, Andrea Huss, Antje Klein, Elisabeth Kolb, Matthias Krug, Parvin Nazemi, Peer Peters, Karin Weinberg, Anke Wellnitz
E-Mail: bildred@spiegel.de
SPIEGEL Foto USA: Susan Wirth, Tel. (001212) 3075948

GRAFIK Martin Brinker, Johannes Unselt (stellv.); Cornelia Baumermann, Ludger Bollen, Thomas Hammer, Anna-Lena Kornfeld, Gernot Matzke, Cornelia Pfauter, Julia Saur, Michael Walter

LAYOUT Wolfgang Busching, Jens Kuppi, Reinhilde Wurst (stellv.); Michael Abke, Katrin Bollmann, Fabian Eschkötter, Claudia Franke, Bettina Fuhrmann, Ralf Geilhufe, Kristian Heuer, Nils Küppers, Sebastian Raulf, Barbara Rödiger, Doris Wilhelm
Besondere Aufgaben: Michael Rabanus
Sonderhefte: Rainer Sennewald

TITELBILD Suze Barrett, Arne Vogt; Iris Kuhlmann, Gershom Schwalfenberg
Besondere Aufgaben: Stefan Kiefer

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND
BERLIN Pariser Platz 4a, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. (030) 886688-100, Fax 886688-111; Deutschland, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft Tel. (030) 886688-200, Fax 886688-222

DRESDEN Steffen Winter, Wallgäßchen 4, 01097 Dresden, Tel. (0351) 26620-0, Fax 26620-20

DÜSSELDORF Georg Bönisch, Frank Dohmen, Barbara Schmid, Fidelius Schmid, Benrather Straße 8, 40213 Düsseldorf, Tel. (0211) 86679-01, Fax 86679-11

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch, Martin Hesse, Simone Kaiser, Anne Seith, An der Welle 5, 60322 Frankfurt am Main, Tel. (069) 9712680, Fax 97126820

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. (0721) 22737, Fax 9204449

MÜNCHEN Dinah Deckstein, Conny Neumann, Rosental 10, 80331 München, Tel. (089) 4545950, Fax 45459525

STUTTGART Eberhardstraße 73, 70173 Stuttgart, Tel. (0711) 664749-20, Fax 664749-22

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND
ABU DHABI Alexander Smoltczyk, P. O. Box 35 290, Abu Dhabi

BOSTON Johann Grolle, 25 Gray Street, 02138 Cambridge, Massachusetts, Tel. (001617) 9452531

BRÜSSEL Christoph Pauly, Christoph Schult, Bd. Charlemagne 45, 1000 Brüssel, Tel. (00322) 2306108, Fax 2311436

KAIRO Volkhard Windfuhr, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin, Kairo, Tel. (00202) 37604944, Fax 37607655

KAPSTADT Bartholomäus Grill, P. O. Box 15614, Vlaeberg 8018, Kapstadt, Tel. (002721) 4261191

LONDON Christoph Scheuermann, P. O. Box 64199, London WC1A 9FP, Fax (004420) 34902948

MADRID Apartado Postal Número 100 64, 28080 Madrid, Tel. (0034) 650652889

MOSKAU Matthias Schepp, Ul. Bol. Dmitrowka 7/5, Haus 2, 125009 Moskau, Tel. (007495) 96020-95, Fax 96020-97

NEU-DELHI Dr. Wieland Wagner, 210 Jor Bagh, 2F, Neu-Delhi 110003, Tel. (009111) 41524103

NEW YORK 10 E 40th Street, Suite 3400, New York, NY 10016, Tel. (001212) 2217583, Fax 3026258

PARIS Mathieu von Rohr, 12, Rue de Castiglione, 75001 Paris, Tel. (00331) 58625120, Fax 42960822

PEKING Bernhard Zand, P.O. Box 170, Peking 100101, Tel. (008610) 65323541, Fax 65325453

RIO DE JANEIRO Jens Glüsing, Caixa Postal 56071, AC Urca, 22290-970 Rio de Janeiro-RJ, Tel. (005521) 2275-1204, Fax 2543-9011

ROM Fiona Ehlers, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. (003906) 6797522, Fax 6797768

SAN FRANCISCO Thomas Schulz, P.O. Box 330119, San Francisco, CA 94133, Tel. (001212) 2217583

TEL AVIV Julia Amalia Heyer, P.O. Box 8387, Tel Aviv-Jaffa 61083, Tel. (009723) 6810998, Fax 6810999

WARSCHAU P.O. Box 31, ul. Waszyngtona 26, PL- 03-912 Warschau, Tel. (004822) 6179295, Fax 6179365

WASHINGTON Marc Hujer, Dr. Gregor Peter Schmitz, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20045, Tel. (001202) 3475222, Fax 3473194

DOKUMENTATION Dr. Hauke Janssen, Cordelia Freiwald (stellv.), Axel Pult (stellv.), Peter Wahle (stellv.); Jörg-Hinrich Ahrens, Dr. Susmita Arp, Dr. Anja Bednarz, Ulrich Booms, Dr. Helmut Bott, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Andrea Curtaz-Wilkens, Johannes Eltzschig, Johannes Erasmus, Klaus Falkenberg, Catrin Fandja, Anne-Sophie Fröhlich, Dr. André Geicke, Silke Geister, Thorsten Hapke, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Bertolt Hunger, Joachim Immisch, Kurt Jansson, Michael Jürgens, Tobias Kaiser, Renate Kemper-Gussek, Jessica Kensicki, Ulrich Klötzer, Ines Köster, Anna Kovac, Peter Lakemeier, Dr. Walter Lehmann-Wiesner, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig-Sidow, Rainer Lübbert, Sonja Maaß, Nadine Markwaldt-Buchhorn, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Bernd Musa, Nicola Naber, Margret Nitsche, Malte Nohrn, Sandra Öfner, Thorsten Oltmer, Dr. Vassilios Papadopoulos, Axel Rentsch, Thomas Riedel, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Marko Scharlow, Rolf G. Schierhorn, Mirjam Schlossarek, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Thomas Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Jil Sörensen, Rainer Staudhammer, Tuisko Steinhoff, Dr. Claudia Stodte, Stefan Storz, Rainer Szimm, Dr. Eckart Teichert, Nina Ulrich, Ursula Wamser, Peter Wetter, Kirsten Wiedner, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt, Anika Zeller

LESER-SERVICE Catherine Stockinger

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Verantwortlich für Anzeigen: Norbert Facklam

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 67 vom 1. Januar 2013
Mediaunterlagen und Tarife: Tel. (040) 3007-2540, www.spiegel-qc.de

Commerzbank AG Hamburg, Konto-Nr. 6181986, BLZ 200 400 00

Verantwortlich für Vertrieb: Thomas Hass

Druck: Prinovis, Dresden / Prinovis, Itzehoe

DER SPIEGEL wird auf Papier aus verantwortungsvollen Quellen gedruckt.

FSC MIX Papier FSC® C020233

VERLAGSLEITUNG Matthias Schmolz, Rolf-Dieter Schulz

GESCHÄFTSFÜHRUNG Ove Saffe

INTERNET www.spiegel.de
REDAKTIONSBLOG spiegel.de/spiegelblog
TWITTER @derspiegel
FACEBOOK facebook.com/derspiegel

DER SPIEGEL (USPS No. 0154520) is published weekly by SPIEGEL VERLAG. Subscription price for USA is $ 350 per annum. K.O.P.: German Language Pub., 153 S Dean St, Englewood, NJ 07631. Periodicals postage is paid at Englewood, NJ 07631, and additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to: DER SPIEGEL, GLP, P.O. Box 9868, Englewood, NJ 07631.

Service

Leserbriefe
SPIEGEL-Verlag, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg
Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: leserbriefe@spiegel.de

Fragen zu SPIEGEL-Artikeln / Recherche
Telefon: (040) 3007-2687 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: artikel@spiegel.de

Nachdruckgenehmigungen für Texte und Grafiken:
Nachdruck und Angebot in Lesezirkeln nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxen sowie für Vervielfältigungen auf CD-Rom.

Deutschland, Österreich, Schweiz:
Telefon: (040) 3007-2687 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

übriges Ausland:
New York Times News Service/Syndicate
E-Mail: nytsyn-paris@nytimes.com
Telefon: (00331) 41439757

für Fotos:
Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

Nachbestellungen
SPIEGEL-Ausgaben der letzten Jahre sowie alle Ausgaben von SPIEGEL GESCHICHTE und SPIEGEL WISSEN können unter www.amazon.de/spiegel versandkostenfrei innerhalb Deutschlands nachbestellt werden.

Historische Ausgaben
Historische Magazine Bonn
www.spiegel-antiquariat.de
Telefon: (0228) 9296984

Kundenservice
Persönlich erreichbar Mo. – Fr. 8.00 – 19.00 Uhr, Sa. 10.00 – 16.00 Uhr
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg
Telefon: (040) 3007-2700 Fax: (040) 3007-3070
E-Mail: aboservice@spiegel.de

Abonnement für Blinde
Audio Version, Deutsche Blindenstudienanstalt e. V.
Telefon: (06421) 606265
Elektronische Version, Frankfurter Stiftung für Blinde
Telefon: (069) 955124-0

Abonnementspreise
Inland: zwölf Monate € 208,00
Studenten Inland: 52 Ausgaben € 153,40 inkl. sechsmal UniSPIEGEL
Österreich: zwölf Monate € 234,00
Schweiz: zwölf Monate sfr 361,40
Europa: zwölf Monate € 262,60
Außerhalb Europas: zwölf Monate € 340,60
Der digitale SPIEGEL: zwölf Monate € 197,60
Befristete Abonnements werden anteilig berechnet.

Abonnementsbestellung
bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg – oder per Fax: (040) 3007-3070, www.spiegel.de/abo

Ich bestelle den SPIEGEL
❏ für € 4,00 pro Ausgabe
❏ für € 3,80 pro digitale Ausgabe
❏ für € 0,50 pro digitale Ausgabe zusätzlich zur Normallieferung. Eilbotenzustellung auf Anfrage.
Das Geld für bezahlte, aber noch nicht gelieferte Hefte bekomme ich zurück. Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer oder Postfach

PLZ, Ort

Ich zahle
❏ bequem und bargeldlos per Bankeinzug (1/4-jährl.)

Bankleitzahl Konto-Nr.

Geldinstitut
❏ nach Erhalt der Jahresrechnung. Eine Belehrung über Ihr Widerrufsrecht erhalten Sie unter: www.spiegel.de/widerrufsrecht

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten

SP13-001
SD13-006
SD13-008 (Upgrade)

GESTORBEN

Chantal de Freitas, 45. Vorigen Sommer gab sie mit ihrer neuen Band The Stewardesses ein Geheimkonzert auf einer Barkasse im Hamburger Hafen. Erst zwei Jahre zuvor hatte Chantal de Freitas mit einem Album ihr Debüt als Sängerin gegeben; die Lieder hatte sie selbst geschrieben. Eine neue CD war in Arbeit. Die gebürtige Kielerin verbrachte einen Großteil ihrer Kindheit in New York. Sie besuchte die Hochschule für Musik und Darstellende Kunst in Frankfurt am Main sowie die Circle in the Square Theatre School am Broadway. Fernsehzuschauer kannten sie durch Rollen etwa im „Tatort“ und bei „Stubbe“ sowie als Kommissarin Carol Reeding im „Polizeiruf 110“. Bei Dreharbeiten lernte sie den Schauspieler Kai Wiesinger kennen, mit dem sie zwei Kin-

MARCUS BRANDT / DPA

der hat und 14 Jahre lang verheiratet war. In mehreren Filmen standen sie gemeinsam vor der Kamera. 2012 trennte sich das Paar. Chantal de Freitas starb am 2. Juli.

Ulrich Matschoss, 96. Das schönste Geschenk zu seinem 80. Geburtstag bekam er aus Hollywood: eine Rolle als deutscher Industrieller in dem Film „Red Corner“ an der Seite von Richard Gere. Seine beste Zeit als Serienstar im deutschen Fernsehen lag da schon lange zurück: In den Achtzigern gab er im Duisburger „Tatort“ den Kriminaloberrat Karl Königsberg. „Klops“ verzweifelte regelmäßig an den Alleingängen seines Untergebenen „Schimanski“ (Götz George). Matschoss, der sich schon während seiner Kriegsgefangenschaft in Kanada schauspielerisch erprobt hatte, wirkte auch in den TV-Serien „Ein Fall für zwei“ und „Hallo, Onkel Doc!“ mit. Der aus Schlesien stammende Schauspieler war zunächst am Theater aktiv, vor allem am Hamburger Thalia. 2007 hatte er in dem Film „Die Entführung“ seinen letzten Auftritt. Ulrich Matschoss starb am 1. Juli in seinem Wohnort in der Lüneburger Heide.

TEUTOPRESS

FRANK LEONHARDT / DPA

Erich Greipl, 72. Er hat seine Pflicht erfüllt, bis zum Schluss: Nur wenige Tage vor seinem Tod regelte er als Testamentsvollstrecker des Metro-Gründers Otto Beisheim noch die letzten Details für den Nachlass seines Freundes. Über Jahre war Greipl, Metro-Aufsichtsrat, promovierter Betriebswirt und Honorarprofessor, der engste Vertraute des kinderlosen Milliardärs. Der stets im Zweireiher und oft mit Einstecktuch gekleidete Greipl galt als die graue Eminenz des deutschen Einzelhandels, als versierter Manager und Branchenkenner. In der Sache bisweilen hart und eindeutig, war ihm immer wichtig, anständig miteinander umzugehen. In der Öffentlichkeit sah man ihn selten, dabei war der Bayer bestens vernetzt. Neben Ehrenämtern und Aufsichtsratsmandaten hatte er Positionen in Wirtschaftsverbänden inne. Erich Greipl starb am 2. Juli in München an Krebs.

Douglas Engelbart, 88. Als Computer noch tonnenschwere Kolosse für Spezialisten waren, blickte der kalifornische Ingenieur schon Jahrzehnte in die Zukunft: Warum sollte nicht jedermann diese Maschinen so umstandslos und intuitiv bedienen können wie ein Auto? Er probierte es mit einer Kniesteuerung unter der Tischplatte und einem Helm, der die Bewegungen des Kopfs registrierte. Am besten aber machte sich ein kleiner Kasten mit zwei Rädchen, den alle bald „Maus“ nannten. Im Dezember 1968 stellte Engelbart seine Erfindung vor – und bei der Gelegenheit auch gleich eine grafische Benutzeroberfläche mit Fenstern, vernetzte Computer und einiges mehr. Das Vermarkten war allerdings nicht seine Stärke, reich wurden andere. Douglas Engelbart starb am 2. Juli in Atherton, Kalifornien.

Erich Kiesl, 83. „I mog d’ Leit und d’ Leit mög’n mi“, war der Lieblingsspruch des CSU-Politikers. Zunächst schien ihm der Erfolg auch recht zu geben: Der gebürtige Pfarrkirchener wurde 1966 und 1974 in den Landtag gewählt; 1978 zum Oberbürgermeister von München. In seiner Amtszeit stieß „Propeller-Erich“– als Innenstaatssekretär flog er gern mit dem Hubschrauber – auf viel Kritik, etwa weil er Straßenmusiker und Bettler aus den Fußgängerzonen entfernen ließ. In den Achtzigern geriet er wegen der „Bauland-Affäre“ und später aufgrund dubioser Grundstücksgeschäfte ins Gerede; er wurde wegen einer Falschausage zu einer Bewährungsstrafe verurteilt. Erich Kiesl starb am 4. Juli in München.

SPIEGEL TV

SONNTAG, 14. 7., 22.25 – 23.10 UHR, RTL

SPIEGEL TV MAGAZIN

Leben mit dem Tod – Der deutsche Umgang mit dem Ende

Nichts ist so sicher wie die Tatsache, dass wir sterben werden, und doch weiß niemand, was nach dem Tod kommt. Die meisten Religionen geben vor, es zu wissen, und zwei Drittel aller Deutschen glauben, dass dem Diesseits

SPIEGEL TV

Moderatorin Maria Gresz

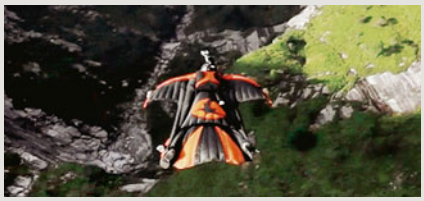
ein Jenseits folge. Doch über das Sterben spricht kaum jemand. In Deutschland ist der Tod ein Tabu. Spiegel TV hat mit Menschen gesprochen, die sterben, mit Hinterbliebenen, die trauern, und mit Bestattern, die mit dem Tod Geld verdienen.

SAMSTAG, 13. 7., 20.15 – 0.20 UHR, VOX

DIE GROSSE SAMSTAGS-DOKUMENTATION

Grenzgänger – Die Sucht nach Adrenalin

Sie sind auf der ständigen Suche nach Herausforderungen, um ihre Grenzen auszuloten. Beflügelt vom Adrenalinrausch, nehmen sie hohe Risiken in Kauf. Ob in der Luft, am Boden oder im Wasser: Extremsportler lieben den Nervenkitzel. Doch damit sind sie nicht allein: Die Suche nach dem besonderen Kick hat Konjunktur. Viele entdecken



Extremsportler

ihre Lust am Limit. Extremsport ist zu einer Art Massenbewegung geworden. Grenzerfahrungen zwischen Kalkül und Wahnsinn – SPIEGEL TV porträtiert in der vierstündigen Dokumentation waghalsige Abenteurer und moderne Grenzgänger, die das kalkulierte Risiko eingehen, nicht aus Todessehnsucht, sondern, wie sie sagen, aus Lust am Leben.

Gequält geschmeichelt

Der britische Premierminister **David Cameron,** 46, bekam Anfang vergangener Woche unwillkommenen Zuspruch. Am letzten Tag seiner Zentralasienreise traf er in Kasachstan Präsident **Nursultan Nasarbajew,** 73, um ein Handelsabkommen mit dem autoritären Herrscher zu unterzeichnen. Während der Pressekonferenz, bei der die Politiker eine „strategische Partnerschaft“ der beiden Länder verkündeten, brachte Nasarbajew seinen Gast mit Schmeicheleien in Verlegenheit. Er habe Cameron beobachtet, sagte der Autokrat, und bewundere den Engländer für „die Art, wie er die Interessen der britischen Bürger in aller Welt“ vertrete. „Ich würde ihn wählen“, fügte der kasachische Politiker hinzu, dessen Sicherheitskräfte immer wieder der Verletzung von Menschenrechten beschuldigt werden. Cameron lächelte gequält und sagte: „Das wäre eine Stimme, dann brauche ich nur noch weitere 20 Millionen, und ich bin im Geschäft.“

LEON NEAL / GETTY IMAGES

Begehrter Mann

Kaum hat er seine Scheidung angekündigt, avanciert der russische Präsident **Wladimir Putin,** 61, zum „begehrtesten Mann des Landes“. So verkündet es die zur Hamburger Bauer Media Group gehörende Zeitschrift „Tainy Swjosd“ („Geheimnisse der Stars“) auf ihrem Titelblatt, das von einem halbnackten Putin dominiert wird. Zum Beleg dieser These zitiert das Moskauer Blatt die Schlagersängerin Kristina Orbakaite: „Jede würde Putin heiraten.“ Eine Woche zuvor hatte das Blatt Putins Noch-Ehefrau **Ljudmila,** 55, auf dem Cover („Was wird aus ihr?“). Direkt daneben war die Ex-Olympiasiegerin und Parlamentsabgeordnete Alina Kabajewa abgebildet („Ich bin glücklich und will einen Mann und Kinderchen“). Über Kabajewa wird schon länger spekuliert, sie sei die Geliebte Putins.

Selbst ist der Rap

Die Rapperszene gilt als homophob und als frauenfeindlich sowieso. Der Rapper **Lil B,** 23, hat keine Lust, diesen Klischees zu entsprechen. 2011 nannte er ein Album „I'm Gay“ („Ich bin schwul“) und erhielt dafür Morddrohungen. In der Online-Ausgabe des „Rolling Stone“ äußerte er sich ablehnend zu der von den Republikanern geforderten Verschärfung des Abtreibungsrechts in Texas. Der Musiker plädiert für die Selbstbestimmung der Frau, gibt seiner Überzeugung Ausdruck, dass viele gesellschaftliche Probleme gelöst werden könnten, wenn mehr Frauen etwas zu sagen hätten, und prophezeit: „Wir werden eine Präsidentin bekommen.“

MATTHEW REAMER / RETNA / INTERTOPICS

Felix Magath, 59, Fußballtrainer ohne Verein, sammelt derzeit außerhalb der Bundesliga-Tabelle fleißig Punkte. Am Donnerstag vergangener Woche lehnte das Münchner Amtsgericht Magaths Einspruch gegen einen Bußgeldbescheid über 50 Euro und einen Strafpunkt im Flensburger Verkehrszentralregister ab. Der Ex-Trainer des FC Bayern München war im Februar von der Polizei aus dem Verkehr gezogen worden, weil er mit Handy am Ohr hinterm Steuer gesessen haben soll. Bei der Verhandlung stellte sich heraus, dass die in München begangene Ordnungswidrigkeit nicht Magaths einzige Verkehrssünde gewesen ist. Schon mehrmals hat Magath wegen Missachtung der Verkehrsregeln Fahrverbot erhalten. Mehrere Minuten war der Richter damit beschäftigt, die Verstöße der vergangenen Jahre – meist überhöhte Geschwindigkeit – aufzuzählen. Magath war nicht vor Gericht erschienen, er ließ sich von einem Anwalt vertreten.

George W. Bush, 67, ehemaliger Präsident der Vereinigten Staaten, reagierte zu Amtszeiten sehr empfindlich auf Kritik von seiner Ehefrau. Das legt jedenfalls die Anekdote nahe, die Laura Bush jetzt bei einem Besuch in Tansania zum Besten gab. Die Bushs waren vergangene Woche dort, um an einer Menschenrechtskonferenz teilzunehmen. Vor vielen Jahren, so erzählte es Frau Bush einigen Journalisten, habe sie angemerkt, dass eine Rede nicht so toll gewesen sei, und prompt sei ihr George mit dem Auto gegen die Garagenwand gedonnert.

Luke Blackall, 30, Kolumnist bei der britischen Tageszeitung „Independent“, hat ein Faible für deutsche Lehnwörter, so wie die Deutschen für englische Ausdrücke. Nachdem jetzt das Wort „Shitstorm“ vom „Duden“ in seine neueste Ausgabe aufgenommen worden ist („Sturm der Entrüstung in einem Kommunikationsmedium des Internets, der zum Teil mit beleidigenden Äußerungen einhergeht“), wünscht sich Journalist Blackall, dass seine Landsleute das Wort rückübersetzt benutzen: „Scheißesturm“. Fluchen in Fremdsprachen mache „einfach mehr Spaß“. Sollte sich der teutonische Begriff im Sprachgebrauch der Briten durchsetzen, stünde er in einer Reihe mit „Kindergarten“, „Waldsterben“, „Weltschmerz“ oder gar „German Angst“.

MARCUS MAM / FIGAROPHOTO / LAIF

Hinter den Kulissen

Vor acht Jahren gab es in New York eine große Fotoausstellung, die Werke so unterschiedlicher Künstler wie Hiroshi Sugimoto und Jürgen Teller zeigte. Thema der Ausstellung: **Isabelle Huppert,** heute 60, französische Schauspielerin. Die Galerie Thaddaeus Ropac fühlte sich dadurch inspiriert, den Spieß einmal umzudrehen – und engagierte Huppert jetzt als Kuratorin für eine Ausstellung des Fotografen Robert Mapplethorpe (1946 bis 1989), der durch seine explizit homosexuellen Bilder bekannt wurde. Die von Huppert ausgewählten Fotografien werden anlässlich des 30-jährigen Bestehens des österreichischen Kunsthauses ab dem 29. August in Salzburg gezeigt. Monatelang sichtete die Französin Bilder, sie wählte Werke aus, die unter der Obhut von Mapplethorpes Nachlassverwalter in New York stehen oder aus dem Besitz etwa des Guggenheim Museum stammen. Bei ihren Entscheidungen hatte sie „Carte blanche“, wie ein Vertreter der Galerie versichert. Ein großes Geschäft kann Ropac bei dieser Jubiläumsveranstaltung nicht machen: Nur 20 Prozent der Ausstellungsstücke stehen zum Verkauf.

Geben und nehmen

Er spricht mit Pflanzen, liebt biologisch aufgezogenes Gemüse und Architektur, die dem Schönheitsideal des späten 19. Jahrhunderts verpflichtet ist. **Prinz Charles,** 64, Thronfolger mit der weltweit längsten Verweildauer in dieser Position, scheint nur auf den ersten Blick ein weltfremder Kauz zu sein. Seinen Grundbesitz jedenfalls lässt er mit kapitalistischer Entschiedenheit verwalten. Mieter seiner zahlreichen Immobilien, so kam jetzt heraus, sollen zum Teil das Doppelte dessen zahlen, was sie bei öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften aufbringen müssten. Insgesamt hat sich das Einkommen des Prinzen innerhalb eines Jahres um mehr als 700 000 Pfund erhöht. Die Hälfte seiner Einnahmen von 19 Millionen Pfund spendet der britische Royal allerdings wohltätigen Einrichtungen.

GETTY IMAGES

Bunte Liebe

Um ihre Solidarität mit russischen Homosexuellen zu signalisieren, ließ sich die britische Schauspielerin **Tilda Swinton,** 52, mit einer Regenbogenflagge am Kreml fotografieren. Der Regenbogen gilt seit den siebziger Jahren als Symbol für Lesben und Schwule in aller Welt. Swinton möchte, dass das Foto mit der Botschaft „From Russia with Love“ über soziale Netzwerke verbreitet wird. Moskaus oberstes Gericht hat bereits 2012 verfügt, dass in den nächsten 100 Jahren keine Gay-Pride-Parade in der russischen Hauptstadt abgehalten werden darf.

SANDRO KOPP

Aus den „Stolberger Nachrichten“: „Jäger in Nordrhein-Westfalen müssen bald bleifrei schießen. NRW-Umweltminister Johannes Remmel (Grüne) will ‚so schnell wie möglich‘ ein landesweites Verbot bleifreier Munition in einem verschärften Jagdgesetz verankern.“

DELMENHORST (BBR). Der Finder eines Sauerstoffgeräts zur Beatmung der Firma steramed wird gesucht.

Aus dem „Delmenhorster Kreisblatt“

Aus dem „Hamburger Abendblatt“: „Die Wirtschaft will nicht anspringen, die Kaufkraft sinkt – eine Abwärtsspirale nach unten.“

Bramsche vibriert

Sommerkulturprogramm lockt wieder umsonst nach draußen

Aus dem „Treffpunkt Bramsche“

Aus der „Neuen Osnabrücker Zeitung“: „Er stellte den Antrag, die drei Männer von dem Vorwurf des Mordes an Vadim L. freizusprechen – wie später auch die drei Verteidiger.“

Aufatmen mit blauem Auge

Aus dem „Tagesspiegel“

Aus dem „Holsteinischen Courier“: „SAR ist die Abkürzung für ‚search and rescue‘ und heißt auf Englisch ‚suchen und retten‘.“

Neue Grabungen beweisen: Doch Tote im Friedhof

Aus dem Südtiroler Tagblatt „Dolomiten“

Aus dem „SZ-Magazin“: „Die Startbahn in Maputo ist zu kurz, um vollgetankt nach Berlin zu starten.“

Irische Bänker rücken sich selbst ins Abseits

Aus der „Thüringischen Landeszeitung“

Aus der Online-Ausgabe der „Augsburger Allgemeinen“: „Wenn Kate Middleton schwanger zur Geburt gefahren wird, werden sie und ihr Gefolge garantiert keine Parkprobleme bekommen.“

Zitate

Die „Frankfurter Allgemeine“ zum SPIEGEL-Titel „Beugt euch nicht“ über den Aufstand gegen den türkischen Ministerpräsidenten Erdogan (Nr. 26/2013):

In der vergangenen Woche, die Proteste gegen die Regierung Erdogan waren da gerade etwas abgeflaut, hat der SPIEGEL zum ersten Mal eine Titelgeschichte auch in türkischer Sprache herausgebracht: Auf zehn Seiten wurden die Proteste gegen die Zerstörung des Istanbuler Gezi-Parks und gegen die Regierung Erdogan beleuchtet. Der Verlag begründete die Ausgabe damit, ein Zeichen setzen zu wollen, dass das brutale Vorgehen des türkischen Staates gegen friedliche Demonstranten nicht nur Türken etwas angehe, sondern auch Deutsche, Europäer … Es war eine Premiere, die für Aufregung gesorgt hat: Deutschtürken, von denen sich Hunderttausende zu friedlichen Solidaritätskundgebungen in verschiedenen deutschen Städten versammelt hatten, haben die Aktion weitgehend positiv aufgenommen. Nämlich als Zeichen, dass die türkische Bevölkerung in Deutschland nicht nur in der politischen Kultur des Landes, sondern auch in der Kulturpolitik deutscher Medien angekommen ist – so der Tenor in einigen Internetforen. In der Türkei hingegen dominierte Ablehnung die öffentlichen Reaktionen (Aktivisten der Gezi-Park-Bewegung kamen allerdings nicht zu Wort).

Die Illustrierte „Stern“ über SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück:

Freunde und Genossen hatten ihn gewarnt, auch seine Frau. Im Frühjahr 2011 erschien im SPIEGEL ein Porträt über Steinbrück. Der Reporter prophezeite, dass er als Kanzlerkandidat auf einiges verzichten müsse, die Regelverstöße, den Anarchismus. Als seine Frau Gertrud das Stück gelesen hatte, sagte sie zu ihrem Mann: „Der Junge hat dein Problem auf den Punkt gebracht.“ Der Kanzlerkandidat Steinbrück hat panische Angst davor, so zu wirken, als sei er eine Marionette geworden – der Partei, des Vorsitzenden, des Apparats. Deswegen redet er so oft über sich statt übers Land.

Die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ in ihrer Rubrik „Fragen Sie Reich-Ranicki“:

FAS: „Wie geht es Ihnen?“
Reich-Ranicki: „Es ging mir nicht gut, jetzt bin ich auf dem Weg der Besserung.“
FAS: „Lesen Sie immer noch den SPIEGEL so gerne?“
Reich-Ranicki: „In der Regel ja. Nach wie vor halte ich den SPIEGEL für das wichtigste Nachrichten-Magazin.“

1&1 ALL-NET-FLAT

D-NETZ QUALITÄT ZUM BESTEN PREIS!

Nokia Lumia 925

HTC One

Samsung Galaxy S4

✓ **FLAT** FESTNETZ

✓ **FLAT** ALLE HANDY-NETZE

✓ **FLAT** INTERNET

19,99 / ~~29,99~~ €/Monat*

D-NETZ

Riesige Auswahl an Premium-Smartphones unter 1und1.de

1&1

Internet made in Germany

Sofort starten: 1 NACHT OVERNIGHT-LIEFERUNG

In Ruhe ausprobieren: 1 MONAT TESTEN

Defekt? Morgen neu bei Ihnen: 1 TAG AUSTAUSCH VOR ORT

1und1.de

0 26 02 / 96 96

* 1&1 All-Net-Flat Basic in den ersten 24 Monaten für 19,99 €/Monat, danach 29,99 €/Monat. Auf Wunsch mit Smartphone dann immer für 29,99 €/Monat. Einmaliger Bereitstellungspreis 29,90 €, keine Versandkosten. 24 Monate Mindestvertragslaufzeit.
1&1 Telecom GmbH, Elgendorfer Straße 57, 56410 Montabaur